

Archiv der Gossner Mission

im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin



Signatur

Gossner_G 1_0428

Aktenzeichen

4/21

Titel

Gossner Mission Mainz-Kastel 1969-1970. Rundbriefe, Grundstücksangelegenheit, Schriftwechsel (Arbeitszentrum Mainz)

Band

2

Laufzeit

1968 - 1970

Enthält

Rundbriefe/Freundesbriefe Gossner-Haus Mainz-Kastel bzw. Seminar für kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft; Informationsblatt des Seminars 5-12, 14 u. 16-17 1968-1970; Informationsmaterial u. a. zu Industrie- und Sozialarbeit der Kirche, Kirche

Digitalisiert/Verfilmt 2009 von Mikro-Univers GmbH

Vermerk für Herrn Schwerk und P. Seeberg nach Rückkehr

Während meiner Besprechung in Stuttgart am 16./17. Februar habe ich auch bei DÜ die Frage eines eventuellen Engagements der GM in der Ausbildung von Entwicklungshelfern erörtert. Das Ergebnis war überhaupt, besonders aber was Berlin betrifft, ziemlich negativ. Der Vermerk P. Seebergs, dem das "Memorandum zur Einrichtung eines Helferdienstes in Übersee" vom 30. Juni 1969 von DÜ zugrunde lag, war sehr deutlich bezogen auf das Entwicklungshelfergesetz der Bundesrepublik. Selbst für DÜ, eine anerkannte Organisation im Bereich der Entwicklungshilfe, sind die Fragen und Möglichkeiten noch sehr schwebend und Unklar. Man scheint in Stuttgart zu hoffen, daß man Menschen aus den im Memorandum erwähnten Jahrgängen während ihres Studiums in sehr lockerer Weise durch periodische Wochenendtagungen in die Ausbildung nehmen ~~kann~~ und dadurch ihre Freistellung vom Wehrdienst erwirken kann.

Eine Missionsgesellschaft - zumal in Berlin, wo das Entwicklungshelfergesetz bisher nicht übernommen worden ist! - wäre kaum ein anerkannter Träger. Sie wäre vor allem wahrscheinlich nicht in der Lage, den potentiellen Entwicklungshelfern in Übersee eine feste Dienstzeit draußen in ihrem Auftrag zuzusagen zu können. So riet P. le Coudre davon ab, daß wir in Berlin den Versuch machten, an den Aufbau einer solchen Ausbildungsarbeit zu denken.

Ob das in Mainz-Kastel möglich sei, wo etwas andere Voraussetzungen gegeben sind, blieb offen. Immerhin ist denkbar, daß eine Missionsgesellschaft, die durch Hamburg im "Aufsichtsrat" von DÜ vertreten ist, sich auf das Mandat für diese Organisation berufen kann. Aber bisher war uns ja klar, daß für Mainz-Kastel diese zusätzliche Ausbildungsaufgabe eigentlich nicht infrage käme, wenn nicht dort eine Zusammenfassung der Gossner Mission erfolgt - - was aber das Kuratorium in seiner letzten Sitzung ziemlich eindeutig abgelehnt hat.

Berlin, den 20.2.1970
Drbg/d.

Skade.

f.d.N.

Sg 8/4

V e r m e r k

für Herrn Dr. B e r g und Herrn S c h w e r k

Nachdem sowohl in der Sitzung des Verwaltungsausschusses als auch des Kuratoriums mehrfach das Stichwort "Entwicklungshelferschule" gefallen ist -insbesondere durch den Vorsitzenden -, halte ich es für nötig, daß die Gossner Mission ein ernstgemeintes Planspiel untermimmt, um zu prüfen, ob eine solche Einrichtung entweder allgemein zu fördern sei oder in eigener Regie zu verwirklichen ist.

Dazu müssen eine Reihe von Vorfragen und Untersuchungen in unserem Stabe begonnen werden und ich schlage vor, daß wir in absehbarer Zeit die Diskussionen darüber beginnen und empfehle zur Vorbereitung ein gründliches Studium des Memorandums von "Dienste in Übersee" zur Einrichtung eines Helferdienstes in Übersee.

Möglicherweise wäre eine Aussprache mit "Dienste in Übersee" als erster Schritt vorzusehen. Es könnte sein, daß dort nach dem Memorandum bereits konkretere Vorstellungen entwickelt sind, die wir entweder unterstützen oder uns zu eigen machen sollten.

Berlin, den 27. Januar 1970

59

Gossner-Mission

Joh.-Gossner-Straße 14
Omnibus Nr. 6 und 9

6503 MAINZ-KASTEL, DEN
Telefon: 06143/2658
Postscheckkonto: 108 305 Hannover
Bankverbindung,
48 34 Mainzer Volksbank, Mz.-Kastel

An die
Evangelische Arbeitsgemein-
schaft für Weltmission

2 Hamburg 13
Mittelweg 143

15. April 1970
GM - Spr - KI

Eingegangen
17. APR. 1970

Erledigt:

Betreff: UIM, Afrika-Pastoren-Kursus II in West-Afrika 1971

A n t r a g

Die Gossner-Mission in Mainz-Kastel beantragt einen Zuschuss in Höhe von

DM 65.000,--

für den 2. Pastorenkurs in Afrika, der für die französisch sprechenden Kirchen dieses Kontinents geplant wird. Mit diesem Projekt soll die Ausbildung für UIM von afrikanischen Pfarrern, möglichst zusammen mit ihren Ehefrauen, gefördert werden, so wie sie im 1. Kursus von Januar - Juni 1969 in Nairobi / Kenya begonnen und erprobt worden ist (siehe Anlage Tutoren-Bericht).

Der Prozess von Industrialisierung und Urbanisierung ist in West-Afrika noch nicht so weit fortgeschritten wie in einigen ost-afrikanischen Staaten. Deshalb haben Kirchen und Nationale Christenräte dort bisher auch noch keine ausreichenden Programme und Projekte entwickelt, um sich - vor allem die kirchlichen Mitarbeiter und Multiplikatoren - auf die bevorstehenden gesellschaftlichen und kirchlichen Veränderungen vorzubereiten.

Massgebliche Mitarbeiter des AACC und der verantwortliche Referent des Weltrates der Kirchen legten darum schon im 1. Planungs-Stadium des englisch-sprachigen UIM-Kurses darauf Wert, sobald wie möglich die west-afrikanischen Kirchen in ein UIM-Ausbildungs-Programm einzubeziehen. Im Hinblick darauf nahm der afrikanische Pastor F. Mbea aus Ost-Kamerun drei Monate als Assistent am Kursus in Nairobi teil, um sich damit für eine leitende Aufgabe im 2. Kursus vorzubereiten.

- Seite 2 -

Zur Zusammenarbeit und gemeinsamen Trägerschaft haben sich angeboten

1. das west-afrikanische Komitee für UIM
2. Division of World Mission and Evangelism / World Council of Churches
3. Gossner-Mission in Mainz-Kastel
4. die Industrie-Arbeit der Protestantischen Kirchen Frankreichs.

Eine beratende Rolle hat die Pariser Mission bereits bei ersten Vorgesprächen im Januar 1970 in Paris übernommen.

Die unter 1 - 4 aufgeführten Institutionen haben ins Auge gefasst, den Kursus 1971 in Duala / Kamerun durchzuführen.

Die Gossner-Mission stellt Pfarrvikar Gerhard Mey für die Vorbereitung, Durchführung und Nacharbeit in Afrika frei. Er ist für diese Aufgabe in Mainz-Kastel vorgebildet worden. Das Leitungsteam wird ausserdem den oben genannten afrikanischen Pfarrer einschliessen und einen dritten Mann, der jetzt noch gesucht wird.

Die Gossner-Mission wäre dankbar, wenn diesem Antrag stattgegeben werden könnte.

Ms Springe

(Christa Springe, Pfr.)

P r o t o k o l l

der Sitzung des Verwaltungsausschusses des Kuratoriums der Gossner Mission
am 20. August 1969 in Berlin

Anwesend: Sup. i.R. Dr. Rieger, stellvertr. Vorsitzender
OKR D. Hess/Darmstadt
Dr. Kandeler
Dr. Berg
Pastorin Springe
Dipl.-Ing. Schwerk
Herr Lenz
Pastor Seeberg

Beginn: 10.00 Uhr; Ende: 13.00 Uhr.

1) Vorberatung Wirtschaftsplan 1970

Dr. Berg gibt allgemeine Anmerkungen zum Wirtschaftsplan der Gossner Mission 1970. Er spiegelt das veränderte Engagement deutlich wider. Auf der Ausgaben-Seite sind erstmalig fünf Einzeletats aufgestellt worden.

Die Diskussion über die Frage der Austauschbarkeit der Titel der verschiedenen Einzeletats ergibt folgende Empfehlung für das Kuratorium:

Angeichts der noch vorhandenen Unsicherheiten in der Arbeitsplanung - insbesondere bei Zambia und Nepal - können die bewilligten Mittel unter folgender Bedingung von einem Einzeletat auf einen anderen übertragen werden:

Bis zu einem Betrag von 25.000,-- DM kann die Missionsleitung über eine anderweitige Verwendung der Mittel bestimmen; bei größeren Beträgen ist die Entscheidung des Verwaltungsausschusses einzuholen.

Im einzelnen gibt der Verwaltungsausschuß folgende Empfehlungen:

II A. In diesem Kapitel der Indienarbeit sollen Vergleichszahlen aus dem Jahre 1969 aufgeführt werden.

II B. Die von Mainz-Kastel an die Kuratoren versandten Berichte über UIM-Arbeit sollen künftig in deutscher Sprache abgefaßt sein.

Für geplante UIM-Arbeit in Südafrika sollen Kontakte mit der Berliner Mission und der Hermannsbürger Mission aufgenommen werden.

II C/D. Bei den Finanzierungsanträgen an die Landeskirchen soll ausdrücklich erwähnt werden, wie weit und in welchem Umfang die Verhandlungen zur Anstellung und Aussendung von Mitarbeitern gediehen sind.

2) Zukunft des Gossnerhauses in Mainz-Kastel

Der schnelle Abbau des Lehrlingswohnheimes und die erheblich verzögerte Bauplanung werden das Haus vor schwere finanzielle Sorgen in den kommenden Monaten stellen. Das Kuratorium sollte darüber informiert werden, daß der Beirat in Mainz-Kastel Alternativvorschläge für die Zukunft des Gossnerhauses vorlegen müssen, die möglicherweise sogar einen Verkauf des Gossnerhauses an die EKHN beinhalten.

gez. Seeberg

Gossner-Haus

Joh.-Gossner-Straße 14

Omnibus Nr. 6 und 9

Eingegangen

- 7. JUNI 1969

Erledigt:

6503 MAINZ-KASTEL, DEN
Telefon: 06143/2352
Postscheckkonto: 108305 Hannover
Bankverbindungen:
114546 Deutsche Bank, Mainz
53119 Commerzbank Mainz-Kastel

6.6.69

GH/Sym/H8

ZUR KENNTRISNAHME

AN

*Herrn Berg + Seeborg
von Sym.*

DDR-Arbeit von September 1968 bis Juni 1969

1. Die gemeinsamen Veranstaltungen mit Personen und Gruppen aus der DDR wurden nach den Ereignissen in der CSSR am 21. August 1968 schwierig. Das zeigte sich beim Besuch von 2 führenden Pädagogen aus Erfurt, die im Oktober 1968 zu einem Gespräch mit verschiedenen Gruppen ins Gossner-Haus kamen. Die Veranstaltungen gingen über ein Wochenende (Freitag abend bis Sonntag nachmittag). Das Gespräch war ausserordentlich mühsam, weil die Vertreter der DDR ängstlich jede Abweichung von ihrer offiziellen Linie vermieden. Aufgrund dieser Erfahrungen wurden die Einladungen an DDR-Stellen eingestellt, um einen günstigeren Augenblick abzuwarten. Bisher sind sie noch nicht aufgenommen worden.
2. Die Gossner-Mission in der DDR hat in einem Kuratoriumsbeschluss des letzten Winters den Konvent ehemaliger Seminarteilnehmer von Mainz-Kastel gebeten, jeweils für 3 Monate ein Konventsmitglied nach Berlin zu entsenden, damit auf diese Weise der Kontakt zwischen dem, was bei den Konventsmitgliedern geschieht und der Arbeit der Gossner-Mission in der DDR enger gestaltet werden könnte. Der Konventsvorstand hat im Mai beschlossen, den ersten Konventualen, Heinz-Dieter Metzger aus Schorndorf/Württ., bis zu den Sommerferien in der DDR nach Berlin zu schicken, im Gossner-Haus in Berlin-Friedenau zu stationieren und ihm die Auflage zu machen, so oft wie möglich nach Ost-Berlin hinüberzufahren, in dem Team der Gossner-Mission mitzuarbeiten und die im Konvent geschehenden Arbeiten zu interpretieren. Der Konventsvorstand finanziert auch dieses Unternehmen. Das Kuratorium der Gossner-Mission hat weiter beschlossen, zu jeder Sitzung einen Vertreter aus dem Konvent einzuladen, und hat den Konventsvorstand gebeten, jeweils einen Angehörigen des Konvents dafür zu bestimmen.

*Dr. Hoff
2. feiert.*

In der Diskussion ist, wer aus dem westlichen Ausland die Reihe fortsetzt, die in den 50-er Jahren mit Prof. Charles West, jetzt Princeton/USA; Bob Starbuck, USA; Harvey Cox, USA; Hans Ruh, Schweiz; und Baumelin/Schweiz weiterführen soll. Zur Zeit stehen zwei Anwärter bereit, ein Theologie-Professor mit seiner Frau, die ein halbes Jahr im Gossner-Haus in Mainz-Kastel Mitarbeiterin war, aus den USA und ein Theologe aus der Schweiz. Diese Mitarbeiter werden meist von ihren entsendenden Kirchen bezahlt und bleiben mehrere Jahre in Berlin. Sie wohnen im Gossner-Haus West, gelten aber als Mitarbeiter der Gossner-Mission in der DDR.

Gossner-Haus

Joh.-Gossner-Straße 14
Omnibus Nr. 6 und 9

6503 MAINZ-KASTEL, DEN 6.6.69
Telefon: 06143/2352
Postcheckkonto: 108305 Hannover
Bankverbindungen:
114546 Deutsche Bank, Mainz
53119 Commerzbank Mainz-Kastel

GH/Sym/Hö

CSSR-Arbeit von September 1968 bis Juni 1969

1. Häufige Besucher der Mitglieder der Allchristlichen Friedenskonferenz halten einen dauernden Kontakt zu der Arbeit des Gossner-Hauses. Diese Mitglieder des CFK-Stabes wohnen im Gossner-Haus für mehrere Tage während ihres Aufenthaltes und während ihrer Arbeit im Westen. Das Gossner-Haus wird bei der CFK durch den Sekretär des Amtes für Mission und Ökumene der EKHN, Missionsinspektor Weissinger, mit vertreten.
2. Seit dem 13. Seminarkurs ist es möglich, Pastoren aus der CSSR für ein halbes Jahr nach Kastel in das Seminar einzuladen. Im Winter 1968/69 waren die Pfarrer Sourek mit Frau und einem Kind und Keller mit Frau und 2 Kindern für ein halbes Jahr im Gossner-Haus. Die Stipendien wurden für den einen von der Hans-Iwand-Stiftung und für den anderen vom Diakonischen Werk der EKHN gegeben.

Für das 14. Seminar hat die Kirche der Böhmisches Brüder um 2 Stipendienplätze gebeten und die Tschechoslowakische Kirche ebenfalls um zwei. Es wird der Seminarleitung aber nicht möglich sein, 4 Stipendien für den nächsten Winter zu besorgen. Deshalb sind die Kirchen in der CSSR gebeten worden, jeweils nur einen Vertreter für das 14. Seminar zu entsenden.
3. Zwischen dem Gossner-Haus und verschiedenen Pfarrern in der CSSR gibt es einen Austausch von Ausarbeitungen verschiedener Art.

Gossner-Haus

Joh.-Gossner-Straße 14

Omnibus Nr. 6 und 9

6503 MAINZ-KASTEL, DEN 6.6.69

Telefon: 0 6143/23 52

Postsparkonto: 108305 Hannover

Bankverbindungen:

114 546 Deutsche Bank, Mainz

53 119 Commerzbank Mainz-Kastel

GH/Sym/H8

Jugoslawien-Arbeit von September 1968 bis Juni 1969

1. Die Zusammenarbeit mit Jugoslawien beschränkt sich auf Kontakte ausserhalb der Kirchen. Zwischen den Städten Zagreb und Mainz gibt es seit 2 Jahren ein Freundschaftsverhältnis, das von beiden Seiten intensiviert wird. Austausch von Gruppen aus den Stadtverwaltungen, aus Schulen, aus Gewerkschaften usw. finden das ganze Jahr über statt. Die Mitarbeiter des Gossner-Hauses waren im Monat Mai vor allen Dingen mit einer Gewerkschaftsgruppe aus Zagreb beschäftigt, die für eine Woche in Mainz war, um mit den jugoslawischen Gastarbeitern zu sprechen (600 in Mainz) mit dem DGB und Einzelgewerkschaften Gespräche zu führen, Betriebe zu besuchen und mit Betriebsräten Kontakt aufzunehmen usw.
2. Das 13. Seminar unternahm seine Studienreise im April nach Zagreb und hat dort ein intensives Programm (durch die Gewerkschaften vorbereitet) gehabt. Dieses Programm ist zum Teil zum Modell für die nächsten Besuchergruppen aus Mainz in Zagreb geworden, im Juni die Evangelische Jugend und im September die Bildungsreferenten des DGB Rheinland-Pfalz. Das Protokoll über jede einzelne Veranstaltung wird in der Anlage in einem Exemplar beigefügt, das zusammenfassende Ergebnis in 20 Exemplaren.
3. Es besteht der Plan, von der Hochschule für politische Bildung in Ljubljana jeweils zum laufenden Seminar für einige Tage einen Dozenten einzuladen, der über die Arbeiterselbstverwaltung berichtet. Im Seminar 13 konnte dieser Plan noch nicht verwirklicht werden. Die Einladung besteht für das 14. Seminar.

(aus "Wiesbadener Kurier" vom 25. Februar 1969)

"PROGRESSIV" in die Zukunft

SPD-Bundestagskandidat Horst Krockert

Temperamentvoll und mit einer gewissen Gelassenheit, abwägend und mit klar umrissenen Vorstellungen, die er nicht ohne einen gewissen Charme zu erläutern versteht - so gibt sich der Leiter des Amtes für Industrie- und Sozialarbeit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Horst Krockert, der gestern im KURIER-Haus weilte.

Und das sind auch die charakteristischen Grundzüge jenes Mannes, der auf dem besten Wege ist, in den Bundestag "empor-katapultiert" zu werden: In der Wahlkreisdelegiertenkonferenz der Wiesbadener SPD wurde - wie bereits berichtet - der Sozialpfarrer Krockert als Kandidat für die Bundestagswahlen benannt.

Damit tritt ein Mann in das knallharte Licht der politischen Öffentlichkeit, der sich selbst - mit einem fast jungenhaften Lächeln - für "progressiver" bezeichnet als der abgewählte Bundestagsabgeordnete Karl-Walter Fritz.

Ist das alles, was der Sozialpfarrer aufzuweisen hat? Keineswegs. Ihm fehlen zwar "gehabte Verdienste" um die Partei in dem Maße, wie sie Karl-Walter Fritz aufzuweisen hat. Dafür aber zeichnet ihn ein kristallklares Denken aus, das - in Worte gekleidet - gewiß zu überzeugen vermag.

Worum geht es dem Seelsorger, der schon den Wahlkampf als Beurlaubter des geistlichen Standes führen wird? Seit zwölf Jahren hat sich Krockert mit dem Problem der Mitbestimmung befaßt. Und diese Fragestellung steht bei ihm auf dem Platz Nummer 1 seiner politischen Vorstellungen. Dabei gibt er dem SPD-Modell den Vorzug vor dem DGB-Modell.

Letztlich aber geht es dem Sozialpfarrer um das Schicksal des arbeitenden Menschen, um die Sicherheit seines Arbeitsplatzes und um seine Stellung in der Gesellschaft.

CURT WESTENBURGER / H. TH. SCHNATTERER

NOTARE

Anschrift: Notare Curt Westeburger und H. Th. Schnatterer
65 Mainz, Große Bleiche 16

Herrn

Pfarrer Martin Seeburg

1 Berlin 41

Handgerystraße 19/20

65 MAINZ 1

Große Bleiche 16 (Kaufhalle)

Telefon: (0 61 31) 2 51 26

Datum 3. Februar 1972

Unser Zeichen He/CB

URNr. 418/72 II
(Bei Beantwortung bitte angeben)

Sehr geehrter Herr Pfarrer!

Anliegend überreiche ich Ihnen

- a) beglaubigte Abschrift meiner Urkunde - UR.Nr. 418/72 II -
- b) Genehmigungsentwurf mit Vollmacht zur gefl. Entnahme.

Die Genehmigung und Vollmacht bitte ich von einem dortigen Notar zu unterzeichnen.

Der Notar soll bei Beglaubigung Ihrer Unterschrift auch gleichzeitig bestätigen, daß Sie und Herr Pfarrer Horst Symanowski zur gemeinsamen Vertretung der Gossnerschen Missionsgesellschaft in Berlin berechtigt sind.

Die Vollmacht von Herrn Symanowski ist deshalb erforderlich, weil der Kaufpreis teilweise durch Darlehen aufgebracht wird, die im Grundbuch auf der Eigentumswohnung dinglich abgesichert sind. Damit keine Verzögerung in der Finanzierung des Kaufpreises entsteht, ist mit Herrn Pfarrer Symanowski vereinbart, daß er zusammen mit den Käufern bei Bestellung der Grundpfandrechte mitwirkt.

Für eine umgehende Erledigung wäre ich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

(Westenburger)
Notar

Der Polizeipräsident in Berlin

II D 221-26.01/70

(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin 42 (Tempelhof), den
Tempelhofer Damm 1-7

Fernruf: 691 091

Im Innenbetrieb: (95) 4231

14. Sept. 1970

App. } 2418

An die

Gossner Mission

1 Berlin 41

Handjerystr. 19/20

Eingegangen

17. SEP. 1970

Erledigt:

Betr.: Ausstellung einer Bescheinigung

Vorg.: Ihr Schreiben vom 8.9.1970 -1z/e-

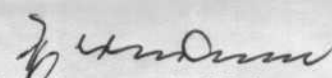
Sehr geehrte Herren!

Ihr o.a. Schreiben habe ich an den Herrn
Senator für Justiz -Abt. II/C-, Berlin 62,
Salzburger Str. 21, weitergeleitet, da meine
Zuständigkeit nicht mehr gegeben ist.

Hochachtungsvoll

Im Auftrage
Klempin

Beglaubigt


Polizeiangestellte



8. Sept. 1970

851 30 61

XXXXXXXXXXXXXXXXXX

1z/e

An den
Polizeipräsidenten,
Abteilung 5
1 Berlin-Tempelhof
Tempelhofer Damm

Sehr geehrte Herren!

Unser Rechtsanwalt und Notar Gerhard Asch in Berlin hat uns die in Ablichtung beiliegende Bescheinigung ausgestellt. Diese Bescheinigung wurde für eine Grundbuchangelegenheit benötigt.

Wir sind zugleich darauf hingewiesen worden, daß auch eine Bescheinigung der zuständigen Staatsbehörde erforderlich ist. Aus unseren Aktenunterlagen entnehmen wir, daß Sie schon einmal eine solche, und zwar am 19. Mai 1958, ausgestellt haben. Zu Ihrer Orientierung lassen wir Ihnen eine Ablichtung dieser Bescheinigung zugehen. Es wäre uns erwünscht, wenn wir von Ihnen eine Bescheinigung erhalten könnten, und zwar nach der von Rechtsanwalt Asch am 4. Sept. d. J. ausgestellten.

Hochachtungsvoll



GERHARD ASCH

Rechtsanwalt und Notar

Sprechstunden außer Mittwoch und Sonnabend
15 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung

Postscheckkonto: Berlin West 29520

Bankkonten: Berliner Diskonto Bank AG.
Zweigstelle Neukölln, 1 Berlin 44, Karl-Marx-Str. 163
Konto-Nr. 210/0451

Berliner Commerzbank AG.
Zweigstelle Neukölln, 1 Berlin 44, Karl-Marx-Str. 82
Konto-Nr. 544837800

H.

Eingegangen

- 7. SEP. 1970

Erlodigt:

1 BERLIN 44, den

Karl-Marx-Straße 84-86 (U-Bahn Rathaus Neukölln)

Telefon: 62 06 33

4. Sept. 1970

4 Tr. (Fahrstuhl)

An das

Kuratorium der Gossnerschen Missions-
gesellschaft

1 Berlin 41

Handjerystr. 19-20

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 24.8.70.

- 1 sz - und auf die persönliche Besprechung mit Herrn Rechtsan-
walt und Notar A s c h vom 2.9.70. übersende ich Ihnen in der
Anlage eine weitere notarielle Bescheinigung vom 4.9.70. Ich
hoffe, daß diese für das Grundbuchamt Wiesbaden ausreichen wird.

Nach nochmaliger Durchsicht der Satzungen der Gossner-
schen Missionsgesellschaft vom 16.12.1904 zu § 7 wird die
Legitimation der Mitglieder des Verwaltungsausschusses durch eine
Bescheinigung der zuständigen Staatsbehörde geführt. Ich stelle
anheim, sich vorsorglich um eine solche zu bemühen, sei es bei
einer Dienststelle des Senats, sei es beim Polizeipräsidenten
Berlin, Abt.5. Ich habe nämlich in den alten Handakten des
Herrn RA Asch festgestellt, daß von dort am 19.5.58. eine ent-
sprechende Bescheinigung vom Polizeipräsidenten ausgestellt
worden ist.

Von der früheren Bescheinigung vom 21.7.65. habe ich
eine Ablichtung zu meinen Handakten genommen; zwei weitere Exem-
plare hiervon füge ich in der Anlage zu meiner Entlastung wieder
bei.

Ich bitte um Überweisung folgenden Honorars:

Gebühr	50.-- DM
5.5% Ums.Steuer	2,75 DM
Porto u. Auslagen	0.40 DM
	<u>53.15 DM</u>

Anlagen

Hochachtungsvoll

Rechtsanwalt

20. August 1970
1/sz

An die
Gossner Mission
6503 Mainz-Kastel
Joh.-Gossner-Str. 14


Lieber Herr MichaelSEN!

Ich erhielt Ihr Schreiben vom 17.d.M. und will Ihnen postwendend einen Vorbescheid geben.

Es war eine selbstverständliche Voraussetzung, dass keine Änderung bei den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses des Vereins Gossner-sche Missionsgesellschaft eingetreten ist. Die Ihnen von Herrn Rechts-anwalt und Notar Asch im Juni d.J. zugestellte beglaubigte Ablichtung wäre gegenstandslos und nicht vertretbar gewesen, wenn die Mitglieder des Ausschusses nicht mehr voll vertreten gewesen wären.

Nun müssen Sie sich allerdings einige Tage gedulden, da wir uns mit Rechtsanwalt Asch erneut in Verbindung setzen müssen. Er wird die gleiche Bescheinigung, die vom Amtsgericht Wiesbaden beanstandet wor-den ist, dann mit einem entsprechenden Ergänzungsvermerk versehen.

Mit freundlichen Grüßen,



Gossner-Mission

Joh.-Gossner-Straße 14 (Omnibus Nr. 6 und 9)

6503 MAINZ-KASTEL

Telefon: 06143/2352

Postcheckkonto: 108305 Hannover

Bankverbindungen:

114546 Deutsche Bank, Mainz

3803590 Commerzbank Mainz-Kastel

Herrn L e n z
Gossner-Mission
1 B e r l i n 41
Handjerystr. 19-20

17. August 1970
GM - Mi - K1

Lieber Herr Lenz!

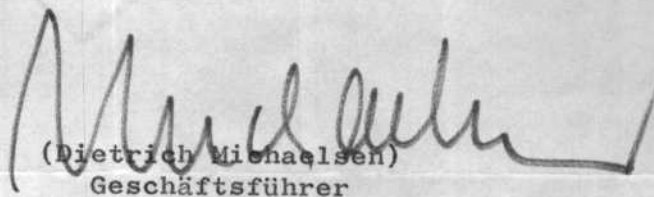
In der Grundbuchsache, die den Verkauf unseres Anwesens betrifft, verlangt das Amtsgericht Wiesbaden einen Nachweis über die vertretungsberechtigten Mitglieder des Verwaltungsausschusses.

Das Amtsgericht schreibt hierzu: "Ferner bitte ich, den Nachweis darüber zu führen, dass sich seit dem 13.11.1962 die vertretungsberechtigten Mitglieder des Verwaltungsausschusses des Vereins Gossner'sche Missionsgesellschaft nicht geändert haben. Die hier vorgelegte Bescheinigung des Notars Asch in Berlin ist am 21.7.1965 nach Vorlage der Aktenstücke ausgestellt. Die Bescheinigung vom 26.6.1970 lässt nicht erkennen, dass die Aktenvorgänge erneut eingesehen wurden."

Ich möchte Sie bitten, uns den gewünschten Nachweis zu besorgen.

Ich bedanke mich für die Mühe, die ich Ihnen damit noch einmal gemacht habe.

Mit freundlichen Grüßen


(Dietrich Michaelson)
Geschäftsführer

GOHRSMÜHLE

Gerd Isenberg

Eingegangen

- 8. JUN. 1970

Erledigt:

Gossner-Mission

1000 Berlin 41
Handjerystraße 19-20

6000 Frankfurt/Main
Westendstrasse 21
Tel. 0611/745067-68

5. Juni 1970
GdI/Ho

Anliegende Unterlagen erhalten
Sie mit der Bitte um

- ☒ Kenntnisnahme
- ☐ Stellungnahme
- ☐ Bearbeitung
- ☐ Rückgabe
- ☐ Unterschrift
- ☐ Weiterleitung
- ☐ Ablage zu Ihren Akten

Mit freundlichen Grüßen

M. M. M. M. M.

Konie

Gossner Mission

6503 Mainz-Kastel
Johannes-Gossner-Str. 14

25. März 1970
GdI/Kr

Verkauf der Liegenschaft 6503 Mainz Kastel,
General-Mudra-Straße 1 - 3 / Ecke Johannes-Gossner-Straße 14

Sehr geehrte Herren!

Eine von mir vertretene Firma, deren Bevollmächtigter ich bin, ist an dem Erwerb der o. a. Liegenschaft interessiert und bereit, einen Kaufpreis in Höhe von

DM 1.600.000,--

in Worten: Einemillionsechshunderttausend Deutsche Mark, zu zahlen.

Der Kaufpreis wird wie folgt belegt:

- a) Eine Woche nach Protokollierung des Kaufvertrages wird von der Erwerberin auf ein Anderkonto des amtierenden Notars eine Zahlung in der Höhe geleistet, daß die zur Zeit im Grundbuch eingetragenen Belastungen des o. a. Objekts abgelöst und gelöscht werden können.
- b) Der Restkaufpreis ist bei Übergabe des Objekts fällig, vorausgesetzt, daß die Wahrung des Kaufvertrages im Grundbuch gewährleistet ist.

Die Übergabe der Liegenschaft soll nach Möglichkeit bis spätestens 31. 3. 1971 erfolgen.

Die Bereinigung einer zur Zeit noch anhängigen Grundstücksangelegenheit mit einem Nachbarn wird in vollem Umfang von der Erwerberin übernommen.

An dieses Angebot halte ich mich vorerst bis zum 30. 4. 1970 gebunden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. ISENBERG

Gerd Isenberg

6000 Frankfurt/Main
Westendstrasse 21
Tel. 0611 / 74 50 67 - 8
Telex-Nr. 04-13455

Gossner-Mission

5. Juni 1970

GdI/Ho

6503 Mainz-Kastel

Johannes-Gossner-Straße 14

Verkauf der Liegenschaft 6503 Mainz-Kastel,
General-Mudra-Straße 1 - 3 / Ecke Johannes-Gossner-Straße 14

Sehr geehrte Herren !

In obiger Sache beziehe ich mich auf mein Schreiben vom
25. 3. 1970 sowie auf die mit Ihrem Herrn Michael sen geführten
Gespräche.

Mit Befremden stelle ich fest, daß ich bis ^Ezum heutigen Tage
ohne jegliche Nachricht von Ihnen geblieben bin.

Ich bitte um Ihre Stellungnahme ^Rund begrüße Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

gez.: ISENBERG

Gossner-Haus

General-Mudra-Straße 1-3

Omnibus Nr. 6 und 9, Haltestelle „Am Fort Hessen“

6503 MAINZ-KASTEL, DEN

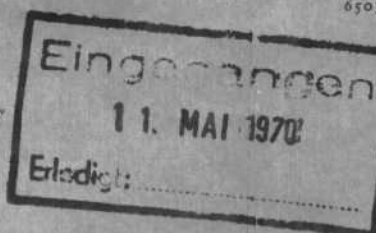
Telefon: Wiesbaden-Kastel 23 51

Scheckkonto: 1083 05 Hannover

Bankverbindungen:

6134 Süddeutsche Bank AG, Mainz,

6109 Commerzbank Mainz-Kastel



8. Mai 1970

GH - Sym - K1

Herrn Oberkirchenrat i.R.
D. Hans-Erich Hess

7744 Königsfeld
Theodor-Heuss-Str. 14

ZUR KENNTNISNAHME

AN GM Berlin

mit hess. Brief
H. Symanowski

Lieber Bruder Hess!

Haben Sie besten Dank für die Abschrift Ihres Schreibens an Herrn Petzold vom 26. April. Mittlerweile ist ein neues umfangreiches Schreiben von Herrn Petzold eingetroffen, das ich Ihnen zur Erledigung übersende. Wir schlagen vor, ihm lediglich den Eingang des Briefes zu bestätigen und mitzuteilen, er werde dem Kuratorium bei seiner nächsten Sitzung vorgelegt werden. Uns scheint der Tenor und Inhalt auch dieses Briefes nicht geeignet, um auf Einzelheiten einzugehen.

Am Dienstag, den 12. Mai, soll der Vorentwurf zwischen den Farbwerken Hoechst und uns beim Notar gemacht werden. Sie erhalten ihn sofort zur Stellungnahme.

Die Nachbarschaft ist unruhig geworden und hat eine Interessengemeinschaft gebildet, um sich vor den Gastarbeitern zu schützen! Die Firma Kalle sieht dieser Initiative mit Gelassenheit entgegen und hat für den nächsten Dienstag eine Besprechung mit unserem Nachbar, Herrn Karl, angesetzt. Er ist der Wortführer dieser Interessengemeinschaft und hatte bereits die Firma Kalle angeschrieben. Die Antwort des Vorstandes füge ich in Abschrift bei.

Über unsere nach Darmstadt eingereichten Anträge (Zuschuss von DM 40.000,-- und Anmietung der beiden Häuser in Mainz) haben wir noch keinen Bescheid. Vielleicht hören wir heute abend mehr zu Beginn der Tagung, die Bruder Kratz mit den Professoren der Predigerseminare, Universitäten u.s. in unserem Haus einberufen hat.

Frau Springes Predigt zum 1. Mai im Südwestfunk hat ein weites positives Echo gefunden, das sich in vielen Zuschriften niederschlägt.

Mit herzlichen Grüßen, Ihrer lieben Frau und Ihnen

Ihr

H. Sym.
(H. Symanowski)

-Anlagen-

A b s c h r i f t

Dr. Arnold F i s c h e r
Mitglied des Vorstandes der
Kalle Aktiengesellschaft

6202 Wiesbaden-Biebrich
29. April 1970

Herrn
Alexander K a r l

6503 Mainz-Kastel
Wiesbadener Str. 76

Betr.: Kauf der Joh.-Gossner-Mission in Mainz-Kastel

Sehr geehrter Herr Karl!

Zu den in Ihrem Schreiben vom 21.4.1970 aufgeworfenen Fragen möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

Als uns das Gebäude der Gossner-Mission in Kastel zum Kauf angeboten wurde, waren wir an dem Objekt stark interessiert, da es einmal äusserst verkehrsgünstig zu unserem Werk liegt und zum anderen als Tagungs- und Schulungsstätte mit angeschlossenem Internat gebaut und genutzt wurde. Wir beabsichtigen, das Gebäude einer ähnlichen Nutzung zuzuführen wie bisher und dort u.a. die Verwaltung unserer Wohnheime, die in Händen des Jugendsozialwerkes, eines angeschlossenen Verbandes des Deutschen Roten Kreuzes, liegt, unterzubringen. Daneben bieten sich die dort vorhandenen Räume als Vortrags- und Schulungsräume für die Durchführung von Seminaren, Sprachkursen usw. an. Es ist vorgesehen, ausser den Familien der in der Heimverwaltung tätigen Mitarbeiter, in den Räumen des Internats auch langjährige bei uns tätige und bewährte ausländische Mitarbeiter unterzubringen.

Wir beschäftigen seit über 10 Jahren in starkem Umfang ausländische Mitarbeiter und wären ohne die Mitarbeit dieser Menschen nicht in der Lage, die uns gestellten Aufgaben zu erfüllen. Ein Großteil dieser Mitarbeiter ist seit mehreren Jahren bei uns tätig, hat sich bewährt und in seiner neuen Umwelt eingegliedert. Um unseren ausländischen Mitarbeitern diesen Eingliederungsprozess zu erleichtern, haben wir für gute Wohnverhältnisse gesorgt und für ihre Schulung und Betreuung pädagogisch begabte und menschlich qualifizierte Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Diese Fürsorge hat sich durchaus gelohnt und dazu geführt, dass ein Großteil unserer ausländischen Arbeitskräfte heute schon in ihrer Leistung und Haltung vollwertige Mitarbeiter geworden sind.

Ich glaube, dass Sie aus diesen Ausführungen die Überzeugung gewinnen können, dass durch die vorgesehene Nutzung der Gossner-Mission durch uns keine besonderen Belästigungen der Anwohner zu erwarten sind.

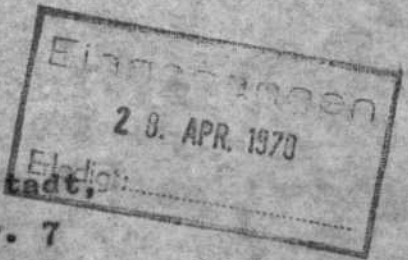
Für eine Unterredung, falls Sie diese nach dem Vorgesagten noch für notwendig erachten, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen!

gez. Unterschrift

Martin Petzold

61 Darmstadt-Eberstadt,
Leo-Tolstoi-Str. 7



An den
Beirat des Gossner-Hauses

6503 Mainz-Kastel
Johannes-Gossner-Str. 14

An die Gossner-Mission
Berlin-Friedenau
mit der Bitte um Kenntnis-
nahme übersandt.

M. Petzold 25.4.70

Sehr geehrte Herren!

28/4
1970

Den Brief des inzwischen in den Ruhestand getretenen Herrn
Oberkirchenrates Dr. Hess, des Beiratsvorsitzenden, vom
15.4.1970 habe ich erhalten.

Mit Ihren Ausführungen zur Richtigstellung meines Schreibens
vom 26.3.1970 vermag ich aus nachfolgenden Gründen nicht
einzg zu gehen:

Sie kennen meine Rechtsauffassung zu der Gültigkeit des
Vertrages vom 1.8.1949. Aus den Ihnen bekannten Gründen
vermag ich davon nicht abzugehen, insbesondere nicht im
Hinblick auf den Vertrag vom 12.9.1951. Der Wortlaut dieser
Vereinbarung vom 12.9.1951 läßt zweifellos erkennen, daß
lediglich die Vereinbarung in Ziff. 1 des Vertrages vom
1.8.1949 abgeändert wurde, übrigens, worauf ich schon früher
hingewiesen habe, einseitig zu Gunsten der Gossner-Mission.
Der Schlußsatz der Vereinbarung vom 12.9.1951 besagt deshalb,
daß der neue Vertrag vom 12.9.1951 nur an die Stelle der
bisherigen Ziff. 1 des Vertrages vom 1.8.1949 treten soll.

Es kommt hinzu, daß der Vertrag vom 12.9.1951 nicht von der
Erbengemeinschaft Petzold, sondern lediglich von meiner Mutter

ohne Beteiligung und auch ohne Vollmacht der Miterben Petzold abgeschlossen wurde. Sie könnten sich demgegenüber nicht auf mein Schreiben vom 19.4.1962 berufen. Jedenfalls hat mein Bruder Peter dieses Schreiben nicht mit unterschrieben. Ich muß das jedenfalls deshalb annehmen, weil Sie bei mir zurückgebliebene Durschrift dieses Schreibens nur den Unterschriftsvermerk meiner Mutter und von mir selbst trägt.

Die von Ihnen in Ziff. 2 Ihres Schreibens angeführten Maßnahmen beziehen sich sämtlich auf das Pachtverhältnis. Wenn wir gegen diese, wie Sie geschrieben haben, bisher keine Einwendungen gehabt haben, besagt das also nicht, daß wir mit einer Aufhebung des Vertrages vom 1.8.1949 im übrigen eingestanden gewesen wären.

Inwieweit wir an der Errichtung der Garage beteiligt waren, kann ich im Augenblick nicht übersehen, darauf dürfte es auch nicht entscheidend ankommen.

Offenbar führen Sie Verhandlungen mit mehreren Kaufinteressenten. Ich entnehme das jedenfalls aus der Ziff. 5 Ihres Schreibens, in dem Sie gesagt haben, daß Sie selbstverständlich den Kaufanwärtern von den Vereinbarungen aus den Jahren 1949 und 1951 abschriftlich Kenntnis gegeben haben. Sie können uns aber, wenn zwischen uns eine Einigung nicht zustande kommt, nicht auf künftige Verhandlungen mit dem neuen Eigentümer verweisen. Vertraglich verpflichtet uns gegenüber ist und bleibt die Gossner-Mission, auch wenn die Gossner-Mission verkaufen sollte.

Sie vermissen in Ihrem Schreiben, daß wir auf Ihren Vorschlag vom 14.3.1970 "bezüglich einer Ablösung der Vereinbarung" eingegangen sind. Wir können aber aus Ihrem Schreiben vom 14.3.1970 keinen Ablösungsvorschlag entnehmen. Vielmehr haben Sie selbst uns um einen Vorschlag wegen einer Ablösung der umstrittenen Vereinbarung gebeten. Bevor wir über diese Frage weiter miteinander sprechen und korrespondieren, möchte ich Sie bitten, zunächst einmal selbst mitzuteilen, wie Sie sich eine Ablösung der Vereinbarung überhaupt vorstellen. Es geht im wesentlichen darum, daß mein Vater und die Mission sich in dem Vertrag vom 1.8.1949 gegenseitig verpflichtet haben, und zwar für sich und ihre Rechtsnachfolger, das Gelände, für das meinem Vater ein Vorkaufsrecht eingeräumt wurde, nicht zu bebauen. Die Gültigkeit dieser Vereinbarung steht auf jeden Fall außer Zweifel. Für diese Vereinbarung, für die die Schriftform gewahrt ist, war überhaupt kein Formerfordernis erforderlich. Ich kann mir nicht vorstellen, wie diese Vereinbarung abgelöst werden sollte. Wir, die Erben Petzold, sind jedenfalls nicht bereit, auf diese Vereinbarung zu verzichten. Eine Geldablösung wäre für uns gänzlich uninteressant. Das ergibt sich schon aus dem Zweck der Vereinbarung, der nur erreicht werden und bestehen kann, wenn es dabei bleibt, daß das betroffene Gelände eben nicht bebaut wird. Aus diesem Grunde muß ich Sie um die eindeutige Erklärung und Zusicherung bitten, daß Sie einem etwaigen Käufer die Einhaltung dieser Vereinbarung zur Pflicht machen, der Käufer also das Kaufgrundstück nur unter der Bedingung und Auflage erwerben kann, daß das betroffene Gelände nicht bebaut werden darf. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß wir, die Erben Petzold, uns dabei nicht nur auf die für uns gegebene rechtliche Begründung unseres Anspruches stützen, sondern auch auf die

Ihnen bekannte moralische Begründung, die wir vor allem darin sehen, daß unser Vater der Gossner-Mission die Bebauung überhaupt nur durch seinen Einsatz möglich machte. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, daß nach meiner Information die Gossner-Mission seinerzeit ohne die Verwendung meines Vaters für die Mission überhaupt nicht hätte bauen dürfen und können und daß der Gossner-Mission für ihr Bauvorhaben eine Sondergenehmigung erteilt wurde, die selbstverständlich nach wie vor gilt, und aufgrund der die Gossner-Mission gehalten und verpflichtet ist, den Zweck des Gebäudes, der in der Sondergenehmigung festgelegt ist, nicht zu entfremden. Meines Wissens ist in diesem Sinne die Sondergenehmigung nur für einen Bau zu kirchlichen Zwecken erteilt worden. Dann ist die Gossner-Mission nicht in der Lage, das Gebäudegrundstück zu einem anderen Zweck zu verkaufen.

Ich bitte Sie, dafür Verständnis zu haben, daß ich vorweg auch auf dieser Klarstellung bestehen muß,

Letzten Endes ist zu sagen, daß natürlich die Gossner-Mission bei jeder Vertragsverletzung, auch beim Weiterverkauf, sich der Verpflichtung zu vollem Schadensersatz aussetzen würde.

Bevor ich meinen Miterben empfehlen kann, auf irgendeine neue Regelung einzugehen, bitte ich Sie um Ihre Äußerung zu vorstehenden Punkten.

Mit freundlichen Grüßen

M. P.

Beirat des Gossner-Hauses

Herrn Pfr. Seiberg
f. Untersagen
Kuratorium.
6503 Mainz-Kastel, den 15. April 1970
Johannes-Gossner-Str. 14

An die
Erbengemeinschaft Erich Petzold
z.Hd. Herrn Martin Petzold
6503 Mainz - Kastel
Eleonorenstrasse 66

Betreff: Brief vom 26. März 1970

Sehr geehrter Herr Petzold!

Zugleich im Namen des Kuratoriums bedauern wir, dass Sie auf den Vorschlag vom 14. März 1970 bzgl. einer Ablösung der Vereinbarung zwischen Ihnen und der Gossner-Mission nicht eingegangen sind. Den Vorschlägen A und B aus Ihrem o.a. Schreiben können wir nicht entsprechen.

Zu Ihren übrigen Ausführungen müssen wir richtigstellen:

1. Die Vereinbarung vom 1. August 1949 wird nicht jetzt nach 20 Jahren angefochten, sondern ist bereits im September 1951 angefochten und verändert worden, wie Sie selbst auf Seite 2 Ihres Briefes feststellen.
2. Gegen die mit Frau Elfriede Petzold vereinbarten Massnahmen vom Jahre 1951, die Sie auf Seite 2, Absatz 2 a - d, anführen, haben Sie bis zum Jahre 1970 keine Einwendungen gehabt.
3. Sie schreiben: "Uns Söhnen ist die Tatsache der Abänderung des Vertrages bis zum vergangenen Jahr nicht bekannt gewesen." Dem steht der von allen Erben unterzeichnete Brief vom 19. April 1962 entgegen, in dem Sie auf die Vereinbarung vom 12. September 1951 im 4. Absatz ausdrücklich Bezug nehmen.
4. Neben anderen Irrtümern Ihres Briefes ist besonders der die Garage betreffende eklatant. Diese ist von der Gossner-Mission gebaut und bezahlt. Eine finanzielle Beteiligung durch Sie erfolgte nicht.
5. Selbstverständlich haben wir den Kaufanwärttern von den Vereinbarungen aus den Jahren 1949 und 1951 abschriftlich Kenntnis gegeben.

Wir sind bis zum Verkauf um einer gütlichen Einigung willen, im Sinne unseres Briefes vom 17. März 1970, zu einer Ablösung bereit. Im anderen Fall müssen Sie künftige Verhandlungen mit dem neuen Eigentümer führen.

Mit freundlichen Grüßen!

(D. Hess, Vors.)

A b s c h r i f t

K A L L E Aktiengesellschaft, 6202 Wiesbaden-Biebrich, Rheingastr.
190 - 196

Diktatzeichen: FR.Sch-eh
Rechtsabt.
Grundstücksverw.

14. April 1970

An die

Gossner-Mission
6503 Mainz-Kastel
Joh.-Gossner-Str. 14

Betreff: Kauf Ihres Grundstückes in Mainz-Kastel, Joh.-Gossner-Str. 14

Sehr geehrte Herren!

Wir bestätigen die mehrfachen Unterredungen zwischen Ihnen und unserem Herrn Kaiser.

Wunschgemäß teilen wir Ihnen mit, dass unser Aufsichtsrat in der Sitzung vom 13.4.1970 sich grundsätzlich für den Kauf Ihres Grundstückes und der darauf stehenden Gebäude zu einem Preis bis zu 1,6 Mio. DM erklärt hat. Er hat jedoch den Vorbehalt gemacht, dass vor Erwerb des Grundstückes die Zustimmung der Grundstücksabteilung der Farbwerke Hoechst AG vorliegen müsse, da diese als Grundstückserwerberin auftreten werde.

Wir möchten Ihnen bei dieser Gelegenheit noch einmal schriftlich bestätigen, dass wir der festen Überzeugung sind, dass die Grundstücksabteilung der Farbwerke Hoechst AG, deren Leiter zur Zeit leider erkrankt ist, diesem Erwerb zustimmen wird. Es wäre begrüßenswert, wenn sich Ihre Synode in dieser Woche für einen Verkauf an uns, d.h. die Farbwerke Hoechst AG, entscheiden würde.

Wir haben mit Bedauern zur Kenntnis genommen, dass der Pächter, die Erbgemeinschaft Petzold, nicht bereit ist, den angepachteten Geländestreifen vorzeitig aus der Pacht zu entlassen. Wir werden uns nach Erwerb des Grundstückes noch einmal von unserer Seite aus mit den Erben Petzold in Verbindung setzen. Ob es dann zu einer Ablösung des Pachtrechtes, zu einem Weiterbestehen des derzeitigen Zustandes oder einem Verkauf der gepachteten Parzellen an die Erbgemeinschaft kommen wird, kann jetzt noch nicht gesagt werden.

Mit freundlichen Grüßen
KALLE AKTIENGESSELLSCHAFT
gez. Unterschrift
gez. Unterschrift

Amt für Industrie- und Sozialarbeit
der Ev. Kirche in Hessen und Nassau
Tel.: 06143 - 3011

Gossner - Mission, Mainz - Kastel
Tel.: 06143 - 2658

6503 Mainz - Kastel, Johannes-Gossner-Str. 14

Von unten gesehen

sieht die Gesellschaft anders aus, als mancher glaubt oder wahrhaben will. In dieser Perspektive verlieren Schlagworte wie Partnerschaft, Mitverantwortung, Eigentum, Leistung, Freizeit usw. ihren verführerischen Klang.

Es ist wichtig, dass Studenten aller Fakultäten auf einem Spannungsfeld der Gesellschaft arbeiten und ihre Erfahrungen gemeinsam reflektieren.

Es geht den Pädagogen und den Theologen, den Medizinerinnen und den Juristen an, erst recht den Techniker, den Ökonomen und den künftigen Sozialarbeiter, wie die tägliche Arbeit den Einzelnen und seine Umwelt prägt, Demokratie verhindert oder fördert.

Vor der praktischen Arbeit liegen 5 Einführungstage (12. - 16. August). Nach der Erwerbsarbeit (17. August - 2. Oktober) werden die Erfahrungen systematisiert, die während des Praktikums in begleitender Gruppenarbeit ausgewertet wurden (3. - 6. Oktober).

Wir laden Sie ein zu diesem

Industriepraktikum im Gossner-Haus

vom 11. August bis 7. Oktober 1970.

Sie werden in der Industrie oder in einem Dienstleistungsbetrieb arbeiten. Ihr Verdienst wird ca. DM 1.100,-- Brutto betragen. Aus diesem zahlen Sie für Unterkunft und Verpflegung DM 500,--. Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau stellt jedem Praktikanten zusätzlich DM 100,-- zur Verfügung.

Die Zahl der Plätze ist auf 20 begrenzt.

Anmeldungen erbitten wir bis zum 15. Juni 1970.

Wolfgang Stasche
(Wolfgang Stasche)
-Sozialsekretär-

Christa Springe
(Christa Springe)
-Industriepfarrerin-

Beirat des Gossner-Hauses in
Mainz-Kastel

Mainz-Kastel, den 14. April 1970
Spr - K1

B E S C H L U S S F A S S U N G

Der Beirat hat auf seiner Sitzung am 14. April 1970 nach eingehenden Beratungen den folgenden Beschluss gefasst:

Der Beirat empfiehlt dem Kuratorium der Gossner-Mission

1. auf einen Verkauf des Gossner-Hauses in Mainz-Kastel einzugehen,
2. auf das Kaufangebot für das Gossner-Haus in Mainz-Kastel von der Firma Kalle - Farbwerke Hoechst - in Höhe von DM 1,6 Mio. zuzugehen,
3. mit der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau in Verhandlungen über eine Anmietung des Jochen-Klepper-Hauses und des Albert-Schweitzer-Hauses in Mainz zu treten,
4. der Erbgemeinschaft Petzold mit vorgelegtem Entwurf zu antworten. Mit diesem Schreiben sehen wir den hektographierten Brief der Erbgemeinschaft vom 7. April 1970 an die Mitglieder von Beirat und Kuratorium als erledigt an.

gez. D. Hess, Vorsitzender

Bei der Sitzung waren anwesend:

D. Hess, Vorsitzender
Dekan Bangert
Propst Bracht
Pfarrer Gutknecht-Stöhr
Oberkirchenrat Landig
Herr Rauch
Missionsinspektor Weissinger
Pfarrer Seeberg
Herr Michaelsen
Pfarrer Symanowski
Pfarrer Springe
Dr. Handke

10. April 1970
drbg/d.

P. Seeberg

Herrn
Pfarrer Horst Symanowski

6503 Mainz-Kastel
Joh.-Gossner-Str. 14

Lieber Horst!

Unser Vorsitzender ließ mich wissen, daß es ihm leider völlig unmöglich sei, zur Kuratoriumssitzung am 15.4. in Kastel zu sein und die Sitzung zu leiten. Er sandte mir Deinen Orientierungsbrief zu, und ich habe meinerseits Bruder Rieger als Stellvertreter von Scharf über Eure Sicht der Dinge unterrichtet.

Bei einem Gespräch mit ihm (auch Dr. Kandeler) spürte ich gestern, daß ihm sehr daran gelegen wäre, auch alternative Überlegungen neben dem Verkauf des Gossner Hauses und der Übernahme des Jochen-Klepper-Hauses zu hören. Z.B. stellten beide Brüder im Zusammenhang mit Eurem Engagement in dem Gastarbeiterproblem die Frage, ob nicht durchaus denkbar sei, daß die von den Jungen jetzt freigemachten Räume im Gossner Haus für alleinstehende Fremdarbeiter(innen) sehr dringlich Verwendung finden könnten.

Mit einem Wort: Ihr solltet Euch darauf einstellen, daß die ganze Frage von Verkauf und Neuerwerb nochmals breiter diskutiert werden könnte; zumal ja auch Bischof Scharf in der letzten Sitzung immer wieder die Frage erhob, welcher aktuelle Dienst im Kasteler Haus getan werden könnte.

Für heute nur diese Information. Auf ein gutes Wiedersehen in der nächsten Woche.

Mit herzlichen Grüßen
Dein



PS.: Kann jemand von Euch Bruder Seeberg um 14.00 Uhr am 14. vom Flughafen abholen?

COMMERZBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

FILIALE MAINZ-KASTEL



Gossner Mission
z.H. Herrn Pfarrer Horst Symanowski

6503 Mainz-Kastel
Johannes Gossner Str. 14

Postanschrift

Geschäftsräume

Fernruf

Fernschreiber

Drahtort

Landeszentralbank-Giro

Postcheck

6503 Mainz-Kastel
Postfach 46

Zehnthofstraße 2
Edle Mainzer Straße

(Vorwahl 06143) 31 21, 31 32

418742

COMMERZBANK

Mainz 48/401

Frankfurt (Main) 11366

In der Antwort bitten wir anzugeben:
Wo

Ihre Zeichen und Nachricht vom

Mainz-Kastel
13. April 1970

Anlage von DM 1 Mio. in festverzinslichen Wertpapieren

Sehr geehrter Herr Pfarrer!

Wir beziehen uns auf die mit Ihnen geführte Unterredung und geben Ihnen in der folgenden Zusammenstellung einen Überblick über die Entwicklung einer Wertpapieranlage in der von Ihnen genannten Größenordnung.

Bei einem Kauf von 7%igen Papieren und bei gleichzeitiger jährlicher Entnahme von 4% ergeben sich

nach Ablauf von 5 Jahren	DM 161.000,-- Zins und Zinseszins
nach Ablauf von 10 Jahren	DM 347.000,-- Zins und Zinseszins
nach Ablauf von 15 Jahren	DM 563.000,-- Zins und Zinseszins
nach Ablauf von 20 Jahren	DM 814.000,-- Zins und Zinseszins.

Wir möchten hierzu bemerken, daß unsere Berechnung von einer halbjährlichen Zinszahlung ausgeht, die bei festverzinslichen Papieren normalerweise üblich ist.

Bei einem Kauf von 8%igen Papieren ergibt sich unter den bereits oben genannten Voraussetzungen folgendes Bild:

nach Ablauf von 5 Jahren	DM 219.000,-- Zins und Zinseszins
nach Ablauf von 10 Jahren	DM 486.000,-- Zins und Zinseszins
nach Ablauf von 15 Jahren	DM 811.000,-- Zins und Zinseszins
nach Ablauf von 20 Jahren	DM 1.208.000,-- Zins und Zinseszins.

Da jedoch allgemein angenommen wird, daß bis zu dem von Ihnen genannten Anlagemonat September d.J. eine Diskontsatzsenkung möglich ist, dürfte die Zugrundelegung von 7%igen Papieren für unsere Berechnung realistisch sein. Trotzdem haben wir unsere Zentrale daraufhin angesprochen, ob ein Kauf bereits zu dem derzeitigen Zeitpunkt möglich ist, wobei die Wertstellung September zugrunde gelegt würde. Dies wurde jedoch verneint, da die Hypothekenbanken z.Zt. nicht bereit sind Pfandbriefe mit späterer Valutierung abzugeben, was vor einiger Zeit noch durchaus möglich war.

COMMERZBANK

Aktiengesellschaft

Filiale Mainz-Kastel

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Hanna Deuß

Vorstand: Helmut Brands, Robert Ohm, Paul Lichtenberg, Will Marx, Walter Meier-Bruck, Heinrich Polke, Ernst Rieche, Holko Graf von Koedern, Kurt Sureth, stellvertretend Gerhard Fuchs, Heinz Niedersie-Ostholt, Armin Redel

Sitz der Bank: Düsseldorf

Blatt 2 zum Brief vom 13. Apr. 1970 an Gossner Mission, Mainz-Kastel

Wir haben unsere Renten-Abteilung in Frankfurt angewiesen, uns sofort Nachricht zu geben, sofern diese Möglichkeit wiederum bestehen sollte. Es ist klar zu ersehen, daß bei einem Kauf zum derzeitigen Zeitpunkt und bei einer eventuellen Diskontsatzsenkung bis zum September ein sofortiger Kursgewinn zu Buche schlagen würde. Aus diesem Grunde wäre es von Vorteil, wenn man sich kurzfristig zu einem Kauf entschließen könnte, unter der Voraussetzung, daß die Möglichkeit einer späteren Valutierung gegeben ist.

In der Annahme, Ihnen mit unseren Ausführungen gedient zu haben, empfehlen wir uns Ihnen

mit vorzüglicher Hochachtung

COMMERZBANK
Aktiengesellschaft
Filiale Mainz-Kastel

Jedes einzelne Blatt unserer Briefe muß unterschrieben sein.

E n t w u r f

An die
Erbengemeinschaft Erich Petzold
6503 Mainz-Kastel
Eleonorenstrasse 66
z.Hd. Herrn Martin Petzold

13. April 1970

Betreff: Brief vom 26. März 1970

Sehr geehrter Herr Petzold!

Wir bedauern, dass Sie auf unseren Vorschlag vom 14. März 1970 bzgl. einer Ablösung der Vereinbarung zwischen Ihnen und der Gessner-Mission nicht eingegangen sind. Den Vorschlägen A und B aus Ihrem o.a. Schreiben können wir nicht entsprechen.

Zu Ihren übrigen Ausführungen müssen wir richtigstellen:

1. Die Vereinbarung vom 1. August 1949 wird nicht jetzt nach 20 Jahren angefochten, sondern ist bereits im September 1951 angefochten und verändert worden, wie Sie selbst auf Seite 2 Ihres Briefes feststellen.
2. Der Verzicht auf das Verkaufsrecht war nicht die Vorbedingung für die Bauerlaubnis, sondern für den Ankauf des Grundstücks durch die Gessner-Mission. Nachdem die Stadt Mainz grundsätzlich den Verkauf des Geländes an die Gessner-Mission zugestimmt hatte, gab es für Sie nur die Möglichkeit, von Ihrem Verkaufsrecht Gebrauch zu machen. Das ist nicht geschehen.
3. Gegen die mit Frau Elfriede Petzold vereinbarten Massnahmen vom Jahre 1951, die Sie auf Seite 2, Absatz 2 a - d, anführen, haben Sie bis zum Jahre 1970 keine Einwendungen gehabt.
4. Sie schreiben: "Uns Söhnen ist die Tatsache der Abänderung des Vertrages bis zum vergangenen Jahr nicht bekannt gewesen." Dem steht der von allen Erben unterzeichnete Brief vom 19. April 1962 entgegen, in dem Sie auf die Vereinbarung vom 12. September 1951 in 4. Absatz ausdrücklich Bezug nehmen.
5. Neben anderen Irrtümern Ihres Briefes ist besonders der die Garage betreffende eklatant. Diese ist von der Gessner-Mission gebaut und bezahlt. Eine finanzielle Beteiligung durch Sie erfolgte nicht.
6. Selbstverständlich haben wir den Kaufanwärtern von den Vereinbarungen aus den Jahren 1949 und 1951 abschriftlich Kenntnis gegeben. Wir sind bis zum Verkauf im Sinne unseres Briefes vom 17. März 1970 um einer gütlichen Einigung willen zu einer Ablösung bereit. Im anderen Fall müssen Sie künftige Verhandlungen mit dem neuen Eigentümer führen.

Mit freundlichen Grüßen!

Dipl.-Ing. Bauassessor
Kirchenoberbaurat
Darmstadt - Eberstadt
Leo-Tolstoi-Straße 7

An die Mitglieder
des Kuratoriums der Gossner-Mission in Mainz-Kastel

An die Mitglieder
des Bairates der Gossner-Mission in Mainz-Kastel

Darmstadt, den 7. April 70

Betrifft: Verkauf des Anwesens der Gossner-Mission
in Mainz-Kastel, General-Mudra-Str. 1-3

M e m o r a n d u m der Erben Erich P e t z o l d
zum Verkauf des Anwesens der Gossner-
Mission in Mainz-Kastel

Vorbemerkung

1 Die Erben Erich Petzold^{haben} erfahren, daß das Kuratorium und der Beirat der Gossner-Mission beabsichtigen, in ihrer Sitzung am 14. und 15. April 1970 in Mainz-Kastel unter anderem den Verkauf des Anwesens der Gossner-Mission in Mainz-Kastel zu beraten.

2 Die Erben Erich Petzold sind Anlieger des Grundstückes der Gossner-Mission. Zwischen ihnen und der Gossner-Mission besteht ein Vertrag vom 1.8.1949. Dieser Vertrag ist unterzeichnet von Missionsdirektor Hans Lokies, Pfarrer Horst Symanowski und als Vertragspartner Oberbaurat Erich Petzold. Er regelt bestimmte nachbarliche Grundstücksangelegenheiten unter den Partnern.

3 Pfarrer H. Symanowski, als Sprecher der Gossner-Mission, zweifelt heute nach 20 Jahren die Gültigkeit dieses Vertrages an. Er hat ihn selber mit unterzeichnet, und die Gossner-Mission ist damals sofort in den vollen Genuß unserer vertraglichen Erfüllung gekommen. Einerseits vom Vertragspartner die Erfüllung seines Teils voll entgegenzunehmen und andererseits den eigenen Verpflichtungen nicht entsprechen zu wollen, erscheint unserem Rechtsempfinden zumindest äußerst fremd.

4 Es ist den Erben Erich Petzold klar, daß im Grundstücksverkehr für eine volle Gewähr der vertraglichen Erfüllung die notarielle Beurkundung erforderlich ist. Diese liegt aus welchen Gründen auch immer hier nicht vor. An dieser Stelle aber liegt nun der Versuch seit Jahren von Pfarrer Symanowski, die Vereinbarungen des Vertrages vom 1.8.49 aufzuweichen, zu verändern, zu ignorieren. Es liegt nahe, daß die Erben Erich Petzold diese Absichten als Versuche zum Vertragsbruch ansehen müssen.

Antrag und Bitte

5 Die Erben Erich Petzold bitten das Kuratorium und den Beirat der Gossner-Mission in Mainz-Kastel darum, eine Lösung zu finden, die vor dem Verkauf des Anwesens den Erben Erich Petzold die vertraglichen Vereinbarungen rechtlich sicherstellt bzw. eine gleichwertige Alternative bringt.

Begründung

6 Wenn man die ganze Entwicklungsgeschichte des Aufbaus der Gossner-Mission in Mainz-Kastel kennt und bedenkt, dann ist der Name Erich Petzold, seine Hilfe und Unterstützung nicht daraus zu trennen.

7 Die Gossner'sche Missionsgesellschaft Berlin suchte um das Jahr 1947 wegen der sich zuspitzenden politischen Lage in Berlin eine Ausweichstelle im Westen Deutschlands. Langjährige freundschaftliche Verbindung der Familie von Missionsdirektor Hans Lokies und Familie Erich Petzold trug sicher dazu bei, daß schließlich die Wahl für den Standort auf Mainz-Kastel fiel.

8 Regierungsbaumeister, Dipl.-Ing. Erich Petzold leitete seinerzeit als Oberbaurat der Stadt Mainz die Wiederaufbauplanung von Mainz. Er konnte dadurch besondere Hilfe und Unterstützung anbieten.

9 Zur Auswahl blieben letztlich wohl nur zwei Grundstücke in Mainz-Kastel, für die jeweils ein gesonderter Entwurf eines Studentenwohnheimes der Gossner-Mission geplant und gezeichnet wurden. Die Möglichkeiten der Realisierung konzentrierten sich zuletzt auf das jetzt bebaute Gelände.

10 Für die Teile dieses Geländes standen andere Privatleute bereits in Grundstücksverhandlungen mit der Stadt Mainz. Erich Petzold hatte ein im Grundbuch eingetragenes Vorkaufsrecht für einen Grundstücksteil, der an sein Anwesen anschloß.

11 Als OBR. Erich Petzold mit Schreiben vom 14.1.49 das jetzt bebaute Grundstück für die Gossner-Mission vorschlug, da wurden damals bereits die Grundzüge des späteren Vertrages als -conditio sine qua non- genannt, und wenige Tage später von Pfarrer Symanowski bestätigt und anerkannt.

12 Die Gossner-Mission würde von der Stadt Mainz keine Bauerlaubnis erhalten haben, wenn Erich Petzold nicht auf sein Vorkaufsrecht verzichtet hätte zu Gunsten der Gossner-Mission. Die Grundbedingungen (Nutzung bzw. Erwerb des halben Geländes und Nichtbebauung der anderen Hälfte) waren Pfarrer Symanowski und der Gossner-Mission vor Beauftragung der Planung des Bauvorhabens bekannt.

13 OBR. Erich Petzold besorgte für die anderen Bauinteressenten an diesem Gelände an anderem Ort Ausweichmöglichkeiten. Er faßte die Grunderwerbsverträge ab, und bemühte sich um die Beschaffung von Finanzmitteln für das Bauvorhaben.

14 Am 5.3.49 erfolgte die Beauftragung zur Planung des Behelfsstudentenwohnheimes.

15 Am 25.3.49 werden die Vertragsbedingungen über die Grundstücksangelegenheit erstmalig im Gesamten formuliert.

16 Am 14.5.49 erfolgte die Beauftragung zur Planung des Studentenwohnheimes. Gleichzeitig stimmt das Kuratorium in Berlin den wesentlichen Vertragsbedingungen zum Grundstück verbindlich zu.

17 Erich Petzold hatte der Gossner-Mission in der Straße am Fort Hessen durch Verringerung der Straßenbreite einen etwa gleich großen Grundstücksteil zusätzlich von der Stadt Mainz erwirkt, so daß durch die Abgabe des vertraglich vereinbarten Geländes an Erich Petzold praktisch die Grundstücksgröße für die Gossner-Mission nicht verkleinert worden ist. (20 qm).

18 Das Gelände, für das Erich Petzold Vorkaufsrecht hatte, hätte er in der vereinbarten halben Größe auch direkt von der Stadt Mainz erwerben können. Dies hätte aber den eiligen Baubeginn des Behelfsheimes hinausgezögert, weshalb Pfarrer Symanowski ausdrücklich den Vertragsweg über die Gossner-Mission vorzog. (Schreiben vom 9.4.49)

19 Am 1. Aug. 1949 wurde dann der Vertrag rechtsgültig unterzeichnet. Erich Petzold ist unverzüglich am 2. Aug. 49 seiner Verpflichtung aus dem Vertrag vom 1.8.49 zur Aufgabe seines Vorkaufsrechtes an diesem Grundstück nachgekommen. Damit ist die Gossner-Mission in den vollen Genuß der vertraglichen Erfüllung gekommen!

20 Erich Petzold ist am 25. Juli 1951 tödlich verunglückt. Die drei Kinder standen alle am Beginn der Ausbildung. Die finanzielle Versorgung der Witwe stand in Frage. Gerade zu diesem Zeitpunkt nahm Pfarrer Symanowski Verhandlungen mit der Witwe auf, um Abänderungen des Vertrages vom 1.8.49 zu Gunsten der Gossner-Mission zu erreichen.

21 Am 12. Sept. 1951, also sechs Wochen nach dem Tode Erich Petzolds, legte Pfarrer Symanowski der Witwe die Abänderungen des Vertrages zur Unterzeichnung vor. Er hatte sich aus welchen Gründen auch immer nicht die Vollmacht der drei mündigen Miterben dazu geben lassen. Den Söhnen ist die Abänderung des Vertrages bis zum vergangenen Jahr nicht bekannt gewesen. Sie bleibt wohl nach wie vor ein ungültiges Dokument.

22 Die von Pfarrer Symanowski vorgenommenen Abänderungen brachten einseitig Vorteile nur für die Gossner-Mission. Sie betreffen Ziff. 1 u. 2 des geltenden Vertrages:

- a. Die Verlegung der Grenze für das Pachtland sollte am 1.10.51 erfolgen statt vertragsgemäß am 1.10.54, also 3 Jahre früher.
- b. Das Pachtland wurde gegenüber dem Vertrag um einen Geländestreifen von ca 5 m Breite verkleinert.
- c. Der Pachtzins für dies zusätzlich noch verkleinerte Gartengelände wurde um 50% pro Jahr erhöht gegenüber den Abmachungen des Vertrages mit einer Geltungsdauer bis zum 1.10.1999.
- d. Der der Familie Petzold eigene Gartenzaun ist gemäß Ziff. 5 des Vertrages zu Lasten der Gossner-Mission auf die neue Pachtgrenze zu versetzen. Dieser Zaun ist aber in erheblich verminderter Qualität wieder aufgestellt worden. Der Zaun stand vorher auf einer frostfrei gegründeten Sandsteinmauer, die ca 30 - 40 cm über Terrain reichte. Die Gossner-Mission bzw. Pfarrer Symanowski hat dagegen den Zaun ohne jede Mauer oder untere Abgrenzung direkt und wenig solide auf das Erdreich gesetzt.

23 Dies alles sind nicht zu widerlegende Fakten, die eine eindeutige Sprache sprechen und keiner weiteren Kommentare bedürfen.

24 Da die Gossner-Mission selbst nicht mehr an dieser Stelle in Mainz-Kastel ihre Arbeit fortführen und weiter ausbauen möchte, erlauben sich die Erben Erich Petzold die Bitte auszusprechen, daß jetzt eine rechtlich fundierte Lösung auf der Grundlage des Vertrages vom 1.8.49 gefunden wird, die nicht zu ihren Lasten geht.

Die Erben Erich Petzold: Elfriede Petzold, geb. Dyes
Peter Petzold
Martin Petzold

Gossner-Mission

Joh.-Gossner-Straße 14
Omnibus Nr. 6 und 9

6503 MAINZ-KASTEL, DEN
Telefon: 06143/2658
Postscheckkonto: 108 305 Hannover
Bankverbindung,
48 34 Mainzer Volksbank, Mz.-Kastel

14. März 1970
GM - Sym - K1

An die
Erbengemeinschaft E. Petzold
6503 Mainz-Kastel
Eleonorenstr. 66

Sehr verehrte Frau Petzold!
Sehr geehrte Herren Petzold!

Wir haben Ihren "Aktenvermerk" vom 9. November 1969 mit einer Zeichnung als Anlage ohne Begleitschreiben im Februar ds.Js. (Eingang hier) erhalten.

Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass Ihnen in der Zeichnung ein Fehler unterlaufen ist: Die von Ihnen als "bestehende Grundstücksgrenze" bezeichnete Linie stellt die derzeitige Pachtgrenze dar.

Nach unserer Kuratoriums-Sitzung in Berlin am 15. Januar 1970 haben wir Frau E. Petzold besucht und ihr die Mitteilung gemacht, dass wir unser Grundstück zum Verkauf anbieten wollen. Wir möchten Sie hiermit fragen, ob Sie interessiert sind, uns einen Vorschlag zur Ablösung der unstrittenen Vereinbarung zwischen Ihnen und der Gossner-Mission zu machen. Wir möchten vermeiden, dass Sie unter Umständen mit dem künftigen Eigentümer in dieser Angelegenheit Schwierigkeiten bekommen.

Mit freundlichem Gruß

Ms. Springe
(Christa Springe)

H. Symanowski
(Horst Symanowski)

Pastor Symanowski fragt an, wie die Kuratoriumssitzung
am 15.4. abgehalten werden soll: Am 14. tagt der Beirat.
soll man die Kuratoren für diese Sitzung miteinladen,
sodaß sie am 14. abends schon da sind? Und wann soll
es am 15. losgehen? Frau Springe soll die Antwort
morgen mitbekommen.

2.3.1970

Schreiben an T. Springe

Am 23.3. sollen wir von Mainz-Kastell
Nachricht bringen, ob wir das Angebot am 15.4.
in Frankfurt noch können
Jede abwarten, Kuratoren kommen zum Beirat (am 14.4. um 15.30 Uhr)
eingeladen!

J 3/3

rung der Republik von Zambia (hier mit Regierung bezeichnet) solches Personal und solche Hilfsmittel zur Verfügung stellen, wie es im gegebenen Fall gemeinsam von den Dienstaufsichts-Behörden festgelegt werden wird. Die Regierung wird einen "Gwembe-Tal-Koordinierungsausschuß" einsetzen, der die Richtung der Arbeit der Gossner Entwicklungsgruppe bestimmt, und wird für diesen Ausschuß Mitarbeiter anstellen, wie es zur Sicherung einer wirkungsvollen Nutzung des von der Gossner Mission entsandten Personals erforderlich sein mag.

Artikel III

Dienstaufsichts-Behörden

In Angelegenheiten, die die Durchführung dieses Vertrages und nachgeordneter Sonderabkommen betreffen, werden die beiden Vertragspartner, soweit nicht anders vorgesehen, jeweils vertreten durch die Planungsabteilung des Ministeriums für Entwicklung und Finanzen, bzw. durch den Leiter der Gossner Entwicklungsgruppe, der durch die Gossner Mission bestimmt und wohnhaft in Zambia sein wird.

Artikel IV

Stellung und Nutzung der Gossner Entwicklungsgruppe

(1) Personal, das durch die Gossner

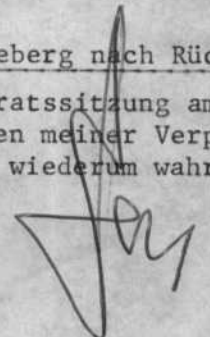
4. März 1970
drbg/d.

An die
Gossner Mission
z.Hd. Herrn Pfarrer Symanowski

6503 Mainz-Kastel
Joh.-Gossner Str. 14

Herrn P. Seeberg nach Rückkehr

für die Beiratssitzung am 14.4. in Kastel,
die Sie wegen meiner Verpflichtung in
Kassel wohl wiederum wahrnehmen müssen.



Lieber Horst!


Relativ zufällig kommt heute das Protokoll der Besprechung Petzold/
Dr. Kandeler-Weissinger auf meinen Schreibtisch zuzüglich des Briefes
Dr. Kandeler an D. Hess vom 14.10.1969, in welchem er das Verhandlungs-
ergebnis mitteilt und bewertet.

Das Ganze ist ja wegen der veränderten Situation insofern nicht mehr
aktuell, als die Gossner Mission auf ihrem Gelände in Kastel nicht mehr
bauen will.

Aber ich erkundigte mich bei Dr. Kandeler nach seiner Auffassung, ob
ein Käufer an die vertraglichen Abreden mit der Nachbarmfamilie Petzold
gebunden sei. Er bejahte das uneingeschränkt, und dies ist der Grund
meines Schreibens. Du müsstest also dem in diesen Wochen von Euch gesuch-
ten potentiellen Käufer des ganzen Grundstückes von der Auflage Mitteil-
ung machen, die auf dem Gelände ruht. Man kann nur hoffen, daß diese
Tatsache den Abschluß eines guten Verkaufs nicht beeinträchtigt. Aber
um Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen mit Familie Petzold nachträg-
lich zu vermeiden, sollte das von Euch bei den jetzigen Verkaufsverhand-
lungen in Rechnung gestellt werden.

Für heute nur dieser Hinweis. Hoffentlich ist Frau Springe gut zurückge-
kehrt. Ein Weniges haben wir in der knappen Zeit, die ihr zur Verfügung
stand, doch besprechen können.

Mit herzlichen Grüßen
Dein



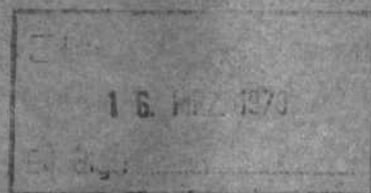
Gossner-Mission

Joh.-Gossner-Straße 14
Omnibus Nr. 6 und 9

6503 MAINZ-KASTEL, DEN
Telefon: 06143/2638
Postscheckkonto: 108 305 Hannover
Bankverbindung,
48 34 Mainzer Volksbank, Mz.-Kastel

14. März 1970
GM - Sym - K1

An die
Erbengemeinschaft E. Petzold
6503 Mainz-Kastel
Eleonorenstr. 66



Sehr verehrte Frau Petzold!
Sehr geehrte Herren Petzold!

Wir haben Ihren "Aktenvermerk" vom 9. November 1969 mit einer Zeichnung als Anlage ohne Begleitschreiben im Februar ds.Js. (Eingang hier) erhalten.

Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass Ihnen in der Zeichnung ein Fehler unterlaufen ist: Die von Ihnen als "bestehende Grundstücksgrenze" bezeichnete Linie stellt die derzeitige Pachtgrenze dar.

Nach unserer Kuratoriums-Sitzung in Berlin am 15. Januar 1970 haben wir Frau E. Petzold besucht und ihr die Mitteilung gemacht, dass wir unser Grundstück zum Verkauf anbieten wollen. Wir möchten Sie hiermit fragen, ob Sie interessiert sind, uns einen Vorschlag zur Ablösung der umstrittenen Vereinbarung zwischen Ihnen und der Gossner-Mission zu machen. Wir möchten vermeiden, dass Sie unter Umständen mit dem künftigen Eigentümer in dieser Angelegenheit Schwierigkeiten bekommen.

Mit freundlichem Gruß

Chr. Springe
(Christa Springe)

(Horst Symanowski)

An den
Vorsitzenden des Beirats der
Gossner Mission Mainz-Kastel
Herrn Oberkirchenrat D. Hess

61 Darmstadt
Paulusplatz 1

Sehr verehrter, lieber Bruder Hess!

Am Freitag, dem 10. ds. Mts., hat die seit langem geplante Unterredung mit der Familie Petzold stattgefunden. Leider war es Herrn Pfarrer Rathgeber nicht möglich, sich an dem Gespräch zu beteiligen, weil er durch Ausschuß-Sitzungen der Synode in Darmstadt festgehalten wurde. Deswegen mußten Herr Weissinger und ich allein die Verantwortung für die Gesprächsführung auf uns nehmen.

Von Seiten der Familie Petzold waren die Witwe des verstorbenen Oberbaurats Petzold und ihre beiden Söhne Martin und Peter erschienen, die bekanntlich beide auch Architekten sind. Ich habe gleich zu Beginn der Verhandlung daran erinnert, daß die Anfänge der Arbeit in Mainz-Kastel aus der früheren Verbundenheit zwischen dem damaligen Missionsdirektor der Gossner Mission, Bruder Lokies, und dem verstorbenen Oberbaurat Petzold herausgewachsen sind. Dieser Ursprung sollte nicht in Vergessenheit geraten und müsse in Verfolg der alten Tradition ein Einvernehmen auch über die zur Zeit strittigen Punkte möglich machen. Die anwesenden Vertreter der Familie Petzold stimmten dem zu, und es herrschte während des gesamten Meinungsaustauschs eine durchaus freundliche Atmosphäre.

Wir haben zwar zunächst über die beiden Verträge von 1949 und 1951 gesprochen. Es stellte sich jedoch sehr bald heraus, daß die Ansichten über die Rechtsgültigkeit und die Fortwirkung dieser Verträge sehr weit auseinandergehen und eine schnelle Einigung über diese Dinge angesichts der Zerstrittenheit der beiderseits beauftragten Rechtsanwälte nicht möglich war. Ich möchte an dieser Stelle nur einflchten, daß ich die Meinung des Rechtsanwalts Dr. Hempel, der die Schriftsätze für die Gossner Mission Mainz-Kastel aufgesetzt hat, nicht teilen kann. Ich glaube nicht, daß durch die Vereinbarung von 1951 der alte Vertrag von 1949 in vollem Umfang hinfällig geworden ist.

Wir verständigten uns in dem Gespräch dahin, daß die Interpretation der alten Verträge und die Frage des Umfangs ihrer Geltung offen bleiben sollte. Wir wandten uns dem aktuellen Problem der Bebauung des noch freien Geländes des Gossner-Grundstücks zu und haben hinsichtlich dieses Streitpunkts, der im Augenblick allein aktuell ist, eine Verständigung erzielt.

Wir konnten davon ausgehen, daß der vorliegende Entwurf des Architekten Beck-Ingelheim überholt ist, weil sich die sogenannte große Konzeption für die künftige Arbeit in Mainz-Kastel, die der Beirat seiner Beratung am 23. 7. 1969 zugrunde legte, inzwischen als nicht durchführbar erwiesen hat. Die Familie Petzold erklärte im Laufe der Verhandlung, daß sie gegen eine Bebauung des noch freien Geländes keine Einwendungen erheben würde, wenn sich die Gossner Mission nach Klärung der künftigen Arbeits-

vorhaben und des sich daraus ergebenden neuen Bauvorhabens rechtzeitig mit ihr in Verbindung setzen und auch die Auswahl des Architekten in Föhrung mit ihr vornehmen würde. Es kommt den Söhnen von Frau Petzold vor allem darauf an, daß sich ein Neubau in das bisherige architektonische Bild einfügt und auch die besondere Umgebung, d.h. vor allem das Rheinufer, in Rechnung stellt. Herr Oberbaurat Martin Petzold berief sich auf das Urheberrecht der Architekten, das nach den neuen gesetzlichen Vorschriften 70 Jahre wöhren soll. Danach wäre es an und für sich erforderlich, die beiden Söhne des verstorbenen Oberbaurats Petzold mit der Ausarbeitung der neuen Baupläne zu beauftragen. Darauf wollen jedoch die Söhne Petzold nicht bestehen, wenn ihnen eine gewisse Mitwirkung bei der Auswahl des Architekten zugestanden wird. Nach Lage der Dinge scheint mir das Ergebnis der Unterredung für die Gossner Mission Mainz-Kastel durchaus akzeptabel. Herr Peter Petzold hat es übernommen, eine unverbindliche Skizze seiner Vorstellungen von einem Neubau anzufertigen, aus der vor allem hervorgehen soll, wieviel zusätzliche Quadratmeter Raum vernünftigerweise von einem Neubau erwartet werden dürfen.

Zum Schluß des Gesprächs haben wir auftragsgemäß noch die Frage aufgeworfen, ob die Familie Petzold bereit ist, das ihr gehörige Grundstück an die Gossner Mission oder an die Hessen-Nassauische Kirche zu verkaufen. Wir erhielten die Auskunft, daß daran einstweilen nicht zu denken sei. Herr Peter Petzold ließ durchblicken, daß ein Verkauf zu Lebzeiten seiner Mutter nicht in Betracht käme.

Ich möchte Sie, sehr verehrter, lieber Bruder Hess, bitten, die Absprache mit Frau Petzold und ihren Söhnen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt dem Beirat mit der Bitte zur Kenntnis zu bringen, ihr durch offizielle Einverständniserklärung Verbindlichkeit zu verschaffen. Herr Weissinger und ich haben darauf hingewiesen, daß die erzielte Einigung der Zustimmung des Beirats bedarf. Es dürfte wahrscheinlich nicht notwendig sein, einen neuen Vertrag zu schließen. Den Verhältnissen wird es nach meinem Dafürhalten am besten gerecht, wenn das Ergebnis der Unterredung in einem Brief-Wechsel zwischen dem Beirat und der Familie Petzold festgehalten wird.

Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß ich durch die Berlin-Feier des 50jährigen Jubiläums der Selbständigkeit der Gossnerkirche Gelegenheit hatte, über die Baufragen Mainz-Kastel mit dem Alt-Missionsdirektor, Kirchenrat D. Lokies, zu sprechen. Er bestätigte, daß seinerzeit das Gelände in Mainz-Kastel nur durch Vermittlung des verstorbenen Oberbaurats Petzold von der Gossner Mission erworben werden konnte. Dieser hatte gute Beziehungen zum Magistrat von Mainz, dem früheren Eigentümer des Geländes, während die Gossner Mission der Stadtverwaltung von Mainz völlig unbekannt war. Bruder Lokies hält die von Herrn Weissinger und mir ins Auge gefaßte Vereinbarung mit der Familie Petzold für die unter Berücksichtigung aller Begleitumstände beste Lösung.

Durchschläge dieses Schreibens lasse ich den Brüdern Symanowski und Weissinger zugehen und hoffe Sie damit einverstanden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Du/
Pfarrer Symanowski
Diakon Weissinger

fr. Lok.

GOSSNER MISSION

BERLIN-FRIEDENAU

ZWEIGSTELLE MAINZ

MAINZ-KASTEL, 12. 9. 1951.
ELEONORENSTRASSE 64

Zwischen der Erbgemeinschaft nach dem verstorbenen Oberbaurat E. Petzold, vertreten durch seine Witwe ~~Elisabeth~~ Petzold in Mainz-Kastel, Eleonorenstrasse 66

und der Gossnerschen Missionsgesellschaft, Berlin-Friedenau, Stubenrauchstrasse 12 vertreten durch das Kuratorium wird vereinbart:

Die Gossnersche Missionsgesellschaft überlässt einen Streifen von etwa 12 mtr. Breite ihres Grundstücks, Mainz-Kastel, Eleonorenstrasse 64 pachtweise an die Erben des Herrn Oberbaurat Petzold zur persönlichen Nutzung als Gartenland bis zum 1. 10. 1999.

Der verpachtete Streifen ist etwa 12 mtr. breit und schliesst sich an das Grundstück der Pächter an, wird im Nordosten durch die Garage und das Behelfsheim der Gossnerschen Missionsgesellschaft und im Südwesten durch den Zaun zur Eleonorenstrasse begrenzt. Die neu zu errichtende Abzäunung zum Gartenland der Gossnerschen Mission wird so errichtet, dass der Zugang zu der auf dem Pachtland befindlichen Wasseruhr des Grundstücks Eleonorenstrasse 64 ausgespart wird, sodass die Verpächterin jederzeit dorthin ungehinderten Zugang hat.

Der Pachtzins beträgt DM. 30, — jährlich. Er ist am 1. 10. jeden Jahres für das laufende Kalenderjahr zu entrichten.

Die Erben des Herrn Oberbaurat E. Petzold sind berechtigt,

BANKKONTO: 22272 GOSSNER-MISSION BEI DER RHEINISCHEN KREDITBANK, MAINZ

(POSTSCHECK DER RHEINISCHEN KREDITBANK MAINZ, FRANKFURT/MAIN 2600)

GOSSNER-MISSION, POSTSCHECKAMT HANNOVER NR. 10 83 05

b. w.

sind Wasser auf eigene Kosten aus der Zuleitung zu entnehmen, die von der von Herrn Petzold im Behelfsheim eingebauten Wasseruhr zum Garten führt. Bei Verkauf oder Verpachtung des Grundstücks Eleonorenstrasse 66 wird dieser Vertrag hinfällig. Diese Vereinbarungen treten anstelle der Berechtigungen des Vertrages vom 1. August 1949.

Mainz-Kastel, den 12. September 1951.

Für die Gossnersche Missionsgesellschaft:



H. Weller: Seither

Für die Erbgemeinschaft:

Elfriede Petzold m.H.
geb. Weller

V e r t r a g

Zwischen der Gossnerschen Missionsgesellschaft, Berlin Friedenau, Stubenrauch Straße 12, vertreten durch Herrn Missionsdirektor Lokies, sowie Herrn Pfarrer Szymanski und Herrn Oberbaurat a.D. Petzold Mainz - Kastel, Kleenoren Str. 44 wird folgender Vertrag geschlossen:

1. Die Nutzung des von der Stadt Mainz gepachteten und eingemauerten Gartengeländes in Kastel, Kleenoren Straße neben seinem eigenen Grundstück verbleibt Herrn Petzold bis 1.10.1924. Herr Petzold zahlt hierfür wie bisher eine jährliche Pacht von 25,- RM an den jeweiligen Eigentümer.
2. Die Nutzung bis hinter die jetzige Himbeerhecke etwa 11 m von der Ecke des Behelfsheims entfernt, verbleibt Herrn Petzold, bzw. seinen Erben bis 1.10.1929. Hierfür ist eine jährliche Pacht von 20,- RM zu zahlen. Sollten kraft irgend eines Gesetzes, Verordnung oder dergl. langjährige Miet- oder Pachtverträge aufgehoben werden, so wird die Gossnersche Mission hiervon keinen Gebrauch machen. Während der 50 Jahre ist dieses Gelände wie ein Eigentum des Herrn Petzold zu betrachten, was lediglich nach Ablauf dieser Zeit zurückgegeben wird.
3. Die Mission gestattet Herrn Petzold auf ihrem Gelände im Zusammenhang mit ihrer Garage eine Garage auf eigenen Kosten zu erstellen, und diese für sich und seine Erben zu benutzen. Sie gestattet ihm das Durchgangsrecht zu seinem Grundstück zur Benutzung der Garage. Ein Verkauf der Garage an einen Dritten ist ausgeschlossen. Die Mission willigt in eine entsprechende Eintragung in das Grundbuch ein.
4. Die Mission verpflichtet sich, an Herrn Petzold von dem Grundstück, für das Herr Petzold Vorkaufrecht von der Stadt Mainz hat, einen Teil anschließend an sein Grundstück zu verkaufen, und zwar zu denselben Bedingungen, wie die Mission ihr Grundstück von der Stadt Mainz erwirbt. Die neue Grenze soll zwischen der Ecke des jetzigen Behelfs-Studentenheims und dem 1. Fenster liegen, und senkrecht zur Kleenoren Straße verlaufen, die nördliche Grenze in der Verlängerung der jetzigen Grenze zwischen Ecke Flörsheimer und Behelfsheim.
5. Die bei Abverkauf notwendig werdende Vermessung, und die nach 5 Jahren notwendig werdende Versetzung des Zaunes gehen zu Lasten der Mission.
6. Die Mission und Herr Petzold verpflichten sich, für sich und ihre Rechtsnachfolger das Gelände, für das Herr Petzold Vorkaufrecht hat, nicht zu bebauen.

7. Herr Petzold verpflichtet sich, auf das ihm von der Stadt Mainz eingeräumte Verkauferecht zu Gunsten der Mission zu verzichten, und ermöglicht auf diese Weise der Mission den Erwerb des Grundstücks und den Bau des Studentenheims an dieser Stelle.

8. Herr Petzold erklärt, daß auch nach Verkauf des Grundstückstreifens an ihm die Miete des Behelfsstudentenheims auf seinem Grundstück stehen bleibt. Den Zeitpunkt des Abbruchs des Behelfsstudentenheims bestimmt die Mission. Ebenso duldet Herr Petzold die bestehende Wasserleitung durch das Grundstück zum Behelfsheim.

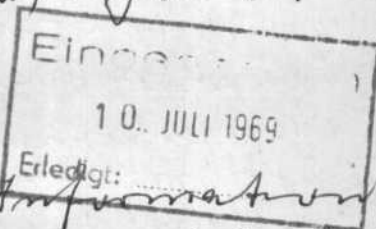
9. Herr Petzold hat nicht die Absicht, sein Grundstück zu verkaufen, sollten jedoch unvorhergesehene Ereignisse eintreten, die einen Verkauf in Erwägung ziehen, so erklärt sich Herr Petzold für seine Person bereit, sein Grundstück zunächst der kommerziellen Mission zum Verkauf anzuweisen.

10. Dieser Vertrag ist doppelt ausgefertigt: Jede der Vertragschließenden Parteien haben eine Ausfertigung erhalten.

Niesbaden-Mantel, den 1. August 1949.

Erster
H. Guraud
GOSSENERSCHE MISSION
MAINZ

Anderken, 8. Juli 69



Lieber Bruder Berg,
habe herzlichen Dank für die Information
über die Bauprobleme im Mainz-Kastel.
Am Horst hatte ich ja - wie ich Dir mitteilte -
erst schreiben wollen, nachdem ich durch
Dich über den Stand der Dinge informiert
war.

So habe ich jetzt an Horst geschrieben und
beklagt, dass er nicht rechtzeitig und
persönlich "den Bogen" mit Frau T.
aufgenommen habe. Dieses Entfallen ist
uns unverständlich, als Frau T. im-
mer im persönlichen Kontakt mit dem
Gossner aussteht; lebt doch - wenn man es

Wir in Ranchy - mit allem gutem
Wünschen für die Kinder.
Möge ich gerne ein Name sein

nicht irgendeins von den Krotzsch. Kindern
bewahrt im Hause. Das geht auf beiden Seiten
die Rechtsanwältin in Aktion getreten sind
ist nicht gut und hätte vermieden werden
sollen. Die Buchung z. B. des Rechtsbuchs.
des der Gossner-Mission, diese werde ich
vereinbarte Grenze nicht ^{mehr} respektieren,
wenn nicht -- ist nicht Stil und passt
so gar nicht zu Gossner und uns. Ander-
seits verstehe ich ja, dass die Mainz-
Karteler Brüder ein sehr planlos haben.
Liesse sich da kein Kompromiss finden.
Oder ist es jetzt zu spät?

Ich habe Horst dies alles geschrieben
und abgebeten, mir einmal zu sagen
was Frau D. unmöglich wäre, also ein
Vorschlag zu machen, wodurch ihr be-
trübt. Grundsätzlich geht es um Wert ver-
loren wird. Auf Horst's Antwort warten wir.

-- An Bruder für auf habe ich mich --
wegen Erziehungs-Kammer u. Br. oder Hoppe
geschrieben. -- In diesen Tagen bin

1.7.1969
arbg/go

Herrn
Pfarrer i.R. D. Hans Lokies

3001 Anderten
Drosselweg 4

Lieber Bruder Lokies,

Ich hatte wegen der Differenzen zwischen Petzold und unseren Freunden in Kastel an Horst Symanowski Deine Stellungnahme mitgeteilt; auch dass Du Dich noch direkt an ihn wenden würdest. In einem Brief schreibt er heute dazu folgendes:

"Hans Lokies hat sich noch nicht direkt an mich gewandt, wie er Dir wohl in Aussicht gestellt hatte. Soll ich mich jetzt meinerseits informierend an ihn wenden? In der Anlage findest Du das Schreiben von Rechtsanwalt Dr. Hempel an die beiden Rechtsanwälte, die die Erbengemeinschaft Petzold vertreten. Aus Darmstadt ist bisher noch nichts aus der Kirchenbauabteilung oder dem Finanzausschuss zu hören gewesen. Mit gleicher Post bitte ich OKR Hess, in beiden Abteilungen Erkundigungen einzuziehen und so die Beirats-sitzung Ende Juli vorzubereiten."

Im Übrigen fügte er die Abschrift eines Rechtsanwaltbriefes bei, den ich für Dich am besten ablichten lasse. Vielleicht ist es nun an der Zeit, dass Du direkt Symanowski gegenüber Deine Stellungnahme deutlich machst.

Mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus
Dein

Abschrift

Dr. Gerhard Hempel - Rechtsanwalt und Notar in Wiesbaden

20. Juni 1969

Herren Rechtsanwälte
Dr. Adolf Taupthaeus
Dr. Hans H. Winter

65 M a i n z
Postfach 4306

Sehr geehrte Herren Kollegen,

in Sachen der Gossner-Mission ./.. die Erbengemeinschaft Petzold
beantworte ich im Nachgang zu meinem Schreiben vom 10. d. M. Ihre
Schreiben vom 12. April und 5. Juni 1969:

Nach meiner Rechtsauffassung ist der Vertrag vom 1. August 1949
unwirksam:

Die in Ziffer 4 und Ziffer 9 enthaltenden Verpflichtungen zum
Verkauf von Grundstücken entbehren der Form des § 313 BGB und, da
nicht anzunehmen ist, dass der ganze Vertrag ohne diese wichtigen
Teile abgeschlossen worden wäre, ist das ganze Rechtsgeschäft nichtig
(§ 139 BGB). Im übrigen ist auf das Missverhältnis von Leistungen
und Gegenleistungen des Vertrages vom 1. August 1949 hinzuweisen:
Der Verzicht des Herrn Petzold auf das Vorkaufsrecht war für ihn kein
Opfer, da er dieses Vorkaufsrecht seinerzeit mangels der erforder-
lichen Mittel sowieso nicht hätte ausüben können. Andererseits steht
die Verpachtung eines Grundstücksteils auf 50 Jahre zu einem Pacht-
zins von jährlich 20.-- DM in keinem Verhältnis zu der Leistung des
Herrn Petzold.

Selbst wenn aber der Vertrag vom 1. August 1949 ganz oder teilweise
wirksam sein sollte, ist er durch die Vereinbarung vom 12. September
1951 aufgehoben worden. Der Schlusssatz: "Diese Vereinbarungen treten
anstelle der Berechtigungen des Vertrages vom 1. August 1949", zeigt
deutlich, dass damit der alte Vertrag hinfällig sein sollte. Die ent-
gegenstehende Meinung der Erbengemeinschaft Petzold in ihrem Schreiben
vom 19. April 1962 ist nicht überzeugend: Aus dem Wortlaut des Ver-
trages vom 12. September 1951 geht eindeutig hervor, dass er sich
nicht nur auf die Ziffer 1 bezieht, sondern auch auf die Verpachtung,
die in Ziffer 2 ff. geregelt ist.

Die Gossner-Mission ist immer noch bereit, die in dem Vertrag von 1951
vorgesehene Grenze bei ihrem Bauvorhaben zu respektieren. Wenn allerdings
die Angriffe der Erbengemeinschaft Petzold gegen das Bauvorhaben nicht
unverzüglich eingestellt werden, wird die Gossner-Mission ihre Auffassung
überprüfen.

Die Gossner-Mission hat bisher keinen Antrag auf Baugenehmigung gestellt,
so dass Ihr Schreiben an das Bauaufsichtsamt in Mainz keinerlei Begründung hat.
Vorsorglich habe ich eine Abschrift dieses Schreibens an das Bauaufsichts-
amt in Mainz gesandt.

Mit kollegialer Hochachtung
gez. Dr. Gerhard Hempel

Entwurf

Die Gossner-Mission in Mainz-Kastel beantragt bei der Kirchenverwaltung der EKHN Zuschüsse für

1. Errichtung eines Neubaus auf dem Gelände der Gossner-Mission in Mainz-Kastel zur Unterbringung des

a) Amtes für Industrie- und Sozialarbeit der EKHN (Büro- und Übernachtungs-
räume) *Tagungs-*

b) Amtes für Mission und Ökumene der EKHN (dto.)

DM 900.000,--

2. Renovierungs- und Umbauarbeiten im Gossner-Haus zur Unterbringung von Seminaren und Praktika, sowie zur Modernisierung des Wirtschaftsbetriebes

DM 200.000,--

DM 1.100.000,--
=====

3. Für die laufende Arbeit einen Zuschuß:

1969

DM 28.000,--

1970

DM 81.000,--

1971

DM 81.000,--

Begründung:

Auf Bitten der oben genannten Ämter der EKHN, bzw. der Kirchenverwaltung der EKHN, hat die Gossner-Mission in Mainz-Kastel seine Bereitschaft erklärt, die beiden Ämter und ihre Leiter, bzw. Geschäftsführer mit Büros, Wohnungen und Tagungsraum im Gossner-Haus aufzunehmen. Die bisherige Unterbringung war provisorisch und muß durch Neu- und Umbau endgültig gelöst werden. Nach eingehenden Beratungen legte der für die Arbeit in Mainz-Kastel zuständige Beirat - in ihm ist die EKHN durch OKR D. Heß, Dekan Bangert, Pfr. Rathgeber und neuerdings OKR Landig vertreten - dem Kuratorium der Gossner-Mission eine Empfehlung vor, die zu dem Beschluß des Kuratoriums vom 15. 1. 1969 führte:

- a) Das Kuratorium beschließt, der durch den Beirat vorgelegten Planung der Erweiterung und Umgestaltung der Gebäude auf dem Gossner-Gelände in Mainz-Kastel grundsätzlich zuzustimmen.
- b) Bei Übernahme der Kosten für Neubau und Umbau durch die EKHN ist das Kuratorium zu einer vertraglichen Regelung bereit, durch die die Nutzung des gesamten Gebäudekomplexes vereinbart und der EKHN die für ihre beiden Ämter (Amt für Industrie- und Sozialarbeit und Amt für Mission und Ökumene) benötigten Räume zur Verfügung gestellt werden.
- c) Das Kuratorium erwartet die Vorlage eines Vorentwurfs der Bauplanung und eines Finanzierungsplans bis zur nächsten Kuratoriumssitzung. Es stellt für die dazu nötigen Arbeiten einen Betrag in Höhe bis zu 10.000,-- DM zur Verfügung.
- d) Das Kuratorium ist damit einverstanden, daß dem Beirat in Mainz-Kastel die Verantwortung für die vorgesehenen Baumaßnahmen übertragen wird. Es ist auch damit einverstanden, das Gossner-Haus in Mainz-Kastel zu einem Sondervermögen der Gossner-Mission zu erklären und die Verwaltung dieses Sondervermögens dem Beirat zu übertragen.

Die Arbeitskonzeption besteht darin, daß

1. drei Dienststellen kooperieren:

- a) Gossner-Mission (Urban- and Industrial-Mission in Deutschland, Afrika und Indien; Seminar für Kirchl. Dienst in der Industriegesellschaft; Ökumenische Kontakte u.a.)
- b) Amt für Industrie- und Sozialarbeit der EKHN
(gleichzeitig auch Sitz des Industriepfarrers im Nebenamt für den Wirtschaftsraum Mainz)
- c) Amt für Mission und Ökumene der EKHN

2. drei Dienststellen an einem Wirtschaftsapparat partizipieren:

- a) Wirtschaftsleitung
- b) Küche und Wäscherei
- c) Hausmeisterei

3. Das Gossner-Haus braucht für die Kostendeckung der in 1 und 2 für die beschriebenen Arbeiten eine Kostenerstattung, die sich 1969 auf 28.000,-- DM beläuft, weil in diesem Jahr das Jugendwohnheim allmählich reduziert werden muß (Unterbringung der Lehrlinge in anderen Heimen nahe der Lehrwerkstatt). Die endgültige Aufgabe des Jugendwohnheimes, das bisher die Haupteinnahmequelle war, ist zum 30. 4. 1970 vorgesehen.

Dann beträgt die für 1970 und 1971 errechnete Kostenerstattung je DM 81.000,-- durch die EKHN. Die Differenz von DM 28.300,-- zur errechneten Kostenerstattung 1971 in Höhe von DM 110.700,-- wird von der Gossner-Mission aus ihrem Gesamt-Haushalt getragen werden.

Nach Errichtung des Neubaus und Beendigung des Umbaus entfallen für die Ämter alle Mietverpflichtungen gegenüber der Gossner-Mission. Alle anfallenden Ausgaben für Personal- und Sachkosten des Wirtschaftsbetriebes gehen zu Lasten des Gossner-Hauses. Sie werden durch Einnahmen aus Tagungen und Seminaren (Beiträge), durch Spenden und anderweitige Zuschüsse (z.B. EKD) sowie die oben beantragte Kostenerstattung für die Gesamtarbeit durch die EKHN gedeckt (s. Voranschlag 1971).

Die Kooperation der drei genannten Stellen verspricht eine optimale Ausnutzung

- a) der personellen Kräfte
- b) der Gebäude
- c) des gebligten Potentials.

Mit dem Antrag wird die Bitte um baldige Erledigung verbunden, damit die Baugenehmigung eingereicht werden kann, für die entsprechende Vorlagen vom Architekten Beck, Ingelheim, bereits erstellt worden sind.

Der Zeitplan sieht vor:

Mai 1969	Einreichung der Baugenehmigung
Mai 1969	Beginn Umbau Dachgeschoß
Oktober 1969	Beginn Neubau
Mai 1970	Beginn Umbau 1. Obergeschoß und Erdgeschoß
Januar 1971	Fertigstellung und Einzug Neubau.

(Christa Springe)

(Horst Symanowski)

~~#~~ Darmstadt, den 9.11.1969

Betrifft: Mainz-Kastel, Goßner-Mission, Grundstücksvertrag
mit Erben Erich Petzold

Bezug: Besprechung am 10.10.69 um 18 - 19 Uhr 45
im Goßner-Haus Mz.-Kastel. Beteiligt waren
Herr Dr. Candler, Berlin
Herr Missionsinsp. Weißinger, Kastel
Frau Elfriede Petzold
Herr Peter Petzold, München
Herr Martin Petzold, Darmstadt

Veranlassung war die Bitte des Vorsitzenden des Beirates Herrn Oberkirchenrat D. Heß mit Schreiben vom 23. Juli 69 zu einer gemeinsamen, klärenden Besprechung.

Herr Dr. Candler eröffnete das Gespräch mit der Versicherung, daß die Goßner-Mission willens und bereit sei, in einem gleich guten Verhältnis die Verbindung zu den Erben E. Petzold zu halten und die Verhandlungen zu führen wie seinerzeit Missionsdirektor H. Lokies mit Familie Petzold ein freundschaftliches Verhältnis verband. Durch diesen engen Kontakt sei es überhaupt für die Goßner-Mission möglich gewesen, sich in Mainz-Kastel anzusiedeln.

Es stellte sich heraus, daß entgegen der Meinung von Herrn Dr. Candler, der Goßner-Mission und des Beirates eine Bauvoranfrage beim Bauaufsichtsamt vorlag, bevor die Erben E.P. von diesem Vorhaben erfahren haben, und ehe sie durch den Rechtsanwalt Dr. Tautphäus auf Grund des Vertrages vom 1.8.49 dagegen Einspruch erhoben haben. Ferner wurde festgestellt, daß davor mehrere Bauprojekte von verschiedenen Architekten geplant worden waren, obwohl nach Ziffer 6 des Vertrages vom 1.8.49 eine Bebauung des Geländes zwischen beiden Bauten für beide Vertragsparteien nicht möglich ist.

Auf die Rechtsnatur und Gültigkeit des Vertrages von 1949 und seiner Ergänzung von 1951 wurde nicht weiter eingegangen. Die sich widersprechenden Auffassungen beider Parteien wurden lediglich noch einmal festgestellt.

Im folgenden Gespräch wurde ein Weg gesucht, wie die Baubedürfnisse der Goßner-Mission mit den Interessen der Erben E.P. in Einklang zu bringen sind. Die Erben E.P. sollen einen Vorschlag unterbreiten, aus dem ersichtlich ist welchem maximalen Bauvolumen und welcher Form des Baukörpers die Erben möglicherweise zustimmen könnten. Der Vorschlag ist diesem Aktenvermerk beigelegt.

Da der Gesamtkomplex der baulichen Anlage der Goßner-Mission im Entwurf und im ersten Bauabschnitt aufh bis ins Detail von dem verstorbenen Oberbaurat E. Petzold entworfen worden ist, genießen die Erben bis 70 Jahre nach dem Tode des Urhebers an diesen Bauwerk Urheberrechte. Beide Söhne sind Architekten! Es wurde darauf hingewiesen, daß es nahe gelegen hätte, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, zumal die Goßner-Mission nachgerade nach dem Urheberrecht dazu verpflichtet gewesen wäre.

Man einigte sich dahingehend, daß bei weiteren Planungen der Goßner-Mission sich diese zuerst an die Erben E.P. zur Beauftragung der Planung wenden wird, bzw. um einen Vorschlag zur Auswahl eines anderen, geeigneten Architekten bittet, der aus seiner besonderen Qualifikation heraus das Vertrauen der Erben E.P. genießt.

Es wurde erneut festgehalten, daß bei einem Verkauf des Anwesens Eleonorenstr.66 der Erben E.P., dieses zuerst der Goßner-Mission angeboten wird. Ebenso soll bei jeder Planung und Veränderung auf Seiten der Goßner-Mission vorher die Erben E.P. unterrichtet und eingeschaltet werden.

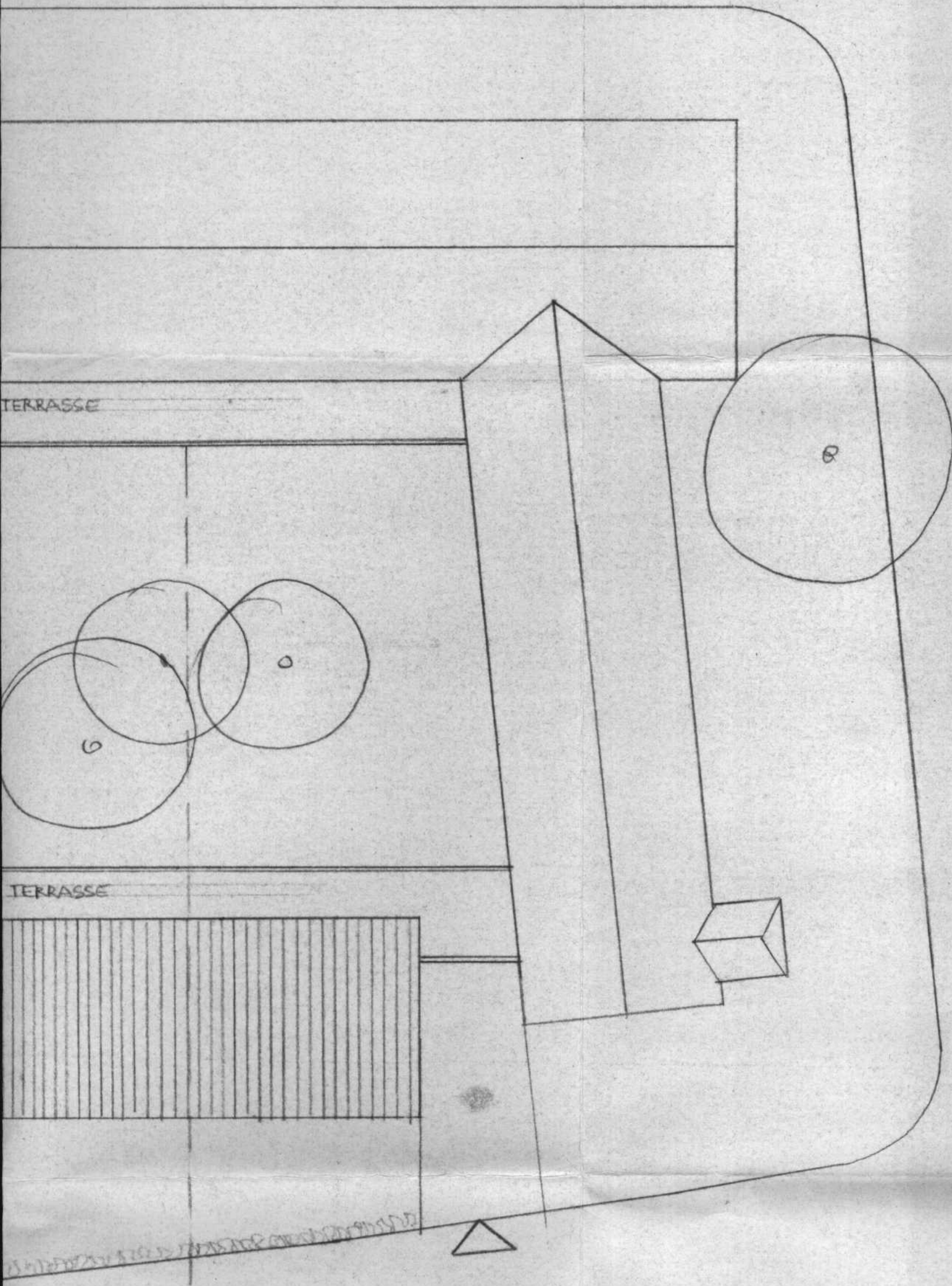
M. Vetzold.

D./ an Goßner-Mission, Berlin
D./ an Goßner.Mission, Mainz-Kastel

Anlage 1 Plan M. 1:100

mit freierh.
früher und der
Bitte um Kenntnisnahme
überwacht.

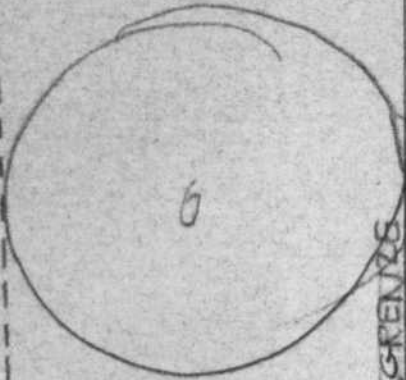
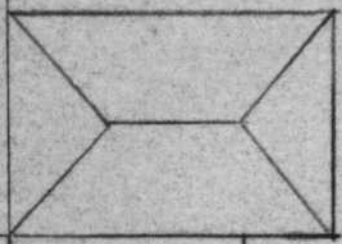
M. Vetzold.
28.2.70



DACHGESCH 300 qm ←
 ERDGESCH. 500 qm ← → BEBAUBARE GESCHOSSFLÄCHE
 KELLER 500 qm ←

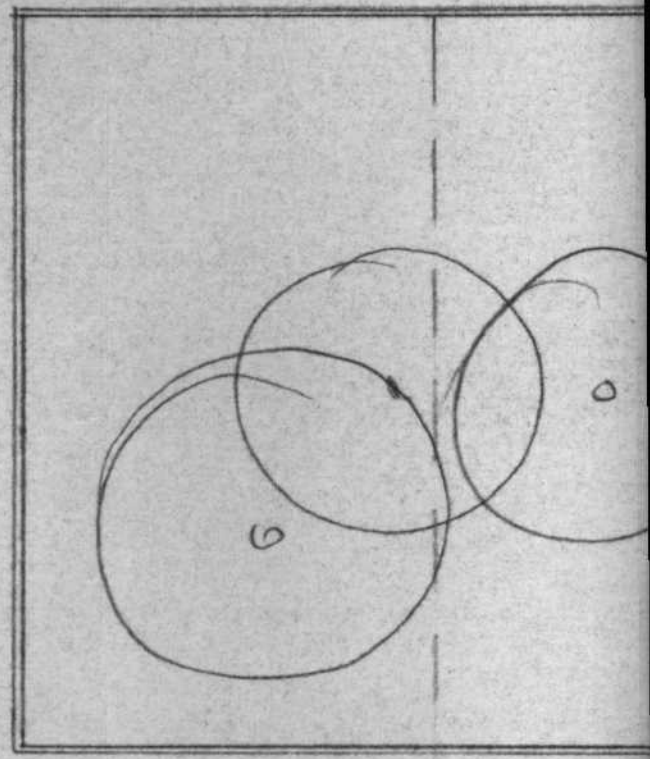
VEREINBARUNG ÜBER BEBAUUNGS-
 MÖGLICHKEIT DES GRUNDSTÜCKES DER
 GOSSNERSCHEN MISSION M. 1:200
 IM SEPT. 1969

NOV. M. Veltzold

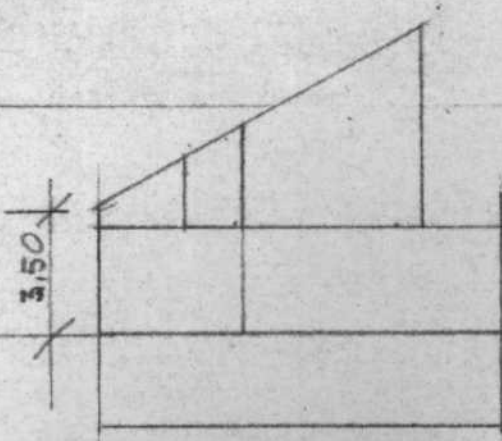
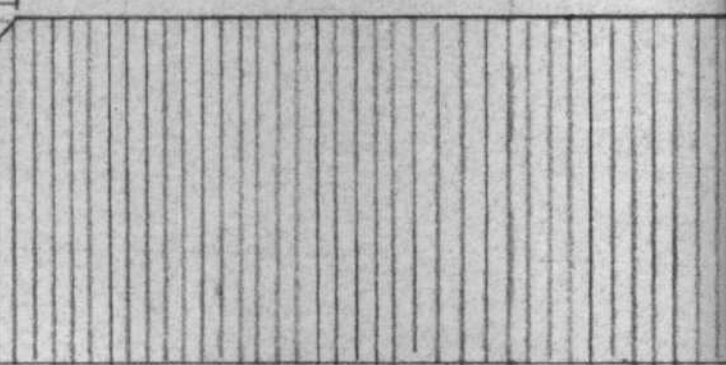
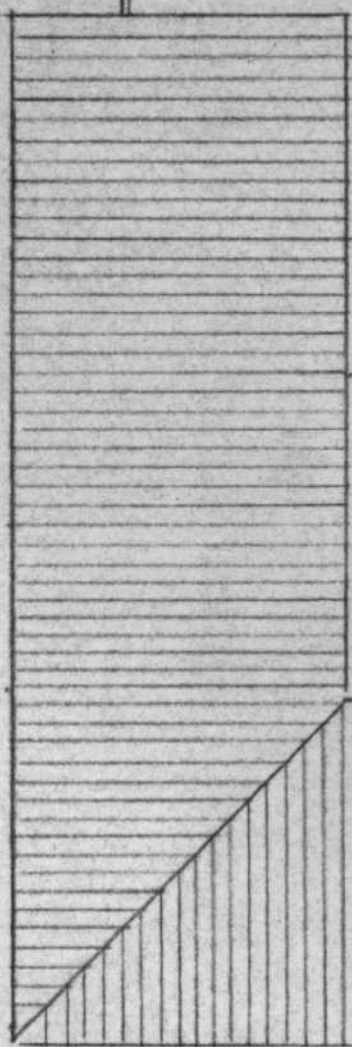


BESTEHENDE GRUNDSTÜCKSGRENZE

TERRASSE



TERRASSE



SCHNITT M 1:200

DACHGESCH 300 qm

ERDGESCH. 500 qm

KELLER 500 qm

An den
Vorsitzenden des Beirats der
Gossner Mission Mainz-Kastel
Herrn Oberkirchenrat D. Hess

61 Darmstadt
Paulusplatz 1

Sehr verehrter, lieber Bruder Hess!

Am Freitag, dem 10. ds. Mts., hat die seit langem geplante Unterredung mit der Familie Petzold stattgefunden. Leider war es Herrn Pfarrer Rathgeber nicht möglich, sich an dem Gespräch zu beteiligen, weil er durch Ausschuß-Sitzungen der Synode in Darmstadt festgehalten wurde. Deswegen mußten Herr Weissinger und ich allein die Verantwortung für die Gesprächsführung auf uns nehmen.

Von Seiten der Familie Petzold waren die Witwe des verstorbenen Oberbaurats Petzold und ihre beiden Söhne Martin und Peter erschienen, die bekanntlich beide auch Architekten sind. Ich habe gleich zu Beginn der Verhandlung daran erinnert, daß die Anfänge der Arbeit in Mainz-Kastel aus der früheren Verbundenheit zwischen dem damaligen Missionsdirektor der Gossner Mission, Bruder Lokies, und dem verstorbenen Oberbaurat Petzold herausgewachsen sind. Dieser Ursprung sollte nicht in Vergessenheit geraten und müsse in Verfolg der alten Tradition ein Einvernehmen auch über die zur Zeit strittigen Punkte möglich machen. Die anwesenden Vertreter der Familie Petzold stimmten dem zu, und es herrschte während des gesamten Meinungsaustauschs eine durchaus freundliche Atmosphäre.

Wir haben zwar zunächst über die beiden Verträge von 1949 und 1951 gesprochen. Es stellte sich jedoch sehr bald heraus, daß die Ansichten über die Rechtsgültigkeit und die Fortwirkung dieser Verträge sehr weit auseinandergehen und eine schnelle Einigung über diese Dinge angesichts der Zerstrittenheit der beiderseits beauftragten Rechtsanwälte nicht möglich war. Ich möchte an dieser Stelle nur einflechten, daß ich die Meinung des Rechtsanwalts Dr. Hempel, der die Schriftsätze für die Gossner Mission Mainz-Kastel aufgesetzt hat, nicht teilen kann. Ich glaube nicht, daß durch die Vereinbarung von 1951 der alte Vertrag von 1949 in vollem Umfang hinfällig geworden ist.

Wir verständigten uns in dem Gespräch dahin, daß die Interpretation der alten Verträge und die Frage des Umfangs ihrer Geltung offen bleiben sollte. Wir wandten uns dem aktuellen Problem der Bebauung des noch freien Geländes des Gossner-Grundstücks zu und haben hinsichtlich dieses Streitpunkts, der im Augenblick allein aktuell ist, eine Verständigung erzielt.

Wir konnten davon ausgehen, daß der vorliegende Entwurf des Architekten Beck-Ingelheim überholt ist, weil sich die sogenannte große Konzeption für die künftige Arbeit in Mainz-Kastel, die der Beirat seiner Beratung am 23. 7. 1969 zugrunde legte, inzwischen als nicht durchführbar erwiesen hat. Die Familie Petzold erklärte im Laufe der Verhandlung, daß sie gegen eine Bebauung des noch freien Geländes keine Einwendungen erheben würde, wenn sich die Gossner Mission nach Klärung der künftigen Arbeits-

vorhaben/ und des sich daraus ergebenden neuen Bauvorhabens rechtzeitig mit ihr in Verbindung setzen und auch die Auswahl des Architekten in Föhrung mit ihr vornehmen würde. Es kommt den Söhnen von Frau Petzold vor allem darauf an, daß sich ein Neubau in das bisherige architektonische Bild einfügt und auch die besondere Umgebung, d.h. vor allem das Rheinufer, in Rechnung stellt. Herr Oberbaurat Martin Petzold berief sich auf das Urheberrecht der Architekten, das nach den neuen gesetzlichen Vorschriften 70 Jahre wöhren soll. Danach wäre es an und für sich erforderlich, die beiden Söhne des verstorbenen Oberbaurats Petzold mit der Ausarbeitung der neuen Baupläne zu beauftragen. Darauf wollen jedoch die Söhne Petzold nicht bestehen, wenn ihnen eine gewisse Mitwirkung bei der Auswahl des Architekten zugestanden wird. Nach Lage der Dinge scheint mir das Ergebnis der Unterredung für die Gossner Mission Mainz-Kastel durchaus akzeptabel. Herr Peter Petzold hat es übernommen, eine unverbindliche Skizze seiner Vorstellungen von einem Neubau anzufertigen, aus der vor allem hervorgehen soll, wieviel zusätzliche Quadratmeter Raum vernünftigerweise von einem Neubau erwartet werden dürfen.

Zum Schluß des Gesprächs haben wir auftragsgemäß noch die Frage aufgeworfen, ob die Familie Petzold bereit ist, das ihr gehörige Grundstück an die Gossner Mission oder an die Hessen-Nassauische Kirche zu verkaufen. Wir erhielten die Auskunft, daß daran einstweilen nicht zu denken sei. Herr Peter Petzold ließ durchblicken, daß ein Verkauf zu Lebzeiten seiner Mutter nicht in Betracht käme.

Ich möchte Sie, sehr verehrter, lieber Bruder Hess, bitten, die Absprache mit Frau Petzold und ihren Söhnen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt dem Beirat mit der Bitte zur Kenntnis zu bringen, ihr durch offizielle Einverständniserklärung Verbindlichkeit zu verschaffen. Herr Weissinger und ich haben darauf hingewiesen, daß die erzielte Einigung der Zustimmung des Beirats bedarf. Es dürfte wahrscheinlich nicht notwendig sein, einen neuen Vertrag zu schließen. Den Verhältnissen wird es nach meinem Dafürhalten am besten gerecht, wenn das Ergebnis der Unterredung in einem Brief-Wechsel zwischen dem Beirat und der Familie Petzold festgehalten wird.

Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß ich durch die Berlin-Feier des 50jährigen Jubiläums der Selbständigkeit der Gossnerkirche Gelegenheit hatte, über die Baufragen Mainz-Kastel mit dem Alt-Missionsdirektor, Kirchenrat D. Lokies, zu sprechen. Er bestätigte, daß seinerzeit das Gelände in Mainz-Kastel nur durch Vermittlung des verstorbenen Oberbaurats Petzold von der Gossner Mission erworben werden konnte. Dieser hatte gute Beziehungen zum Magistrat von Mainz, dem früheren Eigentümer des Geländes, während die Gossner Mission der Stadtverwaltung von Mainz völlig unbekannt war. Bruder Lokies hält die von Herrn Weissinger und mir ins Auge gefaßte Vereinbarung mit der Familie Petzold für die unter Berücksichtigung aller Begleitumstände beste Lösung.

Durchschläge dieses Schreibens lasse ich den Brüdern Symanowski und Weissinger zugehen und hoffe Sie damit einverstanden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Du/
Pfarrer Symanowski
Diakon Weissinger

fern. Hoo.

Gossner-Mission

Joh.-Gossner-Straße 14 (Omnibus Nr. 6 und 9)

6503 MAINZ-KASTEL

Telefon: 0 61 43/23 52

Postcheckkonto: 108305 Hannover

Bankverbindungen:

114546 Deutsche Bank, Mainz

3803590 Commerzbank Mainz-Kastel

7. November 1969

Spr / KI

An den
Beirat des Gossner-Hauses
Mainz-Kastel

Liebe Freunde!

Im Namen des Vorsitzenden laden wir Sie zum 5. Dezember um 9.30 Uhr
ins Gossner-Haus ein.

Die Tagesordnung dieser Beirats-Sitzung sieht die folgenden Punkte vor:

1. Vorstellung des Geschäftsführers, Herr Dietrich Michaelson
2. Finanzbericht (Anträge an die EKHN vom 14. April 1969 und 20. Oktober 1969)
3. Die Zukunft des Gossner-Hauses ab 1. Januar 1970

A) Aufgaben:

- a) Seminare und Praktika
- b) Studiengruppen
- c) Zusammenarbeit mit Gemeinden
- d) Pfarrer-Fortbildung
- e) Ökumenische Gruppen
- f) UIM-Arbeit in der Region Wiesbaden - Mainz
- g) UIM-Arbeit in Übersee

B) Finanzierung der Arbeit

C) Alternativ-Vorschläge für Kuratorium und Kirchenleitung der EKHN

4. UIM-Projekte in Übersee

- a) Afrika (Nakuru, Jinja, Pastoren-Kurs 1971 in West-Afrika, Personalfragen)
- b) Indien (Durgapur)

5. Verschiedenes

Bitte lassen Sie uns wissen, ob Sie an der Sitzung, die viel Zeit erfordern wird, teilnehmen können.

Heute traf bei uns die Nachricht aus Darmstadt ein, dass der für 1969 beantragte Zuschuss in Höhe von DM 40.000,-- genehmigt werden ist.

Mit herzlichem Gruß!

Ihre

Christa Springe

(Christa Springe)

Ihr

H. Gynanowski

(Horst Gynanowski)

6. November 1960

Gossner-Mission

6503 Mainz-Kastel

Joh.-Gossner-Str. 14

ZUR KENNTNISNAHME

AN Herrn Dr. Kandeler

Sehr geehrte Herren,

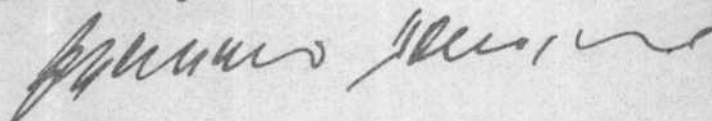
in Ihrer Grundstückssache mit den Erben Petzold habe ich das mir in Fotokopie übersandte Schreiben des Herrn Dr. Kandeler an Sie vom 14. Oktober 1960 mit Interesse gelesen.

Da Herr Dr. Kandeler seine Meinung, dass er meine Auffassung über die Vereinbarung von 1951 nicht teile, nicht begründet hat, kann ich dazu nicht Stellung nehmen. Im übrigen fehlt seine Stellungnahme zu meiner Rechtsauffassung, dass der Vertrag vom 1. August 1949 rechtsunwirksam war.

Wenn die mit den Erben Petzold getroffenen Vereinbarungen nicht durch eine Eintragung im Grundbuch gesichert werden, würde ein gutgläubiger Erwerber nicht daran gebunden sein. Ich darf aber wohl davon ausgehen, dass Sie auch eine nur schriftlich getroffene Vereinbarung einem etwaigen Erwerber Ihres Grundstücks mitteilen würden.

Eine Verpflichtung, die Söhne des verstorbenen Oberbaurats Petzold mit der Ausarbeitung der neuen Baupläne zu beauftragen, besteht meines Erachtens rechtlich nicht. Die Zusage, den Söhnen Petzold eine "gewisse Mitwirkung" bei der Auswahl des Architekten zuzustehen, ist rechtlich nicht ganz klar. Soll es heißen, dass ohne Zustimmung der Brüder Petzold ein anderer Architekt nicht bestellt werden darf? Besser wäre es, wenn die Brüder Petzold sich mit einer Zusage begnügten, dass ein Neubau die Raumverteilung nach der noch anzufertigenden Skizze berücksichtigt.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Dr.jur.Hermann Kandeler
Kirchenoberrechtsrat i.R.

1 Berlin 41, den 14.11.1969
Handjerystr. 19/20

An die Gossner-Mission in
Mainz-Kastel
z.Hd.Herrn Pastor Symanowski
6503 Mainz-Kastel
Joh.Gossner-Str. 14

Lieber Bruder Symanowski,
haben Sie vielen Dank für die Einladung zur Beiratssitzung
am 5.12.d.J. Zu meinem Kummer ist es mir nicht möglich,
der Einladung Folge zu leisten, da ich in der Woche zwischen
dem 1. und 2. Advent im Burgenland eine Werbereise für den
Jerusalemsverein durchführe.

Im Rahmen der Tagesordnung für den 5.12. wird - wie ich an-
nehme - auch über das Ergebnis der Unterredung mit der Fa-
milie Petzold gesprochen werden, die Bruder Weissinger und
ich im Auftrage des Beirats am 10.10.69 geführt haben
Sie haben mir freundlicherweise eine Äusserung des Rechts-
anwalts Dr.Hempel zu meinem schriftlichen Bericht an den Vor-
sitzenden des Beirats vom 14.10.69 zugeleitet. Ich halte es
nicht für erforderlich, mit Herrn Dr.Hempel in einen Aus-
tausch juristischer Schriftsätze einzutreten. Der vom Beirat
eingesetzte Ausschuss hatte nach meinem Dafürhalten nicht
die Aufgabe, juristische Entscheidungen zu fällen, sondern
eine Verständigung mit der Familie Petzold zu suchen. Der Bei-
rat wird überlegen müssen, ob er bereit ist, dem Ergebnis der
Besprechung vom 10.10.69 zuzustimmen.

Sehr erfreut hat mich die Mitteilung am Schluss Ihres Ein-
ladungsschreibens, dass die Hessen-Nassauische Kirche den
beantragten Zuschuss von DM 40.000,-- genehmigt hat. Damit
dürften Ihre Finanzsorgen für das laufende Etatsjahr behoben
sein.

- 2 -

Gern denke ich an unser abendliches Zusammensein
im indonesischen Restaurant von Mainz-Kastel zu-
rück. Ich möchte Ihnen und Schwester Springe
noch einmal für Ihre grosszügige Gastfreundschaft
sehr herzlich danken.

Mit vielen Grüssen an Sie und alle Mainz-Kasteler
Hausgenossen

Ihr

(gez.) Kandeler

cc. Herrn Oberkirchenrat D.Hess
Darmstadt-Paulusplatz 1

mit der Bitte um Kenntnissnahme
übersandt.

L. Hess

Martin P e t z o l d
Darmstadt - Eberstadt
Leo-Tolstoi-Strasse 7

An die
Gossner - Mission
6503 Mainz-Kastel
Johann Gossner Str. 14

1/4.

Darmstadt, den 26.3.70

Betrifft: Grundstücksvertrag der Gossner-Mission mit
dem Nachbar Erich Petzold Erben

Bezug: Ihr Schreiben vom 14.3.70 GM - Sym - KL

Sehr geehrte Frau Springe!
Sehr geehrter Herr Symanowski!

Wir bedanken uns für Ihre Mitteilung vom 14.3.70, daß die Gossner-Mission die Absicht hat, das Anwesen in Mainz-Kastel zu verkaufen. Gleichzeitig möchten wir Ihnen bestätigen, daß es sich auf der genannten Zeichnung zu dem Aktenvermerk vom 9.11.69 tatsächlich um die jetzige Pachtgrenze statt um die Eigentumsgrenze handelt. Wir bitten dies Versehen zu entschuldigen.

In Ihrem Schreiben bitten Sie uns um Vorschläge zu einer Ablösung unserer vertraglichen Vereinbarung über die Grundstücksangelegenheiten. Zuvor aber erlauben Sie uns bitte, an dieser Stelle drei grundsätzliche Erwägungen zu bedenken zu geben:

1. Wenn Sie, sehr geehrter Herr Symanowski, den gültigen Vertrag vom 1.8.49 jetzt nach 20 Jahren anfechten wollen, so dürfen wir Sie aber doch einmal daran erinnern, daß die Vereinbarung dieses Vertrages in seinen Grundsätzen die - conditio sine qua non - war, unter der allein die G-M auf diesem Grundstück hat bauen können (Ziff. 7 des Vertrages vom 1.8.49).

Die G-M würde von der Stadt Mainz keine Bauerlaubnis erhalten haben, wenn unser Vater nicht auf sein Vorkaufsrecht verzichtet hätte. Diese Grundbedingung war Ihnen vor der Planung des Bauvorhabens bekannt.

Unser Vater ist unverzüglich am 2.8.49 seiner Verpflichtung aus dem Vertrag vom 1.8.49 zur Aufgabe seines Vorkaufrechtes an diesem Grundstück nachgekommen. Mit anderen Worten: Die G-M ist in den vollen Genuß unserer vertraglichen Erfüllung gekommen!

Wir dürfen hier erwähnen, daß die Überlegungen für ein geeignetes Grundstück für die G-M nicht auf dieses Gelände beschränkt gewesen waren. Es existieren Bauentwürfe für ein Studentenwohnheim der G-M auf einem anderen als dem jetzigen Grundstück. Die Pacht- oder Erwerbsmöglichkeiten konnten dort offensichtlich nicht realisiert werden.

Der unermüdliche Einsatz unseres Vaters für die Anliegen der Gossner-Mission in Mainz-Kastel und für die ev. Theol. Fakultät in Mainz ging weit über das übliche Maß hinaus. Das ist heute noch aus der Korrespondenz ersichtlich. Es bleibt uns unverständlich, weshalb man nun diesen Vertrag ständig aufzuweichen versucht und ihn gar ignorieren möchte.

2. Erich Petzold ist am 25. Juli 1951 tödlich verunglückt. Wir drei Kinder standen alle am Beginn der Ausbildung. Die finanzielle Versorgung unserer Mutter stand in Frage. Gerade zu diesem Zeitpunkt aber nahmen Sie, sehr geehrter Herr Symanowski, Verhandlungen mit unserer Mutter auf zur Abänderung des Vertrages vom 1.8.49.

Am 12. Sept. 1951, also sechs Wochen nach dem Tode ihres Mannes, legten Sie unserer Mutter die Abänderungen des Vertrages zur Unterzeichnung vor. Sie hatten sich aus welchen Gründen auch immer nicht die Vollmacht der drei mündigen Miterben dazu geben lassen. Uns Söhnen ist die Tatsache der Abänderung des Vertrages bis zum vergangenen Jahr nicht bekannt gewesen. Es bleibt ein ungültiges Dokument.

Die von Ihnen vorgenommenen Abänderungen betreffen die Ziff. 1 und 2 des geltenden Vertrages vom 1.8.49, und brachten einseitig Vorteile allein für Sie bzw. für die Gossner-Mission. Dies wird aus folgenden Ausführungen deutlich:

- a. Die Verlegung der Grenze für das Pachtland sollte sofort am 1.10.51 erfolgen statt vertragsgemäß am 1.10.54, also 3 Jahre früher.
- b. Das Pachtland wurde gegenüber dem Vertrag um einen Geländestreifen von 5 m Breite verkleinert.
- c. Der Pachtzins für dies zusätzlich noch verkleinerte Gartengelände wurde um 50% pro Jahr erhöht gegenüber den Abmachungen des Vertrages mit einer Geltungsdauer bis zum 1.10.1999.
- d. Der der Familie Petzold eigene Gartenzaun ist gemäß Ziff. 5 unseres Vertrages zu Lasten der G-M auf die neue Pachtgrenze zu versetzen. Dieser Zaun ist aber von Ihnen in erheblich verminderter Qualität wieder aufgestellt worden. Unser Zaun stand auf einer frostfrei gegründeten Sandsteinmauer, die ca 30 -40 cm über Terrain reichte. Sie haben dagegen den Zaun ohne jede Mauer oder untere Abgrenzung direkt und wenig solide auf das Erdreich gesetzt.

Dies alles sind nicht zu widerlegende Fakten, deren eindeutige Tendenzen wohl keine weiteren Kommentare bedürfen.

3. Wie Sie wissen werden, ist die G-M bei einer Veräußerung ihres Anwesens dem neuen Käufer gegenüber verpflichtet, alle Auflagen, Belastungen, Einschränkungen und andere Absprachen, die das Grundstück betreffen und die nicht

aus dem Grundbuch ersichtlich sind, mitzuteilen. Deshalb möchten wir Sie sehr bitten, bei Verkaufsverhandlungen den Interessenten erschöpfende Kenntnis vom Verträge vom 1.8.49 zu geben.

Wir kommen nun zurück zu der Bitte Ihres Schreibens und wollen Ihnen folgende Alternativvorschläge unsererseits unterbreiten:

- A. Die Vereinbarungen des Vertrages vom 1.8.49 bleiben in Kraft und erhalten die notwendige, rechtsgültige Form, die im Grundstücksverkehr gilt.

Dazu gehört auch die nach Ziff. 3 uns bis heute vorenthaltene Garage, die wir aus eigenen Mitteln seinerzeit erstellt haben, aber mangels eines PKW's der G-M gutwillig überlassen hatten.

- B. In Ablösung des Vertrages vom 1.8.49 sind wir entgegenkommenderweise bereit, von unserer Eigentumsgrenze ab einen Geländestreifen von 20 m Breite gemessen an der Eleonorenstrasse von Ihrem Grundstück zu erwerben. Die Erwerbsbedingungen sind im Vertrag vom 1.8.49 unter Ziff. 4 vereinbart worden.

Wenn man die ganze Entwicklungsgeschichte des Aufbaus der Gossner-Mission in Mainz-Kastel kennt und bedenkt, dann ist der Name unseres Vaters, seine Hilfe und Unterstützung nicht davon zu trennen. Es kann nicht die Absicht der Gossner-Mission sein, einen von beiden Vertragsparteien rechtsgültig unterzeichneten Vertrag für nichtig zu erklären und damit in unseren Augen vertragsbrüchig zu werden, oder zumindest gegen die Grundsätze von Treu und Glauben grob zu verstoßen. Vor allem haben für diese Denkungsweise wir kein Verständnis, da wir den Vertrag, wie bereits erwähnt, voll und ganz erfüllt haben.

Da die Gossner-Mission selbst nicht mehr an dieser Stelle ihre Arbeit fortführen und weiter ausbauen möchte, dürfen wir hoffen, daß sich eine Einigung auf den Vorschlag A oder B erreichen lassen wird.

Mit freundlichen Grüßen!

M. P.

(für die Erben)

D/ an die G-M Berlin

An die
Gossner-Mission z.Hd. Herrn Dr. Candler
Berlin-Friedenau
Handjery-Str. 19-20

Sehr geehrter Herr Dr. Candler!
Dies Schreiben an die G-M in Mainz-Kastel senden wir Ihnen
Mit der Bitte um Kenntnisnahme zu.

Mit freundlichem Gruß!

Dr. M. V. Zehbold.



INFORMATIONSBLATT

NR. 17

des Seminars für Kirchlichen Dienst in der Industrie-
gesellschaft
6503 Mainz-Kastel, Joh.-Gossner-Str. 14

21. August 1970

Eingegangen
26. AUG. 1970
Erledigt:.....

Freunde,

1. das Gossner-Haus ist seit dem 1. Juli dieses Jahres Eigentum der Farbwerke Hoechst, die hier ein Schulungszentrum für ausländische Arbeitnehmer einrichten werden. Wir übergeben das Haus voraussichtlich am 15. Oktober 1970 und sind dann unter der unten angegebenen neuen Adresse zu erreichen. Herr Weissinger hat laut Vertrag mit der Käuferin für sich und das Amt für Mission und Ökumene Wohnrecht bis zum 31. März 1971.
2. In Mainz-Kastel wird noch das Industriepraktikum für Studenten durchgeführt. Es nehmen Pädagogen, Psychologen und Theologen teil. Sie arbeiten bei den Stadtwerken in Wiesbaden als Bus-Schaffner und in der Reparaturwerkstatt, bei den Glyco-Werken in Wiesbaden-Schierstein an Halbautomaten, bei Linde in Mainz-Kostheim und bei Erdal in Mainz am Band.
3. Eine Tagung für 30 Theologie-Studenten der EKHN vom 11. - 14. Oktober wird schon im neuen Arbeitszentrum stattfinden.
4. Mit einem UIM-Kurz-Seminar vom 1. - 12. November wollen wir offiziell unsere Arbeit am neuen Ort in Mainz beginnen. Anmeldungen von evangelischen und katholischen Pfarrern aus Holland, Österreich und der Bundesrepublik sind eingegangen. Sie finden in der Anlage den Entwurf für die Einladung. Konventsmitglieder haben immer wieder angeregt, dass für ihre Mitarbeiter und Freunde, die nicht ein langfristiges Seminar besuchen können, ein Kurz-Seminar angeboten werden sollte. Hier ist es. Bitte geben Sie die Einladung weiter.
5. Das 15. Seminar dauert vom 15. November 1970 bis 15. April 1971 (5 Monate). Bisher haben wir Anmeldungen aus den Landeskirchen Hannover (1), Westfalen (1), Berlin (5), EKHN (1), aus den USA (1) und aus Italien (ein Kapuziner-Pater aus Bozen mit EKHN-Stipendium). Einige Plätze sind noch frei.
6. Gerhard Mey war drei Wochen in Paris, um sein Französisch bei der "Alliance Française" aufzubessern. Im September ist er noch einmal drei Wochen in Paris an einem Institut für Entwicklungs-Politik. In der zweiten November-Hälfte reist er im Auftrag des Weltkirchenrates nach West-Afrika zur Sitzung des westafrikanischen UIM-Committees. Dort wird auch sein Einsatz und der geplante Pastorenkurs besprochen.
7. Jochen Riess hat ein ökumenisches Aufbauatelier mit Studenten aus Kenya beendet und beginnt heute seinen Urlaub. Interessenten können Berichte aus seiner Arbeit anfordern.

Sie können den Sonderdruck "Sprung über den Rhein" in beliebiger Anzahl anfordern (kostenlos).

Wir freuen uns, dass der Konventsvorstand seine nächste Sitzung in Mainz in unserem neuen Arbeitszentrum Ende Oktober / Anfang November halten und so auch den offiziellen Arbeitsbeginn in Mainz miterleben wird.

Mit diesem Rundbrief grüssen wir Sie zum letzten Mal aus dem alten Gossner-Haus in Mainz-Kastel

Ihre

Chr. Springe
(Christa Springe)

Ihr

H. Symanowski
(Horst Symanowski)

GOSSNER-MISSION
65 MAINZ am RHEIN
ALBERT-SCHWEITZER-STR.113/115

TEL.: 06131 - 20493
06131 - 24516

Die bisherigen Konten bleiben bestehen.

Seminar für Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft

Gossnerhaus Mainz-Kastel

Eglise et Société Industrielle, Centre Oecuménique, Mayence · Ecumenical Institute for Urban and Industrial Mission

Entwurf zur Einladung

für ein Urban-Industrial-Kurz-Seminar

vom 1. - 12. November 1970

bei der Gossner-Mission in Mainz am Rhein, Albert-Schweitzer-Str. 115

(Bitte machen Sie Änderungsvorschläge, wenn Ihr Interesse nicht genügend getroffen ist)

1. November Einführung in das Programm
 (Sonntag)
 20.00 Uhr
2. November Schwerpunkte der Urban-Industrial Mission bei der
 (Montag) Gossner-Mission (Stadt und Planung, Industriebetrieb,
 Interdependenz von U und I, Organisationen, Kirchengemeinden); Springe / Symanowski
3. November Men in the urban-industrial net-work.
 (Dienstag) 12 Jahre Erfahrung in Nairobi, Kenya: Rev. Andrew Hake,
 GB (in englischer Sprache)
4. November Schwerpunkte gewerkschaftlicher Bildungsarbeit (Besuch
 (Mittwoch) im Mainzer Gewerkschaftshaus), Schwerpunkte unternehmerischer Bildungsarbeit (Arbeitgeber-Verband)
5. November Ballungsgebiet Rhein-Main. Eine Besichtigungsfahrt, mit
 (Donnerstag) einer Vorbereitung im Planungsamt der Stadt Mainz.
6. November Die IBM und das Leistungsprinzip.
 (Freitag) Besuch im Mainzer Computerwerk, vorbereitet durch Industriepfarrer Dr. Ekkehard Börsch, Opelstadt Rüsselsheim.
7. November Auswertung der Woche
 (Samstag) (Formulierung von Fragen an Theologie und Kirche)
8. November Ausflug in den Rheingau
 (Sonntag)
9. November Schwerpunkte der Sozialethik.
 (Montag)
10. November Industrie- und Sozialarbeit in der Bundesrepublik
 (Dienstag) Deutschland.
 Eingeladen werden Vertreter verschiedener Centren wie Bad Boll, Friedewald, Frankfurt, Villigst u.a.
11. November Auswertung des Seminars
 (Mittwoch)
12. November Abreise
 (Donnerstag)

Die nichtdeutschen Teilnehmer werden gebeten, jeweils in 1 Nachmittagsstunde die Urban-Industrial Mission ihres Landes darzustellen.

Die Kosten für das gesamte Seminar (incl. Unterbringung und Verpflegung) betragen DM 250,-- pro Teilnehmer.

Die Teilnehmerzahl wird auf 20 begrenzt.

Mit Rev. Andrew Hake wird für die Dauer des Seminars eine englischsprechende Gruppe eingerichtet.

Christa Springe, Pfr.

Horst Symanowski, Pfr.

Mitteilungen

aus der Arbeit der Gossner Mission

Gossnerhaus Mainz-Kastel

SPRUNG ÜBER DEN RHEIN

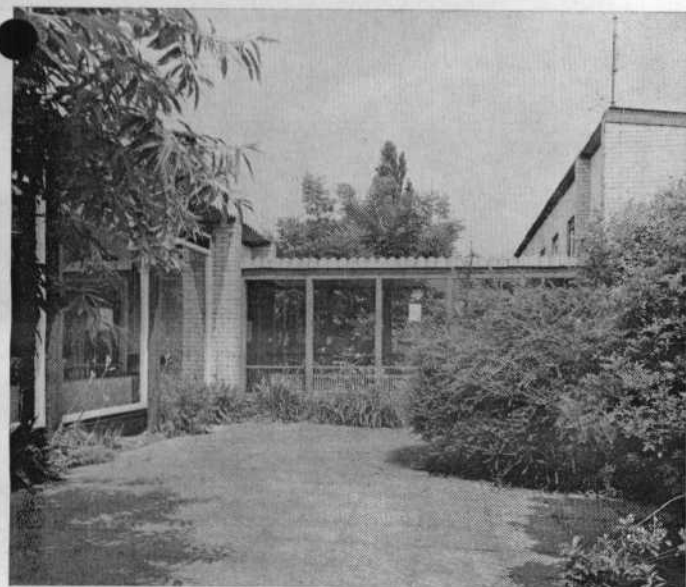
Die Gossner Mission wechselt am 1. November 1970 von dem rechtsrheinischen Mainz-Kastel (Hessen) nach dem linksrheinischen Mainz (Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz) hinüber. Warum?

Als 1949 in Mainz-Kastel mit dem Aufbau begonnen wurde, sollte eine Zweigstelle der Gossner Mission für Westdeutschland entstehen. Der Plan war 1948 vom Kuratorium der Gossner Mission während der Blockade von Berlin gefaßt worden. Man wußte nicht, ob in Zukunft vom alten Zentrum aus die Verbindung mit der Gossner Kirche in Indien und mit den Freunden der Gossner Mission in West-Deutschland aufrecht erhalten werden konnte. Der Raum Mainz wurde als Sitz gewählt, weil die Gossner Mission der ev.-theologischen Fakultät an der 1946 eröffneten Johannes-Gutenberg-Universität einen Lehrstuhl für Allgemeine Religions- und Missionswissenschaft gestiftet hatte. Studenten, vor allem Theologen und Mediziner, die sich für den Missionsdienst vorbereiten, sollten im neuen Gossner-Haus eine Wohnung finden. Der Anfang war bescheiden, denn es war nicht ein Pfennig zum Aufbau vorhanden. Aber junge Christen aus der ganzen Welt, die für die Verständigung der Völker arbeiten wollten, kamen durch Vermittlung des Weltkirchenrats nach Mainz-Kastel und bauten 1949 eine Steinbaracke, 1950–1956 das große Haus. Es wurde wirklich groß, denn nicht nur Studenten frag-



Die neuen Gebäude: das Albert-Schweitzer-Haus;
unten das Jochen-Klepper-Haus

ten nach Wohnraum, sondern auch mehr und mehr Jugendliche, die im Industriegebiet der Rhein-Main Spitze zwar eine Lehr- oder Arbeitsstelle, aber keine Unterkunft fanden. So entstand neben dem Studentenheim das Jugendwohnheim der Gossner Mission in Mainz-Kastel. 20 Jahre hindurch konnte jungen Menschen zu einer Berufsausbildung verholfen werden. Inzwischen waren aber auch ganz neue Aufgaben auf die Gossner Mission in Mainz-Kastel zugekommen. Die Umwelt konnte nicht ohne Einfluß auf die Missionsarbeit bleiben: alte und neue Industrie in wachsender Dichte veränderte die Lebensgewohnheiten der Menschen, die Landschaft und die Städte. Die Fragen der Industrialisierung und Urbanisierung verlangten nach neuen Antworten der Gesellschaft und auch der Kirche. Die Theologie hatte diese Antworten nicht, niemand kannte sie. Sie mußten dort gesucht werden, wo sie entstanden: in der Industrie. Deshalb gingen die Mitarbeiter der Gossner Mission in Mainz-Kastel als Hilfsarbeiter in die umliegenden Fabriken, deshalb entstand nach der Synode der EKD in Espelkamp 1955, die »die Welt der Arbeit« zum Thema hatte, das »Seminar für Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft«. Mittlerweile hat es in 14 Halbjahreskursen Pfarrern aus deutschen und ausländischen Kirchen eine zusätzliche Ausbildung für die Problematik der Industriegesellschaft gegeben. Hier waren schon vorher die ersten Industriepraktika für Theologiestudenten entstanden, die sich dann in die Landeskirchen fortpflanzten. In den letzten Jahren wurde mehr und mehr erkannt, wie die Konzentration von Industrie und Handel die Städte anwachsen ließ, den Wohnsitz veränderte und das Zusammenleben der Men-



schen beeinflusste. Diese Verbindung von Arbeiten und Wohnen, Beruf und Freizeit, Industrie und Stadt als Aufgabe für die Kirche erhielt in der Ökumene den Namen »Urban-Industrial-Mission (UIM)«. Offiziell wurde festgestellt: »Das Kuratorium hat auf seiner Sitzung im Herbst 1967 erkannt, daß die Arbeit der Gossner Mission in Zukunft in steigendem Maße durch die UIM bestimmt sein wird. — Die Missionsleitung wird beauftragt, in der Planung der Arbeit der nächsten Jahre die personellen und finanziellen Erfordernisse für die funktionalen Aufgaben der UIM angemessen zu berücksichtigen.« So war das Gossner Haus in Mainz-Kastel zum Zentrum einer Arbeit geworden, die in der Ökumene als eine der vordringlichsten Missionsarbeiten angesehen wird.

Deshalb war es folgerichtig, daß mit Indien eine neue Zusammenarbeit zwischen dem Ökumenischen Institut für Sozial- und Industriearbeit in Durgapur und der Gossner Mission entstand. In Ost-Afrika wurde in Zusammenarbeit mit der All-Afrikanischen Konferenz der Kirchen und dem Weltkirchenrat in Genf ein Seminar »Kirchlicher Dienst in der Großstadt« gehalten. Eine UIM-Arbeit des Nationalen Christenrats in Kenya wurde mit Hilfe des ehemaligen Seminarteilnehmers von Mainz-Kastel, Pfarrer Jochen Riess, in Nakuru/Kenya begonnen. Geplant ist für 1971/72 ein Seminar der All-Afrikanischen Konferenz der Kirchen und des Weltkirchenrats in West-Afrika in französischer Sprache unter Beteiligung der Gossner Mission mit Pfarrer Gerhard Mey aus dem 12. Halbjahreskurs in Mainz-Kastel.

Diese Arbeit der Gossner Mission in Übersee und im eigenen Land erfordert soviel Zeit und Kraft, daß das Jugendwohnheim aufgelöst werden mußte. Diese Aufgabe bedarf auch einer Neubestimmung und wird bereits von dem Evangelischen Jugendaufbaudienst und der Evangelischen Jugendsozialarbeit mitgeleistet. Ohne das Jugendwohnheim ist das Haus in Mainz-Kastel aber zu groß und zu teuer geworden. Es sollte nicht durch irgendeine neue Arbeit gehalten werden, die zwar das Haus gefüllt und damit das nötige Geld hereingebracht hätte, aber nicht zur eigentlichen Urban-Industrial-Mission gehört. Deshalb wurde das Haus in Mainz-Kastel aufgegeben. Ein Industrieunternehmen wird hier ein Schu-

lungszentrum für ausländische Arbeitnehmer einrichten. Das ist eine Arbeit, die von der Gossner Mission voll und ganz bejaht wird.

Das neue Zentrum der Gossner Mission liegt in Mainz unmittelbar neben der Johannes-Gutenberg Universität. Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau hat das »Albert-Schweitzer-Haus« und das »Jochen-Klepper-Haus« zur Verfügung gestellt. Sie dienen bisher der Studentenarbeit, die jetzt in einem größeren Neubau fortgeführt wird. In diesem neuen Gossnerzentrum werden die Kurse des »Seminar für Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft« weitergehen, ökumenische Begegnungen stattfinden, die Zusammenarbeit mit Industriebetrieben, gesellschaftlichen Organisationen und kommunalen Stellen geplant und verwirklicht. Von diesen beiden Häusern aus erfolgt auch die Urban-Industrial-Mission in Indien (Durgapur) und Afrika (Nakuru) und die Vorbereitung künftiger Seminare in Übersee.

Die Umzugspläne stießen auch auf Bedenken: ist Mainz-Kastel nicht zu einem festen Begriff für unsere Arbeit geworden? Hängen an diesem Haus nicht zu viele Erinnerungen derer, die es mit ihren Händen in den ökumenischen Aufbaulagern errichtet haben? Wird sich das in 21 Jahren Bewährte auch in das neue Zentrum über den Rhein mitnehmen lassen? Die Mitarbeiter bedenken diese Fragen. Sie wissen aber auch, daß Mobilität und Flexibilität die Kennzeichen der urbanen und industriellen Gesellschaft sind. Haben sie nicht gerade für die Missionsarbeit in Übersee immer gegolten, heute aufs neue für die Gossner Mission, wenn sie nach Nepal und Zambia gegangen ist? Weil dieser Sprung über den Rhein um der Arbeit willen geschieht, wird er auch von all denen begrüßt, die bisher in Mainz-Kastel mitgearbeitet haben.

Christa Springe, Pfarrer

Horst Symanowski, Pfarrer

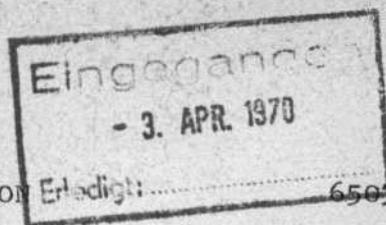


Ab 1. November 1970 lautet die neue Anschrift:

GOSSNER Mission
65 MAINZ am Rhein
Albert-Schweitzer-Straße 115
Tel.: 0 61 31 — 2 04 93
0 61 31 — 2 45 16

(Unter dieser Anschrift bleiben die bisherigen Konten von Postscheck Hannover 10 83 05, Mainzer Volksbank 48 34, Commerzbank 38 03 590 bestehen.)

Das bisherige Gossnerhaus in Mainz-Kastel



GOSSNER-MISSION Erläutigt:

6503 Mainz-Kastel, den 23. März 1970
Joh.-Gossner-Str. 14

Postscheckkonto: 108 305 Hannover
4834 Mainzer Volksbank, Mainz-Kastel

Liebe Freunde des Gossner-Hauses in Mainz-Kastel!

Manche von Ihnen haben uns gefragt, wie sich unser Dienst in der urbanen-industriellen Gesellschaft gliedert (Urban-Industrial-Mission - UIM). Wir haben versucht, Ihnen in einem einfachen Schema eine Übersicht zu geben und würden uns freuen, von Ihnen zu erfahren, an welchem Arbeitszweig unseres Hauses Sie besonders interessiert sind. Hier nur einige Hinweise zu:

I. In Übersee: Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau hat Pfarrvikar Gerhard Mey für fünf Jahre zum Dienst in die Gossner-Mission entsandt. Er wird in Zusammenarbeit mit der All-Afrikanischen-Kirchenkonferenz und dem Weltkirchenrat den Pastorenkurs 1971 in Kamerun vorbereiten. Herr Mey kennt das Gossner-Haus und seine Arbeit, weil er am 12. Seminar für Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft 1967/68 teilgenommen hat. Er hat französische und englische Sprachkenntnisse, die für die Arbeit in Afrika erforderlich sind, kann sich aber auch in italienischer und spanischer Sprache verständigen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihm und seiner Familie, die im April ins Gossner-Haus einziehen wird.

Pfarrer Riess ist mit seiner Familie zu Beginn des Jahres von Nairobi nach Nakuru in Kenya übergesiedelt. Er hat dort intensiv mit der Arbeit begonnen. Näheres erfahren Sie demnächst in den Missionsnachrichten.

II. Kirchengemeinden nehmen uns mehr und mehr in Anspruch, damit wir mit ihnen zusammen eine Analyse ihres Ortes und ihrer Gemeinde erstellen, um so die Aufgaben herauszufinden, die vorrangig in Angriff genommen werden sollten. Wir haben dazu einen Fragebogen für eine Gemeinde entwickelt, der beispielhaft auch für andere sein kann. Fordern Sie ihn an, wenn Sie ihn für Ihre Gemeinde gebrauchen können.

III. Die Rubrik "am Ort" brauchte lange Berichte. Wir sind aufgefordert worden, an der Planung neuer Stadtteile mitzuwirken, nachdem die "Gemeinwesen-Aktivierung Mainz-Lerchenberg" grossen Anklang gefunden hat (für DM 3,-- erhältlich). Die Diskussion mit einem industriellen Großbetrieb ist in Gang gekommen durch den Einsatz unseres 14. Halbjahresseminars, das dieses Mal in eine einzige Abteilung gegangen ist und jetzt seinen schriftlichen Erfahrungsbericht mit Fragen und Vorschlägen der Betriebsleitung und dem Betriebsrat übergeben hat.

IV. Die Studienreise des Seminars geht Anfang April nach Gera und Erfurt in Thüringen.

Nach Pfingsten kommen 11 Teilnehmer von der "Höheren Fachschule für kirchliche und religions-pädagogische Dienste" aus Darmstadt für zwei Monate ins Haus zu einer gesellschaftsbezogenen Ausbildung.

Das Industriepraktikum für evangelische und katholische Theologiestudenten vom 11. August bis 7. Oktober 1970 soll zum ersten Mal auch den Studenten anderer Fakultäten angeboten werden. Wir halten es für wichtig, dass auch Volkswirte, Pädagogen, Mediziner, Juristen u.a. die betriebliche Wirklichkeit und ihre Bedeutung für unsere gesamte Gesellschaft kennenlernen. Bitte machen Sie Studenten darauf aufmerksam.

V. Oekumene ist im Gossner-Haus der Alltag: Im Seminar haben wir zwei katholische Pfarrer, einen iro-kanadischen Pastor aus der Methodistischen Kirche Kanadas und einen norwegischen Theologiestudenten aus der lutherischen Kirche.

In der Küche arbeitet seit dem letzten Sommer ein finnisches Mädchen und ein Praktikant in der Zement-Industrie aus Somali ist unser Hausgenosse.

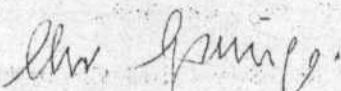
Dazu kommen Besucher aus allen Teilen der Welt. Unter ihnen war uns in letzter Zeit besonders wichtig Dr. Dai Kitagawa vom Weltkirchenrat in Genf, der verantwortlich ist für die Urban-Industrial-Mission in allen Kontinenten. Zwischen ihm und uns gibt es eine enge Zusammenarbeit.

Nach Ostern werden Sie von uns die "Gossner-Mission" im neuen Gewand zum Kennenlernen bekommen, aber nur einmal. Sie ist in der Herstellung zu teuer, als dass wir sie Ihnen jährlich 6 x kostenlos zusenden könnten. Sie gibt Ihnen einen umfassenden Einblick in die Arbeit aller Missionen und wird zentral in Hamburg nicht nur für uns hergestellt. Die Gossner-Mission hat in jedem Blatt allerdings einige Seiten für sich selbst. Bitte prüfen Sie, ob Sie die "Gossner-Mission" im neuen Gewand für DM 6,-- pro Jahr zuzüglich Porto = 6 Hefte abonnieren wollen. In diesem Fall bitten wir um Ihre Bestellung. Von uns werden Sie über die Arbeit der Urban-Industrial-Mission in der einfachen Form von vervielfältigten Briefen wie diesem von Zeit zu Zeit informiert werden und wir schicken Ihnen auch die gedruckten Extra-Gossner-Seiten.

Wir danken Ihnen für die mannigfachen Spenden, die wir in dem ersten Vierteljahr 1970 erhalten haben. Sie ermutigen uns in unserer Planung und helfen uns bei der Durchführung.

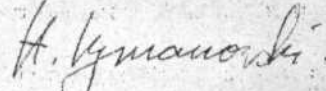
Es grüssen Sie mit herzlichen Segenswünschen zum bevorstehenden Osterfest aus dem Gossner-Haus

Ihre



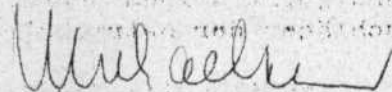
(Christa Springe)

Ihr



(Horst Symanowski)

Ihr



(Dietrich Michaelson)

GOSSNER-MISSION - MAINZ 1970

URBAN - INDUSTRIAL MISSION (UIM)

(Dienst der Kirche in der urbanen - industriellen Gesellschaft)

I <u>In Übersee</u>	II <u>i.d. Kirchengemeinde</u>	III <u>am Ort</u>
<u>in AFRIKA</u> Pastoren-Kurse für Urban-Industrial-Mission in Zusammenarbeit mit d. All-Afrikanischen-Kirchenkonferenz und d. Weltkirchenrat: 1969 in engl. Sprache in Nairobi/Kenya, 1971 in franz. Sprache in Kamerun. Gemeindeprojekt von 7 Kirchen in der Industriestadt Nakuru/Kenya. (Pfr. J. Riess) <u>I N D I E N</u> Zusammenarbeit mit "Ecumenical Social & Industrial Institute" i. Durgapur (Oek. Ausbildungszen. d. Nat. Christenrats i. Indien)	Missionstage Studientage mit Gemeindevertretern Arbeitsgemeinschaften Methodenkurse	auf kommunaler Ebene in Industriebetrieben in Gewerkschaften mit Industrie- u. Handelskammern u.a.
IV <u>AUSBILDUNG</u>	V <u>OEKUMENE</u>	VI <u>EKD und EKHN</u>
6 Monate "Seminar f. kirchl. Dienst i.d. Industriegesellschaft" (f. Pfarrer u. Vikare aus EKD und Oekumene) 2 Monate Seminar f. gesellschaftsbezogene Arbeit d. Kirche. Teiln.: Studierende an d. "Höheren Fachschule f. kirchl. u. relig.-pädagogische Dienste", Darmstadt 2 Monate Industrieprakt. f. ev. u. kath. Theologiestudenten	Mitgliedschaft in Europ. Kontaktgruppe "Kirche und Industrie" Zusammenarbeit mit Weltkirchenrat, Abt. für Weltmission u. Evangelisation Bilaterale Zusammenarbeit mit anderen Industriemissionen.	Mitgliedschaft in der Kammer für soziale Ordnung (Evangelische Kirche in Deutschland, EKD) Mitgliedschaft in der Kammer für Industrie- und Sozialarbeit (Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, EKHN)

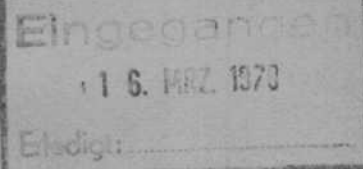
Christa Springe, Pfr.
 Horst Symanowski, Pfr.
 Gerhard Mey, Pfarrvikar
 Dietrich Michaelson, Geschäftsführer

INFORMATIONSBLATT

NR. 16

des Seminars für Kirchlichen Dienst in der Industrie-
gesellschaft
6503 Mainz-Kastel, Joh.-Gossner-Str. 14

9. März 1970



Freunde,

der Konventsvorstand hat uns gebeten, Ihnen den Bericht über das Gossner-Haus schriftlich zu geben, damit auf dem Konvent keine Zeit damit verloren geht. Das ist auch deshalb gut, weil wir nur am Anreisetag (Montag) und am Dienstag am Konvent teilnehmen können (Dietrich Michaelsen, der Geschäftsführer des Gossner-Hauses wird den ganzen Konvent mitmachen). Unser Seminar, das nicht am Konvent teilnehmen will, wird vom 1. - 6.4. in die DDR fahren. Da müssen wir dabei sein.

Wir haben zu berichten:

1. Das Gossner-Haus ist zum baldigen Verkauf angeboten. Interessenten besichtigen Gelände und Haus. Am 15.4.1970 wird das Kuratorium bei seiner Sitzung in Kastel die endgültige Entscheidung treffen. Die Gründe für den Verkauf sind u.a.
 - a) Das Jugendwohnheim kann mit den vorhandenen finanziellen und personellen Mitteln nicht gehalten werden. Um den Jugendlichen (100 % aus der Fürsorge, zum grossen Teil kriminell) gerecht zu werden, bedürfte es einer Umänderung in kleinere Wohneinheiten mit einer Fachkraft für etwa je 8 Jugendliche. Die notwendigen Mittel dafür werden von der Gesellschaft nicht zur Verfügung gestellt. Mit einem verkleinerten Jugendwohnheim unter den derzeitigen Bedingungen machen wir pro Jahr einen Defizit von ca. 80.000,-- DM. Es wurde 1969 von der EKHN gedeckt. Einen permanenten Zuschuss lehnte die Kirchenverwaltung verständlicherweise ab.
 - b) Die beiden im Haus befindlichen Ämter der EKHN (Amt für Industrie- und Sozialarbeit - bis Frühjahr 1969 Krockert - und das Amt für Mission und Ökumene - Weissinger) hatten 1968 die Initiative ergriffen und mit uns die "grosse Konzeption" entwickelt: ein Neubau im Garten für 2 Wohnungen, Büros, Sitzungsraum und 15 Tagungszimmer (evtl. doppelt zu belegen). Gemeinsame Nutzung des Wirtschaftsteiles, des Saales, der Buchhaltung, der Hausmeisterei usw. mit Gossner. Die für Neubau (ca. 1 Million) und Umbau (ca. 300.000,-- DM) anfallenden Kosten sollten von der EKHN getragen werden, ebenso die jährlich erforderlichen Zuschüsse f.d. Gesamtbetrieb. Nach Weggang von Herrn Krockert erklärten aber die Mitarbeiter des Amtes I ihr Desinteresse an dieser Konzeption und verlangten eine Rückkehr der Geschäftsstelle nach Frankfurt. Damit wurde die "grosse Konzeption" hinfällig. Wir hatten aber mit Rücksicht auf diese Planung schon eine Verkleinerung des Jugendwohnheimes eingeleitet und kamen nun bereits 1969 in grössere finanzielle Schwierigkeiten (nicht ausgelastete Kapazität des Wirtschaftsapparates.....).
 - c) Herr Seeberg von der Gossner-Mission in Berlin machte dem Kuratorium auf seiner letzten Sitzung den Vorschlag, das Haus der Gossner-Mission in Berlin zu verkaufen, 25 % der Arbeit (Nepal) und 25 % des Verkaufserlöses in ein "Vereinigtes Missionswerk Berlin" einzubringen und mit dem Rest nach Mainz-Kastel übersiedeln. Das Kuratorium war geteilter Meinung, fühlte sich überfordert und vertagte eine Stellungnahme. Eine Reihe der Kuratoren

halten es im Blick auf die Gemeinden und auch auf die politische Situation Berlins für falsch, wenn die Gossner-Mission in dieser Weise die Arbeit in Berlin aufgibt. Ausserdem müsste erst ein Umdenkungsprozess unter den Missionsgesellschaften in Berlin und in den Gemeinden eingang gebracht werden, der lange Zeit erfordert. Solange können wir in Kastel auf keinen Fall warten, weil wir für unsere wachsenden Aufgaben arbeitsfähig sein müssen.

- d) Deshalb sehen wir uns bei unseren Verkaufsabsichten gleichzeitig nach einem neuen Ansiedlungsplatz um. Wir wollen im Raum Mainz-Wiesbaden bleiben, weil die in 20 Jahren gewachsenen Verbindungen zu Betrieben, Kommunen und Organisationen und Gemeinden ein grosses Kapital darstellen. Folgende Möglichkeiten tauchten bis jetzt auf:
- d1) Ankauf von 2 oder 3 Etagen in einem Punkthaus. Hier brauchten wir 2 Wohnungen für Mitarbeiter, 1 Wohnung für die Büros, 1 Wohnung für die Seminare (Sitzungsraum, Bibliothek, EBraum) und sovieler 1-Zimmer und 2-Zimmer-Wohnungen, dass wir etwa 15 Plätze bekommen. Diese Lösung würde uns sehr beweglich halten. Wir könnten jederzeit Wohnungen vermieten, wenn sie nicht für Seminare gebraucht werden.
 - d2) Ein kleiner Neubau mit Wohnungen wie oben auf dem Gelände der Gemeinde Mainz-Lerchenberg, mit der wir schon zusammenarbeiten (s. Bericht "Gemeinwesenaktivierung Mainz-Lerchenberg"). Diese Gemeinde hat uns eingeladen mit ihr so zu bauen, dass wir ihre grösseren Räume mitbenutzen können (für Gossner-Sonntage, Besuchergruppen usw.). Das Gelände bekämen wir in Erbpacht.
 - d3) Ankauf eines ganzen Hauses in Mainz-Bretzenheim (im Bau). Die Verwaltung liegt bei einer Gesellschaft, so dass wir keine eigene zu haben brauchten (Hausmeister, Heizung, Reparaturen, usw.)

Wir brauchen also für unsere Arbeit ein zweckentsprechendes Gehäuse. Auf keinen Fall wollen wir irgendwelche Arbeiten übernehmen, nur um das Haus in Kastel halten zu können. Nach unseren Berechnungen würde ein unseren Aufgaben entsprechendes funktionales Gehäuse unseren Etat nicht überlasten, wie es jetzt mit dem grossen Gossner-Haus der Fall ist.

2. Die Aufgaben und Arbeitsbereiche der Gossner-Mission Mainz haben wir in dem beiliegenden Blatt genannt. Hierzu ein paar kurze Erklärungen:
- a) Nach Pfingsten dieses Jahres beginnt der neue 8-Wochen-Kurs über Urban-Industrial-Mission mit dem Darmstädter Seminar (10 Teilnehmer). Er wird zusammen mit dem Amt für Industrie- und Sozialarbeit der EKHN durchgeführt.
 - b) Die gleiche Gemeinschaftsarbeit gibt es beim Industriepraktikum für Studenten vom 11. August bis 7. Oktober. Zum ersten Mal schreiben wir dieses Praktikum für Studenten aller Fakultäten aus. Die EKHN fördert das Praktikum dadurch, dass jeder Teilnehmer 100,-- DM Taschengeld erhält, und nur einen ermässigten Tagessatz im Gossner-Haus zu bezahlen braucht.
 - c) Das Seminar 15 beginnt am 18. Oktober 1970. Bisher gibt es drei Anmeldungen aus Berlin und 1 aus Hannover, vier liessen sich vormerken.
 - d) Die Vorbereitung für das Westafrikanische Pastorenseminar hat mit einer Konferenz in Paris begonnen, an der auch schon Pfarrvikar Gerhard Mey (Seminar 12) teilnahm. Die EKHN hat ihn für unsere

afrikanische Arbeit für 5 Jahre in die Gossner-Mission entsandt.
Er zieht mit seiner Familie am 1. Mai bei uns ein.

- e) Nakuru/Kenya, Box 1655, heisst seit 1. Januar 1970 die neue Anschrift von Familie Riess. Näheres über den Umzug und Arbeitsbeginn schreibt Jochen Riess in einem Freundschaftsbrief, der bei uns angefordert werden kann. Ebenso eine Dia-Reihe.
 - f) Gruppen von Kirchenvorstehern u.a. kommen an Wochenenden ins Gossner-Haus, um mit uns über die Aufgaben an ihren Orten zu arbeiten. Vorher übersandte Fragebogen (Muster können angefordert werden) verlangen von ihnen eine Vorbereitung auf diesen Tag. So verlieren sie von vornherein ihre Konsumentenhaltung.
 - g) Die "Gastarbeiterfrage" (Mietwucher in Mainz) wurde von den Seminarteilnehmern Scheld und Schwenn, die keine Fabrikarbeit machten, angepackt. Aktionen sind gestartet, z.B. die Weigerung Wuchermieten zu zahlen. Die Presse ist mobilisiert. Ein Gossner-Sonntag "Der Fremdling in deinen Toren" am 15. März wird zusammen mit Helga Gewecke, Christian Müller, Holger Samson und Ekkehard Börsch vorbereitet.
 - h) Die Gemeinwesenarbeit geht auf dem Lerchenberg weiter und wird jetzt in den Betrieb (IBM) zurückgespielt. Die Stadt Mainz wünscht die Mitarbeit bei der Planung neuer Stadtteile durch einen kirchlichen Planungsausschuss, dessen Vorsitzender Ludwig Metzger ist, und in dem wir mitarbeiten. Auch andere Gemeinden wollen ähnliche Projekte wie in Rüsselsheim - Dicker Busch - und in Mainz - Lerchenberg - beginnen und wenden sich an uns.
 - i) Die Industriearbeit hat sich in diesen Wochen dadurch profiliert, dass 6 Seminarteilnehmer in einem Betrieb (Schott und Gen. in Mainz) in derselben Abteilung gearbeitet haben. Die durch die Gruppe entstandene Unruhe im Betrieb hat die Werksleitung veranlasst, um einen detaillierten Bericht zu bitten. Das Seminar hat ihn erstellt und wartet nun auf Gespräche mit Betriebsleitung, Betriebsrat und Gewerkschaft
3. Wir haben im Jahre 1969 allein 10 Informationsblätter mit viel Material aus dem Gossner-Haus an den Konvent verschickt. Das Echo war gering, unsere Kosten hoch: 1.728,-- DM. Wir baten den Konventsvorstand um Erstattung dieser Summe. Denn unsere gesamte Einnahme zur Unterstützung der Arbeit aus Kollekten und Gaben von 114 ehemaligen Seminarteilnehmern betrug 1969 DM 4.500,--. Sie werden verstehen, dass wir das zur Verfügung stehende Material nicht mehr allen zusenden können, ohne zu wissen, ob es sie überhaupt interessiert.

Wir schlagen vor:

Ca. 2 x Informationen über die Arbeit des Gossner-Hauses in Mainz-Kastel pro Jahr an alle. Engere und häufigere Kontakte mit denen, die darum bitten. Als Beilage der Informationen der Hinweis, welches Arbeitsmaterial im Gossner-Haus zur Verfügung steht und angefordert werden kann.

4. Ab 1. Mai 1970 bis zum Herbst besteht die Möglichkeit, mit Gruppen bis zu 20 Personen unser Haus zu belegen (Hauptbau und Baracke). Sie können Ihr eigenes Programm durchführen oder auch unsere Mitarbeit haben. Geschlossen ist das Gossner-Haus vom 20.7.1970 - 3.8.1970. Bitte richten Sie die Anfragen an Herrn D. Michaelson (s. Anlage).

Wir freuen uns, einige von Ihnen auf dem Konvent wenigstens kurz zu sehen, und grüssen alle herzlich.

Ihre

Chr. Springe
(Christa Springe)

Ihr

H. Symanowski
(Horst Symanowski)

GOSSENER-MISSION

in Mainz 1970

(Christa Springe, Pfr., Horst Symanowski, Pfr.,
Dietrich Michaelson, Geschäftsführer, Gerhard Mey,
Pfarrvikar (ab 1.5.1970))

<u>AUSBILDUNG</u>	<u>URBAN - INDUSTRIAL MISSION (UIM)</u> (Dienst der Kirche in der urbanen - industriellen Gesellschaft)			<u>OEKUMENE</u>	<u>EKD und EKHN</u>
	<u>am Ort</u>	<u>in d. Kirchengemeinde</u>	<u>in Übersee</u>		
6 Monate "Seminar f. kirchl. Dienst in der Industrie-gesellschaft" (f. Pfarrer u. Vikare aus EKD und Oekumene)	auf kommunaler Ebene	Missionstage	<u>in AFRIKA</u> Pastoren-Kurse für Urban-Industrial-Mission in Zusammenarbeit mit der All-Afrikanischen Kirchenkonferenz und dem Weltkirchenrat:	Mitgliedschaft in Europ. Kontaktgruppe "Kirche und Industrie"	Mitgliedschaft in der Kammer für soziale Ordnung (EKD)
2 Monate Seminar f. gesellschaftsbezogene Arbeit der Kirche. Teilnehmer: Studierende an der "Höheren Fachschule f. kirchl. und religions-pädagogische Dienste" Darmstadt (in Zusammenarbeit m.d. Amt f. Industrie- u. Sozialarbeit d. EKHN)	in Industrie-trieben	Studientage mit Gemeindevertretern	1969 in englischer Sprache in Nairobi/Kenya, 1971 in französischer Sprache in Kamerun.	Zusammenarbeit mit Weltkirchenrat, Abt. für Weltmission u. Evangelisation.	Mitgliedschaft in der Kammer für Industrie- und Sozialarbeit (EKHN)
2 Monate Seminar f. gesellschaftsbezogene Arbeit der Kirche. Teilnehmer: Studierende an der "Höheren Fachschule f. kirchl. und religions-pädagogische Dienste" Darmstadt (in Zusammenarbeit m.d. Amt f. Industrie- u. Sozialarbeit d. EKHN)	in Gewerkschaften	Arbeitsgemeinschaften	Gemeindeprojekt von 7 Kirchen in der Industriestadt Nakuru/Kenya (Pfr. J. Riess)	Bilaterale Zusammenarbeit mit anderen Industrie-missionen.	
2 Monate Industriepraktikum f. ev. u. kath. Theologiestudenten (in Zusammenarbeit m.d. Amt für Industrie- u. Sozialarbeit d. EKHN)	mit Industrie- u. Handelskammern	Methoden-kurse	<u>I N D I E N</u> Zusammenarbeit mit "Ecumenical Social & Industrial Institute" i. Durgapur (Oek. Ausbildungszon. d. Nat. Christenrats in Indien)		

März 1970

Möchten Sie im

G O S S N E R - H A U S

tagen?

Wir haben Platz für 20 Personen, darunter 4 Zimmer für Ehepaare.
Ein grosser Saal, ein Besprechungszimmer und ein Kaminzimmer stehen
als Tagungsraum zur Verfügung.

Von 7 Uhr 30 bis 9 Uhr 00 gibt es Frühstück, um 12 Uhr Mittagessen
und Abendbrot um 18 Uhr 30 im Speisesaal.

Für's Wohnen und Essen berechnen wir je Tag und Person DM 15,50.

Falls Sie beabsichtigen, mit Ihrer Gruppe eine Woche und länger im
Gossner-Haus zu bleiben, können wir besondere Vereinbarungen treffen.

Sie erreichen das Gossner-Haus über die Wiesbadener-Straße und
finden jederzeit Parkmöglichkeit für Ihr Auto. Vom Bahnhof Wiesbaden
oder Mainz bringt Sie der Bus Nr. 6 oder 9 direkt bis zur Johannes-
Gossner-Straße.

Bitte merken Sie vor:

Das Gossner-Haus steht ab Anfang Mai bis Mitte Juli und ab 10. August
bis Mitte Oktober zur Verfügung.

GOSSNER-HAUS

6503 Mainz-Kastel
Joh.-Gossner-Strasse 14

Tel.: 06143 / 2352 oder 2658

Postscheckkonto: 108305 Hannover
4834 Volksbank, Mainz-Kastel

März 1970

Folgendes Material kann im Gossner-Haus Mainz-Kastel gegen Erstattung der Kosten angefordert werden:

1. Gemeinwesenaktivierung Mainz-Lerchenberg, 1. Berichtsteil, 40 Seiten, DM 3,--.
(Gemeinwesenaktivierung, Projekt Neubaugebiet DICKER BUSCH, (Rüsselsheim) ist vergriffen.
2. Technische Revolution in Afrika (Springe). Sonderdruck aus "Wort in der Welt", 1/1970, 4 Seiten, DM -,20.
3. Mut zu Prioritäten (Symanowski). Sonderdruck aus "Stimme der Arbeit", 1/1970, 2 Seiten, DM -,10.
4. 9 Thesen zur Leistungsgesellschaft (Symanowski). Sonderdruck aus "radius", 1969, 4 Seiten, DM -,20.
5. Eine neue Aufgabe - Mission in neuen Metropolen (Symanowski). Sonderdruck aus "Weg und Wahrheit", 1969, 2 Seiten, DM -,10.
6. Jochen Riess - Nakuru:
 - a) Freundesbrief Neujahr 1970 (kostenlos)
 - b) Tätigkeitsbericht für die Zeit zwischen 26. Oktober 1968 bis 20. Dezember 1969 (kostenlos)
 - c) Stadt- und Industrie-Mission in Kenya (kostenlos)
 - d) Bericht über den Kurs "Ministry in Cities".

GOSSNER-HAUS
Bus Nr. 6 + 9

6503 Mainz-Kastel, den 4. März 1970
Joh.-Gossner-Str. 14

Haltestelle: Gossnerstrasse

"DER FREMDLING IN DEINEN TOREN"

Die Frage der sogenannten Gastarbeiter in der Bundesrepublik wird immer dringlicher. Einige Gruppen in Mainz und Wiesbaden wollen dieses Problem angehen. Mit Ihnen und diesen Gruppen möchten wir am

Sonntag, den 15. März 1970, um 11.00 Uhr

zusammentreffen und überlegen, welche Aktionen möglich sind, um

- DEM MIETWUCHER ZU BEGEGNEN,
- DEN GASTARBEITERN ZU EINER EIGENEN VERTRETUNG AN DEN WOHNORTEN ZU HELFEN.

Um das Problem an der Wurzel zu verstehen, beginnen wir mit einem Kurzbericht von

Sozialsekretärin Helga Cewecke, Kriftel

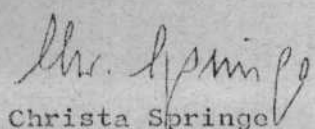
über ihre Erfahrungen vor einigen Wochen in Sizilien:

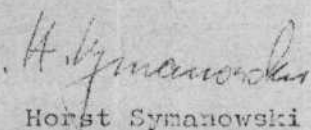
"Aufgewärmter Kolonialismus in Europa?".

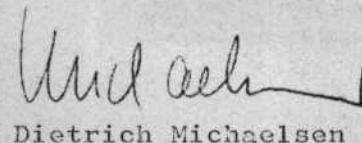
Wir laden Sie, wie üblich, zu einem einfachen Mittagessen ein. Gegen 16.00 Uhr wollen wir schliessen.

Besonders gern würden wir diejenigen unter uns sehen, die in Betrieben, Kommunalverwaltungen, Kirchen usw. mit dem Problem der Gastarbeiter in Berührung kommen.

Mit herzlichen Grüßen


Christa Springe


Horst Symanowski


Dietrich Michaelsen

GOSSNER-HAUS, 6503 Mainz-Kastel, Johannes-Gossner-Str. 14

Telefon: 06143 - 2352

12. Januar 1970

Liebe Sprendlinger Besucher!

Wir freuen uns, dass Sie am Samstag, den 31. Januar 1970 zu einer Arbeitstagung ins Gossner-Haus kommen werden.

Wir schlagen vor, dass wir am Vormittag erarbeiten, welche Aufgabe Ihre Gemeinde für den Ort Sprendlingen hat. Dazu ist eine kleine Analyse von Sprendligen nötig. Nehmen Sie diese bitte anhand der Fragen vor, die wir beifügen. Sollten Sie einige der Fragen nicht gleich beantworten können, so versuchen Sie diejenigen telefonisch, im Haus, im Geschäft, oder auf der Straße zu befragen, die Ihrer Meinung nach von der Frage betroffen sein können. Bleiben Sie bei dieser Befragung auf keinen Fall im Bereich der engeren Kirchengemeinde!

Am Nachmittag werden wir untersuchen, welche Arbeitsformen Ihre Kirchengemeinde braucht, um den am Vormittag festgestellten Aufgaben gerecht zu werden. Auch für diesen Teil erbitten wir die Beantwortung der beigefügten Fragen. Bitte schicken Sie uns Ihre Antworten bis zum 24. Januar zu.

Zur Vorbereitung Ihres Besuches übersenden wir Ihnen ein erstes Ergebnis des Projekts Mainz-Lerchenberg. Dieses kann Ihnen zeigen, wie eine Kirchengemeinde ihren Standort zu bestimmen versucht, um in der rechten Weise arbeiten zu können. Bitte bringen Sie uns das Ihnen übergebene Exemplar wieder zurück, falls Sie es nicht erwerben wollen (3,-- DM).

Im Gossner-Haus feiern wir an jedem Montag das Herrenmahl in Verbindung mit dem Frühstück. Sie sind am Samstag bei uns. Sind Sie einverstanden, wenn wir extra für Ihre Gruppe das Herrenmahl in Verbindung mit dem Mittagessen ansetzen? Vielleicht hilft Ihnen diese Erfahrung auch zu neuen Formen des Abendmahls in Ihrer Gemeinde.

Mit herzlichen Grüßen aus dem Gossner-Haus

Ihre

Christa Springe, Pfr.

Ihr

Horst Symanowski, Pfr.

GOSSENER-MISSION

in Mainz 1970

(Christa Springe, Pfr., Horst Symanowski, Pfr.,
Dietrich Michaelson, Geschäftsführer, Gerhard Mey,
Pfarrvikar (ab 1.5.1970))

<u>AUSBILDUNG</u>	<u>URBAN - INDUSTRIAL MISSION (UIM)</u> (Dienst der Kirche in der urbanen - industriellen Gesellschaft)			<u>OEKUMENE</u>	<u>EKD und EKHN</u>
	<u>am Ort</u>	<u>in d. Kirchen- gemeinde</u>	<u>in Übersee</u>		
6 Monate "Seminar f. kirchl. Dienst in der Industrie-gesellschaft" (f. Pfarrer u. Vikare aus EKD und Ökumene)	auf kommunaler Ebene in Industrie- betrieben	Missionstage Studientage mit Gemeinde- vertretern Arbeitsge- meinschaften	<u>in AFRIKA</u> Pastoren-Kurse für Urban-Industrial-Mission in Zusammen- arbeit mit der All-Afrikanischen- Kirchenkonferenz und dem Weltkirchen- rat: 1969 in englischer Sprache in Nairobi/ Kenya, 1971 in franzö- sischer Sprache in Kamerun. Gemeindeprojekt von 7 Kirchen in der Industriestadt Na- kuru/Kenya (Pfr. J. Riess)	Mitgliedschaft in Europ. Kontaktgrup- pe "Kirche und In- dustrie" Zusammenarbeit mit Weltkirchenrat, Abt. für Weltmis- sion u. Evangeli- sation. Bilaterale Zusam- menarbeit mit an- deren Industrie- missionen.	Mitgliedschaft in der Kammer für soziale Ordnung (EKD) Mitgliedschaft in der Kammer für Industrie- und Sozialarbeit (EKHN)
2 Monate Seminar f. gesellschaftsbezo- gene Arbeit der Kirche. Teilnehmer: Studierende an der "Höheren Fachschule f. kirchl. und reli- giöso-pädagogische Dienste" Darmstadt (in Zusammenarbeit m.d. Amt f. Industrie- u. Sozialarbeit d. EKHN)	in Ge- werkschaf- ten mit In- dustrie- u. Handels- kammern u.a.	Methoden- kurse	<u>I N D I E N</u> Zusammenarbeit mit "Ecumenical Social & Industrial In- stitute" i. Durgapur (Ök. Ausbildungszn. d. Nat. Christenrats in Indien)		
2 Monate Industrie- praktikum f. ev. u. kath. Theologie- studenten (in Zu- sammenarbeit m.d. Amt für Industrie- u. Sozialarbeit d. EKHN)					

März 1970

Möchten Sie im

G O S S N E R - H A U S

tagen?

Wir haben Platz für 20 Personen, darunter 4 Zimmer für Ehepaare.
Ein grosser Saal, ein Besprechungszimmer und ein Kaminzimmer stehen
als Tagungsraum zur Verfügung.

Von 7 Uhr 30 bis 9 Uhr 00 gibt es Frühstück, um 12 Uhr Mittagessen
und Abendbrot um 18 Uhr 30 im Speisesaal.

Für's Wohnen und Essen berechnen wir je Tag und Person DM 15,50.

Falls Sie beabsichtigen, mit Ihrer Gruppe eine Woche und länger im
Gossner-Haus zu bleiben, können wir besondere Vereinbarungen treffen.

Sie erreichen das Gossner-Haus über die Wiesbadener-Straße und
finden jederzeit Parkmöglichkeit für Ihr Auto. Vom Bahnhof Wiesbaden
oder Mainz bringt Sie der Bus Nr. 6 oder 9 direkt bis zur Johannes-
Gossner-Straße.

Bitte merken Sie vor:

Das Gossner-Haus steht ab Anfang Mai bis Mitte Juli und ab 10. August
bis Mitte Oktober zur Verfügung.

GOSSNER-HAUS

6503 Mainz-Kastel
Joh.-Gossner-Strasse 14

Tel.: 06143 / 2352 oder 2658

Postscheckkonto: 108305 Hannover
4834 Volksbank, Mainz-Kastel

März 1970

Folgendes Material kann im Gossner-Haus Mainz-Kastel gegen Erstattung der Kosten angefordert werden:

1. Gemeinwesenaktivierung Mainz-Lerchenberg, 1. Berichtsteil, 40 Seiten, DM 3,--.
(Gemeinwesenaktivierung, Projekt Neubaugebiet DICKER BUSCH, (Rüsselsheim) ist vergriffen.)
2. Technische Revolution in Afrika (Springe). Sonderdruck aus "Wort in der Welt", 1/1970, 4 Seiten, DM -,20.
3. Mut zu Prioritäten (Symanowski). Sonderdruck aus "Stimme der Arbeit", 1/1970, 2 Seiten, DM -,10.
4. 9 Thesen zur Leistungsgesellschaft (Symanowski). Sonderdruck aus "radius", 1969, 4 Seiten, DM -,20.
5. Eine neue Aufgabe - Mission in neuen Metropolen (Symanowski). Sonderdruck aus "Weg und Wahrheit", 1969, 2 Seiten, DM -,10.
6. Jochen Riess - Nakuru:
 - a) Freundesbrief Neujahr 1970 (kostenlos)
 - b) Tätigkeitsbericht für die Zeit zwischen 26. Oktober 1968 bis 20. Dezember 1969 (kostenlos)
 - c) Stadt- und Industrie-Mission in Kenya (kostenlos)
 - d) Bericht über den Kurs "Ministry in Cities".

GOSSNER-HAUS
Bus Nr. 6 + 9

6503 Mainz-Kastel, den 4. März 1970
Joh.-Gossner-Str. 14

Haltestelle: Gossnerstrasse

"DER FREMDLING IN DEINEN TOREN"

Die Frage der sogenannten Gastarbeiter in der Bundesrepublik wird immer dringlicher. Einige Gruppen in Mainz und Wiesbaden wollen dieses Problem angehen. Mit Ihnen und diesen Gruppen möchten wir am

Sonntag, den 15. März 1970, um 11.00 Uhr

zusammentreffen und überlegen, welche Aktionen möglich sind, um

- DEM MIETWUCHER ZU BEGEGNEN,
- DEN GASTARBEITERN ZU EINER EIGENEN VERTRETUNG AN DEN WOHNORTEN ZU HELFEN.

Um das Problem an der Wurzel zu verstehen, beginnen wir mit einem Kurzbericht von

Sozialsekretärin Helga Cewecke, Kriftel

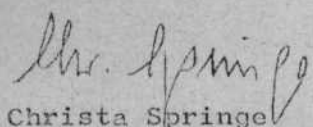
über ihre Erfahrungen vor einigen Wochen in Sizilien:

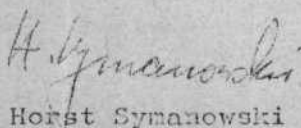
"Aufgewärmter Kolonialismus in Europa?".

Wir laden Sie, wie üblich, zu einem einfachen Mittagessen ein. Gegen 16.00 Uhr wollen wir schliessen.

Besonders gern würden wir diejenigen unter uns sehen, die in Betrieben, Kommunalverwaltungen, Kirchen usw. mit dem Problem der Gastarbeiter in Berührung kommen.

Mit herzlichen Grüßen


Christa Springe


Horst Symanowski


Dietrich Michaelsen

GOSSNER-HAUS, 6503 Mainz-Kastel, Johannes-Gossner-Str. 14

Telefon: 06143 - 2352

12. Januar 1970

Liebe Sprendlinger Besucher!

Wir freuen uns, dass Sie am Samstag, den 31. Januar 1970 zu einer Arbeitstagung ins Gossner-Haus kommen werden.

Wir schlagen vor, dass wir am Vormittag erarbeiten, welche Aufgabe Ihre Gemeinde für den Ort Sprendlingen hat. Dazu ist eine kleine Analyse von Sprendligen nötig. Nehmen Sie diese bitte anhand der Fragen vor, die wir beifügen. Sollten Sie einige der Fragen nicht gleich beantworten können, so versuchen Sie diejenigen telefonisch, im Haus, im Geschäft, oder auf der Straße zu befragen, die Ihrer Meinung nach von der Frage betroffen sein können. Bleiben Sie bei dieser Befragung auf keinen Fall im Bereich der engeren Kirchengemeinde!

Am Nachmittag werden wir untersuchen, welche Arbeitsformen Ihre Kirchengemeinde braucht, um den am Vormittag festgestellten Aufgaben gerecht zu werden. Auch für diesen Teil erbitten wir die Beantwortung der beigefügten Fragen. Bitte schicken Sie uns Ihre Antworten bis zum 24. Januar zu.

Zur Vorbereitung Ihres Besuches übersenden wir Ihnen ein erstes Ergebnis des Projekts Mainz-Lerchenberg. Dieses kann Ihnen zeigen, wie eine Kirchengemeinde ihren Standort zu bestimmen versucht, um in der rechten Weise arbeiten zu können. Bitte bringen Sie uns das Ihnen übergebene Exemplar wieder zurück, falls Sie es nicht erwerben wollen (3,-- DM).

Im Gossner-Haus feiern wir an jedem Montag das Herrenmahl in Verbindung mit dem Frühstück. Sie sind am Samstag bei uns. Sind Sie einverstanden, wenn wir extra für Ihre Gruppe das Herrenmahl in Verbindung mit dem Mittagessen ansetzen? Vielleicht hilft Ihnen diese Erfahrung auch zu neuen Formen des Abendmahls in Ihrer Gemeinde.

Mit herzlichen Grüßen aus dem Gossner-Haus

Ihre

Christa Springe, Pfr.

Ihr

Horst Symanowski, Pfr.

Fragen zur Vorbereitung einer Arbeitstagung der Sprendlinger Evange-
lischen Kirchengemeinde im Gossner-Haus am 31. Januar 1970

1. In welcher Weise hat sich Sprendlingen in den letzten Jahren ver-
ändert?

In der Grösse und Zusammensetzung der Bevölkerung?

In der beruflichen Zusammensetzung der Bevölkerung?

In städtebaulicher Hinsicht?

In seinen Beziehungen zu benachbarten Kommunen?

In seiner wirtschaftlichen Basis?

Sonstiges?

2. Wer wird von diesen Veränderungen am meisten betroffen?

Für welche Gruppen wirken sie sich positiv aus?

Für welche Gruppen wirken sie sich negativ aus?

Welche Probleme, Konflikte, Aufgaben entstehen dadurch?

Für wen?

3. Was wissen Sie über die zukünftigen Entwicklungspläne von Sprend-
lingen?

Was kommt an neuen Veränderungen damit auf die Bevölkerung zu?

Wo kann man sich darüber informieren?

Wer versucht auf die Planungen Einfluss zu nehmen?

Sind das kompetente Persönlichkeiten und Gruppierungen?

Fühlen Sie sich mit Ihren eigenen Interessen dabei richtig vertreten?

Gibt es Gruppen, die bevorzugt bzw. benachteiligt werden?

Können Sie etwas über die mutmasslichen Hintergründe dafür sagen?

4. Wer reagiert auf diese unter §§ 1 - 3 beschriebenen Veränderungen?

In welcher Form, z.B.

in Gesprächen und Diskussionen,

in Aktionen aggressiver oder konstruktiver Art?

Haben sich dadurch neue Gruppierungen wie Interessen-Gemeinschaften, Clubs, Vereine o.ä. gebildet?

Welche Ziele verfolgen sie?

Welche Folgerungen haben sich für die Kirchengemeinde ergeben?

Z.B. neue Arbeits- und Predigt-Themen, neue Arbeitsgemeinschaften, sind Arbeitszweige eingegangen?

5. Wer sollte nach Ihrer Meinung tätig werden, um die unter § 2 aufgeführten Probleme, Konflikte und Aufgaben aufzugreifen?

Hat die evangelische Gemeinde etwas spezielles beizutragen?

Sollte sie ihren Auftrag allein oder in Zusammenarbeit mit anderen wahrnehmen?

Wer käme in Sprendlingen dafür in Frage?

Nach welchen Gesichtspunkten müsste man entscheiden, ob eine Partnerschaft mit anderen richtig ist?

6. Welche Bedeutung hat die evangelische Gemeinde in Sprendlingen?

Was wird von ihr erwartet?

Wo wird sie gebraucht?

Wie wird sie kritisiert?

7. Was für Gründe führen Menschen an, um ihr Fernbleiben aus Gottesdienst, Bibelstunde, Gemeindegemeinschaften u.ä. zu erklären bzw. zu entschuldigen?

Was halten Sie an diesen Gründen für stichhaltig bzw. für eine billige Ausrede?

8. Wieviele Stunden sind Berufstätige ausserhalb ihrer Wohnungen? (s. auch Anlage, 1. und 2.)

Gibt es einen Zusammenhang zwischen beruflicher Belastung und dem Wunsch nach Gemeinschaft?

Wie wirkt sich das auf die Gemeinde aus?

9. Wie sieht die Wohnungs-Situation aus?

Welcher Prozentsatz der Bevölkerung lebt in Eigenheimen?

Welcher Prozentsatz der Bevölkerung lebt in Miete?

Hat der Haus- und Wohnungstyp etwas zu tun mit dem Wunsch nach Gemeinschaft?

Gibt es kirchlichere Wohngebiete als andere, können Sie sich das erklären? (s. auch Anlage, 5.)

10. Welches ist nach Ihrer Meinung die vordringlichste Aufgabe, die die Gemeinde aufgreifen sollte?

Können Sie Vorschläge machen, wie man dabei vorgehen sollte?

11. Welche speziellen Fragen möchten Sie bei der Arbeitstagung im Gossner-Haus behandelt wissen?

Bitte geben Sie auch das an, was aus dem Schema dieses Fragebogens u.U. herausfällt.

Als Anlage fügen wir einen Frage-Katalog bei, der sich in einem Dekanat als Arbeits-Anregung bewährt hat.

An l a g e

Nach fast zweijährigem Bestehen des Industriepfarramtes wurde ich aufgefordert, bei der Herbsttagung 1969 der Dekanats-Synode Mainz über die Arbeit und zukünftige Aufgaben zu berichten. Interesse fand dabei der Versuch, den industriellen mit dem urbanen Aspekt zu verknüpfen und nicht auseinander klaffen zu lassen.

Zur Weiterarbeit in Gemeinden, kirchlichen Werken und Gruppen stellte ich die folgenden Problemkreise dar mit dem Ziel, die Basis für eine Zusammenarbeit mit dem Industriepfarramt dadurch noch mehr zu verbreitern:

1. Schichtarbeit

Welche Bevölkerungsgruppen werden davon betroffen; wie sehen die verschiedenen Schichteinteilungen aus; wie wirkt sich Schichtarbeit auf die Gemeinschaftsfähigkeit der Betroffenen aus; welche neuen Arbeits- und Sammlungsformen muss die Kirche in Mainz als Antwort darauf entwickeln?

2. Frauen-Erwerbsarbeit

Wieviele verheiratete Frauen gehen in Mainz einer ausserhäusslichen Erwerbsarbeit nach; aus welchen Gründen; stimmt die Annahme, dass ein hoher Prozentsatz trotz des Acht-Stunden-Tages zwischen 10 und 12 Stunden von zu Hause fort ist; wie sehen die Auswirkungen aus auf die Gesundheit der Frauen, das Familienleben, die Gemeinschaftsfähigkeit?

3. Berufliche Mobilität

Wie sieht die Fluktuation in Mainz aus, die durch eine steigende berufliche Mobilität verursacht wird? In welcher Weise prägt sie die Menschen, wie sehen die Auswirkungen auf die Gemeinde aus?

4. Gastarbeiter

Wir haben "Fremdlinge in unseren Toren", wieviele; wie leben und arbeiten sie; wie werden sie integriert; oder gelten sie auch bei den bewussten Christen als unerwünschte Aussenseiter? Kennen wir die Organisationen, die sich für sie einsetzen; arbeiten wir mit ihnen zusammen?

5. Neue ethische Probleme

Es entsteht durch Eigentumswohnungen eine neue Form von Eigentum. 50 oder 90 Parteien müssen lernen, es gemeinsam zu verwalten, wer hilft ihnen dabei? Die räumliche Nähe vieler Menschen verändert die Einstellung zur Gesellung und Anonymität, kennen wir diese Entwicklung, wie müssen wir sie in unser kirchliches Handeln einbeziehen? Diese beiden Punkte gelten nur als Beispiele, welche neuen ethischen Probleme entstehen in einer Stadt wie Mainz?

Christa Springe, Industriepfarrer

19. Januar 1970

22. JAN. 1970

Erlischt:

Die Arbeit der Gossner-Mission geht weiter

Anderslautende Meldungen in der Presse der letzten Tage beruhten nicht auf Informationen von der Leitung des Gossner-Hauses und gaben zu Irrtümern Anlass. Darum interviewte der Süd-West-Funk heute die beiden Leiter des Gossner-Hauses und brachte das Gespräch in seiner Mittags-sendung um 12.30 Uhr im 1. Programm.

Sprecher: Wir wollten es genau wissen, deshalb ist Agnes Verena heute morgen nach Kastel gefahren und hat sich mit Sozialpfarrer Symanowski und Industriepfarrerin Springe unterhalten und Herr Symanowski klärt zunächst einmal, ob man schliesst oder nicht.

Symanowski: Geschlossen wird am 30. April 1970 das J u g e n d w o h n h e i m, aber die Arbeit der Gossner-Mission geht verstärkt weiter. Dann ohne das Jugendwohnheim, das wir nun 20 Jahre gehabt haben. Das haben wir aber auch deshalb aufgebaut, weil damals in der Gesellschaft eine besondere Not vorhanden war mit den Flüchtlingen. Heute haben wir in dem Jugendwohnheim nur noch Fürsorgezöglinge und diese Aufgabe, glaube ich, ist mehr eine Aufgabe der Gesellschaft als gerade der Gossner-Mission. Ohne das Jugendwohnheim werden die Seminare weitergeführt. Wir haben 10 Monate in jedem Jahr Seminare für Theologen und für Laien und diese Seminare im Zusammenhang mit einem Industrieinsatz werden weitergeführt.

Reporterin: Wer sind die Teilnehmer dieser Seminare und was ist der Zweck dieser Seminare, Frau Pfarrerin Springe?

Springe: Die Teilnehmer sind bei dem Sechs-Monate-Seminar Theologen aus dem In- und Ausland. Wir bekommen auch viele aus Übersee. Bei den anderen Seminaren sind es Theologiestudenten aus der evangelischen und aus der katholischen Fakultät, und dann haben wir in jedem Jahr einen zweimonatigen Kursus für junge Leute, die Jugendleiter werden wollen und die eine Ergänzung ihres Unterrichts in Richtung Gesellschaftskunde brauchen.

Reporterin: Und was ist nun diese Aufgabe derjenigen, die in die Industrie gehen?

Symanowski: Für uns ist der Industriebetrieb das Guckloch, durch das wir die ganze Gesellschaft sehen. Sie gehen dorthin, nicht um Missionare zu spielen, sondern um zu lernen, wie ist unsere Gesellschaft geordnet und für uns ist die Frage, ob die Ordnung im Betrieb der demokratischen Ordnung in unserer Gesellschaft entspricht.

Reporterin: Gut, die Seminare laufen also weiter, aber dann in einem neuen Haus? Und sind schon Pläne da für dieses neue Haus? Wo soll es sein?

Springe: Das wissen wir noch nicht genau, aber wir wollen im Raum Mainz bleiben, weil wir seit 20 Jahren dort unsere Verbindungen haben zu den Betrieben, zu den Gewerkschaften, auch zu den politischen Parteien und vor allen Dingen zur Kommune.

Symanowski: Die Leitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau ist daran interessiert, dass wir vielleicht mit einer Gemeinde die Bau-planung und im Zusammenhang mit ihr unsere Arbeit durchführen; denn unsere Arbeit ist doch stark bezogen auf die Fragen der Urbanisierung, die ja hier im Ballungszentrum der Rhein-Main-Spitze auch eine besondere Rolle spielt und spielen wird.

Reporterin: Herr Pfarrer Symanowski, die Seminaristen, die zu Ihnen kommen, gehen aber dann, glaube ich, auch in alle Welt?

Symanowski: Sie gehen wieder zurück in ihre Landeskirchen bzw. in ihre Kirchen in andere Kontinente und versuchen das, was sie hier gelernt haben nun dort zu verwirklichen. Unsere Arbeit geht aber auch über diese Arbeit hier am Ort und mit den Seminaren hinaus. Wir werden in Anspruch genommen von Gemeinden, die gern mit uns zusammen erarbeiten möchten, was heute eine Ortsgemeinde für eine Bedeutung an ihrem Ort hat.

Springe: Unsere Arbeit steht in einem weiten Spannungsbogen. Auf der einen Seite sind es die Gemeinden am Ort, auf der anderen Seite sind z.B. die afrikanischen Kirchen an uns herangetreten mit der Bitte, unsere Ausbildungserfahrung für sie auch nutzbar zu machen. 1969 haben wir einen fünfmonatigen Kursus in Ost-Afrika durchgeführt und jetzt gerade bereiten wir ein zweites fünfmonatiges Seminar für die West-Afrikanischen Kirchen vor, so daß unsere ganze Arbeit in diesem auch interkontinentalen Zusammenhang steht.

gez. Christa Springe, Pfr. gez. Horst Symanowski, Pfr.



TECHNISCHE REVOLUTION IN AFRIKA

Die Christen zu neuer Verantwortung gerufen

Wir haben schon früher davon berichtet, daß durch die zunehmende Verstädterung und Industrialisierung uns Christen eine neue Aufgabe zugefallen ist. Es handelt sich um die »Urban and Industrial Mission« (Großstadt- und Industriemission), die jetzt auch in Afrika in Angriff genommen wird.

Die Technik erlaubt keine langsame Anpassung mehr. In zwölf Stunden ist ein Deutscher mit dem Düsenflugzeug in Kenya, und der afrikanische Stipendiat nimmt am Abend noch mit seinen Familienangehörigen seine Abschiedsmahlzeit zu Hause ein, während ihm schon das 2. Frühstück von seinen Gastgebern in Mainz oder Hamburg serviert wird. Über Nacht in eine andere Welt. Für einen Europäer ist das aufregend interessant, für Afrikaner schafft dieses unvermittelte Aufeinanderprallen von zwei Welten tiefgreifende Probleme.

Bild: Imitierte Elefantenzähne als Stadttor, Mombasa/Kenya

Ein neues Bewußtsein schaffen

Der afrikanische Flughafen, von dem aus eine schnelle Verbindung zu jedem anderen Kontinent möglich ist, symbolisiert das Eindringen der modernsten Techniken in eine dafür schlecht vorbereitete Welt. In Nairobi, der Hauptstadt Kenyas, arbeitet die zentrale Wetterstation, in der alle meteorologischen Messungen Afrikas jeden Tag gesammelt und verarbeitet nach Europa weitergegeben werden.

Die Computer-Technik erobert Afrika gleichzeitig mit der alten Welt. Wieviele Menschen beunruhigt sie hier bei uns, weil sie nicht verstanden und als Bedrohung empfunden wird. Die afrikanischen Menschen sind darauf noch weniger vorbereitet, weil sie zum Teil von heute auf morgen Dampfkraft und Elektrizität, drahtlose Telegrafie und Rechenautomaten gleichzeitig kennenlernen müssen.

Europäische und amerikanische Firmen bauen ihre Werke in Afrika auf. Eigenes geschultes Personal geht mit, Einheimische wer-



den angelernt. In dem Meteorologischen Institut von Nairobi bedienen Afrikaner und Engländer zusammen die elektronischen Anlagen, auf dem Bahnhof sieht man nur noch einheimisches Personal. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit noch keine Aneignung und Bewältigung der Technik erfolgt ist. Bis in die Kreise afrikanischer Manager, Politiker, Kirchenführer und Universitätsprofessoren wird noch das Denken und Fühlen vom vorindustriellen Leben afrikanischer Prägung bestimmt.

Planen — für den Tag, das Jahr, das Leben, planen für Versorgung und Arbeit, das gehört für uns selbstverständlich zu einer verantwortlichen Lebensführung. Wer es nicht tut, gilt in unserer Gesellschaft als asozial oder lebensuntüchtig. Für die größte Zahl der Afrikaner ist aber dieses planerische Denken noch so fremd und unbekannt, daß wir vorsichtig sein müssen, sie mit unseren Maßstäben zu bewerten.

Doch die Frage bleibt, ob man im heutigen Afrika weiter ohne Vorausschau und Planung leben kann? Die Städte verdoppeln innerhalb von wenigen Jahren ihre Bevölkerung, die Wirtschaft wächst und damit der Bedarf von Versorgungseinrichtungen aller Art. Was wird aus einem jungen afrikanischen Staat, der sich unter dem ständigen Druck der Umwelt, insbesondere aber der technischen Entwicklung völlig verändert, während seine Bürger noch nicht gelernt haben, ihr Schicksal bewußt selbst in die Hand zu nehmen?

Wer entwickelt dieses Bewußtsein? Wer ist selbstlos genug, bei den Afrikanern so viel selbständiges Denken, so viel Kritikfähigkeit zu fördern, daß sie in der Lage sein werden, sich selber für oder gegen Einflüsse aus der Alten Welt zu entscheiden und ihren Ländern den Stempel aufzuprägen, der ihrem eigenen Erbe entspricht?

Christen erkennen ihre Verantwortung

Wir sehen auf die Kirchen, ob sie zu diesem Dienst bereit sind. Er kann nur von Christen geleistet werden, die selbst verstanden haben, wie eine sich wandelnde Gesellschaft funktioniert, wie Entscheidungen vorbereitet und beeinflußt werden, welche Rolle die wirtschaftliche Macht bei politischen Entscheidungen spielt und wie sie kontrolliert werden kann. Dieser Dienst setzt voraus, daß der Theologe bereit ist, mit Technikern und Städteplanern, mit Managern, Soziologen und Anthropologen zusammenzuarbeiten, weil er sie als Experten auf ihrem Gebiet achtet und seine eigenen Grenzen kennt.

Es gibt seit einigen Jahren eine kleine ständig wachsende Zahl solcher Christen in aller Welt, die ihre Verantwortung darin sehen, sich in diese besondere Art von Mission einzuarbeiten.

In einer Hafenstadt am indischen Ozean

»Urban and Industrial Mission« in Afrika wurde von Europäern und Amerikanern begonnen. Heute liegt die Verantwortung dafür schon häufig in der Hand afrikanischer Christen. In einer Hafenstadt am indischen Ozean arbeiten zwei Industriepfarrer. Sie bemühen sich darum, den zahllosen Hafenarbeitern zu helfen, sich in ihre Arbeit in der Stadt einzuleben. In Diskussionsgruppen und Tagungen verfolgen sie gleichzeitig mehrere Ziele. Der »Neue«, dessen Familie eine Tagesreise entfernt lebt, soll eine Gemeinschaft finden, die ihn aufnimmt. In den Diskussionen können alle Probleme ausgesprochen werden, die durch eine unverständliche Technik und fremde Arbeitsordnung ausgelöst worden sind. Gastreferenten verdeutlichen, wie das als persönliches Schicksal empfundene Problem zusammenhängt mit einer gesellschaftlichen Entwicklung, die auch andere Mitmenschen betrifft. Viele Schwierigkeiten tauchen auf, die unlösbar zu sein scheinen, weil sie über den einzelnen mit seinem guten oder schlechten Willen, etwas zu ändern, hinausgehen. Da ist das Bildungsproblem. Die meisten Arbeiter haben nie eine Schule besucht und auch keine Berufsausbildung mitgemacht. Was sie wissen, lernten sie im Busch, wo sie aufwuchsen. Nichts bereitete sie auf ihre Arbeit vor, keine zivilisierte Umwelt wie bei uns, wo man schon als Kleinkind den Lichtschalter, das Radio und das Telefon kennenlernt, kein Spielzeug, das technische Erfahrung vermittelt. Was sie neu sehen und erfahren, geht ihnen nur langsam ein, und abstrakt zu denken und dadurch zu lernen, ist ihnen völlig unmöglich. Darum verstehen sie auch den Sinn so vieler Anweisungen nicht, zum Beispiel mit den Kisten voller optischer Geräte vorsichtig um-

Bild: Straße in Mombasa

zugehen und sie nur aufrecht hinstellen, während man andere mit Zahnrädern auf den Lastwagen werfen darf. Sieht nicht eine Kiste wie die andere aus?

Viele Arbeiten könnten am Hafen von Menschen gemacht und dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber wen wundert es, daß immer mehr automatische Güterabfertigung eingerichtet wird, weil kein Spediteur mehr das Risiko eingehen will, durch unsachgemäße Behandlung ständig hohe Verluste zu erleiden?

Auch in anderen Branchen setzen die Unternehmer lieber menschenparende Maschinen ein, als den Arbeiter, der so wenig Erfahrung mit modernen Arbeitsweisen mitbringt. Die Industriepfarrer müssen in Gesprächen mit Managern und Gewerkschaften unablässig die Frage stellen, wo das Profitdenken durch die Verantwortung für die vielen Arbeitslosen eingegrenzt werden muß.

Durchgreifende Hilfe kann nur durch eine planvolle Entwicklung von Schulen und Arbeitsplätzen gleichzeitig erfolgen. Bis dafür aber wiederum Geld und ausgebildete Menschen zur Verfügung stehen, müssen Zwischenlösungen geschaffen werden. So gehören kleine Werkstätten jetzt immer öfter zu den Ausstattungen christlicher Einrichtungen. Sie sind mit Nähmaschinen für Frauen und Mädchen eingerichtet, die einfache Konfektion herzustellen und zu verkaufen lernen. Jungens lernen Tischlern und Plakate malen. Oder sie basteln mit einfachsten Mitteln technische Instrumente, die wiederum in den Schulen gebraucht werden, um die physikalischen Grundbegriffe zu lehren. Wer »Urban and Industrial Mission« betreibt, ist oft gleichzeitig Seelsorger und Berufsberater, Kleinunternehmer, Sozialpolitiker, Erfinder.

Ein neues Zentrum der Arbeit entsteht

In der aufstrebenden Industriestadt Nakuru, nördlich von Nairobi, entsteht in diesen Tagen ein neues Zentrum für »Urban and Industrial Mission«. Hier wird schon durch die bauliche Gestaltung deutlich, wie die übernommene Aufgabe aussieht. Das Haus liegt im Schnittpunkt von mehreren Arbeiter-Wohnvierteln. Es beherbergt eine Reihe von Besprechungszimmern, die allen gesellschaftlichen Gruppen der Stadt zur Verfügung stehen. Es klingt so selbstverständlich, daß sich alle Bürger an der Entwicklung ihrer Stadt beteiligen sollen. Tatsächlich fallen aber die meisten Entscheidungen ohne die Betroffenen. Die Fachleute müssen erst darauf angesprochen werden, »Außenseiter« mit ihrer Meinung auch zu Wort kommen zu lassen. Die Wirtschaft plant ohne die arbeitende Bevölkerung, die Schule oft ohne die Eltern. Die Kirchen denken zuerst an ihre Gemeinden, und nicht an das Gemeinwesen. Diese Einstellung ist nicht typisch für Afrika, wir kennen sie sehr gut aus unserer eigenen Erfahrung. Aber gerade weil wir erlebt haben, wohin unsere Planlosigkeit geführt hat, können wir die Kräfte in Afrika unterstützen, die Entwicklungsfehler vermeiden wollen. In Nakuru wie in den meisten anderen afrikanischen Städten werden die bestehenden Probleme durch den Zuzug aus dem unterentwickelten Hinterland verschärft. Deshalb sollen sich

in dem neuen kirchlichen Zentrum besonders die willkommen fühlen, die durch ihre Einwanderung in die Stadt ihre sozialen Bindungen verloren haben und Hilfe brauchen, sich in der fremden Umwelt zurecht zu finden. Für die arbeitslose Jugend gibt es eine Werkstatt, Frauen können die Erzeugnisse aus ihrer Heimarbeit in einem kleinen Laden ohne Zwischenhändler verkaufen.

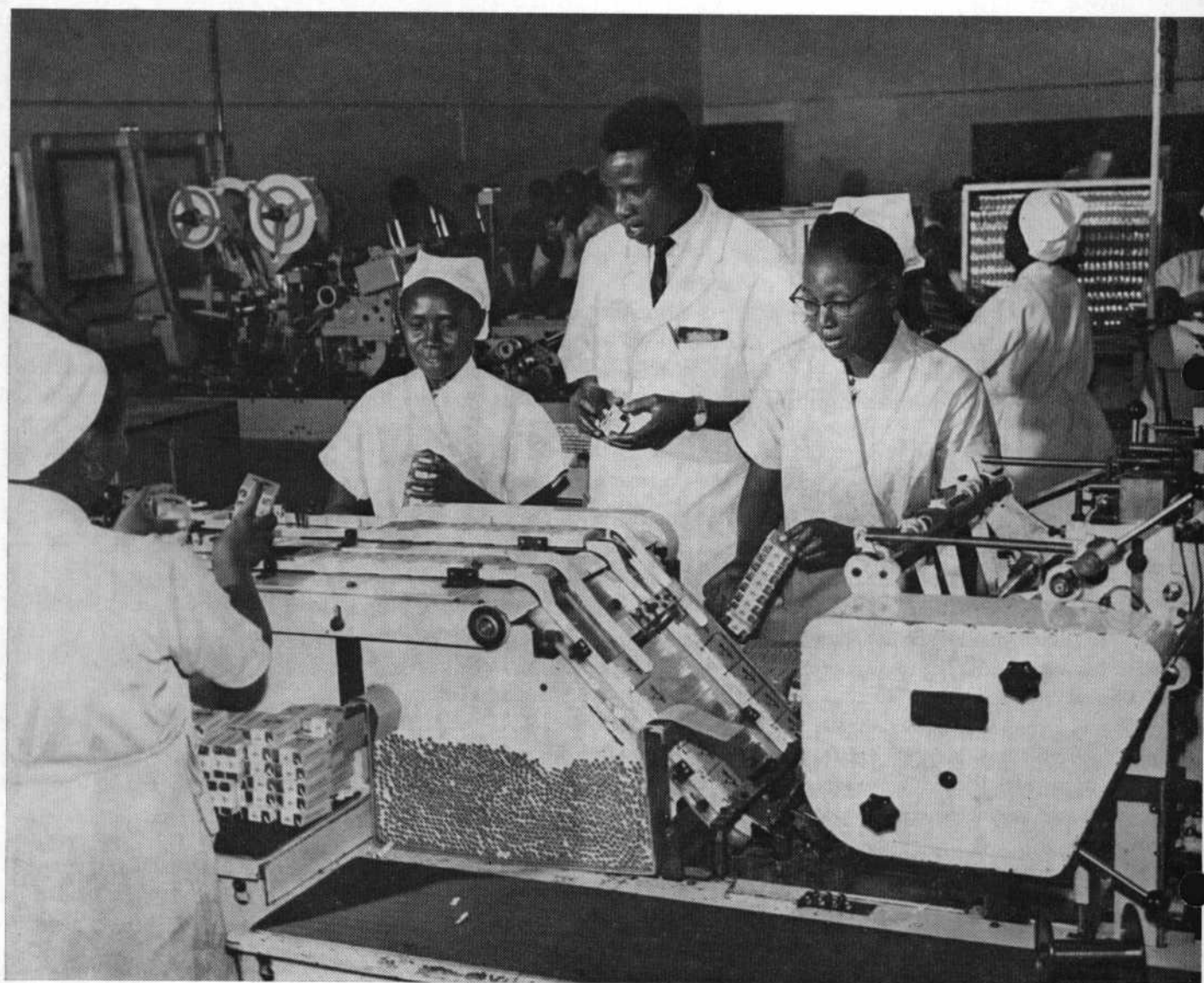
Afrikanische Pastoren werden geschult

Für die Weiterentwicklung der »Urban and Industrial Mission« in Afrika bestehen durch den Mangel an ausgebildeten einheimischen Mitarbeitern Schwierigkeiten.

In Mainz-Kastel und in Durgapur/Indien laufen seit Jahren Pastorenkurse, in denen eine Ausbildung für eine Arbeit in der urbanen und industrialisierten Gesellschaft vermittelt wird. Afrikaner bekamen ihr spezielles Training bisher meistens in Europa oder Amerika. Es zeigte sich aber, wie schwer es ist, die Erfahrungen aus dem hochindustrialisierten Gastland in ihrer afrikanischen Heimat umzusetzen.

1969 gelang ein wichtiger Schritt zur Ausbildung in Afrika selbst. Die All-Afrikanische-Kirchenkonferenz, der Ökumenische Rat der Kirchen und die Goßner-Mission in Mainz-Kastel entwickelten einen fünfmonatigen Kursus, zu dem elf afrikanische Pastoren und ein Sozialpsychologe von ihren Kirchen entsandt wurden. Er fand vom 6. Januar bis 6. Juni 1969 in Nairobi statt. Das Kursusziel war in einem Einführungsbrief an die afrikanischen Kirchenführer wie folgt formuliert: »Ausgewählte Männer, die sich auf Industrie- und Urbanisierungsfragen in Afrika spezialisieren wollen, sollen für ihre Arbeit in diesen Bereichen ausgebildet und gefördert werden,

1. indem ihnen Gelegenheit und Unterstützung gegeben wird, um über das Leben in modernen afrikanischen Städten Erfahrungen zu sammeln, nachzudenken und zu einem gewissen Verständnis zu kommen; dabei wird man sich auf verfügbare Informationen über verschiedene afrikanische Großstädte — besonders Nairobi — stützen, und zwar unter
 - a) ökonomischen Aspekten: Produktion, Transport, Verteilung und Finanzen und
 - b) urbanen Aspekten — einschließlich einer Untersuchung über die Entwicklung schnell wachsender Großstädte in Afrika. Dabei soll besonders beobachtet werden, wie sich verschiedene Ansätze im urbanen Bereich auf die Menschen auswirken;
2. indem Gelegenheit zur Analyse bestehender Formen christlicher Dienste in afrikanischen Großstädten gegeben wird;
3. indem eine theologische und missiologische Wertung des Lebens in diesen Städten und des kirchlichen Lebens darin unternommen wird;
4. indem die »urban-industrial-ministries« in verschiedenen Teilen der Welt, besonders aber in Afrika, untersucht werden, um zu einer Analyse möglicher Richtlinien für die weitere Entwicklung von »urban-industrial-ministries« in den Gegenden zu kommen, aus denen die Teilnehmer stammen.«



Eine Einführungsphase während der ersten beiden Wochen begann mit einem fünftägigen Arbeitslager in Mathare Valley, dem größten Slumgebiet mit über 20 000 Bewohnern in Nairobi. Die Kur-sisten halfen dort, einen Kindergarten fertigzustellen. Dies war gleichzeitig eine Einübung in »Urbanisierung von unten«, das heißt ein gruppenspezifischer Prozeß und ein kleiner Test der Widerstandsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit der einzelnen, da sie unter den gleichen Bedingungen wie alle anderen in Mathare Valley lebten, inmitten von Staub, Ratten und schlechten sanitären Anlagen. Das fiel den meisten nicht leicht, ebenso wenig wie später die Fabrikarbeit. Ein afrikanischer Pfarrer ist auf sein soziales Ansehen bedacht, und nun soll er Hilfsarbeit verrichten wie ein einfacher Mann. »Urban and Industrial Mission« läßt sich aber nicht von oben herab tun. Man muß bereit sein, in einer Gruppe mit-zuarbeiten, um mit ihr und durch sie die notwendigen Veränderungen herbeizuführen.

So wird auch der zweite afrikanische Urban-and-Industrial-Mis-sions-Kurs an diesem Prinzip festhalten, die Teilnehmer sowohl theoretisch über Urbanisierung und Industrialisierung arbeiten zu lassen als auch in der Praxis des weltlichen Berufslebens. Dieser geplante Kurs findet Anfang 1971 in Kamerun statt, um die französisch-sprechenden Kirchen zu erfassen. Wieder werden die Partner All-Afrikanische Kirchenkonferenz, Ökumenischer Rat der Kirchen und Goßner-Mission zusammenarbeiten. Dieses Mal kommt noch die Industriemission der protestantischen Kirchen in Frankreich hinzu. »Urban and Industrial Mission« war von Anfang an ökumenisch orientiert. Sie löst die Kirchen aus ihren engen Grenzen und bahnt auf ihre Art einen Weg in die nichtchristliche Welt.

Christa Springe

Bild: Fabrik in Nairobi/Kenya

Mut zu Prioritäten

Horst Symanowski fragt im nachstehenden Beitrag:

Kirchliche Industrie- und Sozialarbeit in der Ortsgemeinde?

Kirchenleitungen und Synoden zögern, neue Stellen in Spezialämtern der Evangelischen Kirche zu schaffen, auch im Bereich der Industrie- und Sozialarbeit. Nun wird man sagen müssen, daß die Zahl derer, die in Spezialämtern arbeiten, immer noch gering ist im Vergleich zu der Zahl derer, die in Ortsgemeinden angestellt sind. Ein Blick in den Almanach einer Landeskirche zeigt das Verhältnis: unter 1277 Pfarrern stehen nur 147 in einer übergemeindlichen Arbeit, einschließlich aller Berufsschulpfarrer, der für die theologische Ausbildung, den Auslandsdienst, das Diakonische Werk usw. Beurlaubten.

Man fürchtet, daß sich die Industrie- und Sozialarbeit abseits von den Gemeinden entwickeln und ein Eigenleben führen könnte. Hier soll nicht untersucht werden, ob diese Furcht begründet ist oder nicht. Wir wollen vielmehr fragen, in welcher Weise Ortsgemeinden selbst ein Stück von Industrie- und Sozialarbeit tun oder in Zukunft tun könnten. Sicher gibt es schon eine lange Reihe guter Beispiele in allen Landeskirchen. Ich beobachte, wie in der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau einige Dekanatsynoden Themen auf ihre Tagesordnung setzen, bei denen entweder die Industrie- und Sozialarbeit selbst dargestellt wird oder sozialpolitische Fragen wie die Mitbestimmung behandelt werden.

Oftmals ist eine lange Vorarbeit mit Informationen und Begegnungstagungen vorausgegangen, die von den Industrie- und Sozialämtern veranstaltet wurden. Aber selbst dann bleibt die Frage: wie kann eine Ortsgemeinde in diese Arbeit einbezogen werden? Es kommen auf sie eine solche Fülle von Angeboten und Ansprüchen zu, meist von den kirchlichen Spezialämtern, daß sie nur noch ablehnen und abwehren können. Sie haben manchmal den Eindruck, daß sie für die Spezialämter eingespannt werden sollen und nicht umgekehrt die Spezialämter ihnen bei den Aufgaben als Ortsgemeinde eben an diesem Ort helfen. Welche Fragen der Industrie- und Sozialarbeit könnten dann auch die Fragen einer Ortsgemeinde sein?

Das Industrie- und Sozialpfarramt in Mainz hat den Synodalen des Dekanats folgende Fragen vorgelegt:

1. Schichtarbeit

Welche Bevölkerungsgruppen werden davon betroffen; wie sehen die verschiedenen Schichteinteilungen aus; wie wirkt sich Schichtarbeit auf die Gemeinschaftsfähigkeit der Betroffenen aus; welche neuen Arbeits- und Sammlungsformen muß die Kirche in Mainz als Antwort darauf entwickeln?

2. Frauen-Erwerbsarbeit

Wieviele verheiratete Frauen gehen in Mainz einer außerhäuslichen Erwerbsarbeit nach; aus welchen Gründen; stimmt die Annahme, daß ein hoher Prozentsatz trotz des Acht-Stunden-Tages zwischen 10 und 12 Stunden von zu Hause fort ist; wie sehen die Auswirkungen auf die Gesundheit der Frauen, das Familienleben, die Gemeinschaftsfähigkeit aus?

3. Berufliche Mobilität

Wie sieht die Fluktuation in Mainz aus, die durch eine steigende berufliche Mobilität verursacht wird? In welcher Weise prägt sie die Menschen, wie sehen die Auswirkungen auf die Ortsgemeinde aus?

4. Gastarbeiter

Wir haben „Fremdlinge in unseren Toren“; wieviele; wie leben und arbeiten sie; wie werden sie integriert; gelten sie auch bei den bewußten Christen als unerwünschte Außenseiter? Kennen wir die Organisationen, die sich für sie einsetzen; arbeiten wir mit ihnen zusammen?

5. Neue ethische Probleme

Es entsteht durch Eigentumswohnungen eine neue Form von Eigentum. 50 oder 90 Parteien müssen lernen, es gemein-

sam zu verwalten, wer hilft ihnen dabei? Die räumliche Nähe vieler Menschen verändert die Einstellung zur Gesellschaft und Anonymität, kennen wir diese Entwicklung; wie müssen wir sie in unser kirchliches Handeln einbeziehen? Diese beiden Punkte gelten nur als Beispiele. Welche neuen ethischen Probleme entstehen in einer Stadt wie Mainz?

Es gibt noch andere Fragen, die in dieser Stadt wichtig sind, z. B. die Sanierung der Altstadt und die Neuplanung. Eine Ortsgemeinde müßte nun entdecken, welche dieser Fragen – oder eine ganz andere – für sie vorrangig und dringlich ist. Die Gemeinde einer neuen Satellitenstadt wird wahrscheinlich durch die Frage 5 herausgefordert sein, weil in ihr die Frage nach neuen Formen des Eigentums gestellt ist.

Die Gemeinde mit vielen Altbwohnungen kennt das Problem der Gastarbeiter (Frage 4) und die im Einzugsgebiet von Industriewerken liegende Gemeinde ist von der Frage nach Schicht- und Frauen-Erwerbsarbeit stark berührt (Fragen 1 und 2). Die Ortsgemeinde muß das Problem ihres Ortes entdecken. Dann wird sie die entsprechenden Spezialämter auch brauchen, um das Problem deutlicher zu erkennen und Lösungen zu versuchen. Das braucht Zeit, wahrscheinlich ist mindestens ein Jahr nötig, vielleicht auch mehr.

Eine Ortsgemeinde braucht sich aber nicht für alle Zeiten auf eine Frage festzulegen. Hat sie das gesuchte Ziel erreicht, kann sie sich einer neuen Aufgabe zuwenden, die in dem geographischen Horizont ihres Ortes aufgetaucht ist. Auf diese Weise erwerben viele Gemeindeglieder Kenntnisse und Erfahrungen, die sie anderen Gemeinden in ihrer Umgebung zur Verfügung stellen können. So entsteht durch Arbeitsteilung situationsgerechte Konkretion der Arbeit und Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden.

Jeder Einzelne muß sich heute seine Zeit genau einteilen, muß entscheiden, in welche Aufgabe er neben seiner Er-

werbsarbeit Zeit, Kraft und Geld investieren will. Die Wahl zu treffen ist mühsam, aber notwendig, wenn er effektiv arbeiten will. So muß auch eine Ortsgemeinde zwischen den vielfältigen Aufgaben, die ihr gemäß auswählen und **Prioritäten** setzen.

Man muß auch beurteilen können, auf welcher Ebene eine Aufgabe angepackt werden kann. Es können auf der Ortsebene Probleme auftauchen, die nur auf einer höheren Ebene der Region oder des Landes gelöst werden können. Dann müssen die Grenzen der eigenen Gemeinde überschritten und Wege der Zusammenarbeit gefunden werden. Die Gesellschaft ist an einigen Stellen der Kirche voraus, wenn es um die Erweiterung eines verengten Horizonts und um die Überwindung von ortsgemeindlichem Egoismus geht. Ich denke an die Schaffung von Mittelpunktsschulen und ähnlichen gemeinsamen Planungen.

Bei der Industrie- und Sozialarbeit wird man sehr schnell merken, daß z. B. ein industrielles Einzugsgebiet alte Dekanats- und Kirchenkreisgrenzen unwichtig macht. Die Ströme des Berufsverkehrs, der Steuern, des Geldes, der Bildung u. a. m. bewegen sich nicht in den kirchlichen Grenzen, die oft aus Traditionen der vorindustriellen Gesellschaft stammen. Kann man sie nicht verändern, so müssen wenigstens engstirniger Egoismus und Eifersucht zugunsten einer Kooperation auf einer der Aufgabe entsprechenden neuen Ebene verschwinden.

Die Industrie- und Sozialarbeit muß den Ortsgemeinden helfen, die verschiedenen Ebenen zu unterscheiden und zu entdecken, auf welchen sie allein oder in Kooperation arbeiten können. Ich möchte anregen, daß die „Stimme der Arbeit“ eine Serie von Berichten aus der Erfahrung der Industrie- und Sozialämter sowie von Ortsgemeinden bringt,

in denen folgende Fragen beantwortet werden:

■ Welche Projekte oder Aktionen wurden in Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Sozialarbeit und Ortsgemeinden begonnen?

■ Von wem wurde die Aufgabe entdeckt und wer ergriff die Initiative?

■ Kamen neue Partner während der Arbeit dazu?

■ Ergaben sich dadurch neue Perspektiven?

■ Welche Wirkung ergab sich auf

1. die Kirche?
2. die Gesellschaft?

■ Welche Erfahrungen wurden gesammelt, die für das Vorgehen bei neuen Aktionen und Projekten benutzt werden können?

GOSSNER-HAUS, 6503 Mainz-Kastel, Weihnachten 1969

29. DEZ. 1969

Liebe Freunde!

Zum Ende des Jahres danken wir Ihnen für Ihre Mitarbeit und Hilfe, die Sie der Gossner-Mission in Mainz-Kastel 1969 geschenkt haben.

Es war neben allen anderen Aufgaben ein Jahr des Neuanfangs in Afrika mit dem Pastorenkurs in Nairobi, über den wir Ihnen berichteten. In diesen Tagen zieht Familie Riess von Nairobi nach Nakuru um, nachdem das Ehepaar den Sprachkurs in Suaheli und die Kinder das erste afrikanische Schuljahr in englischer Sprache gut abgeschlossen haben. Der Baubeginn des Gemeinschaftszentrums in Nakuru ist für Januar 1970 vorgesehen. Sie erfahren aus dem beigegeführten Bericht, dass eine Erweiterung des Gemeinschaftszentrums notwendig geworden ist, weil Pfarrer Riess auf eine grosse Not unter den dortigen Frauen und Jugendlichen gestossen ist.

Schon in der ersten Januar-Hälfte 1970 beginnen die Vorbereitungen in Paris für einen weiteren Pastoren-Kursus, der 1971 in Westafrika in französischer Sprache durchgeführt werden soll, verantwortet von der All-Afrikanischen-Kirchenkonferenz, der Gossner-Mission in Mainz-Kastel und der Industrie-Arbeit der protestantischen Kirche in Frankreich in Zusammenarbeit mit dem Weltkirchenrat.

Auch 1970 steht mit einer Fülle von Aufgaben vor uns. Gleich in den ersten Januar-Tagen beginnt unser Halbjahresseminar, mit Teilnehmern aus Norwegen, CSSR, Kanada und der Bundesrepublik, mit der praktischen Arbeit in einem Mainzer Industriebetrieb. Gleichzeitig werden sich die Seminar-Teilnehmer um einen Stadtteil in Mainz kümmern, aus dem viele Arbeiter dieses einen Industrie-Betriebes kommen.

Weil unser Mitarbeiterstab in Mainz-Kastel bei wachsender Arbeit klein geblieben ist, schafften wir es dieses Mal nicht, die winterlichen "Gossner-Sonntage" vorzubereiten. Unser Vorsatz, noch vor Weihnachten einen kleinen vorbereitenden Arbeitskreis einzuladen, wurde von der Grippe vereitelt, von der alle drei Unterzeichner gepackt sind.

Wir bitten Sie auch weiter um Ihre Mitarbeit und danken Ihnen herzlich für Ihre Hilfe im Jahre 1969.

Mit den besten Wünschen für ein gesegnetes Weihnachtsfest und Neues Jahr

Ihre
Christa Springe

Ihr
Horst Symanowski

Ihr
Dietrich Michaelsen

Postscheckkonto: 1083 05 Hannover
4834 Volksbank, Mainz-Kastel

Anlage 2

Zum Thema: Berufliche Mobilität und Gemeinschaftsfähigkeit

"Das Bild würde nicht vollständig sein, wenn ich nicht auch noch den Nomaden des 20. Jahrhunderts erwähnte. Das ist der Manager, der heute von Stadt zu Stadt versetzt wird. Nach dem dritten oder vierten Wechsel wird die Umwelt, in der er lebt, für ihn mehr eine Bühne als eine lebendige Gemeinschaft, an der er einen Anteil haben könnte. Manager reisen viel. Je nach der Art ihrer Tätigkeit sind manche von ihnen von Sonntag Nacht bis Freitag Nacht oder bis Sonnabend früh unterwegs. Andere sind von ihren Familien monatelang getrennt. Die Gemeinde (community) verliert durch ihre Abwesenheit.

Der Lebensstil, den ich beschrieben habe, ändert sich nicht allzu sehr von Management zu Management. Das Leben ausserhalb des Büros verläuft in einer engen Spurweite. Werte und Verhalten, welche der Manager nach Hause und in seine Umwelt hineinträgt, sind Übertragungen aus seinem Büro. Er und seine Familie entwickeln eine sehr starke Tendenz, die "anderen", die nicht "look-alikes, act-alikes", anzusehen, als ob das diejenigen seien, die sich ausserhalb der Wirklichkeit befinden. Das trifft besonders auf die Familien zu, die häufig versetzt werden. Nachbarn werden zu Figuren auf einer Bühne.

Die unausweichliche Folge von all diesem ist Fremdheit, in vielen Fällen Entfremdung. Das Risiko einer Entfremdung ist sehr groß in einer ständigen Wettbewerbs-Situation."

Auszug aus dem Vortrag eines Managers bei der Detroit Industrial Mission, veröffentlicht in Life & Work, Juni 1969.

Aus dem Englischen übersetzt.

Springe/ Gossner-Haus, Mz.-Kastel

Mainz-Kastel, November 1969

Ein Beispiel für die Einheit von Urban and Industrial Mission

Was passiert, wenn ein Bauer sein Land an eine Siedlungsgesellschaft verkauft ?

Hochhäuser und Bungalows in amerikanischem Stil bilden plötzlich einen kaum zu überbrückenden Gegensatz zu den alten Häusern des Dorfes, Betonstraßen enden im Weinberg, städtische und bäuerliche Lebensgewohnheiten prallen aufeinander. Keiner ist darauf vorbereitet - nicht der Bürgermeister mit seinem Gemeinderat, nicht der Lehrer, Pfarrer, Gemischtwarenhändler. Und so führen die Gegensätze zu Spannungen, die in Verachtung einer jeden Gruppe durch die andere und dann in Aggressivität ausarten. Die „Alteingesessenen“ und die „Neubürger“ werden feste und trennende Begriffe, und schließlich ist man fast froh, daß vier Kilometer Ackerland zwischen dem alten Dorfkern und dem neuen Wohngebiet die feindlichen Gruppen scheiden. Aber die Kinder treffen sich jeden Tag in der gleichen Schulklasse, nur daß die einen durch kurze und geschützte Straßen gehen, die anderen aber eine Landstraße ohne Fußweg und Streudienservice überwinden müssen. So gibt es auch zwei Gruppen von Müttern und Hausfrauen, die einen mit den gewohnten und bequemen Einkaufsmöglichkeiten, die anderen mit der täglichen Plage, zwischen dem einzigen Laden in der Nachbarschaft und den dörflichen Geschäften mit langen Wegen und schweren Einkaufstaschen wählen zu müssen. Die Männer vom Dorf und aus der Siedlung begegnen sich eigentlich nie. Sie fahren im Auto aneinander vorbei und dabei ärgern sich die Neubürger über die zu enge Dorfstraße, und die Dorfbewohner, daß in den Hauptverkehrszeiten jetzt 976 Fahrzeuge im Stundendurchschnitt Lärm und Gefahr in ihr Dorf bringen.

Dieses ist eine realistische Schilderung der Zustände, wie ich sie in einem zum Evang. Dekanat Mainz gehörenden Dorf vor den Toren der Stadt vorgefunden habe. Mein Amt als Industriefarrer führte mich auf diese Spur. Eines der modernsten Industrie-Unternehmen in der Bundesrepublik, mit dem ich zusammenarbeite, hatte einen Teil seiner neuen Arbeiter in diesem Beton-Wohngebiet untergebracht. Der zuständige Ortspfarrer lernte sie als eine negative Gruppe kennen, unwillig und unfähig zur Integration und Kooperation in Nachbarschaft und Gemeinde. Trafen diese negativen Eigenschaften nur zufällig zusammen mit der Betriebszugehörigkeit oder gab es ursächliche Zusammenhänge ?

Eine Pfarrergemeinde und ich gingen dieser Frage gemeinsam nach und stellten dabei fest: Zeitliche und nervliche Überbeanspruchung eines Menschen an seiner Arbeitsstelle führen häufig dazu, ihn in den anderen Lebensbereichen (Familie, Nachbarschaft, Orts- und Kirchengemeinde) „antisozial“ werden zu lassen. Wenn der Betrieb zusätzlich seine Mitarbeiter zu einem übersteigerten Selbstbewußtsein drängt und ein elitäres Bewußtsein pflegt, wirken diese antisozialen Tendenzen auf die Umwelt nicht mehr nur passiv, sondern werden als aggressive Herausforderung empfunden. Wir mußten uns also die Frage stellen, wie weit die einzelnen Bewohner und Gemeindemitglieder noch persönlich voll für ihre „Fehlhaltung“ verantwortlich gemacht werden können, oder wie weit den Umwelteinflüssen, denen sie ausgesetzt sind, eine ernsthaftere Beachtung geschenkt werden muß.

Im Verlauf dieser Überlegungen wurde dem Ortspfarrer auch klar, warum seine Bemühungen um die Neuzugezogenen mit Posaunen- und Kirchenchorständchen und Postwurfsendungen erfolglos blieben. Strukturell bedingte Probleme lassen sich nicht mit und über das Individuum lösen. Sie brauen ein angemessenes Vorgehen auf den Ebenen, auf denen Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden. Diese Ebenen zeichneten sich in dem beschriebenen Fall deutlich ab: die Wohnbau-Gesellschaft, die Kommunalverwaltung, die Interessengemeinschaft der Neubürger, der Betrieb.

Welchen weiteren Beitrag konnte bzw. mußte ich als Industriepfarrer nun nach dieser Klärung leisten, um über die Analyse hinaus zu einer Lösung der Konflikte zu verhelfen? Ich wurde als Gesprächsvermittler zwischen den Interessenvertretern gebraucht, die noch nicht oder nicht mehr miteinander sprachen. Als ersten Schritt luden der Gemeindepfarrer und ich zusammen die Vertreter der Kommune, der Baugesellschaft und einen Lehrer als besonderen Kenner der Bevölkerung zu einer Beratung ein. Im Verlauf dieses Zusammenseins stellten sich alle Beteiligten nach anfänglicher Zurückhaltung für weitere Informationen und Mitarbeit zur Verfügung und erklärten sich damit einverstanden, daß ich als eine über den Interessen Stehende versuchen würde, schrittweise die Bevölkerung zusammenzuführen und zu einer gemeinsamen Bemühung um die Lösung der anstehenden Probleme zu bringen. Ein Stufenplan entstand:

1. Drei offene Rundgespräche mit der Bevölkerung.
2. Zusammenführung der Interessengemeinschaft (pressure group) mit den Kommunalausschüssen.
3. Zusammenarbeit mit den anderen Orts- und Kirchengemeinden, die ähnliche Probleme haben.
4. Zusammenführung der Bürgermeister und Gemeindepfarrer mit der Werksleitung des Industriebetriebes mit dem Ziel, bestimmte betriebliche Praktiken möglichst zu beeinflussen und eine Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Kommune herbeizuführen.

Zu den Rundgesprächen luden Persönlichkeiten aus der Ortschaft selbst ein: Der Bürgermeister, der evang. Pfarrer und der kath. Pfarrer, der zwar nicht aktiv wurde, wohl mit unterzeichnete. Schon diese Form war ungewohnt und überrascht die Bevölkerung als Zeichen einer bislang unbekannten Kooperation. Diese und andere Gesten beeinflussten entscheidend den einsetzenden Gruppenprozess, so daß schon beim zweiten Rundgespräch alle Partner anwesend waren.

Unterdessen sind die unter 1 und 2 bezeichneten Stufen abgeschlossen und haben ihr Ziel erreicht. Die 3. und 4. Phase werden jetzt durchgeführt.

In Mainz-Lerchenberg ist eine Gemeinwesenarbeit entstanden, die von den evang. und kath. Gemeinden in Zusammenarbeit mit dem Industriepfarramt und dem „Seminar für kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft“ (Gossner-Haus Mainz-Kastel) getragen wird. Das feed back zu dem besonders tangierten Großbetrieb funktioniert. Die Werksleitung ist im direkten Gespräch mit dem Industrie-Pfarrer, und die auf dem Lerchenberg wohnenden Werksangehörigen beteiligen sich zum Teil sehr lebhaft an den Beratungen und Aktionen.

Was läßt sich aus den bisher gesammelten Erfahrungen ableiten?

Die sachliche Verklammerung von Urban and Industrial ist durch diese kurze Schilderung wahrscheinlich deutlich geworden.

Wie steht es aber mit „Mission“ ?

Die Kirchengemeinde mit ihren Ältesten und dem Pfarrer waren mit ihren Bemühungen, zu trösten und zu versöhnen, gescheitert. Weder die Predigt noch die Lehre erreichten die Menschen, weil sie nicht zu der Kirche kamen, die im Dorf blieb. Als diese Kirche aber durch ihre Glieder anfang, sich allen anderen zur Verfügung zu stellen, als sie zur Bürgerversammlung in ein Gasthaus einlud, das für die jungen Mütter in Rufweite der Wohnung und für die Berufstätigen schnell erreichbar war, kamen die Beladenen, Ratsuchenden und Streitenden. Was sich ereignete, läßt sich mit Zitaten am deutlichsten ausdrücken. Nach einem zweistündigen Streitgespräch bat ein Neubürger um das Wort:

„Herr Bürgermeister, im Namen Aller, die Sie in den vergangenen Monaten mit anonymen Anrufen und Briefen herausgefordert und beleidigt haben, bitte ich Sie um Entschuldigung. Ich kann mich natürlich nicht dafür verbürgen, daß dieses Vorgehen 100 %ig aufhört, weil wir nicht vollzählig hier versammelt sind, aber ich garantiere Ihnen, daß es viel besser wird. Bitte nehmen Sie unsere Entschuldigung an“.

Bei der nächsten Versammlung ein anderer: „Ich war bei jedem Gespräch dabei, ab heute fühle ich mich als ein Bürger und sehe unsere Probleme nun wohl auch in ihren größeren Zusammenhängen“.

Und der Bürgermeister: „So stelle ich mir die richtige Kirche vor, ich möchte den Industriefarrer jetzt mit meinen Kollegen in den benachbarten Orten bekanntmachen, weil die ja auch vor ähnlichen Problemen stehen“.

B a n d a b s c h r i f t

Nur zum internen Gebrauch der Mainz-Kasteler UIN-Studiengruppe

Auszug aus einem Bericht von Jochen Riess vom 28. Oktober 1969

Heute Vormittag hat eine Fraktions-sitzung der Regierungspartei das Verbot der KPU beantragt oder gefordert. Damit erscheinen die Vorgänge in Kisumu in einem Licht, das ich wohl nicht näher zu kommentieren brauche. Diese Vorgänge sind nicht neu, weder hier im unabhängigen Kenya, noch in anderen unabhängigen Staaten Afrikas. Angesichts dieser Umstände drängt sich einem unweigerlich die Frage auf, welchen Stellenwert hat eigentlich die Arbeit der Missionen insgesamt und die Arbeit von Urban and Industrial-Mission in besonderen in diesem Lande? Ich frage mich jedenfalls zur Zeit, ob ich nicht eine GröÙe bin, in einer Klammer, vor der ein Verzeichen steht, das über den Klammer-Inhalt insgesamt entscheidet. Er mag sich gebürden wie er will. Meine Gefühle sind so sehr geteilt. Einerseits ist mir völlig klar, dass ich die absolute Souveränität dieser Regierung und ihre Freiheit, zu tun und zu lassen was sie für richtig hält, respektieren muss. Ich bin hier Gastarbeiter und kein Staatsbürger. Auf der anderen Seite bin ich ein interessierter Gastarbeiter, einer der aus Deutschland kommt und dem sich gewisse Assoziationen aufdrängen, die es ihm schwer machen, die ganzen Vorgänge hier einfach zu vergessen oder beiseite zu schieben. Immerhin trage ich ja hier den offiziellen Titel eines Beraters und man fragt sich dann, in welcher Hinsicht und auf welchem Gebiet und in welchem Sinne berät man oder sollte man beraten. Mit einem Wort, es fällt einfach schwer, in dieser Situation sich auf den Auftrag zu beschränken, mit dem man hierher gekommen ist. Man wird es wohl müssen. Aber ich frage mich, tut man recht daran, ist man es nicht mindestens den Kirchen, mit denen man es zu tun hat, schuldig, etwas zu sagen. Aber selbst wenn man das theoretisch bejahen würde, verbietet es sich nicht wiederum aus praktischen Gründen? Ist es unter diesen Umständen nicht nur ein Herumbasteln an Symptomen, wenn wir für Nakuru ein Programm planen, das vorsieht die Beschäftigung und den systematischen Ausbau der Arbeit mit den Frauen, die entweder keine Väter für ihre Kinder haben oder deren Männer weggelaufen sind oder im Gefängnis sitzen usw. Genügt es, wenn wir für die schulentlassenen arbeitslosen Jugendlichen ein handwerkliches Trainingsprogramm organisieren? Sind Anpassungshilfen für die noch unangepasste junge Stadtbevölkerung wirklich das, was die Lage erfordert. Und was müsste eigentlich gesagt werden, wenn wir mit Leuten aus der Industrie, sei es vom Management, seien es Gewerkschaftler, sei es mit den Arbeitern, zu tun haben und mit ihnen etwas organisieren. Das sind die Fragen, die mich zur Zeit sehr bedrängen und nicht nur mich. Heiner Hoffmann geht es in seiner Arbeit ganz ähnlich. Die Frage nach dem Rahmen innerhalb dessen sich dies alles abspielt oder der Klammer, wie ich das vorhin nannte, bedrängt uns unaufhörlich und natürlich im Gefolge der aktuellen Ereignisse immer stärker. Es wäre wichtig, wenn Sie uns von Ihrem Standort aus ausserhalb der Situation da etwas raten könnten, denn es kann natürlich auch sein, dass wir im Augenblick den Wald vor Bäumen nicht mehr sehen. Für mein Gefühl stellt sich die Grundsatzfrage, was ist die Aufgabe einer christlichen Mission in einem jungen afrikanischen Staat wie Kenya mit einer Schärfe wie nie zuvor. Es scheint mir auf diesem Hintergrund richtig, wenn man sich Gedanken darüber macht, ob es ausreicht, die Arbeit als Urban and Industrial und weiter nichts zu definieren oder ob man es nicht wirklich Urban-Industrial-Political-Mission im allgemeinen Sinne nennen müsste. Wir haben nämlich im NCEK neulich diese sehr interessante Debatte gehabt, als es um diesen Artikel ging über das Bidoschwören, wo John Kamau, der Generalsekretär, Henry Okullu vorwarf, hier sei er politisch geworden und das ginge eben nicht. Die Frage, die sich hieraus

ergibt, heisst doch "politisch in welchem Sinne"? Man kann einfach nicht mehr unpolitisch sein als Christ. Die Politik ist das Medium, um mit Harvey Cox zu sprechen, in dem sich der Glaube realisiert, aktualisiert und theologisch reden heisst oben unvermeidlicher Weise auch politisch reden. Henry Okullu hat das sehr genau verstanden und praktiziert es und deswegen hängt seine Existenz auch immer wieder an einem seidenen Faden, an dem verschiedene Leute eifrig säbeln. Aber Henry klammert sich an diesen Faden mit einer beispiellosen Fähigkeit, er arbeitet ohne Netz und doppelten Boden und seine Freunde halten gelegentlich den Atem an. Das führt natürlich auch zu der Frage, nach dem Selbstverständnis des NCKK. Es ist in dieser Debatte erneut aufgebrochen, denn wenn es dahin gekommen wäre, wie es eine zeitlang aussah, dass die Regierung sich mit den Independent-Churches verbunden hätte und gezeugt hätte, die nehmen den wahren Standpunkt ein, dann hätte es leicht sein können, dass der NCKK über diesem Konflikt zerbrechen wäre und dann wären natürlich auch die europäischen Berater in keiner sehr angenehmen Lage gewesen.

Anm.: Henry Okullu ist der Chefredakteur der bekannten kirchlichen Zeitschrift TARGET.

Beschlussvorlage für die Sitzung des Kuratoriums der Gossner-Mission
am 14. Januar 1970 in Berlin

Um die Arbeit der Urban and Industrial-Mission der Gossner-Mission in Mainz-Kastel funktional richtig und wirtschaftlich verantwortlich zu gestalten, beschliesst das Kuratorium

- I. Verkauf des Grundstücks mit Gebäuden in Mainz-Kastel an einen meistbietenden Käufer.
- II. Der Verkaufserlös soll verwandt werden:
 1. zur Abdeckung hypothekarischer und anderer Schulden (ca. 170.000,-- DM);
 2. zum Ankauf von Eigentumswohnraum für die Urban and Industrial-Missions-Arbeit der Gossner-Mission im Raum Mainz - Wiesbaden;
 3. zur zinsbringenden Anlage (eventueller Restbetrag).
- III. Die Verantwortung für Verkauf und Ankauf wird dem Beirat des Gossner-Hauses in Mainz-Kastel übertragen.

An die
Mitglieder des Kuratoriums der
Gossner-Mission

Betreff: Punkt 5 der Tagesordnung für die Kuratoriumssitzung am
14. Januar 1970 in Berlin

Liebe Freunde!

Zur eignen Kontrolle und zur Vorbereitung der Beiratssitzung am 5. Dezember 1969 haben wir uns einen Überblick über die Aktivitäten in Mainz-Kastel während 15 Monate 1968/69 verschafft, den wir auch Ihnen auf den beiliegenden Blättern A - I zur Kenntnis geben. Daraus geht hervor, dass sich die Arbeit der Gossner-Mission mehr und mehr in Richtung der "Urban and Industrial Mission" (UIM) bewegt. Die Arbeit im Jugendwohnheim tritt zurück. Sie war vor 20 Jahren aufgenommen worden als eine Antwort auf die damals akute Not der Flüchtlinge, die in dem hiesigen Industriegebiet Lehrstellen fanden und Unterkunft brauchten. Im Lauf der Jahre wurden bis zu 87 Heimplätze dadurch geschaffen, dass vier Betten in einem kleinen Zimmer doppelstöckig aufgestellt wurden. Die Fortführung des Jugendwohnheimes ist aus folgenden Gründen im Gossner-Haus nicht mehr möglich:

1. nach Versiegen des Flüchtlingsstroms A + B bekommen wir nur noch Jugendliche aus der Fürsorge;
2. diese brauchen
 - a) eine andere Art der Unterbringung nach gruppenpädagogischen Gesichtspunkten in kleinen Wohneinheiten
 - b) Betreuer, die eine Spezialausbildung in Jugend- und Sozialpsychologie, Gruppenpädagogik und Gruppendynamik erhalten haben.

Diese Vorbedingungen für eine verantwortliche Jugendarbeit können wir im Gossner-Haus nicht mehr erfüllen. Auch scheint uns die Fürsorgeerziehung von Jugendlichen nicht die zukünftige Aufgabe der Gossner-Mission zu sein. Deshalb wird das Jugendwohnheim zum 30.4.1970 aufgelöst.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass durch die Arbeit im Jugendwohnheim ein wesentlicher Teil der Finanzen aufgebracht wurde für

1. den Aufbau des Gossner-Hauses (Zuschüsse aus dem Bundesjugendplan, Kredite des Lastenausgleichamtes, der Bundeszentrale für Arbeitsvermittlung in Nürnberg u.a.),
2. den laufenden Wirtschaftsbetrieb des Gossner-Hauses.

Ankauf des Geländes, Aufbau des Hauses und die gesamten Kosten für die Missionsarbeit sind ohne einen Pfennig aus dem Haushalt der Gossner-Mission - Berlin finanziert worden. Der Vermögenszuwachs für die Gossner-Mission beträgt ca. 1.500.000,-- DM.

Nach Schliessung des Jugendwohnheimes ist die Hauptfinanzierungsquelle versiegt. Bei Fortführung der Seminare, die höchstens 20 Teilnehmer haben, und Ausbau der Urban and Industrial-Mission im bisherigen Gossner-Haus entsteht ein jährliches Defizit von ca. 100.000,-- DM.

Es konnte 1969 durch e i n m a l i g e Zuschüsse der EKHN, des Diakonischen Werkes der EKHN, der Städte Mainz und Wiesbaden und des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr ausgeglichen werden. Damit ist in Zukunft aber nicht zu rechnen. Deshalb mussten die Mitarbeiter einen Plan entwerfen, der

1. die speziellen Aufgaben der Gossner-Mission berücksichtigt, die ihr in 20-jähriger Arbeit in Mainz-Kastel zugewachsen sind,
2. eine verantwortliche Finanzierung der Arbeit ermöglicht.

Zu 1.: Die Gossner-Mission in Mainz-Kastel hat sich in langjähriger Arbeit an der Frage der Industrialisierung und den daraus erwachsenden Konsequenzen für Gesellschaft und Kirche profiliert. Dies geschah durch praktisch-experimentelle Arbeit und deren theoretische Durchdringung. Eine Ausweitung in Richtung Urbanisierung ist seit 3 Jahren erfolgt. Die Verklammerung der Probleme von Industrialisierung und Urbanisierung ist das Spezificum der Urban and Industrial-Mission-Arbeit der Gossner-Mission. Sie ist praktisch und theoretisch zugleich. Es wurden Projekte im Raum Mainz-Wiesbaden durchgeführt oder begonnen in der Opelstadt Rüsselsheim, in Mainz-Niederolm, in Mainz-Lerchenberg und in Mainz-Mombach (Protokolle zu den Projekten können angefordert werden). Nach Beendigung des jeweiligen Halbjahreskurses des "Seminars für Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft" nehmen Seminarteilnehmer ähnliche Projekte in ihren Landeskirchen in Angriff und werden dabei von uns begleitet. Aufgrund dieser praktisch-theoretischen Urban and Industrial-Mission-Arbeit kommen Bitten um Hilfe und Mitarbeit an das Gossner-Haus aus Landeskirchen und Gemeinden in Deutschland und aus Übersee. Wir werden nicht als Missionsagentur für Vermittlung von Geld und Menschen in Anspruch genommen, sondern als Quelle von realen experimentellen Erfahrungen. Deshalb unsere Projekte in Nairobi (Pastorenkurs der All-Afrikanischen-Kirchenkonferenz 1969), in Nakuru (Gemeinwesenarbeit und Aufbau eines Zentrums 1970), in West-Afrika (Pastorenkurs der AACC in Kamerun 1971) und die Bitte um Hilfe beim Start einer Urban and Industrial-Mission-Arbeit in Uganda. Die Gossner-Mission darf mit ihrer Urban and Industrial-Mission-Arbeit niemals lediglich eine Verwaltungsstelle werden. Sie muss die Urban and Industrial-Mission hier im eigenen Land pionierhaft tun. Dann wird sie auch in anderen Ländern und Erdteilen gebraucht werden.

Zu 2.: Der äußere Rahmen für diese Arbeit muss funktional richtig sein und darf keine zusätzliche Belastung für Verwaltung und Finanzen bedeuten. Deshalb haben die Mitarbeiter dem Beirat auf seiner Sitzung am 5. Dezember 1969 vorgeschlagen:

- a) Das Gelände und Gebäude der Gossner-Mission in Mainz-Kastel zu verkaufen;
- b) aus dem Erlös von ca. 1.500.000,-- DM Hypotheken- und andere Schulden von ca. 170.000,-- DM zurückzuzahlen;
- c) den Restbetrag für eine Neuansiedlung in Mainz zu verwenden.

Gedacht wird an den Ankauf von 1.200 qm Eigentumswohnraum in einem Hochhaus. Hier würde Raum vorhanden sein für

- 2 Familien
- 1 Bürowohnung für die Gossner-Mission
- 1 Seminarwohnung mit Sitzungsraum, Bibliothek, Essraum und Küche
- 1 Wohnung für die Wirtschafterin
- 20 Seminarplätze in 1 und 2 Zimmer-Appartements.

Je nach Bedarf können diese Appartements von der Gossner-Mission in Anspruch genommen oder auch fremd vermietet werden.

Auf diese Weise bleibt die Nutzung der Räume flexibel und profitabel. Die Eigentumswohnungen werden wie üblich von einer Trägergesellschaft verwaltet, die für ihre Arbeit (einschl. Heizung, Reparaturen, Reinigung usw.) einen qm-Preis berechnet. Die Gossner-Mission wäre von Verwaltungsarbeit weitgehend frei und könnte mit einem sehr kleinen Stab von Angestellten auskommen. Einnahmen und Ausgaben können ausgeglichen werden. Das sonst auftretende jährliche Defizit von ca. 100.000,-- DM entfällt.

Für den Fall, dass die Berliner Geschäftsstelle der Gossner-Mission eines Tages mit der Geschäftsstelle in Mainz zusammengelegt werden sollte, könnte schon jetzt Vorsorge getroffen werden, indem jetzt mehr Eigentumswohnungen nach geschätztem Bedarf auf Kosten der Gossner-Mission, Geschäftsstelle Berlin, angekauft und bis zum Zeitpunkt der Nutzung rentabel vermietet werden.

Durch Verkauf und Neukauf würde die Gossner-Mission für ihre Urban and Industrial-Mission funktional richtige Räume erhalten und von einer auf die Dauer nicht tragbaren finanziellen Last befreit werden.

Der Beirat des Gossner-Hauses in Mainz-Kastel hat in seiner Sitzung am 5. Dezember 1969 diesen Vorschlag der Mitarbeiter des Gossner-Hauses nach eingehender Beratung gebilligt. Es heisst im Protokoll:

"Nach dieser Diskussion beschliesst der Beirat einstimmig:

1. Die von der Leitung des Gossner-Hauses bei der Sitzung eingebrachten Vorlagen für zukünftige Planungen (Wirtschaftspläne und Baupläne) werden für realistisch gehalten. Sie sollen deshalb dem Kuratorium der Gossner-Mission auf seiner Sitzung am 14. Januar 1970 befürwortend vorgelegt werden.
2. Neue Formen einer engeren Zusammenarbeit zwischen Gossner Berlin und Gossner Kastel sollen von allen Mitarbeitern vorgeklärt werden. Es muss ein Alternativplan zu dem unter 1. beschriebenen Zukunftsplan erarbeitet werden (Pfarrer Seeberg erklärt sich dazu bereit). Dieser muss am 14. Januar 1970 dem Kuratorium vorgelegt werden. Der Beirat hält es für unabdingbar, dass am 14. Januar vom Kuratorium verbindliche Entscheidungen gefällt werden.
3. Falls das Kuratorium dem Mainzer Konzept nicht zustimmt, muss es auf der Sitzung am 14. Januar seine Bereitschaft erklären, das entstehende jährliche Defizit und die Kosten für einen Umbau zu decken.
4. Ein eingehender Bericht über die Situation von Gossner Mainz-Kastel, so wie sie bei der Beiratssitzung beschrieben wurde, soll den leitenden Gremien der EKHN zugeleitet werden. Aus diesem Bericht muss ersichtlich werden, dass
 - a) die Mitarbeiter des Amtes für Industrie- und Sozialarbeit erklärt haben, sie seien nicht mehr an einem Verbleib im Gossner-Haus interessiert,

- b) das Amt für Mission und Oekumene im Gossner-Haus verbleiben möchte,
 - c) bei einem Verkauf des Gossner-Hauses und einer Neuansiedlung von Gossner in der Region Mainz - Wiesbaden von der EKHN eine anderweitige Unterbringung der landeskirchlichen Ämter bedacht werden muss.
5. Den vorgelegten Wirtschaftsplan 1970 anzunehmen. Zur Deckung des für 1970 veranschlagten Defizits soll ein Antrag an die EKHN in Höhe von DM 40.000,-- gestellt werden. Das verbleibende Defizit muss entweder aus dem Verkaufserlös genommen bzw. aus dem Gesamtetat der Gossner-Mission gedeckt werden."

Aufgrund dieser Beschlüsse des Beirats legen die Unterzeichneten dem Kuratorium für seine Sitzung am 14. Januar 1970 den in der Anlage beigefügten Beschlussentwurf vor. Da mit dem 1. Januar 1970 das neue Defizit mit jedem Tag anwächst, muss eine Entscheidung am 14. Januar gefällt werden. Die Unterzeichneten bitten das Kuratorium, dem Verkaufsvorschlag des Beirates zuzustimmen und diesem die Abwicklung des Geschäftes zu übertragen.

Mit den besten Wünschen für ein gesegnetes Jahr 1970

Ihre

Chr. Springe

Christa Springe, Pfr.

Ihr

H. Symanowski

Horst Symanowski, Pfr.

P.S.: Wir bitten Sie, einen weiteren Beschlussentwurf in der Anlage mit dem beigefügten Memo von Pfarrvikar Mey zu beachten. Der Beirat hat sich mit der Frage der Entsendung von Pfarrvikar Mey als Tutor für den Pastorenkurs der AACC in West-Afrika befasst und hinter den Antrag gestellt.

Anlagen:

1. Beschlussentwurf Verkauf des Gossner-Hauses
2. " Entsendung von Pfarrvikar Gerhard Mey durch die EKHN
3. Memo von Pfarrvikar Mey
4. A-I Arbeitsbericht aus 15 Monaten 1968/69
5. Arbeitsbericht 1968/69 von Pfarrer Jochen Riess, Nairobi
6. Bandabschrift Pfarrer Jochen Riess

Beschlussentwurf für die Sitzung des Kuratoriums der Gossner-Mission
am 14. Januar 1970 in Berlin

Das Kuratorium der Gossner-Mission bittet die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, Pfarrvikar Gerhard Mey, z.Zt. Mörfelden, ab 1. Mai 1970 für 5 Jahre in den Dienst der Gossner-Mission mit vollen Bezügen zu entsenden.

Verwendung:

Die Gossner-Mission wird von der All-Afrikanischen-Kirchenkonferenz gebeten, nach dem Vorbild des Pastorenkurs für Afrikaner im Jahre 1969 in Nairobi einen weiteren Kurs zur Ausbildung von afrikanischen Pfarrern in Fragen der Urban and Industrial-Mission in West-Afrika 1971 durchzuführen.

Für die Vorbereitung, Durchführung und Nacharbeit des Pastorenkurs sowie eine sich anschliessende Gemeinwesenarbeit in Ost-Afrika hat die Evangelisch-Lutherische Kirche von Kurhessen-Waldeck Pfarrer Jochen Riess für fünf Jahre zum Dienst bei der Gossner-Mission entsandt. Pfarrer Riess ist während dieser Zeit nach wie vor Pfarrer seiner Landeskirche und kehrt nach Ablauf von fünf Jahren in diese wieder zurück. Bei der Verwendung von Gerhard Mey ist daran gedacht, ihm vor Beginn der Arbeit 1971 in West-Afrika eine Einarbeitung bei der Gossner-Mission in Fragen der Urban and Industrial-Mission zu geben. Nach Beendigung des Kursus in Afrika wird Herr Mey die Begleitung der Kursteilnehmer übernehmen, wenn sie in ihren Kirchen mit dem Aufbau einer Urban and Industrial-Mission beginnen. Ausserdem sollen seine Erfahrungen in der Gossner-Mission von ihm für die EKHN und andere Landeskirchen und ihre Gemeinden ausgewertet werden.

Begründung:

Pfarrvikar Mey hat am 12. Halbjahreskurs des Seminars für Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft teilgenommen und sich seitdem mit der Urban and Industrial-Mission-Arbeit theoretisch und praktisch beschäftigt. Er erscheint von seinen menschlichen, theologischen und sprachlichen Voraussetzungen her als der geeignete Mitarbeiter. Gerade französische Sprachkenntnisse sind bei deutschen Theologen sehr selten, für die Mitarbeit in einem Kurs für west-afrikanische Pastoren aber eine unabdingbare Voraussetzung.

Herr Mey und seine Frau sind bereit, einen solchen Dienst bei der Gossner-Mission zu übernehmen.

Das Kuratorium legt Wert darauf, dass die EKHN als sendende Kirche in Erscheinung tritt und wäre für einen entsprechenden Beschluss dankbar.

M e m o

Nachdem ein Trainingskurs "Ministry in Cities" in Nairobi im Juni dieses Jahres mit gutem Ergebnis abgeschlossen wurde, plant der AACC in Zusammenarbeit Weltkirchenrat, einen ähnlichen Kurs für französisch sprechende Teilnehmer im Frühjahr 1971 in Westafrika durchzuführen. Planung und Durchführung des Kurses liegen bei dem AACC, der Franz.-prot. Industriearbeit in Paris und der Gossner-Mission Mainz-Kastel, die von dem Deutschen Missionsrat und der Ev. Arbeitsgemeinschaft für Weltmission als Koordinationsinstanz für alle deutschen Beiträge auf dem Sektor von Urban and Industrial Mission nominiert wurde. Die Leitung des Kurses sollen F. Mbea (Douala, Kamerun) und je ein von der Frz.-prot. Industriemission und der Gossner-Mission Mainz-Kastel zu benennender Assistent übernehmen.

Auf Anfrage der Gossner-Mission hin habe ich mich zur Mitwirkung bereit-erklärt, vorausgesetzt, dass mich die Kirchenleitung der EKHN für diese Aufgabe freistellt.

Die Freistellung müsste aber meiner Ansicht nach für einen längeren Zeitraum als die Dauer des Kurses erfolgen, weil a) ich eine intensive Vorbereitung brauche, weil b) aus der Arbeit im Kurs sich weitere Aufgaben ergeben könnten, die in Afrika wahrzunehmen wären und weil c) eine Auswertung der Erfahrungen des Kurses mit der Gossner-Mission zusammen dringend erforderlich ist.

Zu a)

Zur allgemeinen Vorbereitung gehört meiner Ansicht nach eine genaue Kenntnis der politischen, sozialen und kirchlichen Situation der franz.-sprachigen Länder Afrikas, soweit sie sich aus der vorhandenen Literatur gewinnen lässt, sowie die Möglichkeit, mehr Erfahrung mit der Durchführung von UIM-Projekten zu gewinnen. Beides lässt sich neben der Arbeit in der Pfarchie her nicht realisieren, letzteres insbesondere legt eine Überstellung an die Gossner-Mission für die Zeit der Vorbereitung nahe.

Speziell muss mit den beiden anderen Tutoren abgesprochen werden, für welches Gebiet jeder besonders zuständig ist. Ich müsste mich dann für dieses Gebiet eingehend vorbereiten.

Weiterhin halte ich es für erforderlich, an einem Intensiv-Kurs in Französisch teilzunehmen. Meine Kenntnisse reichen nicht aus, um ein komplizierteres Problem "freihändig" zu entwickeln.

Zu b)

Im Verlauf des Kurses in Nairobi stellte sich heraus, dass einer der Teilnehmer in einer rasch wachsenden Industriestadt arbeiten soll. Eine Ana-

lyse der dortigen Situation ergab, dass er unbedingt einen Mitarbeiter mit Erfahrungen in der Industriearbeit braucht, um die anstehenden Probleme anzugehen. Ebenso könnte sich in Westafrika die Notwendigkeit ergeben, dass einer der Assistenten einen oder ein Team von Kursteilnehmern beim Aufbau einer lokalen oder regionalen Industriearbeit unterstützt. Dadurch könnte sich die Zeit, die ich in Afrika zu verbringen habe, auf zwei oder drei Jahre verlängern.

Zu c)

Die Zusammenarbeit mit den Jungen Kirchen kann nicht einlinig erfolgen, es gibt kein prästabiliertes Verhältnis von Lehrern und Lernenden. Meine Erfahrungen in Afrika sollten der Gossner-Mission zugute kommen, für weitere Kurse in Übersee, aber auch möglicherweise für ihre eigene Arbeit in Deutschland.

Es ist daher zu überlegen, ob die Kirchenleitung der EKHN mich für insgesamt 5 Jahre für diese Aufgabe freistellen kann. Günstig erschiene es mir, wenn ich während dieses Zeitraums der Gossner-Mission Mainz-Kastel als der für solche Arbeiten zuständigen Instanz in Deutschland zur Verfügung stände. Sie verfügt über die notwendige Erfahrung beider Durchführung von UIM-Projekten und Kursen, sie hat die notwendigen Kontakte zu den zuständigen Referaten in Weltkirchenrat und AACC. Dies würde gewährleisten, dass ich in dem Gesamtzeitraum den sich ergebenden Anforderungen und Aufgaben gemäss sinnvoll und effektiv eingesetzt werde.

Bericht über Tätigkeiten der Gossner-Mission in Mainz-Kastel
(vom 1. August 1968 bis 30. November 1969)

A

Ausbildung im Gossner-Haus

B

Mitarbeit bei auswärtigen Ausbildungsprogrammen

C

Mitarbeit in EKD-Gremien u.ä.

D

Dienst in Gemeinden der EKHN und anderen Landeskirchen

E

Ökumenische Besucher im Gossner-Haus

F

Sonstige Veranstaltungen im Gossner-Haus

G

Mainz-Kasteler Konvent ehem. Seminarteilnehmer

H

Spezielles Engagement (Chr. Springe / H. Symanowski)

I

Jugendwohnheim im Gossner-Haus

I. Seminare:

13. Seminar für Kirchl. Dienst in der Industriegesellschaft

(17 Teilnehmer und 5 Ehefrauen und 8 Kinder)

1.11.1969 - 30.4.1969

6 Monate

14. Seminar für Kirchl. Dienst in der Industriegesellschaft

(13 Teilnehmer und 3 Ehefrauen)

20.10.1969 - 15.4.1970

6 Wochen

II. Praktika:

Industriepraktikum 1968 für Theologie-Studenten der EKHN

(11 Teilnehmer vom 15.8.1968 bis 9.10.1968)

8 Wochen

Industriepraktikum 1969 für Theologie-Studenten der EKHN

(7 Teilnehmer und 2 Externe vom 13.8.1968 bis 11.10.1969)

9 Wochen

III. Studiengruppen:

2 Arbeitsgemeinschaften für Pfarrer aus versch. Landeskirchen

6 Tage

4 Arbeitsgemeinschaften für Pfarrer aus der EKHN

4 Tage

IV. Einzel Ausbildung:

Vikar Scheld, EKHN, Spezialpraktikum

6 Monate

Pastor Samuel Tawadros - Ägypten, auf Bitten des Weltkirchenrats in Genf

4 Wochen

cand.theol.pol. Douglas Wilson - USA, auf Bitten der ESG, Stuttgart

1 Jahr

Diakon Beyer, Gemeindeglieder aus Hamburg-Harburg

2 Monate

Fabrikant Junker, Westfalen

2 Wochen

Mitarbeit bei auswärtigen Ausbildungsprogrammen
(vom 1. August 1968 bis 30. November 1969)

I. K i r c h l i c h :

Predigerseminar Herborn	in Herborn 2 x		3 Tage
Predigerseminar Imbshausen	im Gossner-Haus	12 Pers.	2 Tage
Prakt. Seminar d. Ev. theol. Fakultät	in Mainz		1/2 Tag
Seminar von Prof. v. Oppen - Marburg zu UIM-Fragen	im Gossner-Haus	37 Pers.	1 Tag
Oekum. Hochschule Bossey	in Bossey/Schweiz		1 Tag
Missionsakademie Hamburg	im Gossner-Haus	30 Pers.	1 Tag
Darmstädter Sozialseminar	in Wiesbaden		1/2 Tag
Ev. Sozialakademie	in Friedewald		
Referat im Fortbildungskurs f. Sozialsekretäre			1 Tag
Referat bei der Jahrestagung d. Sozialsekretäre			1 Tag
Kurs "Ministry in Cities"	in Nairobi/Kenya		5 Wochen
Vorbereitung f. künftigen Kurs	in Süd-Afrika		3 Tage

II. G e s e l l s c h a f t s -
p o l i t i s c h :

1. Gewerkschaften:	in Frankfurt		
a) Bildungsprogramm in Hessen	in Höchst		4 Abende
	in Wiesbaden		
b) Bildungsprogramm in Rheinland-Pfalz	in Mainz		10 Tage
	in Ludwigshafen		
	in Worms		
	in Koblenz		
	in Nieder-Breisig		
	in Neuwied		
2. VHS:			
a) Mildesheim	in Hildesheim		1 Tag
b) Frankfurt-Höchst	in Höchst		1 Abend
c) Dillingen - Saar	in Dillingen		1 Tag
3. SPD:			
Referat über ev. Industrie- und Sozialarbeit	in Frankfurt		1 Abend

C

Mitarbeit in EKD-Gremien u.ä.
(vom 1. August 1968 bis 30. November 1969)

I. Sozialkammer (3 x je 2 Tage)	in Berlin in Frankfurt	6 Tage
Sozialkammer-Kommission zur Erarbeitung der Mitbest.-Studie (7 x)	in Bonn im Gossner-Haus in Frankfurt	7 Tage
II. Tagung Ev. Sozialarbeit mit Referenten der Landeskirche	in Friedewald	2 Tage
III. Besprechung mit Lindner/Ulrich - Stuttgart - Volksmission der EKD	im Gossner-Haus	1 Tag
IV. Kirchl. Aussenamt, Referat bei Nordisch-Deutschem-Konvent	in Mülheim/Ruhr	2 Tage
V. Jahrestagung ASIA + AKFA-Bund	in Nürnberg	6 Tage
VI. Deutsche-Oekum.-Kontaktgruppe für UIM	im Gossner-Haus	1 Tag
Europ.-Oekum.-Kontaktgruppe für UIM		
1968	in Gwatt/Schweiz	4 Tage
1969	in St.Pölten/ Österreich	4 Tage
VII. Dienste in Übersee Unterausschuss für UIM Sitzungen	in Bonn im Gossner-Haus in Stuttgart	4 Tage
VIII. Konvent evang. Theologinnen in Deutschland, Referat bei Jahrestagung	in Berlin	2 Tage
IX. Vorbereitung der Synode der EKD		
1 x	in Frankfurt	
1 x	im Gossner-Haus	2 Tage

Dienst in Gemeinden der EKHN und anderen Landeskirchen
(vom 1. August 1968 bis 30. November 1969)



EKHN:

Krumbach	Missionstag 1968
Fellingshausen	Missionstag 1968
Fellingshausen	Friedensseminar 1968
Wallerstätten	Erntedankfest 1968 - gestaltet durch Seminargruppe
Osthofen	Missionsstudiensonntag 1969 - gestaltet durch Seminar- gruppe
Frankenbach	Missionstag 1969 - gestaltet durch Ind.-Praktikum
Rodheim	Missionstag 1969 - " " "
Wiesbaden	3 Abendvorträge 1969
Wiesbaden	1 Referat vor Dekanatssynode
Wiesbaden	1 Referat vor EAN (Sozialsekre. Stasche)
Geisenheim	1 Abendvortrag
Mainz	4 Gottesdienste 1969
Mainz	1 Referat vor Dekanatssynode
Mainz	Arbeitsgemeinschaft f. Gottesdienst (Sitzung in Mainz und Fahrt nach Köln zu Dr. D. Sölle)
Mainz	1 Referat bei Lehrertag f. Rheinhessen
Mainz	Großveranstaltung f. Fragen der Entw.-Politik im Capito-Haus mit 4 vorbereitenden Sitzungen
Pfungstadt	1 Gemeindesonntag anl. Wahl Stadtrat
Sprendlingen	Gemeindekirchenrat im Gossner-Haus (40 Personen)
Oberroßbach	Gemeinde-Mitarbeiter im Gossner-Haus (35 Personen)
Ingelheim	Dekanatsjugendtag
"	Dekanatsfrauentag
Oppenheim	Dekanatsjugendtag
Dillenburg	Lehrertag
Kaub a. Rh.	Jahrestagung ev. Buchhändler
Alzey	Arbeitsgemeinschaft für Mitbestimmung (Pfr. Maglett)
Arnoldshain	Ev. Akademie der EKHN (2 x)
Polizeiseelsorge	Referat (2 x)
Rüsselsheim	Gemeinwesenarbeit über 2 Monate in der Gemeinde Haßloch Nord "Dicker Busch" (s. Bericht)

Kurhessen - Waldeck:

Baunatal	2 Gottesdienste
Hanau	1 Arbeitsgemeinschaft mit Gem.-Kirchenrat
Hannover	1 Arbeitstagung mit Pfarrern
	1 Tagung in Harburg für Pfarrer mit Gewerkschafts- sekretären
	1 Abendveranstaltung in der Gemeinde Harburg
Pfalz	1 Arbeitsgemeinschaft m. Pfalz-Pfarrern auf der Ebernburg

Ökumenische Besucher im Gossner-Haus
(vom 1. August 1968 bis 30. November 1969)

E

<u>Land:</u>	<u>Personen:</u>	<u>Tage:</u>	<u>Übernachtungen:</u>
USA	17	8	10
England	92	11	120
CSSR	29	39	200
Japan	5	1	5
Afrika	12	27	40
Indien	4	5	7
Griechenland	1	1	1
Holland	4	2	8
Ökumene Stipendiaten vom Diak. Werk der EKD (1968)	30	1	-
Ökumene Stipendiaten vom Diak. Werk der EKD (1969)	26	1	-

F

Sonstige Veranstaltungen im Gossner-Haus
(vom 1. August 1968 bis 30. November 1969)

E i g e n e :

I. Gossner-Sonntage

Zur Frage der Entwicklungs-Politik und zur
Bundestagswahl 1969

(Durchschnittsbesucherzahl 60)

dazu 3 Arbeitsgruppen mit je 3 Sitzungen

5 Sonntage

9 Abende

II. Einführung von Kuratorium und Beirat der Gossner-
Mission in die UIM-Arbeit in der Rhein-Main-Spitze

1 Tag

III. F r e m d e :

Wochenende Freitag - Sonntag der Friedensgesell-
schaft Wiesbaden

zur Frage 1. Pädagogik und Methodik der Er-
wachsenenbildung in der DDR

2. Sicherheits- und Friedenspolitik
in Mitteleuropa

mit 2 Referenten aus Erfurt / DDR

2 Tage

IV. Vorstand der Kriegsdienstverweigerer - BRD

2 Tage

V. Jahrestagung der ESG

2 Tage

Mainz-Kasteler Konvent ehem. Seminarteilnehmer
(vom 1. August 1968 bis 30. November 1969)

G

Beratende Besuche in:

Hamburg	1 Tag
Bremen	1 Tag
Baunatal	4 Tage
Wolfsburg	2 Tage
Berlin	2 Tage
Mörfelden	1 Tag

Besprechungen im Gossner-Haus:

mit Konventsvorstand	2 Tage
mit Konventsmitgliedern	10 Tage

Mainz-Kasteler Konvent

Jahrestagung in Westhofen	5 Tage
---------------------------	--------

von Chr. S p r i n g e :

- | | |
|---|--------|
| I. Industriefarramt Mainz
(siehe Anlagen) | |
| II. Innerbetriebl. Bildungsarbeit bei Daimler-Benz AG, Zentralverw. Stuttgart | 3 Tage |
| III. Ev. Frauenwerk Hamburg
Bildungsarbeit mit Chef-Sekretärinnen | 2 Tage |
| IV. Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ÖTV | |

Publikationen:

1. 10 Andachten f. "Erhalt uns in der Wahrheit"
2. Fernseh-Interview mit Süd-West-Funk über Entwicklungshilfe
3. Rundfunk-Interview mit Süd-West-Funk über Ausbildung f. UIM in Mainz-Kastel

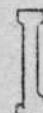
von H. S y m a n o w s k i :

- | | |
|---|------------------|
| I. Bruderrat der Ostpr. Bekenntnissynode
Konvent der Ostpr. Bekenntnissynode, Referat in Beienrode | 2 Tage
5 Tage |
| II. Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Kultur- und Wirtschaftsaustausch mit Polen
Mitherausgeber der Zeitschrift "Begegnung mit Polen" | 3 Tage
3 Tage |
| III. Mitarbeit im Zentralausschuss der "Kampagne für Demokratie und Abrüstung" | 5 Tage |
| IV. Sprecher des "Petitionsausschusses Rheinland-Pfalz für Aufhebung des KPD-Verbots und polit. Amnestie" | 6 Tage |
| V. Mitglied u. Mitarbeit in der IG-Chemie-Papier-Keramik | |

Publikationen:

1. "9 Thesen zur Leistungsgesellschaft" im "radius"
2. "Aufgabe in neuen Metropolen" in "Weg und Wahrheit"
3. "Gottesdienst" in "Stimme der Arbeit"
4. "Mitbestimmung am Arbeitsplatz" in CVJM-Mitarb.-Heft
5. Referat im Saarl. Rundfunk "Christl. Lebensstil in d. modern. Arbeitswelt"
6. Interview zur Mitbestimmung im NDR
7. Fernsehinterview zur Mitbestimmung im ZDF
8. Interview mit STERN
9. Interview zur Mainz-Kasteler-Arbeit mit Süd-West-Funk

Jugendwohnheim im Gossner-Haus
(vom 1. August 1968 bis 30. November 1969)



Heimleiter Claus und ein Praktikant

Belegung des Jugendwohnheimes:

1968:	August:	44
	September:	41
	Oktober:	36
	November:	38
	Dezember:	38
1969:	Januar:	40
	Februar:	38
	März:	37
	April:	35
	Mai:	33
	Juni:	32
	Juli:	25
	August:	25
	September:	25
	Oktober:	23
	November:	noch nicht abgeschlossen

Abgelegte Prüfungen: 1968 - 7
1969 - 7

Tagungen und Freizeiten:

Durchgeführt von	Anzahl	in	Anzahl der Teilnehmer aus dem Jugendwohnheim
Diak.Werk	5	verschiedene Tagungsorte	33
Naturfreunde- jugend	4		

Besuche von Heimleiter und Praktikant bei:

Lehrherren:	140
Eltern:	8
Jugendämtern:	15

AMT FÜR INDUSTRIE- UND SOZIALARBEIT NOV. 1969
DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN HESSEN UND NASSAU
Erledigt: _____NUR ZUM INTERNEN GEBRAUCH6503 Mainz-Kastel, November 1969
Johannes-Gossner-Str. 14
Spr/shBericht aus dem Industrie-Pfarramt Mainz
=====Tätigkeit von Industriefarrer Christa Springe

Das Industrie-Pfarramt Mainz ist von zwei nebenamtlichen Kräften -Industriefarrer und Sozialsekretär- besetzt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, einen diesem Sachverhalt angemessenen Stil zu entwickeln, um begonnene Arbeiten weiterzuführen bzw. neue Aufgaben zu übernehmen.

Als kennzeichnend für meine Arbeit möchte ich herausstellen:

- 1.) eine Schwerpunktbildung bei Kontakten und Aktionen unter dem Gesichtspunkt, durch exemplarisches Arbeiten eine breitere Ausstrahlung zu erzielen,
- 2.) eine enge Zusammenarbeit mit den Kirchengemeinden am Ort und mit anderen vorfindlichen Personen und Einrichtungen (Katalysatoren-Funktion und Delegationsprinzip),
- 3.) Arbeitsteilung mit dem Sozialsekretär.

Eine Analyse des Wirtschaftsraumes Mainz ergab, daß zwei neue Betriebe durch ihre Eigenarten im Bewußtsein kommunaler und kirchlicher Gemeinden eine besondere Rolle spielen -das Computer-Werk der IBM Deutschland und das Zweite Deutsche Fernsehen-.

Beide ziehen einen selbstbewußten und mobilen Mitarbeitertyp heran, der sich von den Beschäftigten in den meisten anderen Berufen unterscheidet. Dadurch rufen insbesondere die „IBMer“, aber auch die „ZDFler“ Ressentiments und Aggressionen bei den Alteingesessenen hervor. Sie beunruhigen auch die evangelischen Kirchengemeinden durch ihre Ansprüche bzw. durch eine überdurchschnittliche Quote an Kirchenaustritten. Die Betriebe wirken sich auf die Stadtplanung (gewerbliche Bauten, Wohngebiete und Infrastruktur) aus und erhöhen durch ihre Personalpolitik die Fluktuation der Bevölkerung. Wie ich glaube, handelt es sich um die Ausprägung von Tendenzen, die als typisch für künftige Entwicklungen in unserer Gesellschaft gelten können. Deshalb wählte ich beide Betriebe für eine Schwerpunktbildung aus. Mir war es gleichzeitig wichtig, den Zusammenhang zwischen Industrie-Arbeit der Kirche und Gemeinwesenarbeit (urban and industrial mission) zum Ausdruck zu bringen.

Meine Arbeit vollzog sich im einzelnen durch Betriebsbesuche (Management, Betriebsräte und Belegschaftsmitglieder), Bildung einer Arbeitsgemeinschaft von Dekan, Gemeindepfarrer und mir über IBM-Probleme, Entwicklung eines Gemeinwesenprojektes in Nieder-Olm,

Entwicklung eines Gemeinwesenprojektes in Mainz-Lerchenberg, Einsatz und Begleitung von zwei Teilnehmern am Seminar für kirchl. Dienst in der Industriegesellschaft bei IBM und ZDF. Diese beiden Theologen unterstützten den Gemeindepfarrer und mich 3 1/2 Monate lang auf dem Lerchenberg. Mit diesem Punkt möchte ich die Möglichkeit verdeutlichen, meine beiden Ämter (Gossner und Industriepfarramt) in Einklang zu bringen.

Ein detaillierter Bericht über das Projekt Nieder-Olm ist als Anlage beigelegt, der Bericht über den Lerchenberg wird in diesen Wochen fertiggestellt und nachgereicht.

Andere Mainzer Gemeinden haben aufgrund der vorliegenden Erfahrungen um Zusammenarbeit gebeten. Aus Zeitmangel beschränkt sich meine Hilfestellung ihnen gegenüber im Augenblick fast nur auf Beratungen.

Acht Wochen lang praktizierte ein zukünftiger Gemeinwesenarbeiter im Dekanat Mainz. Im Auftrag des Dekans führte ich mit zwei Gemeindepfarrern die Fachaufsicht.

Von April bis Oktober arbeitete ein Pfarramtskandidat der EKHN bei mir in seinem Spezialpraktikum. Ich bemühte mich, ihn an alle Aufgaben heranzuführen und mit ihm die gesammelten Erfahrungen theoretisch zu verarbeiten.

In diesem Jahr fiel mir die Leitung des zweimonatigen Industriepraktikums der EKHN im Gossner-Haus zu. Wieder beteiligten sich daran auch Katholiken. Die Theologische Hochschule der Pallotiner hat mich aufgefordert, Vorträge über urban and industrial mission und über sozial-ethische Fragen zu übernehmen.

Eine weitere Schwerpunktbildung ergab sich aus der Tatsache, daß Mainz zum Testgebiet für die neu eingerichteten Berufsfindungspraktika des Landes Rheinland-Pfalz erklärt wurde. Danach sollen die Kinder vor dem Schulabgang die Möglichkeit bekommen, durch Mitarbeit in einem gewünschten Beruf bessere Voraussetzungen für die Berufswahl zu erhalten. Es stellte sich heraus, daß Lehrer, Kinder, die Wirtschaft und die Eltern auf diese neue Maßnahme nicht vorbereitet und damit überfordert waren. Z.B.: Ein vierzehnjähriges Mädchen mußte ein Sterbezimmer putzen und ängstigte sich dabei selber "fast zu Tode", ein anderes Kind, welches sich für den Verkauf interessierte, wurde nur im Materialkeller eines Geschäftes eingesetzt.

In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft führte das Industrie-Pfarramt Mainz eine Arbeitsgemeinschaft durch, mit dem Ziel, die Lehrer an die Hauptfragen des modernen Berufslebens heranzuführen und persönliche Kontakte zu Vertretern der Mainzer Betriebe herzustellen.

In Verbindung mit dem Studienleiter des Katechetischen Amtes wurde eine ähnliche Verbindung zu den Religionslehrern an den Berufsschulen aufgenommen.

In letzter Zeit sind neu hinzugekommen die Kontakte zur Industrielehrwerkstatt und zum Jugendsekretär des DGB.

Nach fast zweijährigem Bestehen des Industriepfarramtes wurde ich aufgefordert, bei der diesjährigen Herbsttagung der Dekanats-Synode über die Arbeit und zukünftige Aufgaben zu berichten. Interesse fand dabei der Versuch, den industriellen mit dem urbanen Aspekt zu verknüpfen und nicht auseinander klaffen zu lassen.

Zur Weiterarbeit in Gemeinden, kirchlichen Werken und Gruppen stellte ich die folgenden Problemkreise dar mit dem Ziel, die Basis für eine Zusammenarbeit mit dem Industriepfarramt dadurch noch mehr zu verbreitern:

1.) Schichtarbeit

Welche Bevölkerungsgruppen werden davon betroffen; wie sehen die verschiedenen Schichteinteilungen aus; wie wirkt sich Schichtarbeit auf die Gemeinschaftsfähigkeit der Betroffenen aus; welche neuen Arbeits- und Sammlungsformen muß die Kirche in Mainz als Antwort darauf entwickeln ?

2.) Frauen-Erwerbsarbeit

Wieviele verheiratete Frauen gehen in Mainz einer außerhäuslichen Erwerbsarbeit nach; aus welchen Gründen; stimmt die Annahme, daß ein hoher Prozentsatz trotz des Acht-Stunden-Tages zwischen 10 und 12 Stunden von zu Hause fort ist; wie sehen die Auswirkungen aus auf die Gesundheit der Frauen, das Familienleben, die Gemeinschaftsfähigkeit ?

3.) Berufliche Mobilität

Wie sieht die Fluktuation in Mainz aus, die durch eine steigende berufliche Mobilität verursacht wird ? In welcher Weise prägt sie die Menschen, wie sehen die Auswirkungen auf die Gemeinde aus ? (Anlage 2)

4.) Gastarbeiter

Wir haben „Fremdlinge“ in unseren Toren“, wieviele; wie leben und arbeiten sie; wie werden sie integriert; oder gelten sie auch bei den bewußten Christen als unerwünschte Außenseiter ? Kennen wir die Organisationen, die sich für sie einsetzen; arbeiten wir mit ihnen zusammen ?

5.) Neue ethische Probleme

Es entsteht durch Eigentumswohnungen eine neue Form von Eigentum. 50 oder 90 Parteien müssen lernen, es gemeinsam zu verwalten, wer hilft ihnen dabei ? Die räumliche Nähe vieler Menschen verändert die Einstellung zur Gesellung und Anonymität, kennen wir diese Entwicklung, wie müssen wir sie in unser kirchliches Handeln einbeziehen ? Diese beiden Punkte gelten nur als Beispiele, welche neuen ethischen Probleme entstehen in einer Stadt wie Mainz ?

Christa Springe

Mainz-Kastel, November 1969

Ein Beispiel für die Einheit von Urban and Industrial Mission

Was passiert, wenn ein Bauer sein Land an eine Siedlungsgesellschaft verkauft ?

Hochhäuser und Bungalows in amerikanischem Stil bilden plötzlich einen kaum zu überbrückenden Gegensatz zu den alten Häusern des Dorfes, Betonstraßen enden im Weinberg, städtische und bäuerliche Lebensgewohnheiten prallen aufeinander. Keiner ist darauf vorbereitet - nicht der Bürgermeister mit seinem Gemeinderat, nicht der Lehrer, Pfarrer, Gemischtwarenhändler. Und so führen die Gegensätze zu Spannungen, die in Verachtung einer jeden Gruppe durch die andere und dann in Aggressivität ausarten. Die „Alteingesessenen“ und die „Neubürger“ werden feste und trennende Begriffe, und schließlich ist man fast froh, daß vier Kilometer Ackerland zwischen dem alten Dorfkern und dem neuen Wohngebiet die feindlichen Gruppen scheiden. Aber die Kinder treffen sich jeden Tag in der gleichen Schulklasse, nur daß die einen durch kurze und geschützte Straßen gehen, die anderen aber eine Landstraße ohne Fußweg und Streudiensnt überwinden müssen. So gibt es auch zwei Gruppen von Müttern und Hausfrauen, die einen mit den gewohnten und bequemen Einkaufsmöglichkeiten, die anderen mit der täglichen Plage, zwischen dem einzigen Laden in der Nachbarschaft und den dörflichen Geschäften mit langen Wegen und schweren Einkaufstaschen wählen zu müssen. Die Männer vom Dorf und aus der Siedlung begegnen sich eigentlich nie. Sie fahren im Auto aneinander vorbei und dabei ärgern sich die Neubürger über die zu enge Dorfstraße, und die Dorfbewohner, daß in den Hauptverkehrszeiten jetzt 976 Fahrzeuge im Stundendurchschnitt Lärm und Gefahr in ihr Dorf bringen.

Dieses ist eine realistische Schilderung der Zustände, wie ich sie in einem zum Evang. Dekanat Mainz gehörenden Dorf vor den Toren der Stadt vorgefunden habe. Mein Amt als Industriepfarrer führte mich auf diese Spur. Eines der modernsten Industrie-Unternehmen in der Bundesrepublik, mit dem ich zusammenarbeite, hatte einen Teil seiner neuen Arbeiter in diesem Beton-Wohngebiet untergebracht. Der zuständige Ortspfarrer lernte sie als eine negative Gruppe kennen, unwillig und unfähig zur Integration und Kooperation in Nachbarschaft und Gemeinde. Trafen diese negativen Eigenschaften nur zufällig zusammen mit der Betriebszugehörigkeit oder gab es ursächliche Zusammenhänge ?

Eine Pfarrergemeinschaft und ich gingen dieser Frage gemeinsam nach und stellten dabei fest: Zeitliche und nervliche Überbeanspruchung eines Menschen an seiner Arbeitsstelle führen häufig dazu, ihn in den anderen Lebensbereichen (Familie, Nachbarschaft, Orts- und Kirchengemeinde) „antisozial“ werden zu lassen. Wenn der Betrieb zusätzlich seine Mitarbeiter zu einem übersteigerten Selbstbewußtsein drängt und ein elitäres Bewußtsein pflegt, wirken diese antisozialen Tendenzen auf die Umwelt nicht mehr nur passiv, sondern werden als aggressive Herausforderung empfunden. Wir mußten uns also die Frage stellen, wie weit die einzelnen Bewohner und Gemeindemitglieder noch persönlich voll für ihre „Fehlhaltung“ verantwortlich gemacht werden können, oder wie weit den Umwelteinflüssen, denen sie ausgesetzt sind, eine ernsthaftere Beachtung geschenkt werden muß.

Im Verlauf dieser Überlegungen wurde dem Ortspfarrer auch klar, warum seine Bemühungen um die Neuzugezogenen mit Posaunen- und Kirchenchorständchen und Postwurfsendungen erfolglos blieben. Strukturell bedingte Probleme lassen sich nicht mit und über das Individuum lösen. Sie brauen ein angemessenes Vorgehen auf den Ebenen, auf denen Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden. Diese Ebenen zeichneten sich in dem beschriebenen Fall deutlich ab: die Wohnbau-Gesellschaft, die Kommunalverwaltung, die Interessengemeinschaft der Neubürger, der Betrieb.

Welchen weiteren Beitrag konnte bzw. mußte ich als Industriepfarrer nun nach dieser Klärung leisten, um über die Analyse hinaus zu einer Lösung der Konflikte zu verhelfen? Ich wurde als Gesprächsvermittler zwischen den Interessenvertretern gebraucht, die noch nicht oder nicht mehr miteinander sprachen. Als ersten Schritt luden der Gemeindepfarrer und ich zusammen die Vertreter der Kommune, der Baugesellschaft und einen Lehrer als besonderen Kenner der Bevölkerung zu einer Beratung ein. Im Verlauf dieses Zusammenseins stellten sich alle Beteiligten nach anfänglicher Zurückhaltung für weitere Informationen und Mitarbeit zur Verfügung und erklärten sich damit einverstanden, daß ich als eine über den Interessen Stehende versuchen würde, schrittweise die Bevölkerung zusammenzuführen und zu einer gemeinsamen Bemühung um die Lösung der anstehenden Probleme zu bringen. Ein Stufenplan entstand:

1. Drei offene Rundgespräche mit der Bevölkerung.
2. Zusammenführung der Interessengemeinschaft (pressure group) mit den Kommunalausschüssen.
3. Zusammenarbeit mit den anderen Orts- und Kirchengemeinden, die ähnliche Probleme haben.
4. Zusammenführung der Bürgermeister und Gemeindepfarrer mit der Werksleitung des Industriebetriebes mit dem Ziel, bestimmte betriebliche Praktiken möglichst zu beeinflussen und eine Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Kommune herbeizuführen.

Zu den Rundgesprächen luden Persönlichkeiten aus der Ortschaft selbst ein: Der Bürgermeister, der evang. Pfarrer und der kath. Pfarrer, der zwar nicht aktiv wurde, wohl mit unterzeichnete. Schon diese Form war ungewohnt und überrascht die Bevölkerung als Zeichen einer bislang unbekannten Kooperation. Diese und andere Gesten beeinflussten entscheidend den einsetzenden Gruppenprozess, so daß schon beim zweiten Rundgespräch alle Partner anwesend waren.

Unterdessen sind die unter 1 und 2 bezeichneten Stufen abgeschlossen und haben ihr Ziel erreicht. Die 3. und 4. Phase werden jetzt durchgeführt.

In Mainz-Lerchenberg ist eine Gemeinwesenarbeit entstanden, die von den evang. und kath. Gemeinden in Zusammenarbeit mit dem Industriepfarramt und dem „Seminar für kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft“ (Gossner-Haus Mainz-Kastel) getragen wird. Das feed back zu dem besonders tangierten Großbetrieb funktioniert. Die Werksleitung ist im direkten Gespräch mit dem Industrie-Pfarrer, und die auf dem Lerchenberg wohnenden Werksangehörigen beteiligen sich zum Teil sehr lebhaft an den Beratungen und Aktionen.

Was läßt sich aus den bisher gesammelten Erfahrungen ableiten?

Die sachliche Verklammerung von Urban and Industrial ist durch diese kurze Schilderung wahrscheinlich deutlich geworden.

Wie steht es aber mit „Mission“ ?

Die Kirchengemeinde mit ihren Ältesten und dem Pfarrer waren mit ihren Bemühungen, zu trösten und zu versöhnen, gescheitert. Weder die Predigt noch die Lehre erreichten die Menschen, weil sie nicht zu der Kirche kamen, die im Dorf blieb. Als diese Kirche aber durch ihre Glieder anfang, sich allen anderen zur Verfügung zu stellen, als sie zur Bürgerversammlung in ein Gasthaus einlud, das für die jungen Mütter in Rufweite der Wohnung und für die Berufstätigen schnell erreichbar war, kamen die Beladenen, Ratsuchenden und Streitenden. Was sich ereignete, läßt sich mit Zitaten am deutlichsten ausdrücken. Nach einem zweistündigen Streitgespräch bat ein Neubürger um das Wort:

„Herr Bürgermeister, im Namen Aller, die Sie in den vergangenen Monaten mit anonymen Anrufen und Briefen herausgefordert und beleidigt haben, bitte ich Sie um Entschuldigung. Ich kann mich natürlich nicht dafür verbürgen, daß dieses Vorgehen 100 %ig aufhört, weil wir nicht vollzählig hier versammelt sind, aber ich garantiere Ihnen, daß es viel besser wird. Bitte nehmen Sie unsere Entschuldigung an“.

Bei der nächsten Versammlung ein anderer: „Ich war bei jedem Gespräch dabei, ab heute fühle ich mich als ein Bürger und sehe unsere Probleme nun wohl auch in ihren größeren Zusammenhängen“.

Und der Bürgermeister: „So stelle ich mir die richtige Kirche vor, ich möchte den Industriefarrer jetzt mit meinen Kollegen in den benachbarten Orten bekanntmachen, weil die ja auch vor ähnlichen Problemen stehen“.

Anlage 2

Zum Thema: Berufliche Mobilität und Gemeinschaftsfähigkeit

"Das Bild würde nicht vollständig sein, wenn ich nicht auch noch den Nomaden des 20. Jahrhunderts erwähnte. Das ist der Manager, der heute von Stadt zu Stadt versetzt wird. Nach dem dritten oder vierten Wechsel wird die Umwelt, in der er lebt, für ihn mehr eine Bühne als eine lebendige Gemeinschaft, an der er einen Anteil haben könnte. Manager reisen viel. Je nach der Art ihrer Tätigkeit sind manche von ihnen von Sonntag Nacht bis Freitag Nacht oder bis Sonnabend früh unterwegs. Andere sind von ihren Familien monatelang getrennt. Die Gemeinde (community) verliert durch ihre Abwesenheit.

Der Lebensstil, den ich beschrieben habe, ändert sich nicht allzu sehr von Management zu Management. Das Leben ausserhalb des Büros verläuft in einer engen Spurweite. Werte und Verhalten, welche der Manager nach Hause und in seine Umwelt hineinträgt, sind Übertragungen aus seinem Büro. Er und seine Familie entwickeln eine sehr starke Tendenz, die "anderen", die nicht "look-alikes, act-alikes", anzusehen, als ob das diejenigen seien, die sich ausserhalb der Wirklichkeit befinden. Das trifft besonders auf die Familien zu, die häufig versetzt werden. Nachbarn werden zu Figuren auf einer Bühne.

Die unausweichliche Folge von all diesem ist Fremdheit, in vielen Fällen Entfremdung. Das Risiko einer Entfremdung ist sehr groß in einer ständigen Wettbewerbs-Situation."

Auszug aus dem Vortrag eines Managers bei der Detroit Industrial Mission, veröffentlicht in Life & Work, Juni 1969.

Aus dem Englischen übersetzt.

Springe/ Gossner-Haus, Mz.-Kastel

1. Oktober 1969

- 8. OKT. 1969

Eledigt:

Postscheckkonto: 1083 05 Hannover

4834 Volksbank, Mainz-Kastel

An die Freunde des Gossner-Hauses!

Während wir an Sie, liebe Freunde, unseren Brief zum Erntedank 1969 schreiben, trifft eine Überweisung aus Ihrem Kreis mit der Aufschrift ein "für das Nötigste". Durch viele Gaben dieser Art konnten wir tatsächlich das Nötigste in unserer Arbeit auch in diesem Jahr wieder tun, dafür danken wir Ihnen sehr herzlich.

Wir versuchten, Sie über Saat und Ernte zu unterrichten. Wenn in diesen Tagen die Gossner-Kirche in Indien das fünfzigste Jubiläum ihrer Unabhängigkeit feiert, wird damit eine Ernte eingebracht, für die die Saat vor mehr als hundert Jahren von Gossner und seinen Mitarbeitern ausgestreut worden war.

Das Jahr 1969 war das Jahr neuen Säens für uns in Mainz-Kastel. Nach dem Vorbild unseres Seminars für Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft wurde für Afrika der erste Kurs in Nairobi / Kenya vom 6. Januar bis 6. Juni mit 12 afrikanischen Pastoren durchgeführt. Dieser löst jetzt ähnliche Pläne für West- und Süd-Afrika aus. Unser Haus wird seine Erfahrungen und wahrscheinlich auch wieder Leiter und Referenten zur Mitarbeit zur Verfügung stellen.

Seit zwanzig Jahren beschäftigen wir uns in Mainz-Kastel mit der Frage, welchen Beitrag haben die Christen und ihre Kirchen bei der Industrialisierung und Urbanisierung unserer Gesellschaft zu leisten. Vor dieser Aufgabe stehen jetzt auch die Kirchen in Afrika. Dieses Problem ist weltweit und überspringt alle Grenzen. Das wird sehr anschaulich in der Predigt von Pfarrer Špak aus der Tschechoslowakei, der an unserem kommenden Seminar teilnimmt. Sie finden seine Predigt in der Anlage.

Unsere in Gossner-Haus durchgeführten Kurse (6 Monate für Pfarrer, 2 Monate für Theologiestudenten) brauchen Geld und viele Kräfte, erweisen sich aber für die Heimatarbeit und für unsere ökumenischen Aufgaben als immer wesentlicher. Das Vertrauen, das wir im Bereich von Urban and Industrial-Mission in Afrika finden, hängt damit zusammen, dass wir hier selbst das tun, was wir draussen vertreten. Wir brauchen Freunde, die das verstehen und uns in diesem Ansatz unterstützen.

Die Arbeit an unseren Lehrlingen in unserem Wohnheim wird sehr schwer. Sie kommen mit immer tieferen Schäden zu uns, die sie zu Aussenseitern der Gesellschaft gemacht haben. Unsere Bemühungen, sie in einen erlernten Beruf zu bringen, ihnen Hoffnung für ihr Leben, Initiative, Selbstständigkeit zu vermitteln, scheitern oft auch an einer apathischen Umwelt, die lieber schwierige Menschen hinter Mauern isolieren will, als sich den wachsenden Problemen unserer Jugend zu stellen. Sie haben sicherlich die entsprechenden Pressemeldungen in den letzten Wochen dazu verfolgt.

In Zukunft werden Sie unter manchen Briefen aus dem Gossner-Haus den Namen unseres neuen Geschäftsführers, Herrn Dietrich Michaelson, finden. Vor zwanzig Jahren hat er bei den Anfängen unseres Aufbaus in Mainz-Kastel mitgeholfen, dann mit seiner Frau hier gewohnt. Er war dann 17 Jahre in einem kaufmännischen Beruf und folgte im Frühjahr 1969 einem Ruf des Diakonischen Werkes in Stuttgart zur Mithilfe bei der Versorgung von Biafra von der Insel Sao Tomé aus. Er wird Ihnen darüber in einem späteren Rundbrief erzählen. Seit dem 1. September wohnt er mit seiner Familie in unserem Haus.

Wir bitten Sie auch weiter um Ihr Mitdenken, Verstehen und Helfen, damit wir bei allem Säen durchhalten können bis zu der Ernte, die in unseren neuen Aufgaben heranreifen soll.

Unsere christliche Hoffnung hilft uns, über weite Zeiträume zu planen.
In dankbarer Verbundenheit

Ihre

Christa Springe,
Pfarrerin

Ihr

Horst Symanowski,
Pfarrer

-Anlage-

Predigt zum Missionsfest am 14. September 1969 in Rodheim
gehalten von Pfarrer Spak, CSSR, Teilnehmer am 14. Seminar für Kirchlichen
Dienst in der Industriegesellschaft

Text Lukas 16, 10 - 13

Wer im Kleinsten treu ist, der ist auch im Grossen treu; und wer im Kleinsten ungerecht ist, der ist auch im Grossen ungerecht. Wenn ihr nun mit dem ungerichten Mammon nicht treu waret, wer wird euch das wahre Gut anvertrauen? Und wenn ihr mit dem fremden Gut nicht treu waret, wer wird euch das eure geben? Kein Knecht kann zwei Herren dienen; denn entweder wird er den einen hassen und den andern lieben, oder er wird dem einen anhangen und den andern verachten. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.

Unsere Väter haben dieses Wort Jesu aus ihrem Glauben so verstanden: Alle guten Gaben, alles was wir haben, kommt o Gott von dir; Dank sei dir dafür. Alles ist Gottes Eigentum, das hat uns der Herr dieser Welt anvertraut. Wir sind nur die Knechte, die die Wirtschaft seines Herren verwalten, wie das anvertraute Leben. Der Herr wird uns eines Tages zur Rechenschaft ziehen, um zu sehen, wie wir mit unseren anvertrauten Gütern gewirtschaftet haben.

Von Gottes Wort her haben auch unsere Väter gelernt ihr Geld in vier Teile zu teilen:

1. Einen Groschen für die täglichen Bedürfnisse.
2. Einen Groschen für die Unterhaltungskosten (wie Kultur, Gesundheit, Erholung, Erziehung der Kinder).
3. Einen Groschen für die Notzeit.
4. Einen Groschen für Gott, d.h. für die Kirche.

So wirtschaften auch wir meistens. Wir sind, so meinen wir, "im geringsten treu". Aber unser Herr ist anderer Meinung. Er sagt: Und wenn ihr mit dem fremden Gut nicht treu waret, wer wird euch das eure geben?

Wieso?

Wir müssen noch einmal unsere Haushalterschaft im Lichte des Gotteswortes überprüfen.

In der Bibel haben wir zwei Berichte von der Schöpfung des Menschen. In dem zweiten Bericht steht: Und Gott der Herr nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn bebaue und bewahre.

Der Garten Eden ist die ganze Welt. Diese ganze Welt sollen wir als Garten Eden bauen und bewahren. Der Grundsatz des Menschenlebens im Garten, sog. "Paradies", besteht darin, dass der Mensch alles nach dem Willen Gottes macht. Der Wille Gottes ist, dass die ganze Welt sich friedlich entwickelt. Sicht heute diese Welt so aus? Ist das eine friedlich entwickelte Welt? Ich bin zu ihnen von der Tschechoslowakei gekommen. Vom Osten in den Westen. Von einem sog. sozialistischen Staat, in einen sog. kapitalistischen Staat, von einem Lande der sog. kommunistischen Diktatur in das Land der sog. Demokratie. So ist die Welt getrennt, unharmonisch entwickelt. Ich arbeite hier in einem Betrieb in Mainz im Rahmen des Industrie-Praktikums unter den sog. Gastarbeitern. Sie sind aus den Ländern gekommen, in denen die Leute nicht so reich und im Überfluss leben wie Sie in BRD oder wir in der Tschechoslowakei. Kann man also die Welt in einer anderen Weise teilen: in den reichen Norden (hierher gehören wir beide - Deutsche und Tschechen - das verbindet uns: wir gehören unter die reichen Völker der Welt) - und in den armen, hungrigen, leidenden Süden der Welt (das sind die Völker Süd-Amerikas, Afrikas, Indiens, usw.)? Eine unharmonisch entwickelte Welt! Kein "Paradies"! Keine Harmonie nach Gottes Plan!

Sind wir im Grossen treu? Eher ungerecht. Die Christen sind in diese Welt gesandt. Lateinisch heisst die Sendung Gottes Missio Dei. Daraus ist das deutsche Wort Mission entstanden. Was ist denn unsere Aufgabe? Was ist unsere Aufgabe in dieser Welt, die nach unserer Meinung doch zivilisiert und kultiviert ist, aber aus der Sicht Gottes gerade unkultiviert und unzivilisiert ist? Unsere Aufgabe ist jetzt: Gott zu helfen, unsere Welt zu einer harmonischen zu machen, das heisst: Zum Garten Eden oder "Paradies", wie es im Schöpfungsbericht heisst. Das heisst ganz konkret den Unterschied zwischen Ost und West und zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden aufzuheben, dass unser Gott wie am Anfang die Welt ansehen könnte und ganz zufrieden sagen möchte: "Sie ist sehr gut!"

Das ist unsere missio - der Grundsatz der missionarischen Arbeit der Kirche in dieser Welt. Mit der bisherigen Missionsarbeit der Kirche, für die auch Sie sehr viel geopfert haben (wie ich gehört habe), haben wir zu dieser neuen Auffassung der kirchlichen Mission die guten Grundsteine gelegt. Damit meine ich die Verkündigung des Evangeliums, den Aufbau der Schulen, der Krankenhäuser usw., wie Sie es kennen. Es ist sehr gut und wichtig, dass wir diese Arbeit tun. Aber wir dürfen dabei nicht stehenbleiben, sondern müssen sie jetzt fortsetzen und erweitern. Denn wir erkennen aus der Bibel, dass wir die Verantwortung für die ganze Welt, für ihre brüderliche Entwicklung, zum Wohlgefallen Gottes haben. Also nicht nur für unseren Haushalt, Familie, Gemeinde. Was bedeutet das?

1. Wir werden, wie bisher, sorgfältig wirtschaften jeder an seiner Stelle (Haushalt, Arbeitsplatz, Familie, Kirche).
2. Sorgfältiger als bisher werden wir überwachen die Wirtschaft der ganzen Kirche, des Staates (als Bürger), besonders in der Sicht der gerechten, harmonischen Verteilung des Einkommens der ganzen Gesellschaft.
3. Unsere wirtschaftlichen Erfahrungen dorthin weitergeben, wo sie nötig sind, in die sog. Entwicklungsländer des hungrigen Südens. Das gilt für die Bereiche der Industrie, der Landwirtschaft, der Wissenschaft, Kunst, Medizin, usw.

Nur in dieser Weise können wir unsere eigenen Schulden bezahlen! Wir sind ja die Schuldner Gottes! Solange die Welt nicht dem Garten Eden ähnlich wird, ist unser Glaube unglaubwürdig. Denn wer im Grossen ungerecht ist (und das sind wir!) ist im Geringsten ungerecht. Sind wir so, dass uns unser Vater wirklich das wahre Gut seines Königreiches anvertrauen kann?

Ansatz und Erfahrungen im Industrie-Pfarramt Mainz 1969

Das Industrie-Pfarramt Mainz ist von zwei nebenamtlichen Kräften - Industriepfarrer und Sozialsekretär - besetzt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, einen diesem Sachverhalt angemessenen Stil zu entwickeln, um begonnene Arbeiten weiterzuführen bzw. neue Aufgaben zu übernehmen.

Als kennzeichnend für die Arbeit des Industriepfarrers möchte ich herausstellen:

1. eine Schwerpunktbildung bei Kontakten und Aktionen unter dem Gesichtspunkt, durch exemplarisches Arbeiten eine breitere Ausstrahlung zu erzielen,
2. eine enge Zusammenarbeit mit den Kirchengemeinden am Ort und mit anderen vorfindlichen Personen und Einrichtungen,
3. Arbeitsteilung mit dem Sozialsekretär.

Eine Analyse des Wirtschaftsraumes Mainz ergab, dass zwei neue Betriebe durch ihre Eigenarten im Bewußtsein kommunaler und kirchlicher Gemeinden eine besondere Rolle spielen - das Computer-Werk der IBM Deutschland und das Zweite Deutsche Fernsehen.

Beide ziehen einen selbstbewussten und mobilen Mitarbeitertyp heran, der sich von den Beschäftigten in den meisten anderen Berufen unterscheidet. Dadurch rufen insbesondere die "IBMer", aber auch die ZDFler" Ressentiments und Aggressionen bei den Alteingesessenen hervor. Sie beunruhigen auch die evangelischen Kirchengemeinden durch ihre Ansprüche bzw. durch eine überdurchschnittliche Quote an Kirchenaustritten. Die Betriebe wirken sich auf die Stadtplanung (gewerbliche Bauten, Wohngebiete und Infrastruktur) aus und erhöhen durch ihre Personalpolitik die Fluktuation der Bevölkerung.

Wie ich glaube, handelt es sich um die Ausprägung von Tendenzen, die als typisch für künftige Entwicklungen in unserer Gesellschaft gelten können. Deshalb wählte ich beide Betriebe für eine Schwerpunktbildung aus. Mir war es gleichzeitig wichtig, den Zusammenhang zwischen Industrie-Arbeit der Kirche und Gemeinwesenarbeit (urban and industrial mission) zum Ausdruck zu bringen.

Meine Arbeit vollzog sich im einzelnen durch Betriebsbesuche (Management, Betriebsräte und Belegschaftsmitglieder), Bildung einer Arbeitsgemeinschaft von Dekan, Gemeindepfarrer und Industriepfarrer über IBM-Probleme, Entwicklung eines Gemeinwesenprojektes in Nieder-Olm, Entwicklung eines Gemeinwesenprojektes in Mainz-Lerchenberg, Einsatz und Begleitung von zwei Teilnehmern am Seminar für Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft bei IBM und ZDF. Diese beiden Theologen unterstützten den Gemeindepfarrer 3 1/2 Monate lang auf dem Lerchenberg. An diesem Punkt möchte ich die Möglichkeit verdeutlichen, die Arbeit von Gossner mit der des Amtes für Industrie- und Sozialarbeit der EKHN zu koordinieren.

Ein Bericht über das Projekt Nieder-Olm ging Ihnen im Januar dieses Jahres zu. Der Bericht über den Lerchenberg wird in diesen Wochen fertiggestellt und nachgereicht.

Andere Mainzer Gemeinden haben aufgrund der vorliegenden Erfahrungen um Zusammenarbeit gebeten. Aus Zeitmangel beschränkt sich meine Hilfestellung ihnen gegenüber im Augenblick fast nur auf Beratungen.

Seit 6 Wochen praktiziert ein zukünftiger Gemeinwesenarbeiter im Dekanat Mainz. Im Auftrag des Dekans führen zwei Gemeindepfarrer und ich die Fachaufsicht.

Seit April arbeitet ein Pfarramtskandidat der EKHN im Gossner-Haus in seinem Spezialpraktikum. Wir bemühen uns, ihn an alle Aufgaben heranzuführen und mit ihm die gesammelten Erfahrungen theoretisch zu verarbeiten.

In Vertretung von Pfarrer Kreckert leite ich das zweimonatige Industriepraktikum der EKHN, das z.Zt. noch andauert. Wie in jedem Jahr, befinden sich wieder 3 Palletiner unter den Teilnehmern.

Eine weitere Schwerpunktbildung ergab sich aus der Tatsache, dass Mainz zum Testgebiet für die neu eingerichteten Berufsfindungspraktika des Landes Rheinland-Pfalz erklärt wurde. Danach sollen die Kinder vor dem Schulabgang die Möglichkeit bekommen, durch Mitarbeit in einem gewünschten Beruf bessere Voraussetzungen für die Berufswahl zu erhalten. Es stellte sich heraus, dass Lehrer, Kinder, die Wirtschaft und die Eltern auf diese neue Maßnahme nicht vorbereitet und damit völlig überfordert waren. Ein vierzehnjähriges Mädchen musste ein Sterbezimmer putzen und ängstigte sich dabei selber fast zu Tode; ein anderes Kind, welches sich für den Verkauf interessierte, wurde nur im Materialkeller eines Papierwaren-Geschäftes eingesetzt.

In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft führte das Industrie-Pfarramt Mainz eine Arbeitsgemeinschaft durch, mit dem Ziel,

die Lehrer an die Hauptfragen des modernen Berufslebens heranzuführen und persönliche Kontakte zu Vertretern der Mainzer Betriebe herzustellen.

In Verbindung mit dem Studienleiter des Katechetischen Amtes wurde eine ähnliche Verbindung zu den Religionslehrern an den Berufsschulen aufgenommen.

In letzter Zeit sind neu hinzugekommen die Kontakte zur Industrielehrwerkstatt und zum Jugendsekretär des DGB.

Christa Springe

Das 14. Seminar für Kirchlichen Dienst findet vom 20. Oktober 1969 -
15. April 1970 im Gossner-Haus in Mainz-Kastel statt. Die teilnehmenden
Theologen kommen aus folgenden Kirchen:

5 EKH
1 Pfälzische Kirche
2 Baden
1 Hannover
2 Kath. Kirche
1 CSSR
2 Norwegen

Ein Gast aus USA nimmt teil mit dem Ziel, eine wissenschaftliche
Arbeit über das Seminar zu schreiben.

Das Programm wird in einer Dreiteilung durchgeführt.

1. Teil: Volkswirtschaftliche und soziologische Einführung in die
Fragenbereiche Industrialisierung und Urbanisierung;
Methodenkurs.
2. Teil: Arbeitseinsatz in Industrie- und Handelsbetrieben, sowie
in Interessenverbänden, Kommunalverwaltungen o.ä.
3. Teil: Theologische Reflexion und Erarbeitung praktischer An-
sätze für den kirchlichen Dienst.

Mainz-Kastel, im September 1969

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT, Mainz-
Kastel, Joh.-Gossner-Str. 14

G O S S N E R - H A U S, 6503 Mainz-Kastel, September 1969

An die
Mitglieder des Kuratoriums der Gossner-Mission
=====

Liebe Freunde!

Anlässlich der bevorstehenden Sitzung des Kuratoriums übersenden wir Ihnen wieder einiges Material aus unserer Arbeit.

1. Die deutsche Übersetzung des Berichtes von Pfarrer Riess / Nairobi über den afrikanischen Pastorenkurs "Ministry in Cities".
2. Ein Manuskript von Pfarrerin Springe zum Thema Süd-Afrika.
3. Eine kurze Darstellung der Arbeit im Industrie-Pfarramt Mainz. Durch die Ernennung von Frau Springe zum Industriepfarrer im Wirtschaftsraum Mainz ist eine neue Form entstanden, in der das Gossner-Haus in Mainz-Kastel einen Beitrag zur Arbeit der EKHN gibt. Wir möchten Sie damit vertraut machen.
4. Einen Überblick über das bevorstehende 14. Seminar für Kirchliche Dienst in der Industrie-Gesellschaft.

Mit herzlichem Gruss!

Ihre

Christa Springe

Ihr

Herst Symanowski

In meinen schriftlichen Berichten über meine Afrika-Reise im Sommer dieses Jahres besteht noch eine Lücke hinsichtlich Süd-Afrika. Die wenigen, aber sehr intensiv genutzten Besuchstage, brachten mich mit Vertretern der Kirchen zusammen, die für oder gegen die Apartheidspolitik ihres Landes arbeiten. Ehe ich diese Erlebnisse schriftlich auswerten konnte, wurde ich gebeten, in Baunatal im Rahmen eines politischen Gottesdienstes zu sprechen. Das dafür angefertigte Manuskript leite ich Ihnen hiermit anstelle eines Berichtes über meinen Süd-Afrika-Aufenthalt zu.

Liebe Gemeinde!

Von meiner Afrika-Reise bringe ich Ihnen allen herzliche Grüße von Familie Riess mit. Fünf Wochen einer engen Zusammenarbeit liegen hinter mir - in Nairobi auf dem Pastoren-Kurs, während einer Reise nach Uganda, wo Gossner eine Industrie-Arbeit zusammen mit der anglikanischen und katholischen Kirche des Landes beginnen soll, und in Kontakten mit dem Nationalen Christenrat von Kenya, und Miss Donna Halane in Mathare Valley. Vielleicht kann ich einigen von Ihnen nach dem Gottesdienst noch etwas mehr erzählen, als es jetzt möglich ist. Hier möchte ich aber einen Dank aussprechen für die Gaben aus Baunatal, die die neue Arbeit von Pfarrer Riess in Kenya unterstützen. Wir sagen in unseren Gottesdiensten vor dem Einsammeln des Opfers oft: Gott segne Geber und Gaben. Gott segnet sehr sichtbar, was von Ihnen und anderen Christen nach Kenya geschickt wird. Es hat mich beeindruckt, als auf der Generalversammlung der Kirchen und kirchlichen Einrichtungen des NCCCK Anfang Mai besprochen wurde, ob nicht die Zeit gekommen sei, eigene Kräfte zu mobilisieren, um den noch Ärmern des eigenen Landes zu helfen. Wir kennen die jungen Kirchen in Übersee fast nur mit der offenen Hand, unsere Spenden entgegenzunehmen, und das ärgert manchen in unserem Land. Die Christen in Kenya sind auch weiterhin auf unsere Hilfe angewiesen, bei der unvorstellbaren Arbeitslosigkeit und Armut vieler können sie noch nicht ohne uns auskommen. Wer aber etwas hat, beginnt jetzt zu lernen, davon abzugeben. Um Christi willen. Mir scheint das ein wesentlicher Schritt zu sein in die Richtung eines mündigen Christentums, wo man das Empfangene weitergibt, weil die Verbindung zu Gott die Verantwortung für den Mitmenschen verbindlich macht. Darin sehe ich einen Segen unseres Herrn.

Insgesamt 6 Wochen hielt ich mich in Ost-Afrika auf, und nur vier Tage in Süd-Afrika. Aber gerade über Letzteres möchte ich heute mehr sprechen. Warum? Durch Ihre Beschäftigung mit Ost-Afrika und den Aufgaben von Pfarrer Riess werden Sie wissen, dass dort die Afrikaner ihr Geschick in eigene Hände genommen haben, ob es sich um Wirtschaftspolitik oder Bildungsaufgaben handelt, um Städtebau, Sozialeinrichtungen oder aussenpolitische Beziehungen. Wer sie für unfähig hielt, muss jetzt zugeben, dass sie in einem unerwarteten Mass in diese Aufgaben hineinwachsen, in die sie sich durch die lange Vorherrschaft der Weissen ja nicht richtig einüben konnten.

Man kommt in Ost-Afrika nicht mehr auf die Idee, zu glauben, dass ein Afrikaner grundsätzlich, weil er nicht weiss ist, unfähiger sei als zum Beispiel wir Deutschen.

Drei Flugstunden in einer Jet brachten mich von dort nach Johannesburg, und damit in ein Land, wo man aber eben dieses behauptet und zur Grundlage des täglichen Lebens macht. Eine kleine Gruppe von Christen ist darüber zutiefst beunruhigt und in den Widerstand gegangen.

In einer Botschaft an das süd-afrikanische Volk, die sie nach dem Vorbild der Barner Erklärung verfasst haben - und aus der wir vorhin die Glaubenssätze gehört haben - beschreiben sie die Lage wie folgt: "Wir befinden uns in diesem Land jetzt in einer Lage, in der die Planung einer Politik der Rassentrennung mit zunehmender Strenge durchgeführt wird. Die Folgen davon sind in immer grösserem Umfang in immer mehr Lebensbereichen sichtbar - im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben, in Schule und Bildung, das religiöse Leben nicht ausgenommen. Nicht einmal die privaten Bereiche des einzelnen Menschen bleiben vom Prinzip der Rassentrennung unangefochten. Folglich wird dieser Grundsatz der Rassentrennung von vielen nicht nur als reine politische Massnahme während einer Übergangszeit angesehen, sondern als unabdingbarer und dauernder Ausdruck des Willens Gottes, und als die echte Form christlichen Gehorsams in diesem Land.

Dagegen sind wir der Überzeugung, dass sich aus dem Grundsatz der Rassentrennung an sich, sowie aus den Leiden und Entbehrungen seines praktischen Vollzugs eine Struktur mit anti-christlicher Tendenz ergibt, die nur dazu führen kann, Menschen von der wirklichen Kenntnis Christi fernzuhalten.

Es gibt alarmierende Zeichen dafür, dass der Glaubenssatz einer Rassentrennung für viele ein Aberglaube, ein neues Evangelium geworden ist, die Glück und Frieden für die Gesellschaft und für den einzelnen anbieten. Dieses falsche Evangelium malt dem Menschen eine Sicherheit aus, die sich nicht auf Christus gründet, sondern auf dem Prinzip von Trennung und einer Bewahrung der sog. rassischen Identität. Getrennte Entwicklung unserer Rassen-gruppen wird als ein Heilsweg dem Volk Süd-Afrikas angeboten, um damit überleben zu können. Solch ein Anspruch kommt unweigerlich mit dem christlichen Evangelium in Konflikt, das Heil und Bewahrung dem einzelnen und der Gesellschaft nur durch den Glauben an Jesus Christus selbst anbietet."

Lassen Sie mich nur einige Beispiele erzählen, wie sich die Apartheid für die schwarzen und farbigen Menschen auswirkt.

Der Ministerpräsident hat das Ziel vor dem Parlament beschrieben: "Im Grunde genommen ist das Problem sehr einfach; wir wollen Süd-Afrika weiss erhalten Das kann nichts anderes heissen als: die Herrschaft der Weissen. Es genügt nicht, dass die Weissen 'leiten' oder 'führen', es ist notwendig, dass sie herrschen, dass sie die Überlegenheit bewahren."

Darum werden Gesetze verabschiedet, die den grössten und reichsten Teil des Landes zu weissen Gebieten erklären, in denen alle Nicht-Weissen sämtliche Rechte, die sie besessen hatten, einbüssen: das Recht auf ständigen Wohnsitz, auf Grundeigentum und auf die Ausübung eines Gewerbes. Abgelegen und wirtschaftlich arm werden Reservate den Afrikanern zugewiesen, in denen sie nicht existieren können. Ausserhalb dieser Gebiete, d.h. in 6/7 des Staatsgebietes, werden sie wie Ausländer mit befristeter Niederlassung behandelt, ohne politisches Recht und ohne permanenten Wohnsitz. Die Bewilligung, sich ausserhalb eines Reservates aufzuhalten, wird nur dem erteilt, der im Dienst von Weissen steht. Sie nimmt auf die familiären Verhältnisse keine Rücksicht und trennt die Eltern von den Kindern, Mann von Frau. Ich traf einen afrikanischen Pfarrer, der als Seelsorger unter den afrikanischen Dienstboten arbeitete. Als ich ihn fragte, ob er seinen Landsleuten in Arbeitskonflikten helfen könne, sagte er: ich sehe ja nie die Herrschaft, weil ich nur die Hintertür benutzen darf. Ausserdem kann ich nichts riskieren, denn die Aufenthaltserlaubnis meiner Frau ist nicht in Ordnung. Sie kann jeden Tag aus Johannesburg ausgewiesen werden, und dann gibt es für uns kein gemeinsames Leben mehr.

Unzählige Menschen werden mit diesen Massnahmen gebrochen. Wilde Ehen, Jugendkriminalität, Trunksucht greifen um sich, nicht aber etwa, weil diese Menschen unmoralischer wären als wir, sondern weil sie die Politik Stück für Stück da hineintreibt. Ihr Leben besteht aus Furcht, einer permanenten Furcht, gegen die unzähligen Verordnungen zu verstossen, die

hier Mensch von Mensch trennen sollen: durch welche Tür darf ich den Bahnhof betreten, steige ich in den richtigen Aufzug im Hochhaus ein, winke ich auch nicht ein verbotenes Taxi heran, betrete ich einen Raum, der nur den Weissen vorbehalten ist?

Die Strafen reichen von Geldbussen bis zu Prügel und Gefängnis. Man kann ohne juristischen Beistand und Gerichtsverfahren 180 Tage in Haft gehalten werden, bei den Verhören sind in den Wochen vor meinem Besuch 6 Menschen gestorben.

Lassen Sie mich davon jetzt nicht weiter erzählen. Wenden wir uns noch einmal dem Aufruf der Christengruppe zu, die weiter schreibt:

"Dieses falsche Heilsangebot wird in diesem Land im Namen Christi gemacht. Wir glauben deshalb, dass die Kirche die Menschen instand setzen muss, unterscheiden zu lernen zwischen der falschen, neuen Botschaft und dem wahren und ewigen Evangelium von Jesus Christus. Wir glauben, dass es die Pflicht der Kirche ist, unser Volk zu befähigen, sorgfältiger zwischen dem zu unterscheiden, was ihnen als Bewohnern und Bürgern des süd-afrikanischen Staates abverlangt werden mag und dem, was von ihnen als Jünger Christi gefordert wird."

Sie haben sich, liebe Gemeinde, jetzt sicherlich zwischendurch schon Gedanken gemacht, welches biblische Wort uns angesichts dieser Probleme zum Masstab werden könne. Mir ist in diesen Wochen immer wieder die Aussage des Epheser-Briefes eingefallen aus dem 2. Kap.:

Nun aber seid ihr, die ihr in Christo Jesu seid und weiland ferne gewesen, nahe geworden durch das Blut Christi. Denn er ist unser Friede, der aus beiden eines macht und hat abgebrochen den Zaun der Trennung, indem er durch sein Fleisch wegnahm die Feindschaft.

Die ersten Christen - Juden und Heiden - machten die Entdeckung, dass Gott eine neue Gemeinschaft schuf, in der die Unterschiede von Rasse, Nationalität, Kultur, Sprache und Tradition keine Macht mehr behielten, Menschen von einander zu trennen. "Auch wir leben unter der Verpflichtung, an dieser Norm festzuhalten und danach zu leben. Wir müssen bezeugen, dass die wichtigsten Merkmale des Menschen weder von Einzelheiten des Erbguts noch von seiner Abstammung bestimmt werden. Die wichtigsten Merkmale des Menschen sind die Kennzeichen, die ihn befähigen, ein Nachfolger Christi zu sein - seine Fähigkeit, Liebe erwidern zu können, Willensfreiheit zu besitzen und wählen zu können und seinen Mitmenschen zu dienen. Das alles gehört zu den Gaben eines gnädigen Gottes, der an einem Menschen arbeitet. Wer sich darauf versteift, dass Rassenmerkmale noch wichtiger seien, verwirft damit sein eigenes Menschsein sowie das des anderen Menschen."

Es ist nun die Frage an uns, ob wir dieses anhören und bedenken können, ohne uns unserer eigenen Situation zuzuwenden. Lassen Sie uns nicht von der Vergangenheit reden, wir wollen sie allerdings im Gedächtnis behalten. Gibt es heute unter uns, in Mainz-Kastel und in Baunatal, auch das Vorurteil und die Praxis eines Rassismus? Ich fürchte, dass mancher italienischer Gastarbeiter sich mit seiner Familie hier bei uns in der Bundesrepublik diskriminiert fühlt. Sehen wir in der Million Gastarbeiter die gleichwertigen, wenn auch andersartigen Mitmenschen, oder leben wir in einer abgeschlossenen Überlegenheit, die sie an den Rand unserer Gesellschaft drängt? Gönnen wir ihnen ihren Verdienst, wünschen wir ihnen und ihren armen Landsleuten einen wirtschaftlichen Aufschwung, der eines Tages unserem gleichkommt? Oder sind wir froh über die Arbeitskraft, aber eifersüchtig auf das kleine bisschen Fürsorge, was die Arbeitgeber diesen Fremdlingen unter uns extra geben? Wo hat der Gastarbeiter seinen Platz bei uns, etwa auch in einem Reservat, mag es nun Gastarbeiter-Wohnheim heissen oder Bahnhofsvorplatz, wohin er sich freiwillig begibt, weil wir anderen ihn nicht aufnehmen?

Wie ist es mit ausländischen Praktikanten, und wie mit dem eigenen Landsmann aus einer anderen Ecke Deutschlands?

Wenn wir einen neuen Bekannten fragen, woher er kommt, wollen wir ihn durch die Information besser verstehen, oder sagen wir innerlich: Aha, ein Bayer, also grob und hendsärmelig; ein Westfale, also stur, ein Rheinländer, wohl auch ein Leichtfuss? Wie steht es mit der Diskriminierung Andersdenkender? Unser Herr war ein Grenzgänger zwischen Rassen und Nationen. Woher kommt es, dass wir ihm so schlecht nachgehen können?

Bitte lassen Sie uns über diese Frage weiter sprechen, der Frieden im Kleinen und im Grossen hängt in der Welt davon ab. Wie Pfarrer Riess draussen in Afrika arbeiten kann, hängt davon ab, wie Sie hier in Baunatal die Trennwände zwischen den Menschen abbauen. Keiner von uns kann mit Vollmacht draussen tun, was die Gemeinde zu Hause nicht verwirklicht. Und den Unterdrückten in Süd-Afrika wird im Augenblick von unserer Seite auch nur das helfen können - aber das ist sehr wesentlich! -, dass wir der Versuchung jeglicher Diskriminierung bei uns widerstehen. Ein Rückfall Deutschlands in den Nazismus wäre ein Triumph für die Apartheidspolitik. Eine Überwindung unserer Anfälligkeit für Trennung und Feindschaft wäre ein lebendiges Zeichen und Zeugnis für die Macht Christi, zu versöhnen.

Ich bin sehr bedrückt aus Afrika zurückgekommen, weil die Probleme so übermächtig zu sein scheinen. Und sie öffnen einem auch den Blick für unsere Probleme hier in Europa, sodass man sich fragt, was wir wohl mit unserem guten Willen erreichen können. Aber es geht nicht um unseren guten Willen, sondern um einen Auftrag, hinter dem die ganze Autorität Gottes steht. Wir Christen wissen die Wahrheit von dem einen Menschen in Gott, von der Möglichkeit der Versöhnung, von dem Ziel des Friedens, der in Christus schon Realität geworden ist. Es ist darum sinnlos, die Erfolgsaussichten für ein christliches Handeln von uns abschätzen und danach unser Engagement einrichten zu wollen. Wer das Wort Gottes gehört hat, muss danach handeln. Und wenn wir jetzt die Zusammenhänge von staatsbürgerlichem Verhalten und christlicher Existenz besser durchschauen, dann führt uns das Wort Gottes auch in den Bereich der Politik, wo über Menschlichkeit und Unmenschlichkeit entschieden wird.

Ich möchte zum Schluss ein alttestamentliches Wort sagen, das uns ermutigen soll. Jes. 55,10 + 11

Christa Springe,
Mainz-Kastel

-Anlage-

EINE BOTSCHAFT
AN ALLE IN SÜDAFRIKA.

IM NAMEN JESU CHRISTI !

WIR SIND GERADE JETZT WIEDER ZUM BEKENNTNIS VERPFLICHTET,
DASS WIR UNS GANZ UND GAR
DEM ALLGEMEINEN UND WELTWEITEN CHRISTLICHEN GLAUBEN
ANVERTRAUEN:
DEM EWIGEN EVANGELIUM DES HEILS UND DER RETTUNG
ALLEIN DURCH CHRISTUS.

I.

Die christliche Botschaft :

...

ist
die gute Nachricht,
dass Gott durch Christus
die Trennwände zwischen sich und dem Menschen
sowie zwischen Mensch und Mensch
beseitigt hat.

...

macht deutlich,
dass Christus die Wirklichkeit ist,
die Menschen freimacht
von allen falschen Hoffnungen auf Selbstbefreiung
und vom Streben nach trügerischen Sicherungen.

...

macht deutlich,
dass Gott im Leiden und Sterben Christi
Vergebung der Sünde wirksam werden liess
und diejenigen Mächte gestellt und überwunden hat,
die instande sind, den Menschen abzusondern und so zu zerstören.

...

macht deutlich,
dass Gott sich durch die Auferweckung Christi
als der Sieger
auch über die mächtigste Gestalt von Absonderung offenbarte,
nämlich über den Tod;
und dass er die Kraft seiner Liebe bewies,
indem er denjenigen Kräften eine Niederlage bereitete,
die Feindschaft zwischen Menschen verursachen,
nämlich der Angst und dem Neid und dem Stolz.

...

macht deutlich,
dass durch dieses Heilswerk Christi
die Menschen mit Gott und miteinander versöhnt worden sind -
und damit sonst ausschliessende Schranken
wie Abstammung, Rasse, Volkszugehörigkeit, Sprache und Kultur
in der allumfassenden christlichen Gemeinschaft
keinen solchen Platz haben.

...

macht deutlich,
dass Gott der Herr dieser Welt
und eben dies der Sinn und die Zielsetzung ist,
wovon die Geschichte gestaltet wird;
und dass wir deshalb vor allem Gott,
und nicht irgendeiner von menschlicher Natur und Geschichte
bedingten Unterteilung,
Gehorsam und Vertrauen schuldig sind.

...

macht deutlich,
dass wir Christen
in der Erwartung einer neuen Welt,
in der Gerechtigkeit wohnt, leben
und dass die Königsherrschaft Gottes in Dieser Welt
in Christus und durch den Heiligen Geist gegenwärtig ist;
und uns damit auf jeden Fall schon jetzt
völliger Gehorsam gegenüber Gottes Geboten
und völliger Glaube an Gottes Verheissungen
abgefordert werden.

GOSSNER-HAUS, 6503 Mainz-Kastel, Johannes-Gossner-Straße 14

An das Kuratorium der Gossner-Mission

An den Beirat des Gossner-Hauses in Mainz-Kastel

An die Evgl. Arbeitsgemeinschaft für Weltmission

An die UIM-Arbeitsgruppe des Mainz-Kasteler Konvents

Eingegangen

19. AUG. 1969

Erledigt:

Hiermit legen wir Ihnen heute den Tutoren-Bericht über den ersten All-Afrikanischen Pastorenkurs für Urban and Industrial Mission vor, der vom 6.1. - 6.6.1969 in Nairobi/Kenya unter dem Titel

Ministry in Cities

gehalten wurde. Von der All Afrikanischen Kirchenkonferenz wurden wir gebeten, ihn vertraulich zu behandeln. Darum geht er nur dem oben bezeichneten Kreis zu, der unmittelbar am Zustandekommen beteiligt war und jetzt genau über die Ergebnisse unterrichtet werden soll.

Wir sind sehr dankbar für dieses gelungene Experiment und möchten vor allem der Evgl. Arbeitsgemeinschaft für Weltmission für die finanzielle Unterstützung danken, ohne die unser Engagement in dieser Sache nicht möglich gewesen wäre.

Es liegt nun noch weiteres Material bei uns - der Syndikatsbericht auf Englisch (59 Seiten), der zusammenfassende Bericht des Urban Africa Secretary Rev. Ph. Bloy, und der Bericht von Pfr. J. Riess vor dem UIM Committee des Weltkirchenrats, das im Juli in Nairobi tagte. Bitte lassen Sie uns wissen, ob Sie darin Einblick nehmen wollen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre

Christa Springe, Pfr.

Mainz-Kastel, den 11. August 1969

ALL AFRICA CONFERENCE OF CHURCHES
URBAN AFRICA PROGRAMME

"Ministry in Cities" Course, Nairobi 1969

Report by Course Tutors to the Urban Africa Secretary.

c o n f i d e n t i a l - for internal use of Gossner Mission only

1. Planning

The idea of holding a training course in Africa, concerned with urban-industrial ministry, had been under discussion for some years. The plans for this course, including recruiting and financing, were drawn up by the Urban Africa Secretary. By June 1968, it had been decided to hold the course in Nairobi, Kenya, from 6th January until 6th June, 1969. The Rev. Andrew Hake, associated industrial adviser to the National Christian Council of Kenya, had been invited to be tutor to the course, and a co-tutor had been offered from Gossner Mission in West Germany, the Rev. Jochen Riess, who was already preparing to come to Kenya, to work with NCOCK. The NCOCK agreed that the tutors should be seconded to AACC for a preparatory period from 15th November, 1968, until 15th June, 1969.

A draft outline of the proposed programme for the twenty-two weeks of the course was prepared in June, 1968, and subsequently used as a basis for the more detailed planning, and as recruiting material, together with a brochure prepared by the Urban Africa Secretary.

2. Preparation

Budgeting provision was made for Mr. Hake to visit West Africa before the course to provide an opportunity for general familiarisation, acquaintance with the specific situations in which course members would be working, personal contact with both church leaders and candidates for the course. Between 15th of November and 5th of December, visits were paid to Sierra Leone, Liberia, Ghana, Nigeria, and both East and West Cameroon. Five candidates for the course were interviewed, and it was possible to set forward the arrangements for two men to come, who otherwise might have missed the course.

Mr. Riess was able to visit Uganda during December 1968, and to interview three candidates, two of whom were nominated and accepted.

The Urban Africa Secretary, in addition to previous visits to the above countries, had visited Ethiopia, Zambia and Rhodesia, from which men came, as well as Kenya, Tanzania and South Africa, who in the end were unable to send candidates.

These preliminary visits by the tutors were, in our opinion, thoroughly justified, and helped to establish both a personal rapport and an understanding which contributed significantly to the course.

3. Recruiting

Some difficulties were experienced, up to and beyond the beginning of the course, because of uncertainty about participants from certain countries. Recruiting from South Africa, in particular,

evidently requires at least a six-month period. A number of churches and other organizations were uncertain, up to the last moment, about their candidates; if all had come, we would have faced a difficult problem of accomodation.

Experience seems to indicate that, apart from the postal distribution of literature, personal visits have to be paid to church leaders at least six months before the course begins, in the first place to inform and explain, and later to push forward and clinch a candidate, perhaps needing two further visits by the Urban Africa Secretary, or a tutor, on his behalf. The problem of doing this on a continent-wide basis, is obvious. In the event, twelve men came to the course, and we felt that this was the largest number we could adequately deal with as tutors, and both large enough and small enough for good discussion.

We regretted the absence of participants from UAR, Kenya, Tanzania and South Africa; and the fact that there were no women in the group and no Roman Catholic(s).

A question for discussion on which it is hard to make any recommendation until more time has elapsed, is whether there should be two or more participants per country, to strengthen subsequent work, or whether one person per country yields greater dividends. If regional courses are adopted, the former choice becomes easier. Perhaps two participants should come from countries where urban-industrial ministry is not well established, and one from countries where work is ongoing.

When nominations were received, before they were finally accepted, candidates were asked to write an essay on their local urban-industrial situation, and to return a lengthy questionnaire, together with a certificate of good health. They were sent an outline of the programme, administrative instructions and a covering letter of welcome. Although not all participants sent in essays, and some minor amendments are suggested for the paperwork, this procedure seems to have been effective.

In the end, the following twelve persons attended the course throughout:

Name:	Church & Country:	To work in:
The Rev.Canon T.I.Akintayo	Anglican Church, Nigeria	Lagos
Mr.Adamu Amare	Ethiopian Orthodox Church	Addis Ababa
The Rev.G.Ampah	Anglican Church, Ghana	Tema
The Rev.H.Awasom	Presbyterian Church, West Cameroon	Kumba
The Rev.R.Diggs	Lutheran Church, Liberia	Monrovia
The Rev.F.Mkata	Anglican Church, Malawi	Lilongwe
The Rev.G.Muluya	Anglican Church, Uganda	Jinja
The Rev.L.Myanungo	Methodist Church, Rhodesia	Bulawayo
The Rev.S.Osilaja	Methodist Church, Nigeria	Lagos
The Rev.S.Senesie	United Methodist Church, Sierra Leone	Kenema
The Rev.D.Serubidde	Anglican Church, Uganda	Lugazi
The Rev.G.Sikazwe	United Church of Zambia	Luanshya

4. The Purpose and Method of the Course

In a preliminary memorandum, these were defined as:

"To develop the ministry of selected men for further service in urban-industrial situations in Africa:

1. By providing a sustained opportunity for experience, reflection on, and an understanding of modern African city life, with reference to available information about various African cities, and Nairobi in particular, in both its:

- a) economic aspects - manufacturing, transportation, distribution and finance; and its
- b) urban aspects - including a study of the development of fast-growing cities in Africa, with special reference to the human consequences of various policies.

2. By providing an opportunity for an analysis of existing patterns of Christian ministry in African cities.

3. By undertaking a theological and missiological appraisal of the life of these cities and the church within them.

4. By studying urban-industrial ministries in various parts of the world, with an emphasis on Africa...

leading to an analysis of possible lines for further development of urban-industrial ministries in the areas from which the participants come."

5. The Programme

a) The Approach. The programme was designed on the basis that it is right to begin with experience of city life and then to analyse it from the point of view of 'secular' disciplines and of theology, leading to pointers for response in policy, structure and action. This procedure was fundamental to the set-up of the course, and is radically different from the normal methods of theological training, which begin with teaching various theological subjects, and may or may not include provision for applying this teaching to concrete situations.

We have no regrets that this procedure was adopted, and we believe that no other approach is likely to bear the same fruit. Nevertheless, difficulties are apparent, and some questions deserve discussion:

- i) How much initial preparation is needed before exposure and involvement in the situation?
- ii) If members of the course are involved in different situations, how can they all be helped individually to reflect in depth their experiences?
- iii) As this approach essentially requires a creative response to situations, it is not possible to lay down a firm programme in advance. This requires flexibility which yields both gains and losses, particularly in a comparatively short course, where there is little chance to make up ground that has been lost in other directions while pursuing a particular issue of importance.
- iv) Since this approach is still comparatively unusual in theological training, it can meet with resistance - and did, during this course, along the lines of: "Why do we have to work in industry? Can we not learn more through lectures?"

b) Introductory Phase. This covered weeks 1 and 2, and included a 5-day work camp in Mathare Valley, a squatter area in Nairobi. The work camp was most worthwhile as it achieved the objectives of exposing the course to the conditions of a shanty-town, while

working alongside the people in a common task, and of forging a bond of common experience shared with the tutors and Urban Africa Secretary, which was fundamental to our subsequent personal and group relationships. The group worked with villagers on the completion of a 'Harambee' (selfhelp) Nursery School, and on the removal of a house to permit the extension of a social hall. The cooperation of the NCOCK workers and the community leaders in the valley was much appreciated.

This phase of the course also included opening addresses, six Swahili lessons and an opportunity for each member to speak at length about his own country. A courtesy visit was paid to the Mayor of Nairobi.

c) Work Experience (Weeks 3 - 7).

i) In earlier discussion, the period of work experience was extended from four weeks to five, with an opportunity for briefing during the introductory phase, and for reporting on the experience in a subsequent week (8).

ii) During December and early January, contact was made with employers in Nairobi, with the object of having each member of the course attached to a place of work for practical experience of shop-floor life alongside other employees.

These jobs were selected under two combined aspects:

- to give each individual an experience that would relate to his home situation, and
- to give the course as a whole a cross section of the industrial-commercial life of Nairobi.

A problem arose for those who would be returning to plantation areas in their home countries. Three men spent two weeks out of Nairobi with Mr. Riess (part time) working on a tea estate and visiting sugar estates and factories at which a further work experience could not - as originally planned - be arranged. They later returned for three weeks' work in Nairobi. Jobs were as follows:

- 1.) Canon T.I. Akintayo: Nairobi City Council, Planning Section, survey of Tailoring Industry in Nairobi.
- 2.) Mr. A. Amare: Attachment to Kenya Civil Servants Union.
- 3.) The Rev. G.M.S. Ampah: Kenya Textile Mills.
- 4.) The Rev. H.A. Awasom: Brooke Bond Tea Plantation Kericho; Coca Cola Bottling Co. of Nairobi Ltd. (distribution).
- 5.) Pastor R. Diggs: Brooke Bond Tea Plantation Kericho; Firestone (E.A.) Ltd. (sales).
- 6.) The Rev. W.G. Muluya: Enterprise Road General Workshops Ltd. (Bus coach building).
- 7.) The Rev. F.M. Mkata: Greenhut Construction Co. Ltd., (building site).
- 8.) The Rev. L.M. Nyanungo: East African Railways and Harbours, (Railway workshops).
- 9.) The Rev. E.S. Osilaja: East African Industries Ltd., (Unilever Group, warehouse and soap-production).
- 10.) The Rev. S.K. Senesie: Timsales Ltd. (Timberyard and mill).
- 11.) The Rev. D. Serubidde: Brooke Bond Tea plantations Kericho; Kenya National Trading Corp. Ltd. (Wholesaling Sugar).
- 12.) The Rev. G.M. Sikazwe: Kenya Motor Engineering and Allied Workers' Union, Nairobi Branch Office

iii) The working period was a demanding experience for the course members and a number of problems arose. These became focussed on the issue of lunch money, for which Sh.2/- a day had been allowed, being the savings made by lunching out. This sum was much more than most local workers at shop-floor level could afford for a lunch, but was felt by some course members to be much less than enough for their need. The problem was intensified by the fact that they were not being paid by their employers, as this could be seen as taking a job away from an unemployed man. The pressures of exposure to industry in low status jobs (which for some participants seemed hard to accept for reasons of status consciousness), a strange diet, in a foreign land away from their families, added to physical tiredness and uncertainty about the course, putting the participants under some strain. This led to one of the major 'crises' of the course, and strong request for Sh.5/- a day lunch money was made - a sum not far short of the minimum daily wage for labourers in some industries. The course itself experienced an industrial relations confrontation.

As tutors we felt that to refuse this request would be to jeopardise the whole purpose of the course, and yet to concede it as of right would not only be an addition to the budget for which we had no authority, but also would be an 'easy option' that would be a betrayal of the tough disciplines which ministry to an industrial society requires. The issue was solved by seeing ourselves as all being under 'the law of the situation, whereby an extra expenditure on one item must be balanced by savings on another. A long weekend away upcountry, scheduled for the end of the working phase, was cancelled, and the money saved on mileage was issued as lunch money.

iv) Dealing with these issues took up some time in the early weeks of the work experience, and as a result, some participants appeared too concerned with their own problems to give really adequate attention to analysing the situation in their industries; there was not enough group discussion of industrial issues during the evenings, and it is probable that some members' eyes were never really opened to much of the reality of the human relations situation of their firms. The lack of a common language was a hindrance in some cases, but in others, one is bound to say that there were a few participants who were not really motivated to a real perception of the deeper issues. The diversion of one tutor and three men to the plantation areas of Western Kenya was valuable for those involved, but a loss to the group as a whole.

It is hard to see in what ways this problem could be tackled in future courses. Various possibilities are:

- aa) More sessions to be devoted during the introductory phase to an understanding of industry, adding perhaps a third week.
- bb) Some participants urged that the working experience should be done in their own countries before the course. This would deal with problems of language, diet, and separation from home. It would, however, raise fresh problems of supervision and analysis and miss the point of group experience and common sharing of insights.
- cc) It could be argued that five weeks is not long enough really to break below the surface of a work-place and that two or three months (or even more) is needed if one is to enter into deeper levels. This raises questions about the length of the course as a whole. If one is interested to transmit

an insight of the importance of both urban and industrial development and their interrelation, the programme should reflect this by paying equal attention to both sides and by allocating time correspondingly. In addition, the single week 8 did not provide enough scope for full discussion of work reports and invited speakers on industrial subjects. An extra week would have been well used at this point.

- v) The issues arising from the work reports were summed up in a paper by Mr. Riess, but in the final section of the course we never really returned to these issues to grapple with them as we had earlier intended.
- vi) But when all this has been said, it is clear that for most of the participants, the working period was very much worthwhile. The great majority of them worked very hard and found that through it all they had come to a valuable experience. Those who put most into it were those who got most out of it.
- d) Urban Projects (Weeks 9 - 12). At the end of week 8 the programme was designed to switch from an industrial to an urban emphasis. The approach was to give each participant a project, chosen in consultation with himself, to be carried out individually or on a team basis, in exploring a particular area of urban life, in such a way that the course as a whole would gain insights into a range of metropolitan issues. The projects were suggested to meet the interests indicated on the participants' original questionnaire sheets, and the initial contacts and arrangements were made by the tutors during the work experience phase of the course. Three members of a training course for social workers being run simultaneously by the NCCK, also took part in these projects. The projects were:
 - 1.) Canon T.I. Akintayo - Unattached Youth
 - 2.) Mr. A. Amare - Impact of Mass Media Advertising
 - 3.) Rev. G. M. Ampah - Aspects of Town Planning in relation to crime
 - 4.) Rev. H. A. Awasom & Rev. S. K. Senesie - Patterns of Marriage relations in town
 - 5.) Pastor R. Diggs - Urban and Rural Culture patterns among twenty Luo
 - 6.) Rev. G. Muluya - Small Traders in an area scheduled for 'slum clearance'.
 - 7.) Rev. F. M. Mkata & Rev. E. S. Osilaja - A study of new migrants into the city
 - 8.) Rev. L. M. Nyanungo - Community work and community centres
 - 9.) Rev. D. Serubidde - Housing and rent control
 - 10.) Rev. G. M. Sikazwe - The work of the churches among youth in town.

ii) Ten afternoons and evenings were kept clear for project work on the programme, although this time was cut into on one or two occasions. The purpose of the projects was not only to gain insights but also to experience the techniques of doing a small piece of research or a survey, and to foster the spirit of initiative, enquiry, and independent action on the part of the members of the course.

These objectives were only partly realized. Although the initial contacts were made by the tutors, it became clear that the problems of making and keeping appointments, travelling about the city and following up contacts presented more difficulties to the course than had been expected. The pro-

jects which had the most sustained local contacts were the most successful in gathering useful material. Unfortunately, the closure of the University College, Nairobi, upset our plans for a West African Sociologist to advise us on research techniques. It is clear that closer supervision of the projects was needed but this was not possible with the projects proceeding simultaneously. Some members wrote interesting reports on their projects, but in other cases there was little more than a record of interviews held. The need for help in broadening and deepening one's analysis became apparent.

At times one could even have the feeling of inexpressed resistance on the side of some of the members, which can easily be explained as a lack in motivation and as a result of their impression that too much was asked from them at the same time.

While the actual shaping of the programme does not support such impression, it might be that they felt exposed to too many and different experiences at the same time, and that they would have preferred to concentrate on one aspect at one time only. On the other hand the tutors felt it necessary to 'stretch' by means of challenge the personality of each of them with regard to their future work in urban industrial mission. On the positive side it is clear that members of the course learned something about our approach to urban society which is motivated by a desire to understand, rather than a desire to judge or persuade the people in a given situation. We all learned that this approach is more difficult than it first appears. Individuals gained insights into areas of urban life in which they had expressed previous interest, and there was a sharing of these experiences with the others in the course. The syndicate reports include some of the project material.

iii) For the future it may be recommended that such projects should be consolidated into fewer projects, with a team tackling each one, enabling a tutor to be concerned with not more than about two projects. The need to launch men into working on their own could still be fulfilled in such a context.

e) Church Visits.

i) The programme provided that during the earliest weeks of the course, and particularly during the work experience, participants should be free to spend Sundays as they wished. Several were invited to preach in Nairobi congregations.

During the five weeks of March 1969, it was arranged that the course members should visit a wide range of the congregations of Nairobi, in order to experience different liturgical traditions, to meet church members and leaders, and to conduct a survey of the congregations of the city. In this way over sixty congregations of 44 denominations were visited, and interviews held with over thirty church leaders. These data will later be analyzed separately and should provide the basis for a brief study of church life in the city. For members of the course, the visits revealed the very wide range of church life, and gave rise to serious thought and discussion of the cultural factors in worship patterns, particularly in relation to the locally founded African independent churches.

ii) It proved impossible to make adequate advance arrangements for most of the church visits. This caused some difficulties in meeting busy pastors, and would have been overcome if there had been more administrative staff.

iii) Pressure of events in the final weeks of the course prevented us from making the thoroughgoing analysis which had been planned. The experience of the visits, however, did demonstrate the gap which undoubtedly exists between what the churches do on Sundays and what goes on in the urban-industrial world all the week. The need for new structures of church life became apparent. But again as time progressed some resistance could be felt, as members would have preferred a free Sunday instead of leisure time during the week.

f) "Understanding Metropolis."

In addition to the urban projects, the course sought further insights into urban-industrial life through lectures and discussions with knowledgeable persons in Nairobi. In this connection, the value of holding the course in a University town and capital city, and the contacts previously made by the NCCK's work in the urban-industrial sphere, were most valuable.

We set below the number of sessions devoted to particular topics, alongside the original plans made when the course was conceived, in some cases modified in the planning at the outset of the course.

Industry:

planned :	16 lectures,	6 visits, 1 weekend conference
held :	8 lectures, films,	6 visits, 1 weekend conference (Momb.)

Economic Geography of Urbanisation:

planned :	2 lectures,	3 seminar groups
held :	1 lecture,	1 weekend conference (Limuru)

Technical Basis Industry:

planned :	2 lectures,	1 seminar, 1 visit
held :	2 lectures,	- seminar, 3 visits

The Sciences:

planned :	4 lectures,	1 seminar, 2 visits
held :	4 lectures,	1 seminar, 1 visit

Commerce:

planned :	3 lectures,	1 seminar, no visits
held :	2 lectures,	- seminar, 1 visit

Urban policy and planning:

planned :	5 lectures	3 seminars, no visits
held :	4 lectures,	- seminars, 1 visit

Political Aspects of City Life:

planned :	5 lectures,	2 seminars, 2 visits
held :	4 lectures,	- seminars, 2 visits

Social Politics, Social Welfare:

planned :	3 lectures,	3 seminars, no visits
held :	1 lecture,	- seminars, no visits

Public Administration:

planned :	5 lectures,	2 seminars, 5 visits
held :	4 lectures,	- seminars, 3 visits

Sociology:

planned :	5 lectures,	3 seminars, no visits
held :	4 lectures,	- seminar, no visits

Psychology:

planned :	4 lectures,	3 seminars, no visits
held :	2 lectures,	1 seminar, no visits

Urban Culture:

planned :	2 lectures,	2 seminars, 3 visits
held :	3 lectures,	- seminars, no visits

Deviations and Crime:

planned :	2 lectures,	1 seminar, no visits
held :	1 lecture,	- seminar, no visits

Summary of Metropolis:

planned :	1 lecture,	- seminars, no visits
held :	1 lecture,	- seminars, no visits

Family Life & Youth:

planned :	- lecture,	- seminars, no visits
held :	1 lecture,	1 pannel, 2 visits.

As a result of repeated reshuffling of the programme some lectures were abandoned, e.g. sessions: the effect of mass media, psychiatry, stress in town; leadership; group dynamics; practice of administration, etc.

On the other hand some participants had the advantage of participating in conferences related to the subject. Two of them went to Limuru for a week-long ecumenical consultation on lay-training, while another one joined a conference of the Lutheran World Federation in Addis Ababa on stewardship. Seven members went on a two day safari to Lake Magadi for a visit of Magadi Soda Company Ltd. and a study of a typical company town.

g) Visit to Mombasa. During this period, as a half way break for the course, a visit was paid to Mombasa from 7th - 14th of April. The program was prepared in cooperation with NCCK's Church & Industry Team Mombasa. During this time visits were organized to different institutions, e.g. a cement factory, an aluminium plant, the port, and City Councils Social Welfare Department, including discussions on subjects arising. The weekend was devoted to an 'Across-the Levels' conference on 'Common aims in industry'.

h) Theological Appraisal and Church Renewal. The original draft provided for four weeks of theological appraisal of "metropolis" and a final two weeks of study devoted to urban-industrial ministries in Africa. Forty lecture/discussion periods were scheduled for the former aspect, and in fact only twelve were held on Biblical-theological insights, and a further thirteen sessions on aspects of church renewal.

It became apparent by about the 11th week of the course that it would be a mistake to concentrate too much theology in the final six weeks, and that theological discussions should be opened earlier. This was begun before the week 14, spent in Mombasa, and stepped up from week 16 onwards. Work on the syndicates (see below) continued, however, well into the period originally scheduled for theological appraisal, as 'theologizing' was part

of the task given to the syndicates.

Their reports, however, showed a weakness that ought to have been discerned sooner, as the theological sections were really very thin. Our analysis of the situation is that theological education in Africa has followed the rest of the world in regarding its task as 'teaching Theology' - i.e. the imparting of a body of knowledge about biblical, doctrinal etc. subjects (on which an examination is set) which can then be passed on and 'applied' to situations.

It is evident that few pastors in Africa have been helped to think theologically, to theologize about society and the human situation - i.e. to try to discover and discern the word to speak to it, in the light of our understanding of God and his ways with men.

During the course the participants came to see the distinction between these two methods, and were motivated towards thinking theologically. They were helped by the course towards ways of doing this, but it must be counted as a weakness of the course that more time was not devoted to following this up in practice. More literature needs to be produced along these lines.

j) Syndicates. On return from Mombasa, the course decided collectively to work in two syndicates, each with a field of study in urban-industrial Africa, to give members of the course an opportunity to bring the lecture-material, reading material and project results into a document that would reflect the combined study and opinion of the course.

From week 15 to the end of the course, eleven mornings and six afternoons were devoted to syndicate work, and six subsequent mornings to the discussion and amendment of drafts. This became a major exercise of the course and participants threw themselves into the work with great enthusiasm, spending time in libraries in the city and university, and sometimes working long hours in drafting, typing or redrafting. While some contributed papers were of a higher standard than others, the group as a whole made a really serious attempt to comprehend and digest the major aspects of the urban-industrial situation in Africa. Syndicate "A" tackled broader political-economic aspects of development strategies, and more specially industrial issues; syndicate "B" studied urbanisation, and aspects of cultural and social change. The final report is being edited and distributed separately.

k) Tutorials. The two course tutors accepted special responsibility for six men allocated on the basis that previous acquaintance should be followed up. It had been hoped that each tutor would have at least three short and five long tutorials with each of his six men, but this did not work out as planned.

Apart from short administrative sessions together, the most that proved possible was about four tutorials per member during the course, and in some cases less. In the first half of the course the members wrote two essays each, and these were superseded by papers written for the syndicates during the second part of the course. In future courses we recommend that the tutors have less administrative responsibilities and are more free to devote time to personal tutorials.

The programme allowed time for study each week after the working experience. These hours varied from three to ten per week, apart from time regarded as 'free'. It was originally planned that each three-week 'block' of the course should have 13 - 19 hours of study to provide the opportunity to write one essay. In the event,

weeks 15 - 22 included thirty study-hours in addition to the time allocated for syndicate work.

The Rev. François Mbea came from Cameroon for 2 1/2 months, beginning at week 8, to join the course as an associate tutor, in preparation for the responsibilities he would be probably assuming for a future French-speaking course. He was accommodated with other members of the course and contributed most creatively in very many ways to the life of the group.

The Rev. Lloyd Swantz came for one week, 26th March - 2nd April, and gave four lectures and a seminar on aspects of Dar-Es-Salaam from the point of view both of social anthropology and church renewal. This visit was a great stimulation to the course.

The Rev. Christa Springe of Gossner Mission joined the course for the final five weeks. She gave several lectures from the perspective of urban-industrial ministry in Germany with a broad background of ecumenical experience in urban-industrial mission and was able to give time to personal work and group work that was an extremely valuable contribution at a time when extra help was needed. She also helped after the course had finished in evaluating its results and again had much to contribute from her experience in tutoring similar courses in Mainz-Kastel.

1) Communication. During ten weeks of the course, three sessions were held weekly on Reading Efficiency and Basic Communication, following "Faster Reading" by Fry, and using 'Things Fall Apart', 'Animal Farm', 'Hiroshima' and 'The Secular City' as books for reading in study periods with subsequent class discussion.

At the beginning of this reading course, no member of the course was reading at over 200 words per minute and eight were under 150 words per minute (70% comprehension assumed). By May, six members were over 500 words per minute, two over 400 words per minute and three over 300. Some had achieved a 500% improvement and none less than 250%. The effects of this achievement are incalculable. The course is very greatly indebted to Mrs. Alice Maclin of BRAVS, for her expertise and hard work in leading these sessions so successfully.

During the final seven weeks of the course, a group of about six participants spent some 30 minutes daily on English pronunciation. Mrs. T. Priestley, of BRAVS, led these sessions which were very greatly appreciated.

6. Accommodation.

The course was extremely fortunate to have most suitable accommodation in Nairobi. From 6th of January to 7th of April, twelve study-bedrooms were occupied at Trinity College, Jogoo Road, and an extra room provided for Pastor Mbea by St. Stephen's Church on the same compound. Trinity college had a library-lecture room, chapel and dining-common room, in which a television set was provided.

Its location on a main road between the main African residential areas and the industrial area was ideal for the early stages of the course. The Rev. and Mrs. Paul Chidwick helped the course in numerous ways for which we are deeply grateful.

From 7th - 14th of April the course stayed at Kanamai Youth Holiday Centre, 20 miles north of Mombasa on the coast of the Indian Ocean. Although the camp was undergoing renovation, Mr. and Mrs. Detlef Reuter did a great deal to make life comfortable despite the exceptional heat.

From 14th of April to 6th of June, the course was accomodated at the AACC Conference and Training Centre, Sclaters Road, Nairobi, which is designed for 6-month-courses run by the AACC Broadcasting and Audio-Visual Services 'Bravs'. This centre is situated on a main bus route in the residential suburb of Westlands, three miles from the city centre, and is equipped to cater for larger numbers than Trinity College. It provided a more secluded setting for the reflective part of the course. To Mr. and Mrs. Maclin and the staff of BRAVS the course owes a great debt of gratitude. A difficulty arose over the fact that neither of the course tutors lived with the course, and both had to travel some miles from their homes. This unavoidable circumstance raised problems with the lack of informal social contact and off-duty discussions, and also made administrative contacts more difficult. For future courses a lot would be gained if at least one tutor could reside on the compound throughout.

7. Finance.

The total budget provided for the course was

£(K) 7280/00, which came from the following sources:

£(K) 3600/00 from Gossner Mission, Germany;

£(K) 2000/00 from AACC (Urban Africa Secretariat);

£(K) 900/00 from Evangelische Arbeitsgemeinschaft f. Weltmission;

£(K) 780/00 from sponsoring churches.

We set out below the budgetted figures and the actual expenditure under each heading:

1) Travel, delegates to Nairobi & return	budgetted 1600/00 spent
2) Board & Lodging, Trinity College	budgetted 891/00 spent
3) Board and Lodging, BRAVS	budgetted 684/00 spent
4) A.Hake Budget	budgetted 1600/00 spent
5) J.Riess (local travel & entertaining)	budgetted 230/00 spent
6) F.Mbea (2 1/2 months)	budgetted 400/00 spent
7) L.Swantz (travel & accomodation)	budgetted 65/00 spent
8) C.Springer (travel, accomodation expenses)	budgetted 350/00 spent
9) Local Transport	budgetted spent
10) Secretary, part-time	budgetted 225/00 spent
11) books and Periodicals	budgetted 120/00 spent
12) Book Subsidy	budgetted 20/00 spent
13) Stationary	budgetted 40/00 spent
14) Telephone Calls	budgetted 30/00 spent
15) Cables	budgetted spent

16) Postage	budgetted	15/00
	spent	
17) Honoraria	budgetted	36/00
	spent	
18) Hospitality	budgetted	20/00
	spent	
19) Contingencies	budgetted	
	spent	

Unforeseen expenditures arose out of the fact that we had to pay half of the salary of one participant and the whole pocket money of the Rhodesian participant who was not allowed to bring any money with him. On the basis of earlier experience it had been assumed that a sum of SH. 20/= per week would be sufficient to cover basic expenses of participants. It turned out, however, that most participants found it difficult to have their needs met by that sum and asked for more either from home or as a loan from budget resources, which was difficult to agree to. We therefore would like to suggest that for future courses an exact estimate should be made and participants be informed accordingly.

8. Administration.

At our first meeting as tutors, it was agreed that Mr. Hake should carry primary responsibility for arranging the programme on agreed lines, and that Mr. Riess should deal with finance, library, and the Mombasa visit. It became clear, particularly after the five weeks working experience, that administrative duties were demanding so much time that full attention to more strictly tutorial functions could not be paid. The situation improved from mid April onwards to the end of the course, as an able messenger/copy-typist was employed who relieved the tutors of some of their technical obligations. But it is a strong recommendation that a clear line should be drawn between tutorial and administrative functions and that for future courses a person should be employed full-time to deal with all technical aspects of running such courses.

9. Worship.

It was an agreed-upon part of the programme, that special attention should be paid to the question of worship and spiritual life of the course, as one could expect that the new experiences and insights would make an impact on the pattern of worship and on the spirituality of the group in general.

Provision was made for at least one communion service per week, while daily morning prayers were planned to be held by the participants on a rotatory basis, following different patterns of liturgy of their own choice. With regard to the denominational mixture of the group, concelebration seemed to be the appropriate answer to meet the requirements of conscience and church law. But for the time being spent at Trinity College the group decided to ask the Anglican Warden to act as a regular celebrant. The communion services followed the 'United Liturgy for East Africa' as used in the college.

First difficulties arose when two members with Anglo-Catholic background withdrew from the morning prayers and instead began saying mass privately. This was felt by the group to be an act of breaking the fellowship, and several fruitless attempts were made to restore the original completeness.

After having moved to BRAVS, a serious crisis developed out of a discussion following a lecture by Mr. Hake on the subject of 'Liturgy coming to life', which he took as an opportunity to repeat his suggestion of using the concelebration pattern as the only possible solution left in the present situation.

The fact that Anglicans were not allowed to receive communion except when an Anglican priest was among the concelebrants made some participants protest, as they felt this to be a downgrading of Non-Anglicans, and a maintenance of denominational principles contradicting the spirit and the fellowship of the group.

As a result communion services were suspended for some weeks. The experience of not being able to overcome such difficulties made most participants aware of both the reality and relativity of present denominational divisions. Some of them felt a deep conflict between ecclesiastical loyalty, and a personal inclination to 'leap over the wall', especially as these difficulties were considered as imports of non-African origins.

Ascension Day provided an agreed opportunity for having the communion service restarted on a concelebration basis.

The course closed with a communion service held by the tutors which united all participants who received except the two Anglo-catholics. Even if one can say that the sad experience of denominational division turned some participants into engaged agents of Christian unity, it must be admitted that on the whole the course refused the challenge provided by the situation and declined to engage in tackling the touchy problems in frankness. This was partly the result of members' attempts to keep up at least good personal relationships with the Anglo-Catholics, who showed no readiness even to discuss their position, let alone to change it.

On the other hand one could gain the impression that for some members the problems seemed of not such a burning nature as to be worthy of a major investment of time and thought. These were the people who supported the idea of having everybody attend service of his own denomination as provided in the city of Nairobi.

In conclusion we must concede that there was no full sharing of the Lord's supper, that there was only limited readiness to discuss the item at depth and that the course failed in articulating a new spirituality and in developing new forms of liturgy expressing our common concerns in an appropriate way.

10. General Summary and Comments.

Looking back it seems justified to say that the course was extremely worthwhile.

i) It has proved the possibility both program- and organisation-wise, to have such a course in Africa itself. Its pilot nature should be taken into account when judging the results, e.g. the valuable material has been produced and information gained which can serve for future planning and action.

ii) The structural approach taking the actual situation and the existing problems of urban-industrial Africa as starting points has been of the greatest importance. Even if new to most participants and requiring full engagement of everybody involved, it can be taken as the basic principle in planning a course of such nature and as the appropriate method with regard to the subjects as well as the goals aimed at.

iii) Roughly speaking one third of the participants experienced a real reorientation of their theological thinking which will influence decisively their future approach and activities in their ministry. The rest have profited to differing extents, but undoubtedly all have learned much.

iv) Regarding the length of future courses, some of the facts indicated in this report speak in favour of an extension to six or seven months. But this needs to be examined in the light of a cost/benefit-analysis considering factors like increasing budget figures, availability of participants and staff and organizational implications.

Questions have been asked about future participation of wives. Even if this seems difficult for financial reasons, at least a part-time presence (e.g. one month in the middle) could be a help in that respect.

v) Irrespective of the conclusions finally arrived at, the fact remains that urban-industrial Africa asks for ongoing provision of experts in urban-industrial mission, i.e. for more courses of that kind. AACC and member churches should be encouraged to sponsor future courses, either continental or regional ones, to serve their people and meet their needs.

vi) The tutors want to express their most sincere gratitude first to the All Africa Conference of Churches and its general secretary for not only having accepted the idea of sponsoring this course but also assisting in its realisation in various ways. Likewise they feel indebted to the National Christian Council of Kenya and its general secretary for his readiness to second two staff members as tutors for the requested time. Finally they want to extend their thanks to the Urban Africa Secretary of AACC, the Rev. Philip Bloy, without whose neverceasing support and efforts this course could not be thought of as having become a reality.

Nairobi, 5th of July, 1969

Andrew Hake,
Jochen Riess.

Eintrag 20
11. AUG. 1969
Erlischt:

GOSSNER-HAUS, 6503 Mainz-Kastel, Johannes-Gossner-Str. 14

2. August 1969

19.5/9

Sehr verehrte, liebe Freunde des Gossner-Hauses!

Sie wissen von unserer neuen Mitarbeit in den jungen Kirchen Afrikas. Ich komme nun gerade von Ost- und Süd-Afrika zurück und möchte beginnen, Ihnen von meinen Erfahrungen dort zu berichten.

Als ich am 1. Mai-Sonntag nach Nairobi in Kenya abflog, fragte mich der Stewart im Flugzeug, ob ich die Zeitung von gestern oder von morgen (!) lesen wolle. Er habe beide da. In solchen Augenblicken ist man offen für Symbole, und dieses hat mich in allen Wochen begleitet. Jeder Europäer entdeckt in Afrika vieles von gestern. Viel wichtiger ist es aber, von den Afrikanern zu berichten, die heute schon für morgen leben und arbeiten.

Seit langen waren wir in Mainz-Kastel gebeten worden, unsere Seminar-Erfahrungen für die Ausbildung von Pfarrern auch den afrikanischen Kirchen zur Verfügung zu stellen. Wir rieten, dieses an Ort und Stelle, d.h. in Afrika selbst zu tun. So entstand der erste afrikanische Pastorelehkursus in Nairobi, zu dem 12 Teilnehmer aus zehn afrikanischen Staaten kamen. Sein Thema: Kirchlicher Dienst in Metropolen. In den meisten afrikanischen Staaten leben erst höchstens 10 Prozent der Bevölkerung in Städten, und sie fühlen sich fast ausnahmslos noch als Landbewohner, die lieber heute als morgen zu ihren Stamm und Dorf zurückkehren wollen. Es gibt eigentlich noch keine städtische Kultur, die afrikanisch ist, aber in 20 Jahren werden Städte wie Nairobi nicht mehr 400000 Einwohner, sondern 4 Millionen haben.

Was muss man heute lernen, um diese Entwicklung zu meistern? Die 12 Kursisten, die ich 5 Wochen lang im Rahmen ihres fünfmonatigen Kurses unterrichtete, haben sich mit dieser Frage sehr herumgeschlagen. Von Kindheit an lernten sie, das Alte und die Alten zu verehren und nicht in Frage zu stellen. Sie kamen nun selber darauf, daß sich manches - oder vielleicht sogar alles - in ihrer Praxis ändern muss. Dörfliche Kirche in einer Metropolis? Biblistische Predigt für eine Studentengemeinde? Gebet um Regen, ohne Experten für Wassergewinnung anzustellen? Linderung der Armut ohne Arbeitsplätze zu beschaffen? Ich war sehr beeindruckt, wie sie sich diesen Herausforderungen aussetzten und auf einen neuen Weg machten.

Ich nahm an der Generalversammlung der im Nationalen Christenrat von Kenya zusammengeschlossenen Kirchen und kirchlichen Einrichtungen teil. Bei dieser Gelegenheit wurde ich auch Staatspräsident Kenyatta vorgestellt, der die Grundsteinlegung für den Erweiterungsbau einer Tagungsstätte in Limuru vornahm. Zu diesem Anlaß kam der greise Lehrer von Kenyatta aus den Bergen, um seinen früheren Schüler zu begrüßen. Einmal griff er in die Diskussion ein, als manche Kirchenführer den Abfall der akademischen Jugend vom Glauben beklagten und fragten, ob Christen vielleicht lieber auf moderne Bildung verzichten sollten. Der alte Mann erzählte, wie er seit 65 Jahren das Evangelium predige, aber die Gebildeten und die Jugend kämen höchstens einmal zu ihm, dann blieben sie fern, weil er wohl zu wenig wisse, um für sie den Glauben relevant zu machen. Er schloß dann mit einem leidenschaftlichen Appell, daraus nicht die falschen Konsequenzen zu ziehen. "Ihr müsst die Pfarrer besser ausbilden, damit sie dieser wissenschaftlichen und technischen Generation gewachsen sind, aber ihr dürft doch die Jugend nicht von der Universität fernhalten!"

Eines der größten Probleme dieser jungen Staaten ist die unvorstellbare Arbeitslosigkeit. Pfarrer Hake, einer unserer Kursusleiter mit langjähriger Erfahrung in Afrika, sagte, in diesem Stadium bestünde die Bildungsaufgabe der Schule nicht so sehr in Wissensvermittlung, sondern mehr in der Ausbildung der Schüler zur Selbsthilfe. Aber trotz der vielen in Selbsthilfe gebauten und geleiteten Schulen erhält vorläufig nur ein Teil der Kinder überhaupt Unterricht. Selbst diese bekommen später oft keine Arbeit. Wie soll dann ein gesunder Übergang ins Leben der Erwachsenen und in die Welt der Zukunft gelingen?

Pfarrer Riess, unser Mainz-Kasteler Mitarbeiter in der Industriestadt Nakuru und ich haben viel darüber beraten, wie unser Gossner-Beitrag angesichts dieser Probleme aussehen soll. Es klingt merkwürdig, wenn man schon am ersten Tag einer neuen Aufgabe sagt, man wolle sich selber so schnell wie möglich überflüssig machen. Aber alles kommt tatsächlich darauf an, daß die Afrikaner ermutigt werden, selber ihre Stadt zu bauen und zu verwalten, selber die Auswirkungen auf Familie und Stamm zu bedenken, wenn die vorhandene Industrie verdreifacht wird, und selber kirchliche Formen zu entwickeln, die der Mobilität eines jungen Volkes entsprechen.

Wir planen nun in Nakuru ein Gemeinschaftszentrum, an dem sich sieben Denominationen beteiligen, und wo sich Christen und Nichtchristen in verantwortliches Handeln gemeinsam einüben. Dieses Haus soll die Basis abgeben für eine breite und vielfältige Tätigkeit, von der die afrikanischen Christen hoffen, sie möge auch in das unterentwickelte Hinterland ausstrahlen. Die Menschen brauchen eine Verkündigung, die ihnen Mut macht, unter den neuen Bedingungen von Industrie und Stadt zu leben und einen Gemeindetyp zu entwickeln, der missionarische Kraft hat.

Das Haus wird eine Werkstatt haben, in der Afrikaner für eine Heimindustrie ausgebildet werden können. Andererseits muß es ein Besprechungszimmer geben, in dem sich die leitenden Leute von Stadt und Wirtschaft bei Beratungen wohlfühlen. Aber auch die ganz Armen und Abseitsstehenden sollen ihren Platz in diesem Haus finden. Pfarrer Riess versucht, seine Mitarbeiter unter den Einheimischen zu gewinnen. Ihre Ausbildung steht dann als neue Aufgabe vor uns. So bemühen wir uns darum, an der Afrikanisierung der Kirchen mitzuarbeiten und sind überzeugt, daß die Teilnehmer am Pastorenkursus in Nairobi in ihren Kirchen einen wesentlichen Beitrag auch dazu leisten werden. Der nächste von Gossner unterstützte Kursus wird wohl 1971 in West-Afrika schon einen afrikanischen Leiter haben und wir werden dann als Berater oder Assistenten mitarbeiten. Meine ganze Reise stand unter diesem Motto.

Nun wird Sie noch der beiliegende Brief von Pfarrer Riess interessieren. Sie ersieht aus ihm, wie die Kirchen von Kenya in ihre Verantwortung für Krieg und Frieden auf ihrem Kontinent hineinwachsen.

Auf einem Flug in das nördliche Wüstengebiet von Kenya habe ich eine Gegend kennengelernt, in der viele Menschen hungern und sterben ohne daß wir viel darüber erfahren. In welcher Weise der Nationale Christenrat in aller Stille mit ökumenischer Hilfe in diesem Notstandsgebiet arbeitet, werde ich Ihnen ein nächstes Mal berichten. Sie sollen wissen, wofür Ihre Gaben gebraucht werden, wenn wir uns nun auch den Aufgaben in Afrika zuwenden.

Mit herzlichem Gruß

Ihre

Christa Springe, Pfr.

-Anlagen-

Postscheckkonto: 106305 Hannover
Volksbank Mainz-Kastel Nr. 4834

Offener Brief

An Seine Exzellenz
den Herrn Hochkommissar von Nigeria
Agip Haus
Haile Selassie Avenue
Nairobi

Exzellenz!

"Berichte aus Biafra besagen, die Lebensmittel-Situation sei so schlecht, dass viele verzweifelte Eltern Ratten für ca. 18 sh per Stück kaufen, um damit ihre hungernden Kinder zu ernähren. Die Lebensmittel-Lager des Roten Kreuzes sind jetzt fast völlig erschöpft, und die karitativen Einrichtungen haben fast keine Lebensmittel mehr, um sie an die Flüchtlinge zu verteilen....."

Diese Information in den Nachrichten vom Radio "Stimme von Kenya" am Donnerstag, den 10. Juli um 7 Uhr, und eine ähnliche Meldung in der heutigen Zeitung haben unser Gewissen noch mehr beunruhigt. Wir Mitglieder des Ausschusses "Kirche und Gesellschaft" des Nationalen Christenrats in Kenya glauben, dass die Entwicklung jetzt den Punkt erreicht hat, wo wir nicht mehr anders können als öffentlich unsere ernsthafte Sorge und Trauer über die augenblickliche Lage auszudrücken. Lassen Sie uns deutlich feststellen, dass wir keine Absicht haben, uns in den politischen Aspekt des tragischen Konflikts einzumischen. Noch wollen wir die Schuldfrage in pharisäerhafter Weise diskutieren. Aber als Christen können wir einfach nicht hinnehmen, wenn eine ganze Bevölkerung der Gefahr ausgesetzt ist, durch Verhungern ausgelöscht zu werden. Auch das kann als Kriegswaffe verstanden werden. Das ist nach unserer Überzeugung unvereinbar mit christlichen Grundsätzen.

Wir fühlen uns darum gedrungen, an Eure Exzellenz als überzeugten Christen zu appellieren, Ihren Einfluss zu benutzen, um annehmbare Wege und Mittel zur Beendigung des Hungers und zur Wiederaufnahme von Hilfsaktionen für die Opfer zu finden.

Jesus Christus sagt "Selig sind die Friedensstifter, weil sie Kinder Gottes heißen werden!" "Kommt, ihr Gesegneten meines Vaters, ererbt das Reich, welches für euch von Anbeginn der Welt bereitet war, denn ich war hungrig und ihr habt mich gespeist, ich war durstig und ihr gebt mir zu trinken...."

Wir möchten Eure Exzellenz bitten, diesen von Mitchristen geschriebenen Brief anzunehmen als Ausdruck ihrer ernsthaften Sorge für das nigerianische Volk und für den Frieden, um den wir beten, dass er auf allen Menschen dieser Erde ruhen möge.

Gezeichnet: Alex Mathu
Chairman of the Church and Society Committee
The National Christian Council of Kenya

Gezeichnet: John C. Kamau
General Secretary
The National Christian Council of Kenya

Übersetzt aus dem Englischen von Christa Springe

Brief von Pfarrer Jochen Riess an
Gossner-Haus, Mz.-Kastel

Nairobi, den 11.7.69
Po Box 5009

Liebe Freunde,

Anliegend der Text eines offenen Briefes, der morgen in den beiden großen Tageszeitungen von Nairobi, "Daily Nation" und "East African Standard" erscheinen wird. Ich hatte die eingangs zitierte Meldung in den Nachrichten gehört und stellte auf dem am gleichen Vormittag stattfindenden staffmeeting die Frage, ob wir nicht öffentlich Stellung beziehen müßten. Die Angelegenheit wurde an das zufällig am Nachmittag tagende Committee für Church and Society überwiesen, das sich für den Gedanken eines offenen Briefes aussprach und mich bat, einen Entwurf zu machen. Der wurde dann heute früh mit Kamau und dem Vorsitzenden durchgesehen. Dann, um 11 Uhr, fuhren wir drei zum High Commissioner von Nigeria, um ihm den Brief vorzulegen und zu diskutieren. Es ergab sich, daß er einen Admiral zu Gast hatte, aus Lagos, 2. Vorsitzender des Militärrats, also so ziemlich an zweiter Stelle hinter Gowon, der gekommen war, um an der Beerdigung Tom Mboyas teilzunehmen. So erhielt das ganze ziemlich offiziellen Charakter, und wir diskutierten fast eine ganze Stunde. Sie waren nicht gerade entzückt, und wir durften uns am Ende den Weg zum Ausgang selber suchen. Aber John Kamau wich und wankte nicht. Er vertrat die Auffassung, daß es an den Mächtigen sei, Gnade zu zeigen und verglich die Situation mit dem Verhältnis seines Vaters zu seinem ungezogenen Sohn. "You don't beat him only, you feed him as well!" Der High Commissioner hat sich vorbehalten, öffentlich zu antworten, aber das ist gerade, was wir wollen: Daß die Kirche öffentlich redet und daß öffentlich geantwortet wird. Denn es wird ja auch öffentlich geschossen und ausgehungert. Daß das ganze in knapp 24 Stunden durchgegangen ist, ist wirklich erstaunlich. So schnell glückt hier selten etwas. Jetzt gleich gehe ich in den Gedenkgottesdienst für Mboya, in dem der anglikanische Erzbischof von Ostafrika predigen wird. Die Stadt scheint diesmal völlig ruhig zu sein.

Seien Sie herzlich begrüßt

Ihr

Jochen Riess

INFORMATIONSBLATT

NR. 14

des Seminars für Kirchlichen Dienst
in der Industriegesellschaft
6503 Mainz-Kastel, Joh.-Gossner-Str. 14

Eingegangen

28. JULI 1969

Erledigt:

Kastel, 24. Juli 1969

Liebe Freunde!

Zurück aus Afrika möchte ich anfangen, Ihnen von meinen Reiseerfahrungen zu berichten, nicht alles auf einmal, aber von Zeit zu Zeit über eine Seite. Heute nehme ich ein Thema auf, das sich aus dem beigegeführten Brief von J. Rieß ergibt. Aus ihm wird uns deutlich, wie eine junge Kirche bereit ist, über ihre eigenen Grenzen und Probleme hinwegzusehen und anderen in ihrer Not zu helfen.

Es gibt Ansätze zu selbständigem Handeln, von denen wir zu wenig hören. Auf der Generalversammlung des Nationalen Christenrates von Kenya, an der ich gleich nach meiner Ankunft zwei Tage in Limuru teilnahm, fanden die afrikanischen Kirchenführer den Übergang zur eigenen Entwicklungshilfe. Sie wurden sich bewusst, dass sie selber für die unterentwickelten Gebiete und Stämme im eigenen Land eintreten müssen und nicht alle Hilfe von aussen erwarten sollten. Die Methodistenkirche in Kenya hat schon im vergangenen Jahr eine besondere Verantwortung für die "Nothern Frontier" - ein Wüstengebiet zwischen Mount Kenya und Somalia - übernommen. Die nomadische Bevölkerung erlitt durch die jahrelangen Grenzstreitigkeiten viele Verluste an Menschen und Vieh. Jetzt ist sie durch Hunger und Krankheit bedroht. Regierungsstellen schützen sie z. T. in Sammelagern, die afrikanischen Christen entwickelten dort Speisungsprogramme, medizinische Versorgung und Schulunterricht. Natürlich fließen Gelder über den Weltkirchenrat von aussen in diese Programme. Bei meinem Besuch dort stellte ich aber fest, dass nur Afrikaner und nicht ein einziger Weisser dort arbeiten. Kontakt mit der Aussenwelt ist selten, denn die Versorgung geschieht mühsam mit Jeeps über Sandwege; wir flogen mit einem kleinen 5-sitzigen Flugzeug ein. Wer dort arbeitet, bringt wirkliche persönliche Opfer. Die Zusammenarbeit zwischen kirchlichen und staatlichen Vertretern ist eng, mir schien sie in diesem Fall vorbildlich. Ich hörte, wie zwischen dem District Commissioner (etwa ein Regierungspräsident), dem Vertreter des NCCK und den Mitarbeitern in den camps Pläne für ein Waisenhaus entwickelt wurden, an anderer Stelle sah ich in der Wüste eine "Internatsschule" für 400 Nomadenkinder. Jetzt beginnt man mit Versuchen, die Menschen sesshaft zu machen, meine Gesprächspartner dafür waren wiederum Afrikaner. Sie brauchen nun dringend Wasser-Experten, und das werden dann wahrscheinlich wieder Weisse sein. Der Generalsekretär vom NCCK wollte, dass ich diese Seite kirchlichen Lebens in Kenya auch kennenlerne, damit ich nicht nur das urbane und industrielle Leben dort sehe. Darüber berichte ich das nächste Mal.

Zum STERN-Artikel folgendes: Die Chefredaktion hat sich bereiterklärt, eine Richtigstellung zu bringen. Der Beirat des Gossner-Hauses hat auf seiner Sitzung am 23.7. angeregt, Herr Symanowski möge die Themen, die im STERN-Gespräch aufgenommen worden sind, selber in einem Artikel für die kirchliche Presse darstellen. Dieses sei auch deshalb wünschenswert, weil sie für die theologische und praktische Diskussion der Kirche wichtig seien und nicht nur Inhalt eines illustrierten-Artikels bleiben sollten. Sie können davon wieder Sonderdrucke bei uns anfordern. Mit dem nächsten Rundbrief schicken wir Ihnen ein Exemplar zur Kenntnis zu.

Herzliche Grüsse

Ihre

Christa Springe

Anlage

Umseitig finden Sie einen Schlußbericht über den "Dicken Busch". Die Dokumentation ist noch einmal vervielfältigt worden und kann für DM 3.-- + Porto beim Gossner-Haus angefordert werden.

Dortmund, den 21.7.69

Allen denen, die das Projekt der Gemeinwesen-Aktivierung in Rüsselsheim mitverfolgt haben, sei berichtet, dass die dortige Bürgeraktivität weiterhin lebendig ist:

Nach einigen - vorausgesehenen - Krisen (zu starke Führerpersönlichkeit im Bürgerausschuss) kam es am 11. Juni zu einer zweiten Bürgerversammlung, die sogar noch besser besucht war als die erste. Der Bürgermeister und Stadtvertreter waren vom Bürgerausschuss als Gäste eingeladen und mußten Rede und Antwort stehen. Die Versammlung selbst verlief entspannter als die vorausgegangene. Allerdings konnten Ausschussmitglieder in ihren 9 Kurzberichten auch auf einige Ergebnisse verweisen:

Die Stadt baut bis Sept. 69 einen zusätzlichen Kindergarten, der zentrale Spielplatz wird wesentlich erweitert, die VHS will Veranstaltungen in der Volksschule abhalten, die Buslinie wird verstärkt und nun auch am Wochenende befahren.

Erstaunlich war das Interesse der Bürger für weitere Mitarbeit im Bürgerausschuss. Die Zahl der freiwilligen - bestätigten - Vertreter für den neuen Ausschuss stieg auf über 20.

Nach dieser Versammlung waren wir beide am 3. Juli noch einmal in Rüsselsheim, um mit dem neuen Ausschuss an einem Abend einen kleinen Trainingskurs durchzuführen. Dabei konnten die vorangegangenen Krisen analysiert und zugleich Grenzen und Möglichkeiten für die zukünftige Arbeit abgesteckt werden. Bemerkenswert ist, dass man als Reaktion auf die Krisen des ersten Bürgerausschusses nun zunächst ganz auf Vorstandswahlen verzichten will. Die Arbeit soll auf kleine Gruppen verteilt werden und die Gesprächsleitung jeweils wechseln. Ob sich die Gruppe dadurch nicht zu sehr verzettelt, bleibt abzuwarten. Auch hierbei muss der Ausschuss seine Erfahrungen selbst sammeln.

In der Rückschau sind wir beide froh, dass uns im Rahmen des Mainz-Kasteler Seminars die Chance für dieses Experiment gegeben wurde. Denn wo bekommt man solch eine Gelegenheit noch einmal wieder, praktisch ausserhalb einer Institution und doch zugleich "hauptamtlich" ein derartiges Projekt durchzuführen! In unseren augenblicklichen Positionen ist das so nicht möglich. Mainz-Kastel hält einen Bewegungsraum offen, der weiterhin genutzt werden sollte!

Brief von Pfarrer Jochen Riess an
Gossner-Haus, Mz.-Kastel

Nairobi, den 11.7.69
Po Box 5009

Liebe Freunde,

Anliegend der Text eines offenen Briefes, der morgen in den beiden großen Tageszeitungen von Nairobi, "Daily Nation" und "East African Standard" erscheinen wird. Ich hatte die eingangs zitierte Meldung in den Nachrichten gehört und stellte auf dem am gleichen Vormittag stattfindenden staffmeeting die Frage, ob wir nicht öffentlich Stellung beziehen müßten. Die Angelegenheit wurde an das zufällig am Nachmittag tagende Committee für Church and Society überwiesen, das sich für den Gedanken eines offenen Briefes aussprach und mich bat, einen Entwurf zu machen. Der wurde dann heute früh mit Kamau und dem Vorsitzenden durchgesprochen. Dann, um 11 Uhr, fuhren wir drei zum High Commissioner von Nigeria, um ihm den Brief vorzulegen und zu diskutieren. Es ergab sich, daß er einen Admiral zu Gast hatte, aus Lagos, 2. Vorsitzender des Militärrats, also so ziemlich an zweiter Stelle hinter Gowon, der gekommen war, um an der Beerdigung Tom Mboyas teilzunehmen. So erhielt das ganze ziemlich offiziellen Charakter, und wir diskutierten fast eine ganze Stunde. Sie waren nicht gerade entzückt, und wir durften uns am Ende den Weg zum Ausgang selber suchen. Aber John Kamau wich und wankte nicht. Er vertrat die Auffassung, daß es an den Mächtigen sei, Gnade zu zeigen und verglich die Situation mit dem Verhältnis seines Vaters zu seinem ungezogenen Sohn. "You don't beat him only, you feed him as well!" Der High Commissioner hat sich vorbehalten, öffentlich zu antworten, aber das ist gerade, was wir wollen: Daß die Kirche öffentlich redet und daß öffentlich geantwortet wird. Denn es wird ja auch öffentlich geschossen und ausgehungert. Daß das ganze in knapp 24 Stunden durchgegangen ist, ist wirklich erstaunlich. So schnell glückt hier selten etwas. Jetzt gleich gehe ich in den Gedenkgottesdienst für Mboya, in dem der anglikanische Erzbischof von Ostafrika predigen wird. Die Stadt scheint diesmal völlig ruhig zu sein.

Seien Sie herzlich begrüßt

Ihr

Jochen Riess

Open letter

His Excellency,
The High Commissioner of Nigeria
Agip House,
Haile Selassie Avenue,
Nairobi.

Your Excellency,

"Reports from Biafra say the food situation is so bad that many desperate parents are buying rats for about eighteen Shillings each to feed their starving children. Food stocks of the Red Cross are now almost totally exhausted and charitable organizations have almost no food left to distribute to refugees..."

It is this information broadcast by the "Voice of Kenya" in its 7 a.m. news on Thursday, 10th July 69 and a similar report in today's newspaper which has challenged our conscience all the more. We members of the Church and Society Committee of the National Christian Council of Kenya feel that things have reached a point where we cannot help but express publicly our deepest sorrow and anxiety about the present situation.

Let us state clearly that we do not want to interfere with the political aspects of the tragic conflict. Nor do we intend to discuss the question of guilt in a hypocritical manner. But as Christians we simply cannot condone to see a whole population in danger of being eliminated through starvation, which can be interpreted as a weapon of the war. This we feel is incompatible with basic Christian principles.

We feel therefore urged to appeal to Your Excellency as a devoted Christian to use your influence in favour of acceptable ways and means to stop further starvation and to restore relief for the victims.

Jesus Christ says: "Blessed are the peacemakers, for they shall be called children of God". "Come, O blessed of my Father, inherit the kingdom prepared for you from the foundation of the world, for I was hungry and you gave me food, I was thirsty and you gave me drink..."

We should like to ask Your Excellency to accept this letter written by fellow Christians as an expression of their serious concern for the people of all Nigeria and for that peace, which we pray will rest on earth with all mankind.

(signed) Alex Mathu
Chairman of the Church and Society Committee
The National Christian Council of Kenya

(signed) John C. Kamau
General Secretary
The National Christian Council of Kenya

Auszug aus einem Brief von Rev. A. Hake an
Pfarrer H. Symanowski vom 24.7.1969

Überreicht durch
Gossner-Haus
6503 Mainz-Kastel

Looking back on the last seven months, I do feel that the period of secondment to the All Africa Conference of Churches for the MINISTRY IN CITIES course was immensely worth while, and I hope that there will be real consequences and repercussions in different parts of the continent, for years to come. Of our twelve, about four were really re-oriented, and will never be the same again, and have seen their ministry in an entirely new light; one or two others may have approached this point, and all of them learnt new things and have been helped forward. I would feel that with only two did we really fail completely to get an emotional involvement and a new sense of commitment and purpose. I think Jochen would agree with this analysis, and probably Christa would, though we did not talk it over quite as specifically as we might have done had there been more time.

I have so many things to be thankful for, not least to the participation of Gossnermission in the course. The financial contribution was, of course basic, and gave us a sense of security in what we were doing, that made it possible to concentrate on the business in hand - in spite of the administrative confusions in Geneva. I hope that there will be an opportunity for you to pass on this word of thanks to those who contributed so generously.

Secondly, it was a real joy to have had Jochen as a colleague. From the moment we met I felt a real sense of fellowship and kinship with him that lasted right through the course, and I owe him a great debt for his contribution, not only to the course, but towards bringing me into new places in my own thinking and attitudes. We shared our moments of stress with great good humour and a shared commitment that he enriched tremendously.

I am sure that Jochen has a great deal to give to Africa, and that Nakuru will provide a base of operations from which his influence will spread out to a wide circle. Thank you all for all that you did to make it possible for him to be with us on our course, and for him to go to Africa. We are most indebted to his Church for backing him financially.

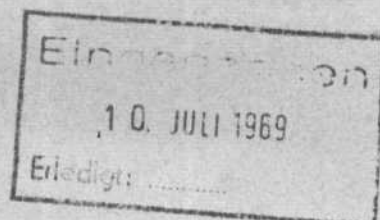
As I said to you when we met, it made a tremendous difference to have had Christa with us during those final weeks. She brought in a number of things that neither Jochen nor I had been able to contribute. By living on the compound, she made a great contribution to the personal and social links between the tutors and the course members, and gave individual time to men who gained a lot. Her insights and contributions to our general discussions were superb, and I know the men appreciated it; and Jochen and I were stimulated and strengthened at a time when our vigour was flagging. We are indeed grateful to Christa for coming, and for working so hard on the course, when she had other things - Mombasa, Nakuru, Jinja etc., - to think about - and I suppose she is home again now, and you can show her this letter. I would like to write to her personally, but I am not sure I will get to it yet. But if you have a chance, please pass the word on to your colleagues and to Gossnermission, to thank them for making it financially possible for Christa to come.

INFORMATIONSBLATT

NR.12

des Seminars für Kirchlichen Dienst in der
Industriegesellschaft 6503 Mainz-Kastel,
Johannes-Gossner-Strasse 14

Mainz-Kastel, 9. Juli 1969



Freunde,

es kommt immer seltener vor, dass uns jemand aus dem Konvent ein Produkt seines Nachdenkens und Redens zur Verfügung stellt. Heinz-Dieter Metzger/Schorndorf hat während seines Berlin-Aufenthaltes in einem Missionsgottesdienst zu predigen gehabt und schickt uns den Entwurf dieser Predigt zu. Bitte prüfen Sie, ob man so über UIM predigen kann und stellen Sie bitte Ihre eigenen Versuche zur Verfügung.

Wir sind in dieser Woche ganz und gar mit der Gruppe englischer Gewerkschafter, Manager und Industriepfarrer aus Manchester in England beschäftigt (Diskussion im Gewerkschaftshaus-Mainz, mit Arbeitgeberverband, mit Unternehmern, mit Betriebsräten, mit der Industrie- und Sozialarbeit der EKHN, Betriebsbesichtigungen bei Opel-Rüsselsheim; Mainz-Wiesbaden-Kraftwerke in Mainz; Farbwerke Höchst).

Rev. Andrew Wake, der zusammen mit Jochen Rieß und später Frau Springe das 5-Monate-Seminar in Afrika geleitet hat, war mit seiner Frau und 3 Kindern auf dem Wege von Nairobi nach London für 2 Tage in Mainz-Kastel. Der Kurs ist ein Erfolg, nicht zuletzt wohl wegen der guten Zusammenarbeit in der Leitung. Nach Rückkehr von Frau Springe erhalten Sie einen genauen Bericht.

Mit herzlichem Gruss aus dem Gossner-Haus bin ich

Ihr

H. Symanowski

Anlage

Predigtentwurf von Heinz-Dieter Metzger, Schorndorf

für einen Missionsgottesdienst in der Apostel-Paulus-Kirche in Berlin-Schöneberg am 29. Juni 1969

Text: Mk 1,35 - 39

Liebe Gemeinde!

Mit dem Wort "Mission" verknüpfen sich in unseren Gemeinden ganz bestimmte Vorstellungen. Mission geschieht dort, wo aus Heiden Christen werden. Dazu gehört der Missionar, der aus Europa in ein überseeisches Land hinausgeschickt wird; er bezieht eine Missionsstation, er predigt und unterrichtet und versucht damit möglichst viele der eingeborenen Menschen zu erreichen, die noch nichts vom Evangelium von Jesus Christus gehört haben. Seine Arbeit trägt dann Früchte, wenn es dazu kommt, dass er eine Missionsgemeinde gründen kann; wenn er eine Reihe ehemals heidnischer Menschen taufen darf. Ihm zur Seite stehen Missionslehrer, Missionsärzte, Missionsschwestern, Missionskaufleute, die alle auf ihrem Gebiet mithelfen, die Hauptaufgabe - nämlich Menschen zur Gemeinde zu führen - zu erfüllen. Das Ziel ist: Aus dem Heidenland ein Christenland zu machen. Getragen wird die Arbeit in erster Linie durch die Missionsgesellschaften, die im Laufe der letzten 200 Jahre an den verschiedenen Orten Europas entstanden sind. Diese Gesellschaften haben jeweils ihre Heimatgemeinden, die dazu helfen, dass Menschen und Mittel bereit gemacht werden für die Missionsaufgaben. So sah bisher - sehr vereinfacht geredet - der Dienst der Mission aus.

Das ist heute nicht mehr so! In der Welt hat sich in den vergangenen Jahrzehnten viel verändert. Das ist ja hierzulande sehr deutlich zu verspüren. In den grossen Städten hat sich ein andersartiges Leben entwickelt. Die Technik und die Wissenschaften haben neue Lebensweisen mit sich gebracht. Der Verkehr allein hat schon den ganzen Tagesablauf neu geordnet. Die moderne Industrie drückt unserer Zeit ihren Stempel auf. Damit haben sich aber auch die Menschen verändert. Sie denken nicht mehr so, wie früher. Sie müssen sich auf das Leben in grossen Stadtsiedlungen einstellen, sie müssen das Leben, das von der Industrie bestimmt ist in den Griff bekommen, sie müssen dringend überlegen, wie die weitere Entwicklung geplant werden kann. Auch die Kirche ist von diesen Veränderungen nicht ausgenommen. Oft scheint sie zwar noch alten Zeiten anzuhängen. Aber es ist deutlich zu spüren, dass sich auch hier vieles ändert. Altes vergeht - neue Aufgaben warten, dass sie aufgegriffen werden, und zwar Aufgaben, die sich aus diesem Umbruch ergeben. Denn die Kirche soll bei diesen Veränderungen mit dabei sein, nicht nur als eine Einrichtung, die gezwungenemassen mitmacht, weil es nicht anders geht, sondern darum, weil sie in diesen Entwicklungen eine Herausforderung sieht, die ihr Gott gestellt hat. Sie soll mit dabei sein, wo heute die Weichen für morgen gestellt werden. Sie kann nicht stehen bleiben. Das gilt für hier - und das gilt überall in der Welt.

Der Abschnitt aus dem Mk-Evangelium, den ich eben verlesen habe, erzählt von Jesus. Der geht in die Städte seines Landes. Er bleibt nicht an einem Ort, sondern weiss, dass seine Aufgabe allen Menschen gilt. Er tut, was nötig ist, dass die Menschen leben können. Er redet zu ihnen vom Gottesreich; er zeigt ihnen, dass das eine neue Möglichkeit zum Leben für sie ist. Er sagt ihnen, wie sie das Leben als Menschen dieses Gottesreiches einzurichten sollen. Und dann macht er sie frei von ihren Ängsten, von allen möglichen Zwängen, unter denen sie bisher gelebt haben. Er löst sie von alten düsteren Vorstellungen, er holt sie aus der Geisterwelt heraus, an die sie sich gebunden hatten.

So macht er sie frei für ein neues Leben. So tut er ihnen die Tür zur Zukunft auf.

Vor einigen Jahrhunderten haben Christen aus unseren Gemeinden begriffen, dass das, was Jesus hier begonnen hatte, weitergetrieben werden musste. Von Ort zu Ort. In der ganzen Welt. So begann die Missionsarbeit in den heidnischen Ländern. Auch da sollten die Menschen frei gemacht werden von dem, was sie seither gebunden hatte und hingeführt zu einem neuen, offenen Leben. Die Missionare, die in ihre Missionsgebiete hinausfuhren haben dafür viele Opfer gebracht. Manche Versuche schlugen fehl. Misserfolge stellten sich ein. Trotzdem, es war nicht umsonst. Es entstanden Gemeinden.

Wie ist das nun heute? Die Entwicklung ist auf der ganzen Welt fortgeschritten. Nicht nur in Europa und Amerika. Und die grossen Probleme, mit denen wir hier zu tun haben, finden sich auch in Afrika und Asien. Industrie entsteht und verändert den Menschen. Städte entstehen, und bringen eine völlig neue Art des Zusammenlebens mit sich. Die Arbeitsweise hat sich verändert. Das Antlitz der Erde ist umgestaltet. Strassen und Eisenbahnen verbinden die Zentren. In kurzer Zeit kann man von einem Land zum anderen fliegen. In Deutschland erleben wir das als eine neue Chance, die uns den Wohlstand gebracht hat. In den Ländern Afrikas und Asiens kann diese Entwicklung die Chance des Überlebens bedeuten. Denn ohne diesen Umbruch müsste die Welt wohl in recht kurzer Zeit am Hunger zugrunde gehen.

Nur - wie kann man das alles bewältigen? Das Neue ist so fremd, und darum werden oft so viele, schwerwiegende Fehler gemacht. Wie kann die Entwicklung geplant werden? Es wäre unverantwortlich, den Dingen einfach ihren Lauf zu lassen. Denn dann würden die allermeisten Menschen wieder einem neuen, fremden Zwang unterworfen. Hier in Berlin, wie in Afrika. Denken - Planen, das ist heute notwendig für die ganze Welt, denn die ganze Welt ist so nahe zusammengedrückt, dass das, was in Asien geschieht, auch uns in Europa betrifft und umgekehrt.

Wer heute Mission treibt, der kann an diesen Fragen nicht vorbei. Der Jesus, der nicht blieb, wo er war, sondern in die nächsten Städte ging, der geht uns heute voran in die neuen Städte, in die veränderte Gesellschaft, in die Industrieregionen und in die neuen Agrargebiete. Es gelten dabei nicht mehr die Entfernungen, die - wie in Galiläa - zu Fuss zurückzulegen waren; unsere Möglichkeiten sind weltweit. Kalkutta ist wirklich nur eine Tagesreise entfernt! In vergangenen Jahrhunderten war die Kirche in die Dörfer gekommen. Sie hatte dort mitgeredet und die Werte gesetzt. Später kamen die Missionare in fremde Länder, sie hatten mitgestaltet und Werte gesetzt. Heute heisst Mission: Dabei sein, wenn die Entscheidungen für morgen geplant und gefällt werden. Nicht als Machtfaktor, sondern als sachlicher Mitarbeiter, damit auch der Mensch von morgen frei leben kann, dass er befreit wird von Bindungen, die ihm vielleicht heute angelegt sind dadurch, dass wir die neu entstandene Lage noch nicht bewältigt haben.

Lassen Sie mich kurz noch erzählen, zu welchen Entscheidungen diese Erkenntnisse bei der Gossner-Mission geführt haben. Bereits seit 1949 besteht in Mainz-Kastel eine Zweigstelle dieser alten Missionsgesellschaft. In Kastel wurde allerdings keine äussere Mission im alten Sinne betrieben. Pfr. Symanowski wurde dort vielmehr zwangsläufig auf die Probleme der industriellen Revolution gestossen und hat sich seither ganz wesentlich um diese Fragen bemüht. Regelmässig werden dort im Winter Halbjahreskurse für Pastoren durchgeführt - das Seminar für Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft. Oft wurde die Gossner-Mission gefragt, was das eigentlich mit Mission zu tun habe. Wer die Arbeit des Kasteler Gossner-Hauses etwas kennt, der weiss, dass es eben darum geht, mitzuhelfen, dass unsere neue städtische und industrielle Gesellschaft morgen leben kann. Was in Mainz-Kastel gearbeitet wurde, zusammen mit verschiedenartigsten Organisationen und Kirchen, das blieb nicht verborgen. Es führte dazu, dass die Gossner-Mission als Ganzes sich nun in diese neue Mission hineinrufen liess. Der Name für diese Aufgabe - die ja nicht allein den Missionsgesellschaften obliegt, sondern der ganzen Kirche gegeben ist - UIM. Dienst in der großstädtisch und industriell bestimmten Welt. So wird die

Gossner-Mission ihre seitherige Arbeit in der indischen Gossner-Kirche nach und nach abschliessen. Sie hat jetzt bereits einen hessischen Pastor nach Kenya entsandt, der in den dort entstehenden Städten und Industriezentren mithilft, den Menschen tüchtig für die neuen Aufgaben zu machen und die Verhältnisse so zu gestalten, dass wirklich menschliches Leben möglich ist. Er hat jetzt einen Seminarkurs, ähnlich den Kursen in Mainz-Kastel, mit afrikanischen Pastoren abgehalten und wird nun in der neu entstehenden Großstadt Nakuru mit dabei sein, wenn die Menschen aus ihren alten, primitiven Landverhältnissen in die fremde Stadt kommen. Er wird - mit den örtlichen Stellen zusammen - versuchen, diese Stadt und ihre Industrie menschlich mitzugestalten. Denn auch diese neue Welt ist Gottes Welt, die er uns als Aufgabe gibt. In Zambia ist z. Zt. ein Erkundungsteam der Gossner-Mission auf Fahrt. Dort ist durch die Aufstauung des Sambesiflusses ein grosser See entstanden. Dort müssen Tausende von Menschen umgesiedelt werden, die jetzt vom Wasser in den Busch vertrieben wurden. Sie brauchen wirtschaftliche Entwicklung, schulische Bildung und ärztliche Versorgung. Zusammen mit der Regierung soll hier ein Programm ausgearbeitet und im kommenden Jahr begonnen werden. In Durgapur in Indien, einer Industriestadt von 300.000 Einwohnern, die vor 20 Jahren überhaupt noch nicht bestand, arbeitete ein westfälischer Pastor an einem ökumenischen Industrie- und Sozialseminar des indischen Nationalen Christenrates. P. Donner schreibt, dass diese Stadt für ihn ein Zeichen der Hoffnung für eine gelungene Umwandlung vom primitiven Ackerbau zur Industrialisierung sei. Das Seminar versuchte zu einer Antwort zu kommen auf die Frage, was nun Aufgabe der Kirche in Indien sei.

So sieht Mission heute aus. Unsere Aufgabe, wo wir auch sind, heisst: Mitdenken, mitplanen, mit dabei sein. UIM ist hier in Berlin ja eben so nötig, wie anderswo. Ich habe mir vor einigen Tagen Ihre grossen Aufbaugebiete, das Märkische Viertel und die Gropiusstadt angesehen. Dabei habe ich mich wirklich gefragt, ob - und ggfs. wo - bei der Planung und Durchführung die Christen gewesen sind. Sind diese Wohnstädte menschlich? Geben sie den Kindern Raum? Nehmen sie Rücksicht auf die Alten?

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir Men mitmachen, dass wir uns wählen lassen in die verantwortlichen Gremien, dass wir auch Partei ergreifen - wie Jesus die Partei der Armen, der Stummen ergriffen hat, und wie es ihm nicht einerlei war, was in der nächsten Stadt passierte. Wir sind dazu da, zu versöhnen, wo Ungerechtigkeit geschieht, gerade in dem grossen Wandel unserer Städte und der industriellen Welt. Auch wir haben hier böse Geister auszutreiben, die die Menschen - ohne dass sie sich wehren können - binden. Vielleicht haben diese Geister heute das Gesicht einer Verwaltung oder eines Meinungsmonopols. Hier dabeizusein und mitzureden für die Menschen, das macht unser Zeugnis von Christus glaubhaft. Er bleibt nicht stehen, sondern er geht weiter in die Zukunft hinein. So folgen wir ihm nach in die Städte, in die Industrie, nach Europa, nach Afrika und Asien. Dazu sind wir Christen gesandt. Das ist Mission heute. Amen.

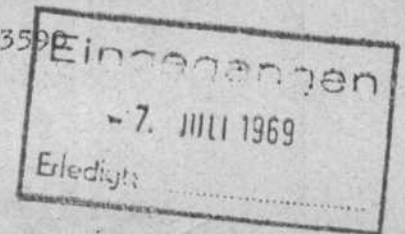
INFORMATIONSBLATT

NR. 11

des Seminars für Kirchlichen Dienst in der
Industriegesellschaft
6503 Mainz-Kastel, Joh.-Gossner-Str. 14

Konten der Gossner-Mission in Mainz-Kastel:
Postscheck Hannover 108305
Commerzbank Mainz-Kastel 380359
Mainzer Volksbank 4834

26. Juni 1969



Freunde,

hier kommt das Ihnen schon in Nr. 10 angekündigte

I. Material

1. Der Vortrag von Tiber Merde, den er vor der Regionaltagung der Allchristlichen Friedenskonferenz in Stuttgart-Leonberg gehalten hat. Er ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Herr Weissinger bittet Sie, diesen Vermerk gleich auf Ihr Exemplar zu machen.
2. Nr. 1 von "links". Diese Zeitung und das sozialistische Büro wollen ein Umschlagsplatz für sozialistische Ideen sein und sind offen für jede Mitarbeit. Bitte prüfen Sie die Zeitung und überlegen Sie, ob Sie bei diesen Unternehmen mitmachen können.
3. Die zweite Überarbeitung der "Thesen zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz" (Horst Krockert) von E. Börsch und Ch. Müller. Bei der UIM-Zusammenkunft am 19./20. ds. Mts. in Wolfsburg hat das Papier noch einige Korrekturen erhalten. Die Diskussion unter uns kann aber gut aufgrund dieser zweiten Überarbeitung eröffnet werden. Wenden Sie sich mit Änderungsvorschlägen und Ergänzungsbeiträgen an Dr. Christian Müller, 6239 Kriftel, Frankfurter Str. 65, Tel.: 06142 - 6800. Sie sollten die Thesen aber vor allem mit Betriebsangehörigen, Betriebsräten, Gewerkschaften und Unternehmern diskutieren und das Resultat dann Christian Müller mitteilen.

II. Personen

- 2
1. Rudolf Dohrmann teilt unter dem 23.6.1969 unserem Beiratsvorsitzenden OKR D. Heß, Darmstadt, mit, daß er die Berufung in die Leitung des Gossner-Hauses in Mainz-Kastel nicht annehmen könne. Er hatte mit mir schon vorher darüber gesprochen. So kann der vor etwa 1 1/2 Jahren entstandene Plan nicht realisiert und ein neuer muß gemacht werden.
 2. Frieder Lehmann war wegen Autopanne kurz hier und berichtete, daß DÜ ihn von dem Kungala-Projekt in Uganda (Afrika) auf Südamerika umpolen will. Im Januar wird der Plan konkret werden.
 3. Frau Springe segelt z.Zt. an der West-Küste Afrikas heimwärts mit Stop in Luanda (Angola), Las Palmas (Kanarische Inseln), Barcelona, Brindisi und Venedig. Im letzten Teil ihrer Arbeit hatte sie ein übervolles Programm in Kenya, Uganda, Tanzania und Süd-Afrika. Ich hoffe, daß sie uns auf dem Schiff einen ausführlichen Bericht schreibt. Ab 15.7. ist sie wieder im Gossner-Haus zu erreichen.

4. Dr. Hans Dyckerhoff, Wiesbaden, ist plötzlich vorgestern gestorben. Er hatte im XIII. Seminar Marcel Fallet als Vorsitzender des Rotary-Clubs sehr unterstützt.
5. Auszüge aus Briefen finden Sie in der Anlage von
Wyscomierski (Seminar 2), der in unserem Kreis der einzige Militärpfarrer ist
Munte Saha (Seminar XIII), jetzt auf der Heimreise nach Indonesien
Blaise Vaucher (Seminar XII) schreibt einen langen interessanten Brief, der in seinem vollen Wortlaut in den nächsten Tagen an das Seminar XII abgeht. In der Anlage geben wir Ihnen nur die ersten Zeilen bekannt. Wer den ganzen Wortlaut haben möchte, möge es uns schreiben.

III. Finanzen

1. Obwohl Frau Gutknecht-Stöhr allen das neu eröffnete Konvents-konto (Gossner-Mission, Mainz-Kasteler Konvent, Nr. 234 765 bei der Dresdner Bank in Hamburg-Winterhude) mitgeteilt hat, kommen noch immer Konventsbeiträge - meist Dauerüberweisungen - hierher. Bitte nehmen Sie eine Änderung vor.
2. Wir erhalten aus den Gemeinden unserer ehemaligen Seminar-teilnehmer - mit wenigen Ausnahmen - keine Spenden und Kollekten für unsere Arbeit. Das betrübt uns nicht nur, sondern läßt uns erneut fragen, ob wir in Zukunft überhaupt noch weiter-arbeiten können. Es sieht mit unseren Finanzen nicht gut aus.

Mit herzlichen Grüßen aus dem Gossner-Haus

Ihr

Horst Symanowski

-Anlage-

Auszüge aus Briefen: Anlage zu Informationsblatt Nr. 11 des Seminars für
Kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft

Wysocki:

"Ich bin am 1.1.1967 zur Militärseelsorge übergewechselt. Ich habe den Schritt mit Bangen getan, weil ich mir eben doch kein richtiges Bild von meiner neuen Tätigkeit machen konnte. Richtungweisend die richtige Erkenntnis, daß ich nach 9 Jahren in einem Kurort sinnvollerweise etwas anderes tun sollte.

Arbeitsgebiet: drei Standorte - in Lübeck Fernmeldebataillon der Marine, in Segeberg Panzergrenadiere und leichtes Pionierbataillon, in Putlos Amphiben, Transportlehrbataillon und Ausbildungsbataillon, sowie sehr viel übende Truppe auf dem Schießplatz.

Pro Quartal 4 Rekrutenkompanien machen sehr viel Arbeit, weil auch in diesen Einheiten die meisten Kriegsdienstverweigerer auftauchen. Sie sind ein echtes Problem - nicht nur, weil in den meisten Fällen die Anträge über meinen Schreibtisch laufen, sondern weil nach meiner Überzeugung immer mehr der gesteuerte Vorgang sichtbar wird. Die Gefahr, daß der einzelne dabei ungerecht behandelt wird, ist groß. Andererseits manövrieren sich die Krieger, die sich einberufen lassen, um dann erst in der Truppe Anträge zu stellen, häufig in eine für sie ungünstige Lage, weil sie in ihrem Vokabular und Denkschemata den biedereren Zeitgenossen alles andere als sympatisch sind und sehr schnell als 'Intellektuelle' im Kameradenkreise in Aussenseiterpositionen gedrängt werden.

Das Problem der Wehrungerechtigkeit spielt auch bei gutwilligen Kameraden eine wichtige Rolle. Andererseits wird man davon ausgehen müssen, daß die meisten jungen Soldaten nur sehr widerwillig kommen und daß es völlig sinnlos wäre, an ihr - eben nicht vorhandenes - staatsbürgerliche Bewußtsein zu appellieren. Der Idealfall - aus der Sicht der Truppe wohl gemerkt - sieht so aus: Häuschen mit Garten, Arbeitsplatz mit realen Chancen vorwärtszukommen, verheiratet, ein Kind, das alles möchte man erhalten wissen und opfert eben dafür anderthalb Jahre seines Lebens in einem Dienst, den man nicht ganz als sinnvoll begreifen kann.

Der ungünstige Fall aus meiner Sicht: kein klares Nein zum Wehrdienst, sondern allgemeine Unlust allen Dingen gegenüber. Lieber anderthalb Jahre (die nach der Grundausbildung sehr viel leichter sind) abreißen, als sich exponieren und irgendwie in Gefahr laufen, Ersatzdienst ableisten zu müssen.

Das ist natürlich alles sehr schematisch gesagt, in Kampfkompanien, wo die Jungens gefordert werden, ist das alles anders.

Auf diesem Hintergrund tue ich Dienst - den Kommandeuren zugeordnet, wie es heißt. Kampfanzug bei Übungen und im Manöver, sonst Zivil. Arbeit: circa 70 Stunden lebenskundlichen Unterricht im Monat. Er macht mir, da ich leidenschaftlich an Pädagogik interessiert bin, viel Freude. Ich begreife das Wort so, wie es gemeint ist, vor allem auch bei Unteroffizieren und Offizieren.

Alle zwei Monate eine Rüstzeit - bisher in Timmendorfer Strand. Jeder Soldat hat ein abgesichertes Recht auf Teilnahme. Die Programme wie auch die Themen des Unterrichts gestalte ich eigenverantwortlich - positiv: niemand redete mir bisher rein.

Themen aus Unterricht und Rüstzeiten: Führungsaufgaben bei Bundeswehr und modernen Industriebetrieben. Mitbestimmung. Der Laie in der Kirche. Das deutsch-polnische Verhältnis. Probleme des Strafvollzugs. Der Uffz. in den Beratungen des Verteidigungsausschusses. Eid und feierliches Gelöbnis. Israel und die arabischen Staaten.

Aktion Sühnezeichen. Der Offizier- zur Kaste, Elite oder zum Management gehörig?

Das waren einige Themen der letzten Zeit. Referenten: Schmelz vom SPIEGEL, Personalchef von Karstadt, Metaller, Korrespondent der Tribuna Ludu, Rabbiner Levinson, Helmut Schmidt u.a.

Die Teilnahme am Unterricht ist Dienst, die an Rüstzeiten ist freiwillig. Dort habe ich immer weit mehr Anmeldungen als ich maximal (40) unterbringen kann. Natürlich steckt auch sehr viel eigene gedankliche Arbeit drin - nicht nur die großen Fische, die ich so alle drei Monate mal im Unterricht und relativ regelmäßig auf Rüstzeiten präsentiere. Am meisten Spaß machen die Lehrgänge der U.A., in denen ich mit 6 Stunden eingebaut bin. Marxismusthemen sind in diesem Jahr sehr gefragt, die jungen Leute (häufig Abiturienten) übernehmen gerne Referate, im kommenden Jahr soll es mehr um das Selbstverständnis der Bw gehen. Mein aler Hang zum Kabarett ist immer noch da - kürzlich hatte ich Dieter Hildebrandt mit der Lach- und Schießgesellschaft eingeladen. Der Abend war wohl einmalig. Ich schrieb das alles relativ ausführlich um darzulegen, daß ich bislang keinen Chef und keinen Kommandeur getroffen habe, der mir Schwierigkeiten in der Ausgestaltung, Planung und Durchführung dieser Aufgaben gemacht hätte. Alle sind natürlich nicht gleichmäßig begeistert aber zumindest doch loyal.

Die Einzelseelsorge ist groß geschrieben und bei Übungen und in Manövern sehr gefragt. Standortgottesdienste pro Bataillon 1 x im Monat werktags. Teilnahme sehr unterschiedlich.

Dann kommen die Familien hinzu, viel Taufen und Trauungen, Beerdigungen sind sehr selten. Erwachsenentaufen gibt es relativ häufig. 2 x im Monat predige ich in Gemeinden in Bad Segeberg und Lübeck.

Kummer? Zu großer Bezirk (60 km), damit verbunden nicht so enger Kontakt wie wünschenswert, wenig Zeit für private Dinge, ausgebuchter Terminkalender. Da es sehr viele Zeitgenossen gibt, die mich brauchen, treten die anderen (es mögen auch viele sein) zurück. Anders: hätte ich nicht so viel zu tun, wäre ich nicht so zufrieden, wie ich es bin. So viel für heute. Ein Viertel meiner Dienstzeit habe ich am 1.1.1969 hinter mich gebracht. Hoffentlich werden die anderen genau so schön."

Munte Saha:

"Ich habe gemerkt, daß das Seminar Mainz-Kastel mir eine neue Horizont für meine Arbeit geschaffen hat. Ich bin glücklich damit und hoffe, daß ich nachher einen wichtigen Beitrag für unsere Theologische Ausbildung geben kann. Weiter möchte ich den Kontakt mit Ihnen aufrecht halten. Ich habe etwas verstanden, wie Sie sich bemühen, das Evangelium Gottes richtig zu verstehen. Das ist mir ganz nötig."

Blaise Vaucher:

"Wir sprechen viel, in Genf wie anderswo, auf das Problem der Mitteilung des Evangeliums, auf die eigentliche Sprache, die man benützt, um seinen eigenen Glauben zu den anderen richtig zu bedeuten. Ich bin erschrocken, wie wir unter Theologen, eben in unserer 22. Gruppe, eine esoterische Sprache brauchen, wenn wir uns ausdrücken. Unter den katholischen Theologen sind jetzt am meisten diejenigen, die wirklich mit dem Volk gelebt haben (Arbeiterpriester usw.), die die richtigen Wörter finden, um diese Mitteilung möglich zu machen. Wir unterhalten uns genau über diese Schwierigkeit, mit unserer Gruppe gegen Ende Februar, als ich von einem neuen Experiment in Nanterre bei Paris erfuhr. Die "mission populaire" suchte eben einen Theologen der einverstanden und bereit wäre, in der Fabrik zu arbeiten, und mit anderen ein Team zu bilden. Ich fuhr zweimal nach Paris, mit weiterzuerkundigen, und habe letztlich angenommen, mich an diesem Team anzuschließen."

18. Juni 1969

Zweite Überarbeitung der Thesen zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz (Horst Krockert) von Dr. Ekkehard Börsch und Dr. Christian Müller.

Thesen zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz - 1. Begriffsbestimmung

Die Mitbestimmung als Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen soll vorhandene Herrschaftsverhältnisse in der Wirtschaft abbauen. Wirtschaftlicher Machtgebrauch, der sich wirksamer Kontrolle durch die betroffenen Arbeitnehmer entzieht, ist illegitime Ausübung von Herrschaft, sei es im Betrieb, im Unternehmen oder in der Gesamtwirtschaft.

Am Arbeitsplatz wird der Arbeitnehmer unmittelbar und in besonderer Weise durch die Ausübung von Herrschaftsrechten betroffen, weil er arbeitsrechtlich (Gehilfenstellung) und produktionstechnisch den Entscheidungen des Arbeitgebers schlechthin unterworfen ist. Er hat zu arbeiten und sonst nichts.

Der Arbeitnehmer hat aber auch in abhängigen, nachgeordneten und ausführenden Funktionen durch sein technisches Fingerspitzengefühl, durch sein Reaktionsvermögen und seine Kooperationsfähigkeit u.a.m. entscheidenden Anteil am Produktionsergebnis. Seine faktisch wahrgenommene Verantwortung schließt das Recht auf Mitbestimmung am Arbeitsplatz ein.

Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist ein besonderer Aspekt der wirtschaftlichen Mitbestimmung, da am Arbeitsplatz der Autoritätskonflikt akut wird. Darum muß Mitbestimmung auch hier und nicht nur in den Entscheidungsgremien stattfinden. Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz steht in dem Verdacht, ein Instrument in der Hand des Arbeitgebers zu sein, um auch die inneren Leistungsreserven des einzelnen Arbeitnehmers auszubeuten und ihn psychologisch fester an die Betriebsleitung zu binden. Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist dagegen Basis einer wirksamen Kontrolle betrieblicher Herrschaft.

Zu dieser Mitbestimmung am Arbeitsplatz gehört (1) das Recht auf Information, (2) das Recht auf Anhörung und (3) das Initiativrecht (vgl. Thesen 9 - 13).

2. Mitbestimmung am Arbeitsplatz als Verwirklichung von Grundrechten.

Gesellschaftspolitisch gesehen, realisiert Mitbestimmung am Arbeitsplatz wesentliche Grundrechte in der Verfassung des Betriebes und Unternehmens. Die "Wahrung der Menschenwürde des Arbeitnehmers im Betrieb", die "freie Entfaltung der Persönlichkeit", der "Selbständigkeit und Eigeninitiative" (SPD-Entwurf zum BVG § 1,2 und 51,2) bleiben abstrakt, solange sie nicht auch am Arbeitsplatz und von der Arbeitsgruppe praktiziert werden können. Die Grundrechte sollten zunächst den einzelnen Bürger vor Übergriffen des Staates schützen (liberales Verständnis). Im Rechtsstaat hat der abhängige Wirtschaftsbürger weniger eine Bedrohung durch den Staat zu befürchten als vielmehr durch unkontrollierte Wirtschaftsmacht. Darum müssen die Grundrechte heute in der Abwehr von innerbetrieblicher Herrschaft

wirksam werden und vor Entwürdigung schützen.

Die Grundrechte erzwingen eine neue Legitimation innerbetrieblicher Autorität durch die Betroffenen. Ihnen muss das Recht zustehen, ausgeübte Autorität auf ihre Ziele, Motive und Grenzen ständig zu befragen. In diesem Sinne wäre das von D. Fertsch-Röver (FAZ, 21.3.69) gegebene Stichwort "Mehr Bürgerrechte im Betrieb" zu interpretieren.

3. Individual- und Kollektivrechte.

Industriearbeit ist Gruppenarbeit. Darum muss die Arbeitsgruppe als eigenes Rechtssubjekt begriffen werden, das das Recht auf Information, Anhörung, Initiative und Teilabsprache besitzt. Der Einzelne nimmt sein Recht in der Gruppe und zusammen mit der Gruppe wahr (z.B. Vetorecht bei Akkordfestlegung, Leistungsabstimmung).

Zu den Individualrechten, die sich neben den Rechten aus dem Arbeitsvertrag ergeben, gehört vor allem das betriebliche Beschwerderecht, das das Recht auf Einsicht in die Personalakte umfassen muss (SPD-Entwurf, § 54 BVG).

4. Verhältnis repräsentative und direkte Mitbestimmung.

Die Mitbestimmung geschieht direkt (in der Arbeitsgruppe) und durch gewählte Repräsentanten. Eine ausschließlich repräsentative Mitbestimmung, wie sie das bisherige BVG vorsieht, gerät in die Gefahr, formal und bürokratisch zu werden. Betriebsrat und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat werden dann beargwöhnt und von der Belegschaft isoliert.

Die repräsentierende Mitbestimmung in Betriebsrat und Aufsichtsrat hängt so lange in der Luft, als sie nicht in der Arbeitsgruppe einen Unterbau direkter Art erhält. Das immer wieder beklagte Desinteresse der Belegschaft an den Mitbestimmungsorganen ist erklärbar, weil die dort geleistete Arbeit abstrakt und unverständlich erscheint. Erst die konkrete Interessenwahrnehmung der Arbeitsgruppe im Konflikt mit der Hierarchie führt die Notwendigkeit repräsentierender Mitbestimmung in den Entscheidungsgremien vor Augen und gibt dieser den nötigen Rückhalt.

Zumal in den Großunternehmen ist der Abstand des Betriebsrates zum Arbeitsplatz so groß geworden, daß die Arbeitnehmervertretung schon "zu denen da oben" gehört; ein Vorgang, der durch entsprechende Unternehmenspolitik gefördert wird. Mitbestimmung am Arbeitsplatz würde die Betriebs- und Aufsichtsräte stärker an die Basis binden und eine Integration des Betriebsrates in die Hierarchie verhindern.

5. Mitbestimmung und Bewußtseinsbildung.

Mitbestimmung am Arbeitsplatz dient dem notwendigen Bewußtwerden und der Konkretion der Arbeitnehmerinteressen; denn die bestehenden Herrschaftsverhältnisse haben die Tendenz, sich selbst als sachgemäß, natürlich und daher unveränderlich (Schöpfungsordnung) dem Bewußtsein der Arbeitnehmer aufzudrängen und einzuprägen. Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz würde dagegen einen Lernprozeß in Gang setzen, in dem die Arbeitnehmer ihre betriebliche und gesellschaftliche Situation, die Gründe, Formen und Folgen ihrer betrieblichen Abhängigkeit begreifen, die Konflikte analysieren, ihre Interessen entdecken und artikulieren. Dieses exemplarische Lernen, das sich an Konflikte der Arbeits-

gruppe orientiert, würde gewerkschaftliche Bildungsarbeit betriebsnah machen und erheblich beleben und schweigende Resignation in bewußte Aktivität umschlagen lassen. Der eigene Wille zum Durchsetzen würde spürbar und würde beitragen zur demokratischen Mobilisation der Basis der Arbeitnehmerschaft. Ein steigendes Selbstbewußtsein der Arbeitnehmerschaft würde deren kollektiven Minderwertigkeitskomplex überwinden helfen (s. Michael Schumann, GM 4/69, S. 229).

6. Definition und Konstituierung von Arbeitsgruppen.

Arbeitsgruppen bilden solche "Arbeitnehmer, die im Rahmen der Aufgaben des Betriebes oder einer Betriebsabteilung (auch Kolonne, Schichtgruppe, Anlage, Station) gemeinsam selbständige Teilfunktionen erfüllen" (Formulierung Matthöfer-Entwurf für § 56 a BVG, vgl. GM 1968, S. 751, übernommen vom SPD-Entwurf). In Betrieben unter 500 Arbeitnehmern, die nicht dezentralisiert, deren Arbeitsplätze leicht überschaubar sind und die in einer Schicht arbeiten, könnte die Funktion des Arbeitsgruppensprechers von einem Betriebsratsmitglied übernommen werden, weil hier ein unmittelbarer Kontakt mit dem Betriebsrat noch gewährleistet ist. Bei größeren oder spezialisierteren Betrieben, bei Betrieben mit auswärtigen Montagegruppen, Inn- und Außenstellen, Mehrschichtarbeit ist die Wahl eines Arbeitsgruppensprechers nicht als Kann-Vorschrift (so SPD-Entwurf), sondern zwingend vorzusehen (so Matthöfer-Entwurf), weil nur so die Schaffung eines funktionsfähigen Unterbaus zu den vorhandenen Mitbestimmungsorganen gewährleistet ist und nur so die Arbeitsgruppe unabhängig ist vom Wohlwollen, der Einsicht, der Stärke oder Schwäche des jeweiligen Betriebsrates.

7. Verhältnis Betriebsrat - Arbeitsgruppe.

Der SPD-Entwurf sieht vor, daß die Arbeitsgruppen "Anregungen und Beschwerden" dem Betriebsrat vortragen können, von einer direkten Verhandlung der Arbeitsgruppe bzw. des Sprechers mit dem betrieblichen Vorgesetzten ist nicht die Rede (so Matthöfer-Entwurf). Aus der Formulierung des SPD-Entwurfes spricht offenbar die Sorge, daß die Arbeitsgruppen bzw. deren Sprecher in Konkurrenz zum Betriebsrat treten können, deshalb werden sie von vornherein zu Hilfsorganen des Betriebsrates gemacht. Das widerspricht aber dem Sinn der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, nämlich die Eigeninitiative der Arbeitsgruppe durch Möglichkeiten direkter Mitwirkung zu entfalten. Um das zu bewirken, muss die Arbeitsgruppe direkt mit dem Vorgesetzten und den am Konflikt beteiligten, anderen und höheren Stellen verhandeln können; denn mit ihnen müssen ja auch die Konflikte durchgestanden werden. Müßte der Betriebsrat die Verhandlungen mit dem Vorgesetzten führen, dann bedeutete das praktisch auch keine Entlastung der in Großbetrieben notorisch überlasteten Betriebsräte. Es bliebe nach unten hin, also in Richtung Arbeitsplatz, alles beim bisherigen Zustand. Der Arbeitsgruppensprecher und mit ihm die Arbeitsgruppe haben aber eine andere Funktion als der Betriebsrat. Es gibt viele Konflikte, von denen der Betriebsrat nicht oder erst dann erfährt, wenn sie eine bestimmte Schwelle überschreiten. Dennoch handelt es sich um Konflikte, die für die Arbeitsgruppe eine Bedeutung haben und deshalb nicht verdrängt werden sollten. Der Betriebsrat

hat der Arbeitsgruppe Rückendeckung zu geben; dafür liefert ihm die Arbeitsgruppe die nötigen Informationen und unterstützt seine Verhandlungen durch eine vorgängige Willensbildung. Die Möglichkeiten des Betriebsrates werden dadurch erweitert.

Um die Zusammenarbeit von Arbeitsgruppe und Betriebsrat von vornherein zu gewährleisten, sollte die Konstituierung der Arbeitsgruppe und die Wahl des Sprechers unter der Verantwortung des Betriebsrates geschehen (so SPD-Entwurf, im Matthöfer-Entwurf nicht ausdrücklich vorgehen). Der Betriebsrat hat die Interessen der Arbeitsgruppen mit den Interessen der Gesamtbelegschaft zu koordinieren.

8. Modalitäten der Arbeitsgruppenbesprechungen.

Eine Arbeitsgruppenbesprechung wird nach Bedarf auf Verlangen der Arbeitnehmer oder des Vorgesetzten vom Arbeitsgruppensprecher im Einvernehmen mit dem Betriebsrat einberufen. Ein Mitglied des Betriebsrates hat jederzeit Zutritt zur Arbeitsgruppenbesprechung, der (oder die) Vorgesetzte(n) nur mit Zustimmung der Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppe müßte auch das Recht haben, Betriebsfachleute (aus Stabsstellen), z.B. für Arbeitsvorbereitung, Materialanlieferung, Reparaturen einzuladen.

Wenn ein Viertel der Mitglieder der Arbeitsgruppe es verlangt, ist ein Vertreter der Gewerkschaft zur Arbeitsgruppenbesprechung hinzuzuziehen (entsprechend § 31 BVG). Ebenso kann der Vorgesetzte etwa ein Mitglied der Geschäftsleitung mitbringen. Die Tagesordnung wird vom Arbeitsgruppensprecher aufgestellt, wobei er die Wünsche der Kollegen (bzw. des Vorgesetzten) berücksichtigen muß. Die Arbeitsgruppenbesprechungen finden während der Arbeitszeit statt und werden bezahlt.

Die Arbeitsgruppe dürfte nicht erst nach erfolglosen Verhandlungen des Sprechers bzw. Betriebsrates mit dem Vorgesetzten einberufen werden (so Matthöfer-Entwurf § 55 b/2), da sonst der Arbeitsgruppensprecher sich dem Verdacht aussetzen könnte, Funktionen eines Vorarbeiters auszuüben. Wenn die Arbeitsgruppenbesprechung der Willensbildung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen ihren Arbeitsplatz betreffenden Fragen dienen soll, muß sie schon vor den Verhandlungen des Sprechers mit dem Vorgesetzten stattfinden. Die Arbeitsgruppe darf nicht Akklamationsorgan des Sprechers werden, sondern der Sprecher ist fallweise der Beauftragte der Gruppe.

9. Das Recht der Arbeitsgruppe auf Information

Die Arbeitsgruppe ist von beabsichtigten Maßnahmen der Betriebsleitung bzw. des Weisungsbefugten dann vorher zu unterrichten, wenn davon die Arbeitsgruppe unmittelbar betroffen wird. Diese Information muß so rechtzeitig erfolgen, daß die Arbeitsgruppe darüber beraten und dazu Stellung nehmen kann.

Das Informationsrecht der Arbeitsgruppe bezieht sich insbesondere auf

- Einführung neuer Produktionsverfahren
- Errichtung von Neubauten
- Einrichten neuer Arbeitsplätze
- Änderungen von Arbeitsplätzen, Arbeitsbedingungen, des Arbeitsablaufes oder des Dienstweges
- der täglichen Sollmenge und Bandgeschwindigkeit
- der Arbeitsteilung oder Geschäftsbereiche,

der Materialanlieferung
der Dienstanweisungen und Verdienstberechnungen
Zuweisung und Wegnahme von Arbeitskräften
Wechsel des Arbeitsplatzes
Ernennung neuer Vorarbeiter oder anderer Weisungsbefugter.

Information der Arbeitsgruppe ist nötig, weil so betriebsorganisatorische Vorgänge, die sonst undurchschaubar sind, durchsichtig werden. Vieles von dem, was angeblich Betriebsgeheimnis ist, müßte jedem Beteiligten zum besseren Verständnis seiner Arbeit in einem stark arbeitsteiligen Prozeß mitgeteilt werden. Durch Vorenthalten von nötigen Informationen wird die Belegschaft dumm gehalten und damit Pseudoautorität aufrechterhalten, deren Sachdienlichkeit nicht begründbar ist.

Wenn der Weisungsbefugte Maßnahmen aus technischen Gründen ohne vorherige Arbeitsgruppenbesprechung anordnet, so steht der Arbeitsgruppe das Recht zu, nachträglich die Gründe zu erfahren, weshalb diese Maßnahme ohne vorherige Information durchgeführt werden mußte.

10. Das Recht der Arbeitsgruppe auf Anhörung - "Betriebliche Öffentlichkeit"

Die Arbeitsgruppe hat in den unter 9) genannten Fällen auch das Recht auf Anhörung, ferner in Fragen der Lärm- und Schmutzbelästigung, ausstehender Reparaturen, Überstunden, Qualitätskontrolle, soziale Einrichtungen u.a.m.

Der Informationsfluß vom Vorgesetzten zur Arbeitsgruppe muß ergänzt werden durch die Verpflichtung des Vorgesetzten, die Arbeitsgruppe von Fall zu Fall zu befragen (nicht bloß zu belehren). Die Arbeitsgruppe weiß über viele Arbeitsvorgänge besser Bescheid als der Vorgesetzte. Es gibt schon jetzt Vorgesetzte, die das wissen und sich entsprechend verhalten.

In Information und Anhörung, in der Diskussion technischer, Arbeitsorganisatorischer und personeller Fragen wird die Basis geschaffen für "betriebliche Öffentlichkeit". (Der Ausdruck bei Fertsch-Röver FAZ 21.3.1969). Aus naheliegenden Gründen ist die betriebliche Öffentlichkeit durch Betriebsversammlungen und Werkszeitungen nicht gewährleistet. Öffentlichkeit ist aber für die Verwirklichung demokratischer Grundrechte unerläßlich (siehe These 2).

Öffentlichkeit in der Arbeitsgruppe wäre vor allem angebracht bei der Festlegung der übertariflichen Lohnzuschläge, die vom Vorgesetzten gern als Mittel einer unbefragbaren Lohnpolitik nach der Devise "teile und herrsche" gehandhabt wird.

11. Konflikt Arbeitsgruppe - Vorgesetzter

Betriebsleitung oder Weisungsbefugter können für ihre endgültige Entscheidung nicht an die Stellungnahme der Arbeitsgruppe gebunden werden. Trifft ein Vorgesetzter eine Entscheidung gegen den erklärten Willen der Arbeitsgruppe, so muß er das ihr gegenüber begründen.

Die Arbeitsgruppe hat das Recht dagegen auch nachträglich noch den Betriebsrat anzurufen. Die Angelegenheit wird dann zwischen dem Betriebsrat und dem Arbeitgeber weiterverhandelt, eventuell vor die Einigungsstelle gebracht (§ 50 BVG), die dann endgültig entscheidet.

Es mag unbefriedigend erscheinen, daß der Vorgesetzte allein, unter Umständen gegen den Willen der Arbeitsgruppe entscheiden kann; es wird aber durch den gegenwärtigen Stand der Produktionsweise erzwungen. Immerhin wird es sich ein Vorgesetzter überlegen, ob er etwa einen Vorarbeiter gegen den erklärten Willen der Arbeitsgruppe ernennen wird. Er wird an die Schwierigkeiten denken, die dann zwischen Arbeitsgruppe und Vorarbeiter auftreten werden. "Die Institution der Arbeitsgruppe und des Arbeitsgruppensprechers wäre.....eine permanent präsente immer mit allen notwendigen Informationen versehene Kontrollinstanz, die bei jeder Art von Regelverstoß intervenieren könnte. Allein der Zwang, alle Entscheidungen möglicherweise vor der Arbeitsgruppe rechtfertigen zu müssen, würde Konsequenzen haben für das Verhalten der Vorgesetzten." (Schumann GM 228/1969)

12. Das Initiativrecht der Arbeitsgruppe

Das Initiativrecht der Arbeitsgruppe umfaßt die Verbesserungsvorschläge, die aus Arbeitsgruppenbesprechungen hervorgehen. Das betriebliche Vorschlagswesen müßte im Rahmen der Mitbestimmung am Arbeitsplatz ent-individualisiert und zugleich dem reinen Rentabilitätsdenken entzogen werden. Ideen entstehen ohnehin meistens aus Diskussionen. Anregungen in der Arbeitsgruppe würden das Mitdenken in dieser Hinsicht weit mehr anregen als das übliche "Briefkasten"system, das noch immer vom individuellen Erfinderideal ausgeht.

Als Verbesserungsvorschläge sind nicht nur solche technischen Veränderungen anzusehen (und zu prämiieren), die der Produktivitätssteigerung dienen, sondern ebenso solche, die im Bereich der Arbeitsorganisation und der personellen Besetzung eine Entlastung der Arbeitenden bewirken, die also im Interesse der Arbeitsgruppe selbst liegen.

Verbesserungsvorschläge, die aus Arbeitsgruppenbesprechungen hervorgehen, sind einer Vorschlagskommission vorzulegen, die paritätisch aus Beauftragten der Betriebsleitung und Belegschaftsvertretern zusammengesetzt ist. Dieser Ausschuß verwaltet auch den Vergütungsfonds. Über die Verwendung einer Vergütung für einen Vorschlag entscheidet die einreichende Arbeitsgruppe selbst.

Selbstverständlich wird es auch Verbesserungsvorschläge geben, die von Einzelnen erdacht sind. Bei deren Beurteilung durch die Vorschlagskommission ist der Sprecher der betreffenden Arbeitsgruppe zu hören.

13. Recht auf selbstständige Absprachen in der Arbeitsgruppe

Eigeninitiative und freie Entfaltung der Persönlichkeit, also Selbstbestimmung, würden besonders dann ermöglicht, wenn im Rahmen der Weisungsbefugnis des Vorgesetzten die Arbeitsgruppe das Recht hat, selbstständige Absprachen zu treffen. In diesem Fall beschränkt sich das Weisungsrecht des Vorgesetzten auf das Festlegen der Gesamtaufgabe. Wie diese Arbeitsaufgabe durchzuführen ist, entscheidet die Arbeitsgruppe (z.B. Einteilung und Abfolge der Arbeiten, zeitliche Begrenzung, Wechsel zwischen schwerer und leichter Arbeit, Materialbereitstellung uam). Diese Entscheidungen müssen dem Vorgesetzten zur Kenntnis gebracht werden; dieser hat das Recht, die ordnungsgemäße Durchführung der Aufgabe zu kontrollieren.

Zu solchen selbstständigen Entscheidungen der Arbeitsgruppe eignen sich solche Maßnahmen, die ohne personelle und große

technische Veränderungen möglich sind und nur die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe betreffen, z.B. Fragen der Ordnung im gemeinsamen Arbeitsbereich, Sauberkeit, Übergabe bei Schichtwechsel, Terminierung, Pensumverteilung in der Schicht, Benutzung gemeinsam zur Verfügung stehender Werkzeuge, Aufstellung des Schichtplans, des Urlaubsplanes, der Erholungspausen, die vom Arbeitsablauf unabhängig sind. Tatsächlich geschieht so etwas schon ständig unter der Hand. Es sollte bewußt gehandhabt und viel weiter verbreitet werden, als man gegenwärtig für möglich hält.

Verantwortung bekäme dabei einen neuen Sinn: Die Verantwortungsbereitschaft der Arbeitsgruppe würde wachsen, während sie vom ständigen Bevormunden durch den Vorgesetzten kaputt gemacht wird. Die Kostenverantwortung der Arbeitsgruppe hinsichtlich technischer Anlagen und Produkte ist an vielen Plätzen erheblich. Diese Kostenverantwortung sollte durch Spielräume in der Arbeitsorganisation honoriert werden. Hier ist ein Umdenken nötig; Übernahme von Verantwortung ist für den Ausführenden nicht nur eine Pflicht, sondern müßte Rechte einschließen.

14. Stufenvertretung in Großbetrieben

Im Personalvertretungsgesetz ist für den "Geschäftsbereich mehrstufiger Verwaltungen" eine Stufenvertretung vorgesehen. Das Betriebsverfassungsgesetz kennt so etwas auch für Großbetriebe nicht. Großbetriebe sind aber tatsächlich so etwas wie "mehrstufige Verwaltungen" mit großem bürokratischem Apparat zwischen Geschäftsleitung und Arbeitsplatz. Insbesondere auf der mittleren Ebene wirken Abteilungsleiter bisweilen wie kleine Götter und binden durch ihre Entscheidungen nachgeordnete Stellen. Für sie gibt es bislang keine festen Gesprächspartner auf Arbeitnehmerseite. Sie treffen also ihre Entscheidungen, ohne Argumente der Arbeitnehmer zu hören, obwohl diese Entscheidungen oft Ursache zu Konflikten am Arbeitsplatz sind.

Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz sowie die Mitbestimmung des Betriebsrates bzw. im Aufsichtsrat der Großbetriebe wird unzureichend und lückenhaft bleiben, solange der harten Mittelschicht des Managements auf Abteilungsebene nicht eine Arbeitnehmervertretung gegenüber gestellt wird.

Es ist daher zu überlegen, ob in Großbetrieben auf Abteilungsebene eine Stufenvertretung zu errichten wäre. Diese Stufenvertretung könnte sich aus den Arbeitsgruppensprechern der Abteilung plus einigen Betriebsratsmitgliedern zusammensetzen.

15. Schutz des Arbeitsgruppensprechers und Rechte der Gewerkschaft in der Arbeitsgruppe

Wenn der Arbeitsgruppensprecher auch den Konfliktsfall mit der Hierarchie durchstehen soll, muß er besondere Schutzrechte haben, die denen der Betriebsräte entsprechen (Matthöfer-Entwurf § 53 BVG). (Auch in den Strafvorschriften für Behinderung von BR-Tätigkeit § 78!)

Sollen diese Schutzrechte wie überhaupt die Institution der Arbeitsgruppe und des Arbeitsgruppensprechers im BVG verankert werden, so erheben Olaf Radke ("Sozialdemokrat 10/1968) und andere den naheliegenden Einwand, daß diese dann wie der Betriebsrat dem Disziplinierungsparagraphen 49 BVG mit der Verpflichtung zum Betriebsfrieden unterliegen und damit der Gewerkschaft rasch entfremdet werden könnten. Aus diesem Ein-

wand sprechen bittere Erfahrungen und geringes Vertrauen in die Wirksamkeit gewerkschaftlicher Betriebsarbeit. Der Einwand würde sehr viel schwächer, wenn - wie vom DGB vorgeschlagen und vom SPD-Entwurf aufgenommen - der Passus von "Betriebsfrieden" gestrichen würde und ein Zusatz zu §. 49 BVG Gesetzeskraft erlangte: "Betriebsratsmitglieder, Jugendvertreter und Sondervertreter können im Betrieb als Gewerkschaftsmitglieder im Rahmen der Aufgaben ihrer Gewerkschaft tätig werden". (Arbeitsgruppensprecher wäre hier noch einzufügen.) Da der Zusatz deutlich eine Anwendung von Art. 9 Grundgesetz darstellt, wäre Widerstand dagegen zu überwinden.

Eine gesetzliche Regelung von Arbeitsgruppe und Arbeitsgruppensprecher wäre an die Gewerkschaft eine ständige Aufforderung zur Intensivierung ihrer Betriebsarbeit, die ohnehin nötig ist, wenn ihre Massenbasis wegen Einengung der Tarifpolitik durch Lohnleitlinien und durch übertarifliche Leistungen der Unternehmer nicht mehr und mehr zusammenschmelzen soll.

Sollte der unter Nr. 8 angeregte Zugang von Gewerkschaftsvertretern zur Arbeitsgruppenbesprechung realisiert werden, müßte die Gewerkschaft wahrscheinlich organisatorisch die Einsetzung von Betriebssekretären in Betracht ziehen.

Radke hat natürlich Recht, daß eine gesetzliche Regelung gewerkschaftliches Bewußtsein und gewerkschaftliche Stärke im Betrieb nicht ersetzen kann. Umgekehrt stimmt aber auch, daß die Unzulänglichkeiten des bisherigen BVG die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen auch vor den Arbeitsgerichten sehr erschwerte. Eine gesetzliche Verankerung der Rechte der Arbeitnehmervertretung einschließlich des Arbeitsgruppensprechers wird sich nach der bisherigen Entwicklung nicht vermeiden lassen. Daß entsprechende Bestimmungen in Tarifverträgen den gewerkschaftlichen Forderungen an den Gesetzgeber den nötigen Nachdruck verleihen würden, ist unbestritten.

Vortrag von Professor Tibor Mende
bei der Sitzung der Christl. Friedenskonferenz in
Leonberg am 16.5.69

(Der Vortrag wurde in Englisch gehalten und gedolmetscht;
die Abschrift vom Band erfolgte ohne stilistische Korrektur)

Ich muß mich entschuldigen, daß ich nicht in Deutsch spreche, obwohl ich es früher einmal gelernt habe. Da aber so viele Englisch können, kann die Übersetzung in kurzen Zusammenfassungen erfolgen. Wenn jemand genauer interessiert ist, füge ich jetzt hinzu, dann melden Sie sich bitte.

Ich wurde als Ungar geboren und lernte natürlich wie jeder Ungar Klavierspielen und hatte ein Fräulein um Deutsch zu lernen, so daß ich mit zehn Jahren fließend Deutsch sprach. Dann jedoch kam ich nach England und habe das meiste wieder vergessen.

Das Thema ist so umfassend und riesengroß, daß man in einer Stunde nicht mehr als den Anfang dazu machen kann, um es zu beschreiben und sich in Verallgemeinerungen und Generalisierungen ergehen muß, aber ich hoffe, daß ich soviel sagen kann, um Sie zur Diskussion hinterher zu provozieren.

Ich muß mich zweitens bei Ihnen entschuldigen, daß ich nur in meinem eigenen Namen spreche und nicht etwa im Namen der Vereinten Nationen. Ich bin jetzt erst seit drei oder vier Jahren Beamter, internationaler Beamter, und die Technik, in vielen Worten wenig zu sagen, eine dehydrierte Sprache, möchte ich hier nicht anwenden.

Das Problem der sich entwickelnden Länder ist erst in unser Bewußtsein gekommen bei der Entkolonialisierung. Es bestand schon vorher, aber es wurde erst sichtbar, als die Kolonialmächte aufhörten, diese Länder zu beherrschen. Es war wie ein Vorhang, der aufging und plötzlich diese weite Szene vor uns enthüllte.

Darauf folgte eine kurze Periode des Optimismus. Wir hatten alle die Illusion, daß die Entwicklung sich in wenigen Jahren würde meistern lassen. Es war etwa die Zeit, als die Engländer Indien verließen. Man dachte an Injektionen von einigen Dollars und glaubte, den Prozeß, der in Europa im 18. und 19. Jahrhundert stattgefunden hatte, in wenigen Jahren absolvieren zu können. Es folgte eine mehr reflektive Periode, da man erkannte, daß nicht nur die wirtschaftlichen Faktoren allein über die Entwicklung bestimmten, sondern daß es menschliche und soziologische Faktoren sind, die vielleicht noch wichtiger sind als die rein wirtschaftlichen Fakten. Wir sind des Zwiespalts des "Gap", der Kluft uns bewußt geworden, die sich zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern auftut, eine Kluft, die immer weiter anstatt kleiner wird. Hier muß ich ein populäres Mißverständnis aufklären. Es ist nicht so, daß die Entwicklungsländer objektiv ärmer werden. Sie werden langsam, sehr langsam auch reicher, nur wir werden sehr viel rascher reicher, so daß der Unterschied sich trotzdem ständig vergrößert. Hier muß ich eine zweite Bemerkung

machen. Die Entkolonialisierung hat zwar die politischen Bedingungen völlig verändert, aber die wirtschaftlichen Bedingungen sind weithin gleich geblieben. Seit der Kolonialzeit hat sich an den wirtschaftlichen Grundtatsachen nicht so viel verändert. Die Fallschirmjäger sind zwar abgezogen aber die Zollbedingungen sind geblieben.

Es geht hier in Wahrheit um ein strukturelles Problem, und deswegen muß ich gleich sagen, man kann dieses Problem nicht mit Barmherzigkeit, mit Opfer allein überwinden; man kann es auch nicht mit Modellprojekten überwinden, so sehr vielleicht manchen von Ihnen dieser Gedanke schmerzlich ist. Die Lösung der bloßen Barmherzigkeit oder der Almosen finde ich besonders gefährlich, weil man sich auf billige Weise ein gutes Gewissen macht. Es könnte ein psychologisches Sedativum, ein Beruhigungsmittel sein, das uns daran hindert, die wahren Probleme zu erkennen. Was ich sagen will ist durch ein chinesisches Sprichwort schon vor längerer Zeit auf eine Formel gebracht worden: Wenn man einem Mann einen Fisch gibt, speist man ihn für einen Tag, wenn man ihm beibringt wie er fischen kann, hilft man ihm für sein Leben.

Die Modellprojekte, so schön sie im einzelnen sind und so viel guter Wille darinsteckt, helfen auch nicht ob es Käseproduktion in Indien oder eine kleine Schule in Afrika ist; die strukturellen Probleme bleiben ungelöst. Es ist, wie wenn Sie eine Lichtung in einem Urwald schlagen und roden, und Sie gehen fort und in wenigen Jahren hat der Urwald wieder alles überwuchert. Der Urwald kommt deswegen zurück, weil das soziologische Milieu nicht mit bearbeitet worden ist. Das Modellprojekt ist von vornherein in der Defensive gegen eine Gesellschaft, die versucht, rückgängig zu machen und es kann auf die Dauer nicht gegenüber den Bedingungen dieser Gesellschaft bestehen. Die Bedingungen der Gesellschaft müssen zunächst gewandelt werden. Wir müssen uns diese Erkenntnis klarmachen, denn ein langer Prozeß steht uns bevor. Es gibt keine "Nescafé-lösung" einer plötzlichen und sofortigen vollkommenen Lösung. Die Voraussetzungen und Bedingungen müssen zunächst geschaffen werden.

Wenn wir das Problem der Entwicklung analysieren, dann sind es drei Faktoren, die dazu gehören. Einmal ist es die Mobilisierung interner Ressourcen, Hilfsquellen. Zweitens ausländische Hilfe und drittens internationaler Handel. Es gibt keinen vierten Faktor. Auf diesen dreien muß die Entwicklung ruhen. Ich will diese Faktoren einzeln durchgehen, allerdings sehr kurz und sehr generell.

- (1) Zuerst die Mobilisierung interner Ressourcen. Das umschließt alle natürlichen Vorkommen aber auch die menschlichen Faktoren, die für eine Entwicklung wichtig sind. Der natürliche Reichtum ist sehr unterschiedlich unter den verschiedenen Ländern der Welt verteilt. Es gibt ein Land wie Jordanien, wo praktisch die ganzen natürlichen Ressourcen aus ein paar Beduinen und viel Sand bestehen, oder auf der anderen Seite ein Land wie Brasilien, in dem alles vorkommt, was nötig ist, um es zu einer sehr großen Macht zu machen. Es kann also keine Geralisierung unter den

Ländern geben, weil die Ausgangsposition so verschieden ist. Zweitens muß man beachten, daß die verschiedenen Länder eine verschiedene Tradition an Fähigkeiten und Fertigkeiten haben, die überkommen ist. Drittens muß man natürlich die politischen Faktoren sehen. In vielen Ländern sind die politischen Bedingungen auch heute derart, daß eine logische und geradlinige Entwicklung nicht möglich ist.

Bevor wir diese Länder kritisieren, sollten wir uns fragen, ob wir von uns aus das Äußerste getan haben, um Regierungen zu ermutigen, die bereit sind, die natürlichen Reichtümer und Quellen zu entwickeln. Tatsächlich ist es selten. Die normale und häufigere Tendenz ist die, daß wir Regierungen unterstützen, die nicht dazu bereit sind. Ich möchte jetzt nicht weiter auf die Frage der Mobilisierung der natürlichen Reichtümer eingehen, weil es ein ungeheuer weites Feld ist. Aber vielleicht können Sie nachher in der Diskussion Fragen dazu stellen.

- (2) Wir wollen jetzt die zweite Komponente, ausländische Hilfe, betrachten. Die grundlegenden Tatsachen sind relativ einfach; jedes Jahr geht etwa von den reichen Industrieländern des Nordens zu den Entwicklungsändern ein Äquivalent von 10 Milliarden Dollar. Bis zum Jahr 1961 ist diese Summe von Jahr zu Jahr angewachsen; seit 1961 ist sie etwa gleich geblieben. Wenn Sie aber das Anwachsen des Volkseinkommens der reichen Welt seit 1961 betrachten, das ziemlich rasch angestiegen ist, so ist natürlich der Prozentsatz der Hilfe stark zurückgegangen. 1961 war es 0,80 % des Einkommens der Industrienationen, heute ist es nur noch 0,55 % des Gesamteinkommens in unserer Welt. Wenn ich von reichen Nationen spreche, dann spreche ich von Westeuropa, England, Vereinigten Staaten, Kanada, Japan, die Länder, die der OECD angehören. Natürlich ist diese Hilfe an sich ganz ansehnlich, es ist immer mehr als nichts. Auf der anderen Seite ist es nur halb so viel, wie diese reiche Welt für Kosmetik oder auch für Zigaretten unter Einschluß von Zigarren, ausgibt und nur etwa 5 % bis 6 % des Rüstungsetats dieser Länder. Ungefähr zwei Drittel dieser Hilfe der westlichen Welt wird bilateral von einem Land an das andere gegeben, etwa 5 % geht durch internationale Körperschaften wie die Vereinten Nationen und die Weltbank; ungefähr ein Drittel sind private Hilfsmaßnahmen.

Die Frage ist jetzt, was ist Hilfe? Gemeint ist Kapitalhilfe. Wenn mein Großvater Geld zu 7 % auslieh, dann nannte man das Wucher. Wenn heute Geld zu 7 % an Entwicklungsänder ausgeliehen wird, dann ist das Hilfe, Entwicklungshilfe. Nur ein sehr kleiner Prozentsatz dieser zwei Drittel von der gesamten Entwicklungshilfe wird als Geschenk gegeben. Der weitaus größte Teil ist Kredit, der manchmal zu einem vernünftigen Zinssatz, manchmal zu einem relativ hohen Zinssatz gegeben wird.

Der Prozeß ökonomischer Emanzipation ist normalerweise außerordentlich schmerzhaft. In manchen Ländern mit außergewöhnlichen Reichtümern mag das anders sein, aber etwa in unseren europäischen Ländern, aber auch in China oder Japan oder auch in Rußland war dieser Prozeß außerordentlich schmerzhaft. Sehr

lange Arbeitszeiten, Kinderarbeit und alles, was dazugehört hat; die Auslandshilfe, die dazukommt, wirkt nur wie ein Betäubungsmittel, um diese Schmerzen erträglich zu machen

Aber Kapitalhilfe kann auch eine andere Auswirkung noch haben. Sie kann ein sehr starkes Instrument sein, um strukturelle Reformen in Gang zu setzen. In jedem Fall wird die ausländische Hilfe eine ausländische Intervention sein. Darüber müssen wir uns klar sein. Manche von Ihnen werden das vielleicht ablehnen, aber bei sehr vielen Ländern ist ein so großer Bestandteil des Staatshaushaltes durch ausländische Hilfe gedeckt, daß es im Grunde gar nicht anders denkbar ist. Es kommt immer nur darauf an, in welchem Sinne die ausländische Intervention eingreift und mit welchen Interessen. Ich kenne keinen Bauern, der nicht die Hilfe von außen, die Intervention begrüßt hätte, wenn sie im Sinne der Landreform wirkte. Die reichen Länder des Westens haben kaum etwas getan, um die technologische Forschung in den Dienst der Entwicklungsländer zu stellen. Angesichts der enormen technologischen Fortschritte in der Weltraumfahrt etwa ist es erstaunlich, daß nicht einmal zwei D-Mark aufgewendet werden, um eine billige Pumpe für die Entwicklungsländer zur Bewässerung herzustellen und in Massenproduktion gehen zu lassen. Vielleicht ist dieses Beispiel falsch, es könnte eine solche Pumpe entwickelt worden sein, aber Sie verstehen, was ich generell damit sagen will. Um ganz fair zu sein, es gibt tatsächlich bei den Philips-Werken ein Laboratorium, das speziell Einrichtungen für die Entwicklungsländer zu entwickeln sucht, aber so weit ich weiß ist es das einzige Beispiel einfacher Technologie.

- Ich möchte hier nicht weiter über den Aspekt der Entwicklungshilfe, der Kapitalhilfe, sprechen, es kann hier nur im Telegrammstil gehen. Ich möchte zum dritten und wichtigsten Punkt kommen, (3) zum Welthandel. Jedes Entwicklungsland braucht zunächst Devisen, um im Ausland zu kaufen, um technologische Produkte, um Ausrüstungen für Industrie und dergleichen einzukaufen. Selbst im günstigsten Falle in einem relativ reichen Entwicklungsland ist es notwendig, etwa am Beispiel China können wir das sehen, das sehr viele Devisen braucht, um in Übersee etwa Fabrikeinrichtungen, Fabrikausrüstungen zu kaufen. Deutschland ist, nebenbei bemerkt, Chinas bester westlicher Handelspartner. Woher kommen die Devisen für die Entwicklungsländer? Von jedem hundert Dollar, die sie zur Verfügung haben, in Devisen, kommt ein Fünftel, also 20 Dollar durch Auslandskapitalhilfe, während vier Fünftel ganz normal verdient werden durch internationalen Handel. Nun ist ganz klar, wenn dieses eine Fünftel, die 20 Dollar von jedem Hundert, weniger wird, weil die Hilfe nachläßt, muß mehr durch den Handel verdient werden, wenn nicht der ganze Fortschritt sich erheblich verlangsamen soll.

Ich möchte jetzt nicht zu viele technische Einzelheiten bringen, weil Sie das vielleicht ermüdet - Sie können in der Diskussion heute abend oder morgen darauf zurückkommen - sondern nur die Grundlinien zeigen. Sie wissen, daß 90 % alles dessen, was die Entwicklungsländer auf dem internationalen Markt anbieten können, Rohstoffe sind. Kaffee, Zinn, Kautschuk für einige Länder jeweils das einzige Produkt, das sie anbieten können; so etwa für

Senegal: 93 % seines Exports besteht in Erdnüssen. Sie sehen also, daß das wesentliche Einkommen der Entwicklungsländer auf einer äußerst verletzlichen Grundlage ruht, weil die Preise für die Rohstoffe auf dem Weltmarkt oszillieren, also ständig sehr stark auf- und abgehen. Beispiel Indonesien: während des Koreakrieges stiegen die Preise für die von ihm anzubietenden Rohstoffe auf dem Weltmarkt sprunghaft an; blende Aussichten für den Fünfjahresplan. Der Finanzminister, der ein persönlicher Bekannter war, deutete es an. Vier bis fünf Jahre später waren die Preise so weit gefallen, daß die Versprechungen des Fünfjahresplanes nicht eingehalten werden konnten. Der Zuckerpreis auf dem Weltmarkt z.B. hat in den letzten 7 Jahren zwischen 4 Cent pro Pfund und 25 Cent pro Pfund geschwankt. Sie können sich vorstellen, was das bedeutet für ein Land, dessen Export nahezu ausschließlich auf Zucker beruht, wie Jamaica, Santo Domingo und einige andere Länder. Diese Oszillation der Preise ist nur zu bekannt, ich brauche das nicht weiter auszuführen. Ich möchte jetzt zu sprechen kommen auf die Verschlechterung der Terms of Trade, der grundsätzlichen quantitativen Handelsbedingungen, für einen bestimmten Zeitpunkt sozusagen der Tauschwert von Rohprodukten. 1918 mußte ein brasilianischer Kaffeeproduzent 24 Säcke Kaffee für das letzte Modell von Ford-Automobilen geben, heute muß er 280 für das letzte Fordmodell zahlen.

Diese Verschlechterung der Terms of Trade, des Warenaustauschpreises, ist so, daß sich die Preise für Industriegüter ständig aufwärtsentwickeln und die Preise für Rohmaterial fallen, so daß die Diskrepanz immer stärker wird. Zwischen 1961 und 1969 mußte man etwa für ghanaischen Kakao und Industriegüter 75 % Verschiebung sehen. Man kann über diese Fragen im einzelnen debattieren, jeweils von wo man den Ausgangspunkt nimmt, in welchem Jahr man die Preisrate zunächst festsetzt, vor der Depression oder nach der Depression. Außerdem gibt es Ausnahmen: z.B. ist der Papierverbrauch auf der Welt enorm im Ansteigen und Länder, die im wesentlichen Holz ausführen können, können sich nicht über ein Fallen der Preise beklagen. Ebenso solche, die Uran haben, was früher ein absolut wertloses Zeug war, jetzt aber natürlich die Terms of Trade stark verbessert. Generell ist aber dieses Abfallen, diese Verschlechterung der Terms of Trade zu beobachten.

Außerdem muß man beachten die Entwicklung der synthetischen Stoffe, der Kunststoffe. 1945 war Kautschuk die normale Grundlage von allem Gummi, heute ist es bei 60 % bis 65 % aller Gummiwaren synthetische Grundlage, auf der erzeugt wird. Ebenso muß man die künstlichen Fasern betrachten, mit denen die Textilindustrie heute arbeitet. Unsere Großeltern waren in Baumwolle und Seide gekleidet, heute sind wir überwiegend in diese synthetischen Fasern eingekleidet. Außerdem muß man beachten die Miniaturisierung, die Verkleinerung aller technischen Güter. Man braucht immer weniger Rohmaterial und immer mehr Technologie für immer kompliziertere Gerätschaften. Wenn wir vergleichen ein Elektro-Bügeleisen mit einem Transistor, sehen Sie, was ich meine. Einmal ist sehr viel Rohmaterial Eisen - ein Kilo oder so - und wenig Elektrizität dabei, auf der anderen Seite vielleicht nur 150 Gramm Aluminium aber ein sehr kompliziertes Gewirr

von zwar billigem Material, aber komplizierter Apparatur. Dieser Zustand der hochkomplizierten technischen Geräte mit wenig Materialwert und den alten Gerätschaften mit großem Materialwert beeinflusst heute bereits den Welthandel. Wenn man daran denkt, daß man etwa Ägypten für 50.000.-- Dollar Computer verkauft, ist der reine Metallwert wahrscheinlich außerordentlich klein, etwa 10 oder 100 Dollar, während der überwältigende Teil des Preises für den "geistigen Gehalt" bezahlt wird, während auf der anderen Seite der Gegenwert ständig in derselben Baumwolle besteht, die mit Handarbeit erzeugt wird.

Der wesentliche Faktor liegt im Zollsystem. Die westlichen Industrienationen sind wie mit einem Stacheldraht nach außen abgeschlossen. Es gibt auch hier eine Eskalation, um ein Lieblingswort von Herrn Mc Namara zu gebrauchen. Beispiel Baumwolle: Wenn man Baumwolle als Rohprodukt in Ballen einführt, ist der Zoll wahrscheinlich gleich Null. Wenn man sie aber als Baumwollfaden schon gesponnen einführt, beträgt der Zollsatz etwa 15 %. Wenn Sie es aber schon zum Textil, zum Tuch verarbeitet einführen, beträgt der Zollsatz wahrscheinlich 25 %, d.h. man versucht, die rohstoffproduzierenden Entwicklungsländer davon abzuhalten, selbst die Verarbeitung zu übernehmen. Es gibt natürlich Ausnahmen und wir hoffen, es wird immer mehr Ausnahmen geben, aber das System besteht noch im wesentlichen wie in der Kolonialzeit, das Weltarbeitsteilung zum Ziel hat. Auf der einen Seite werden Rohprodukte produziert, um die Industrie auf der anderen Seite zu füttern. Als Folge all dieser schrecklichen Dinge, die ich hier vor Ihnen aufzählen muß, ist einsichtig, daß die Entwicklungsländer eine enorme Menge von Schulden gemacht haben und sie nicht in der Lage sind, dafür zu bezahlen. In den letzten zwanzig Jahren haben die Entwicklungsländer Kredite aufgenommen, z.T. zu sehr harten Kreditbedingungen. Jetzt werden etwa 30 % bis 40 % im Durchschnitt gesehen auf alle Entwicklungsländer ihres Einkommens aus dem Handel nur zur Abzahlung, zur Tilgung der Schulden und Zinsen verbraucht. Wenn man die privaten Schulden mit dazu nimmt, dann gibt es heute schon Fälle, wo ein Land 70 % bis 75 % seines gesamten Einkommens in Devisen für die Tilgung der Schulden aufbringen muß.

Es ist eigentlich keine Übertreibung mehr, wenn man sich heute in einer kafkaesken Situation vorfindet, wo in einer imaginären Bank für Entwicklungshilfe, wo auf der einen Seite sich das arme Entwicklungsland einen Kredit von 100 Mark geben läßt, um auf die andere Seite dieser selben Bank zu gehen und durch ein Fenster gleich wieder 60 oder 70 Mark zurückzuzahlen und dann dabei bleibt, was es mit den restlichen 40 Mark machen will und das alles zu großen Fanfaren der Barmherzigkeit. Wenn ich hier einmal eine Statistik der Vereinten Nationen zitieren darf: Die Voraussage, die Prognose ist, daß in acht Jahren, also 1975 vermutlich die Kapitalhilfe und die Tilgung und der Zinsendienst sich gegenseitig aufwiegen und annullieren.

Wie kann man die Lage verbessern? Ich möchte eine Reihe von kleinen Beispielen aufzählen, wo kleine Verbesserungen und Wandel in kleinem Maßstab möglich sind. Großen, spektakulären

Wandel auf einmal können und dürfen wir nicht erwarten. Die erste Maßnahme, die auch oft vorgeschlagen wird, ist die Stabilisierung der Rohstoffpreise. Ein System zu erfinden, nach dem dies möglich ist, ist denkbar, ist aber natürlich sehr kompliziert. Es ist leichter, dies vorzuschlagen als durchzuführen. Es bedarf eines politischen Willens, um hier wirklich voranzukommen. Jedes Entwicklungsland muß sowohl seine Landwirtschaft modernisieren wie auch in begrenztem Umfang industrialisieren. Um die Industrialisierung zu erreichen, muß man aus dem eigenen Markt exportieren, um Devisen zu erhalten. Der Export von industriellen Gütern aus den neuen Industrien in den Entwicklungsländern ist deswegen notwendig, weil ihr nationaler Markt zu klein ist, damit wirklich rentabel gearbeitet werden kann. Auf der anderen Seite wird die internationale Konkurrenz nötig sein, damit die Industrieprodukte der Entwicklungsländer tatsächlich konkurrenzfähig sind.

Sie müssen berücksichtigen, daß die absolute Bevölkerungszahl noch keine Andeutung über den wirklichen internen nationalen Markt darstellt. Es kann sein, daß ein Land zwar eine sehr hohe Bevölkerungszahl hat, die aber praktisch nicht die Kaufkraft aufbringen kann; in Indien oder Brasilien vielleicht nur 10 % bis 15 % der Bevölkerung haben überhaupt die Kaufkraft, sich Fahrräder oder Autos oder Produkte dieser Art zu kaufen, um moderne Verbraucher darzustellen. Man hat deswegen vorgeschlagen und überlegt, daß man einzelnen Entwicklungsländern unilaterale Präferenzen, einseitige Zollbevorzugungen einräumt, damit sie gewisse einfache technische Güter in ein Industrieland ausführen können, entweder ganz zollfrei oder zu einem sehr niedrigen Zollsatz. Wenn etwa Ghana auf die Idee kommt, eine Industrie zur Produktion von Fahrrädern aufzumachen, würde das bedeuten, daß ich Ghana ermutigen möchte, dies zu tun und ihm für eine bestimmte Anzahl von Fahrrädern pro Jahr und für eine bestimmte Dauer von Jahren verspreche, seine Fahrräder ohne Zoll oder zu einem sehr niedrigen Zollsatz in Länder wie England, die Schweiz oder Deutschland hineinzunehmen.

Dieses System der unilateralen Präferenzen ist deswegen so kolossal wichtig, weil es endlich mit den Mythologien des neunzehnten Jahrhunderts auf ökonomischem Gebiet aufräumt, nämlich den Ideen von unmittelbarer Gleichheit und Gegenseitigkeit im internationalen Handel. Wenn der eine dem anderen Konzessionen einräumt, muß es auch umgekehrt der Fall sein. Es ist dies ein Spiel zwischen Elefant und Maus.

In der Zukunft müßte es dahin kommen, daß die Hilfe, Angebote und die Handelsbedingungen synchronisiert werden müssen und sich nicht, wie in der Vergangenheit, vollkommen widersprechen. Es kommt ja täglich vor, was man in der Zeitung lesen kann, daß Korea billige Textilien in die USA exportiert und sofort der Vorwurf laut wird, hier ist unlauterer Wettbewerb, hier ist Unterbietung, so daß wir auf der einen Seite mit unserer christlichen rechten Hand Hilfe austeilen und auf der anderen Seite mit unserer merkantilen linken Hand dasselbe wieder zurücknehmen oder abwehren. Es ist eine internationale merkantile linke Hand.

Außerdem ist ein sehr wichtiger Faktor, daß wir die regionale Gruppierung unter den Entwicklungsländern ermutigen und nicht nur selber uns im Europäischen Markt wohlfühlen. Wir müssen uns klarmachen, daß etwa 80 % der Nationen in den Vereinten Nationen weniger Einwohnerzahlen haben als die Stadt New York. Von der Industrialisierung eines kleinen westafrikanischen Staates für sich zu sprechen ist ebenso realistisch wie die Industrialisierung des Quartier Latin in Paris zu erwarten. Die Bevölkerungszahl entspricht sich und die natürlichen Reichtümer sind möglicherweise noch verschieden verteilt. Erfreulicherweise kann man vermerken, daß die westlichen Länder im ganzen einsehen, die regionale Gruppierung unterstützen an einzelnen Punkten und dadurch eine stärkere Handelsposition einräumen, damit das gegenseitige Geschäft sich besser entwickeln kann.

Selbst mit diesen wenigen Andeutungen habe ich, glaube ich, deutlich gemacht, daß es sich hier um eine monumentale Aufgabe handelt, die nicht durch irgendwelche magischen Methoden gelöst werden kann, sondern einen langen Prozeß der Entwicklung notwendig macht. Es gibt heute zwei Schulen, zwei geistige Weisen, diese Sache zu analysieren: auf der einen Seite die vorsichtige, zögernde, skeptische Betrachtungsweise, auf der anderen Seite die optimistische, idealistische, die sich besonders unter jungen Menschen findet. Was sind die Gründe der aufgeklärten Schule? Erstens moralische Gründe; jeder Mensch sieht ein, daß auf einer so kleinen Welt nicht eine Seite so reich und die andere so arm sein kann. Zweitens das Argument der Märkte der Zukunft; es ist immerhin interessant, die zwei Milliarden der südlichen Welthälfte als potentielle Kunden zu sehen. Drittens gibt es auch strategische Gründe, denn in den letzten Jahren dieses Jahrhunderts wird es sicher in den Entwicklungsländern sehr turbulent zugehen.

Auf der anderen Seite gibt es die Schule des Skeptizismus, der Mutlosigkeit, die sagt, die Änderungen lassen sich nicht erreichen, es bleibt uns nichts anderes übrig, als weiterzumachen mit dem Neokolonialismus. Das zweite Argument - ich spreche hier sehr offen - wäre sehr kurz, sozusagen brutal; wir sollten uns hier nichts vormachen, die Argumente klar zu diskutieren: Die Entwicklungsländer sind für uns tatsächlich keine Bedrohung, wir brauchen sie also nicht. Und drittens, da wir immer weniger abhängig sind von den Entwicklungsländern und auch ihre Rohmaterialien nicht gebrauchen, da wir technologisch mit den synthetischen Stoffen weitgehend selbständig jetzt sind, wächst der Isolatismus des weißen Mannes, und ich sage hier bewußt "weißen Mannes", nicht nur der westlichen Welt. Man könnte durchaus auf dem Standpunkt stehen, daß die Bedingungen in den Entwicklungsländern so kompliziert und differenziert sind, daß sie sich selbst überlassen bleiben sollen; wir bleiben unter uns und kümmern uns um unsere eigenen Sachen.

Ich finde es in der letzten Zeit immer schwieriger, wenn ich zu intellektuellen Gruppen spreche, diese negativen Argumente zu bekämpfen. Dabei finde ich sie im Grunde zerstörerisch und negativ. Sie sind wie eine mittelalterlich Burg, wo man die Zugbrücken hochzieht und die Außenwelt sich selbst überlassen zu können glaubt.

Sie fragen mich natürlich, was können wir jetzt eigentlich tun wo bleiben wir mit unseren Argumenten? Ich kann Ihnen keine vollkommene Lösung anbieten, ich wäre ein sehr viel berühmter Mann, wenn ich das könnte

Ich kann Ihnen also nur meine persönlichen Gedanken und Lösungen anbieten.

1. Ich würde sagen, fahren Sie fort mit der Barmherzigkeit, den Almosen in Katastrophenzuständen oder bei anderen schwierigen Bedingungen, nur glauben Sie keinen Augenblick, daß Sie damit das grundsätzliche Problem gelöst haben;
2. würde ich sagen, fahren Sie fort mit kleinen Modellprojekten, sie haben einen gewissen Demonstrationseffekt, man kann davon sehen, wie die Entwicklung gehen könnte und sie haben einen gewissen erzieherischen Wert, allerdings im wesentlichen für Sie selber, also einen rückbezogenen Wert auf das Geberland, damit Sie lernen wie schwierig die Probleme im ganzen sind und wie wenig man mit einem einzelnen Projekt tun kann. Sie sollen keine Illusionen darüber haben, daß einzelne Schulen, Farmen oder Musterbetriebe die wirtschaftliche Situation dieser Länder wesentlich ändern werden, es sei denn, es sind sehr kleine Länder und sie haben sehr viele einzelne kleine Projekte.
3. Ich muß zusammenfassend sagen, daß Entwicklungshilfe nur dort wirksam sein wird, wo bereits der Wunsch nach Entwicklung, der Wille nach Entwicklung vorhanden ist. Das können Sie nicht exportieren.

So möchte ich zum Schluß, weil es einigen vielleicht schon viel zu spät geworden ist, noch ein paar wirklich sehr zusammenfassende Punkte nennen, die eigentlich sehr viel detaillierter ausgeführt werden müßten im Zusammenhang mit diesem letzten Punkt.

Als erstes muß man versuchen, die absoluten Voraussetzungen für eine günstige Entwicklung zu schaffen, nämlich überhaupt den Wunsch und den Willen, eine Entwicklung zu beginnen. Hier sind im wesentlichen politische Faktoren gemeint, auf die man hier einzuwirken hätte. Zweitens möchte ich sagen - und es klingt beinahe reaktionär, aber ich bin sehr vorsichtig wie ich meine Worte gebrauche - gebrauchen Sie eine gewisse Reziprozität, eine Gegenseitigkeit, verlangen Sie eine Gegenseitigkeit bei Ihrer Hilfe, d.h. für jede Hilfe, die Sie geben, verlangen Sie auch etwas. Als Beispiel möchte ich Kennedy's "Alliance for Progress", die "Allianz für den Fortschritt", das Angebot für Lateinamerika erwähnen, wo für jede Hilfe, die angeboten wurde, ein gewisser Fortschritt erwartet wurde in Form von Reformen. Diese "Alliance for Progress" hat nicht wirklich gewirkt, weil das amerikanische Privatinteresse, verbunden mit einem lokalen Privatinteresse, diesen großen Plan zunichtegemacht hat. Aber zum ersten Mal in der amerikanischen ausländischen Wirtschaftspolitik war dieses System, dieses Prinzip proklamiert und verbalisiert. Drittens, und dies sage ich nun sehr ernsthaft nach allem, was ich über die caritativen Bemühungen und die kleinen Projekte gesagt habe, an einer Stelle

können Sie etwas tun, nämlich Druck auf die eigene Regierung auszuüben. Die eigene Regierung muß unentwegt unter einen öffentlichen Druck gesetzt werden, eine gegenseitige Zuordnung von Hilfe und Handel darzustellen, damit nicht auf der einen Seite der Handel wieder die tatsächlich aus den Steuergeldern gegebene und finanzierte Hilfe zunichte macht. Hier sind gerade die Christen, die religiösen und kirchlichen Gruppen ein besonders guter Ansatz, die öffentliche Meinung zu mobilisieren und die häufige Heuchelei der Regierung zu entlarven und zu korrigieren.

unter

Es gibt einen enormen Idealismus*uns, gerade in der Jugend, der nicht wirklich benutzt wird für diese politische Aufgabe der Bewusstseinsbildung im Inland. Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben, was das bedeutet, wenn ich hier Sand draußen aus dem Garten auf einen Lastwagen lade und fahre ihn weg. Dann ist das teurer, als wenn der Lastwagen mit Zucker beladen ist, wenn man ihn von Entwicklungsländern kauft. Dagegen ermuntern unsere Regierungen die Produktion von Rübenzucker in unseren Ländern und zahlen den Bauern den Preis dafür, damit dies ein Geschäft wird, d.h. für jeden Dollar Hilfe an die Entwicklungsländer werden etwa zwei Dollar an Hilfe an die einheimische Landwirtschaft gegeben, um Produkte zu erzeugen, die sehr viel billiger von Entwicklungsländern eingeführt werden können.

Im wesentlichen ist zu unterscheiden zwischen dem langfristigen Interesse und dem kurzfristigen Interesse. Ich rufe Sie hiermit auf, für das langfristige Interesse - für das Interesse auch Ihrer Kinder - gegenüber den Regierungen oder anderen Autoritäten im Lande einzutreten auf Kosten des kurzfristigen Interesses für morgen früh, was sich auch durchaus und sehr klar beschreiben läßt. Alles dies klingt sehr pessimistisch, aber ich will Ihnen zum Schluß vier Gründe nennen, warum ich dennoch optimistisch bin.

Als erstes möchte ich anmerken, daß wir am Beginn einer landwirtschaftlichen Revolution im Weltmaßstab stehen, die wirklich ein bedeutsamer Faktor ist, so bedeutsam, daß es in unseren Nachrichtensystemen und Fernsehen gar nicht vorkommt, da sie viel zu voreingenommen sind mit den augenblicklichen trivialen Dingen. Die landwirtschaftliche Forschung hat in der letzten Zeit bedeutende Fortschritte gemacht, etwa in Mexiko und in anderen Ländern; durch Verbesserung des Saatgutes und den gleichzeitigen Gebrauch von Kunstdünger und anderen Maßnahmen kann man die Erzeugung von landwirtschaftlichen Gütern in den Entwicklungsländern vervielfachen und verdreifachen. Es ist jetzt nur eine Frage, wie man dieses System ausbreitet, eine Frage des Transports und des Geldes, um etwa das in Indien einzuführen und die landwirtschaftliche Produktion zu verdoppeln und zu verdreifachen.

Die zweite Revolution - und ich hoffe, ich verletze hier niemandes Empfindungen - ist eine Revolution der Geburtenkontrolle. Auch hier sind Forschungen angestellt und enorme Fortschritte gemacht worden, so daß man annehmen kann, daß in wenigen Jahren billige und einfache Methoden zur Verfügung stehen, die man sogar in Dörfern mit Analphabeten durchführen kann. Man darf natürlich keine Illusionen haben, der Verzögerungsfaktor beträgt hier etwa

fünfzehn bis zwanzig Jahre; wenn Sie morgen diese billigen und einfachen effektiven Methoden haben, so kommen sie erst nach dieser Verzögerung von etwa zwanzig Jahren zur Auswirkung, weil jetzt schon die Menschen geboren sind, die noch zur Verdoppelung der Weltbevölkerung beitragen.

Der dritte Faktor, der mich mit einem gewissen Optimismus erfüllt ist der, daß wir aus den Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre tatsächlich gelernt haben; wenigstens jeder, der lernen möchte, kann sich darüber klar sein, daß wir globale Maßnahmen brauchen, daß einzelne, sich widersprechende Maßnahmen nicht weiterhelfen, und daß sich eine gewisse Verständigung darüber anbahnt.

Der vierte und in meinem Urteil außerordentlich wichtige Faktor ist der der strukturellen Änderungen. Diese strukturellen Änderungen in unseren westlichen Ländern müssen vor sich gehen und gehen auch vor sich. Sie betreffen etwa die Arbeitsverteilung. Wenn wir erlauben, daß billige Textilien aus den Entwicklungsländern eingeführt werden, werden logischerweise unsere Textilarbeiter arbeitslos und müssen umgeschult werden auf andere Industriezweige. Aber wir haben diesen Prozeß ja tatsächlich schon in den letzten hundert Jahren in verschiedener Weise erlebt und jetzt ist nur die Frage, ob es wie ein Schicksal über uns kommt oder ob wir es durch Planung und Verständigung bewältigen. Etwa in England ist früher Baumwolle von Indien eingeführt worden, Hemden gemacht, die wieder nach Indien ausgeführt wurden, während heute in England zwei von drei Hemden etwa in Indien oder Hongkong hergestellt worden sind. Die Briten sind in dem Prozeß nicht ärmer geworden. Dasselbe gilt für die Holländer. Als die Holländer Indonesien verließen und aufgeben mußten, sagte jeder: "Die armen Holländer!" Vorher hatten sie dieses riesige Kolonialreich, das sie reich machte; was ist inzwischen geschehen? Die holländischen Arbeiter, die indonesischen Tabak zu Sumatra-Zigarren verarbeitet haben, haben inzwischen umgeschaltet auf Elektronik. Die Holländer haben ihr Kapital in Schwerindustrie investiert, sie bauen ihre kleinen Autos, die Dafs, und heute ist Holland dreimal reicher als zu der Zeit, da es Indonesien beherrschte.

Die technologische Revolution, die z.Zt. in unseren westlichen Ländern vor sich geht, ist in jedem Fall ungeheuer groß, die Automation, Computertechnik und dergleichen. Die Änderungen, die sie im Gefolge hat, sind auch sehr einschneidend und sehr groß und das, was wir tun müssen, um die Interessen der Entwicklungsländer einzubeziehen, ist im Vergleich dazu nur marginal, nur sehr verschwindend klein, so daß es nur sozusagen kleiner Überlegungen bedarf, um nun hier zu einem Ausgleich zu kommen, daß sie die großen Veränderungen, die in jedem Falle da sind, einbeziehen.

Ich glaube, es ist klar geworden von dem, was ich gesagt habe, daß wir keine Zaubermethoden erwarten können, keine plötzlichen Lösungen, aber daß wir doch langfristig einer Lösung des Problems ins Auge sehen können, wenn wir nur selber auch unsere uns selbst nur beruhigenden, heuchlerischen Methoden aufgeben und den Problemen so ins Auge sehen, wie sie sind.

Eingegangen

- 9. JUNI 1969

Bladigt: _____

INFORMATIONSBLATT

NR. 10

des Seminars für Kirchlichen Dienst in der
Industriegesellschaft
6503 Mainz-Kastel, Joh.-Gossner-Str. 14

2. Juni 1969

Freunde, zur Vorbereitung der Tagung der UIM-Gruppe am 19./20. Juni in
Wolfsburg senden wir Ihnen

I. Material

1. Die Thesen "Mitbestimmung am Arbeitsplatz" von Horst Krockert sind
von Ekkehard Börsch und Christian Müller überarbeitet worden.

Bei der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft der Sozialsekretäre in
Friedewald am 20. Mai hatte ich über die Mitbestimmung am Arbeitsplatz
zu referieren. Es stellte sich heraus, dass unter den Sozialsekretären
grosse Bereitschaft vorhanden war, über dieses Thema in Zukunft zu
arbeiten. Aber die konkreten Vorstellungen über die Realisierung der
Mitbestimmung am Arbeitsplatz waren sehr verschwommen. Man regte an,
dass die Thesen von Horst Krockert ausgeweitet und mit Beispielen auf-
gefüllt werden sollten, damit auch diejenigen, die über diese Sache
noch nicht viel gearbeitet haben, sich eine konkrete Vorstellung machen
können. Es wird gut sein, wenn dieser Wunsch der Sozialsekretäre von
der UIM-Gruppe gehört werden würde.

Der Regionalkonvent Süd trifft sich, wie Sie aus dem beiliegenden
Schreiben von Pfarrvikar Scheld sehen, noch einmal in dieser Woche
am Donnerstag, dem 5.6., um Wolfsburg vorzubereiten. Ich verweise noch
auf folgendes Material für Ihre Vorbereitung:

- a) Sonderhefte "Mitbestimmung" der Frankfurter Hefte Nr. 5 Mai 1969,
Frankfurt/Main, Leipziger Str. 17, Tel. 709010 (bezeichnenderweise
wird in diesem Heft kein Bezug genommen auf die Mitbestimmung
am Arbeitsplatz).
- b) Baustein "Mitbestimmung" (DM 3,60) zu erhalten bei Kampagne für
Demokratie und Abrüstung in 605 Offenbach/Main, Postfach 643,
Tel. 806052 (sehr kritisch gegenüber der Mitbestimmung am Arbeits-
platz; eine lesenswerte Zusammenstellung der verschiedenen Aspekte
der MB).
- c) Hans See "Mitbestimmung als Weg zur Selbstbestimmung" in Blätter
für deutsche und internationale Politik Heft 5, Mai 1969, 5 Köln,
Barbarossaplatz 2, Tel. 215336 (DM 2,50)

2. Die Herausgeber der neuen Zeitung "links" bitten uns, Ihnen die
0-Nummer zuzusenden. Bitte prüfen Sie, ob Sie diese Zeitung abonnieren
wollen, oder das Unternehmen durch eine Spende, auch die Übernahme
eines bestimmten Risikobetrages unterstützen können. Man Beabsichtigt,
in dem sozialistischen Büro und in dieser Zeitung eine nach allen
Seiten offene Diskussion über die Entwicklung des Sozialismus zu
führen und ist für jede Mitarbeit dankbar.

II. Personen

Martin Ritter hat von der pädagogischen Hochschule in Osnabrück seine Berufung als Assistent erhalten und beginnt seine Arbeit am heutigen Tage. Wir wünschen ihm von Herzen einen guten Start und viele Arbeitsmöglichkeiten.

Horst Krockert ist auf die 14. Stelle der Landesliste der SPD in Hessen aufgerückt. Damit ist nun seine Wahl sicher und leider auch sein Ausscheiden aus der hauptamtlichen kirchlichen Arbeit.

Christa Springe geht in dieser Woche mit Jochen Rieß und Andrew Hake in Nairobi in den Endspurt des Seminars. Alle bisherigen Nachrichten über den Kurs sind gut. Am Freitag reist sie mit Jochen Rieß und zwei Uganda-Pastoren aus dem Kurs nach Jinja zur Überprüfung der Lage dort. Aus dem Konvent hat sich bisher noch kein Interessent für Jinja gemeldet.

In einem nächsten Rundbrief erhalten Sie einen sehr guten Vortrag von Tibor Mende, Mitarbeiter der UNO, den er auf der Regional-Jahrestagung der christlichen Friedenskonferenz in Stuttgart-Leonberg gehalten hat. Diese Regionaltagung wurde am Ort durch unseren Konventualen Gerhard Bausch organisiert.

Mit herzlichem Gruss aus dem Gossner-Haus

Ihr

Horst Symanowski

Anlagen

1. Thesen von Pfr. Krockert "Mitbestimmung am Arbeitsplatz" überarbeitet von Ekkehard Börsch und Christian Müller
2. "Möglichkeiten der Mitbestimmung am Arbeitsplatz" Auszug aus H. Schuhmann
3. "Um die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb" Auszug aus J. Gorlas in Werkhefte 11/67
4. "Demokratisierung in der Wirtschaft" Auszug aus Evang. Kommentare 1/1969
5. "links" Sozialistische Zeitung Auszüge aus der 0-Nummer

30. Mai 1969 9. JUNI 1969

Erledigt: _____

Auszug aus M. Schuhmann: "Möglichkeiten der Mitbestimmung am Arbeitsplatz" in GM 4/1969, S. 226-231, zusammengestellt von Karl Scheld.

- I. Die Intention der Überlegungen zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz:
Im Unternehmen die Machtüberlegenheit der Unternehmerseite einschränken und gegenüber der einseitigen Herrschaft der Geschäftsleitung eine Gegenmacht der Arbeitnehmer aufbauen. Damit verbunden ist durch die Erweiterung des Einflussbereichs des Arbeitnehmers eine Veränderung des gesellschaftlich-politischen Bewusstseins und der Arbeitseinstellung. (Vergl. dazu den Vorschlag von Matthöfer zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes in GM 12/1968.

Dieser Matthöfer-Entwurf zielt ab auf einen Unterbau für den Betriebsrat. Der Betriebsrat soll die Interessen des Gesamtkollektivs wahrnehmen, und die Arbeitsgruppen bzw. die Arbeitsgruppensprecher sollen Probleme aufgreifen, die nur den Bereich der Arbeitsgruppe betreffen (Einführung neuer Produktionsverfahren, Einrichtung neuer Arbeitsplätze, Wechsel des Arbeitsplatzes, Materialanlieferung, Verdienstberechnung).

Frage: Was könnte eine solche Basisorganisation der Arbeitnehmerinteressenvertretung im Betrieb real leisten und wo liegen die Grenzen ihrer Wirksamkeit?

II. Negative Einschätzung der effektiven Mitbestimmungsmöglichkeiten auf der Ebene der Arbeitsgruppen:

1. Die technische Apparatur legt die Rahmenbedingungen fest für den Einsatz der Arbeitskräfte; wirksame Mitbestimmung über Produktionstechnik, konkrete Arbeitsbedingungen des einzelnen Arbeitnehmers hat ein entsprechendes Fachgremium zu treffen.
2. Der den unmittelbaren Vorgesetzten verbleibende Handlungsspielraum bei Gestaltung von Arbeitsplatz und Arbeitsablauf ist durch das kapitalistische Wirtschaftssystem reduziert; ebenso der Einfluss auf Lohn- und Gehaltsfindung.

Es ist also eine Illusion zu meinen, durch die Schaffung des Organs der Arbeitsgruppen Prinzipien der kapitalistischen Produktionsweise modifizieren zu wollen.

III. Relevante Vorteile dieser Arbeitsgruppen:

1. Kontrollinstanz; die Institution der Arbeitsgruppe wäre eine permanent präsente, mit nötigen Informationen versehene Kontrollinstanz, die bei Regelverstoss intervenieren könnte; die Vorgesetzten müssten alle Entscheidungen rechtfertigen vor der Arbeitsgruppe. Das heisst also Verbesserung der Arbeitssituation des Arbeitnehmers.
2. Die hierarchischen Entscheidungen werden problematisiert. Bisher übte man unreflektierten kritischen Gehorsam (vergl. etwa die Situation des Lehrlings). Die institutionalisierte Arbeitsgruppe hätte das Ziel: Das Geschehen im Betrieb zu diskutieren. Dies könnte Veränderung dieser unkritischen Haltung bewirken.

3. Steigendes Selbstbewusstsein; bei der Diskussion von Sachfragen mit den unmittelbaren Vorgesetzten würde sich die fachliche Kapazität der Arbeitsgruppen zeigen; es würden sich auch Erfolgserlebnisse einstellen.
4. Der Systemzwang würde sichtbar, unter dem die Vorgesetzten stehen. Es würde deutlich, dass diese Systemzwänge (Orientierung am Prinzip der technischen Effizienz und der Profitmaxime) eine Orientierung an den menschlichen Bedürfnissen und humanitären Erwägungen unmöglich machen.

Wegen der positiven Auswirkungen auf das gesellschaftlich-politische Bewusstsein der Arbeitnehmer ist die Institution der Arbeitsgruppe wichtig.

Votto Brenner über die Mitbestimmung".

Auszug aus: Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik; Sonderheft "Mitbestimmung", Seite 310, zusammengestellt von Karl Scheld.

1. "Über die Mitbestimmung fassen die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften unmittelbar in den Entscheidungszentren des wirtschaftlichen Produktionsprozesses Fuss. Damit erreichen sie nicht nur verbesserte Informations- und Kontrollmöglichkeiten, sondern auch tatsächliche Eingriffsrechte zugunsten der Arbeitnehmer."
2. "Über die Mitverantwortung, die nun tatsächlich mit der Mitbestimmung untrennbar gekoppelt ist, werden die Arbeitnehmer keineswegs auf das bestehende Wirtschaftssystem eingeschworen." Mitverantwortung verpflichtet die Arbeitnehmervertretung nicht dem Wohl des Unternehmers, sondern dem des Unternehmens.
3. Mitbestimmungsforderung bezieht sich auf das ganze Wirtschaftssystem.

Ausarbeitung der Thesen von Pfr. Krockert, Mainz-Kastel
"Mitbestimmung am Arbeitsplatz"
von Pfr. Dr. Börsch, Rüsselsheim und Pfr. Dr. Müller, Kriftel

Thesen zu Mitbestimmung am Arbeitsplatz

1. (Begriffsbestimmung)

Von Mitbestimmung im eigentlichen Sinn ist nur dort zu reden, wo eine Maßnahme des Arbeitgebers ohne Zustimmung der Arbeitnehmer bzw. deren Vertretung rechtlich unwirksam ist, wo also paritätische Mitentscheidung vorliegt.

Mitbestimmung in diesem Sinn wird am Arbeitsplatz und in der Arbeitsgruppe aus arbeitstechnischen Gründen nicht möglich sein. (z.B. Arbeitsteilung)

Hier handelt es sich um Mitwirkung, d.h. um Vertretung der Arbeitnehmerinteressen im inn erbetrieblichen Entscheidungsprozeß. Zu dieser Mitwirkung gehört (1) das Recht auf Information, (2) das Recht auf Anhörung, (3) das Initiativrecht. (These 9 - 12)

An manchen Arbeitsplätzen müßte darüber hinaus ein Recht auf selbstständige Absprachen der Arbeitsgruppe im Rahmen der Weisungsbefugnis des Vorgesetzten möglich sein. Hier würde ein Element der Selbstbestimmung in begrenztem Rahmen sichtbar. (These 13)

2. (MB am Arbeitsplatz als Verwirklichung von Grundrechten)

Die "Wahrung der Menschenwürde des Arbeitnehmers im Betrieb", die "freie Entfaltung der Persönlichkeit", der "Selbstständigkeit und Eigeninitiative" (SPD-Entwurf zum BVG § 1 und § 51,2) geschieht vorwiegend am Arbeitsplatz. Mitwirkungsrechte am Arbeitsplatz und in der Arbeitsgruppe sind wesentlicher Teil der Realisierung von Grundrechten (siehe Art. 1 + 2 Grundgesetz) in der Betriebsverfassung. (Das ist auch Liberalen einsichtig; siehe Dieter Fertsch-Röver: "Mehr Bürgerrechte im Betrieb" FAZ 21.3.1969).

3. (Individual- und Kollektivrechte)

Da der industrielle Arbeitsprozeß sich (im Unterschied zum Handwerk) vorwiegend kollektiv vollzieht, sind auch die Rechte des einzelnen Arbeitnehmers am Arbeitsplatz nur zum geringen Teil individuell zu verwirklichen. Dazu gehören neben den Rechten, die sich aus dem Arbeitsvertrag ergeben, vor allem das betriebliche Beschwerderecht, das das Recht auf Einsicht in die Personalakte umfassen muß (SPD-Entwurf § 54 BVG).

Sofern der Arbeitnehmer im Einzelakkord arbeitet, müßte ihm auch ein Vetorecht gegen überhöhte Akkordfestsetzung individuell zustehen.

Die Grundrechte im Betrieb werden überwiegend im Rahmen der Arbeitsgruppe kollektiv verwirklicht oder an zu wählende Repräsentanten (Betriebsrat, Aufsichtsräte) delegiert. Die Arbeitsgruppe muß als eigenes Rechtssubjekt begriffen werden.

4. (Verhältnis repräsentative und direkte MB)

Die repräsentierende Mitbestimmung in Betriebsrat und Aufsichtsrat hängt so lange in der Luft als sie nicht in der Arbeitsgruppe einen Unterbau direkter Mitwirkung erhält. Das immer wieder beklagte Desinteresse der Belegschaft an den Mitbestimmungsorganen ist erklärbar, weil die dort geleistete Arbeit abstrakt und unverständlich erscheint. Erst die konkrete Interessenwahrnehmung der Arbeitsgruppe im Konflikt mit der Hierarchie führt die Notwendigkeit repräsentierender Mitbestimmung in den Entscheidungsgremien vor Augen und gibt dieser den nötigen Rückhalt.

Zumal in Großunternehmen ist der Abstand des Betriebsrates zum Arbeitsplatz so groß geworden, daß die Arbeitnehmervvertretung schon "zu denen da oben" gehört; ein Vorgang der durch entsprechende Unternehmenspolitik schon gefördert werden kann. MB am Arbeitsplatz bindet Betriebs- und Aufsichtsräte an die Basis an. Es ist daher falsch, Mitbestimmung am Arbeitsplatz gegen Mitbestimmung in den Entscheidungsorganen auszuspielen und umgekehrt.

5. (Sinn und Grenzen der MB am Arbeitsplatz)

Man muß sich darüber im Klaren sein, daß der Handlungsspielraum des unmittelbaren Vorgesetzten häufig gering ist, daß darum die unmittelbaren Durchsetzungsmöglichkeiten der Arbeitsgruppe ebenso gering sind. Trotzdem würden kleine Erfolge und auch die größeren Mißerfolge ein Bewußtsein der Probleme schaffen und die eigenen Interessen artikulieren lassen. Vor allem würde schweigende Resignation umschlagen in bewußte Aktivität. Der eigene Wille zum Durchsetzen würde spürbar und würde beitragen zur demokratischen Mobilisation der Basis der Arbeitnehmerschaft. Ein steigendes Selbstbewußtsein der Arbeitnehmerschaft würde deren "kollektiven Minderwertigkeitskomplex" überwinden helfen. (Siehe Michael Schumann GM 4/69 S. 229)

6. (Definition und Konstituierung von Arbeitsgruppen)

Arbeitsgruppen bilden solche "Arbeitnehmer, die im Rahmen der Aufgaben des Betriebes oder einer Betriebsabteilung gemeinsam selbstständige Teilfunktionen erfüllen". (Formulierung Matthöfer-Entwurf für § 56a BVG, siehe GM 1968 S. 751, übernommen vom SPD-Entwurf). In Betrieben unter 500 Arbeitnehmern könnte die Funktion des Arbeitsgruppensprechers von einem Betriebsratsmitglied übernommen werden, weil hier ein unmittelbarer Kontakt mit dem BR noch gewährleistet ist. Bei Betrieben mit mehr als 500 Arbeitnehmern ist die Wahl eines Arbeitsgruppensprechers nicht als Kann-Vorschrift (so SPD-Entwurf), sondern zwingend vorzusehen (so Matthöfer-Entwurf), weil nur so die Schaffung eines funktionsfähigen Unterbaus zu den vorhandenen Mitbestimmungsorganen gewährleistet ist.

7. (Verhältnis Betriebsrat-Arbeitsgruppe)

Der SPD-Entwurf sieht vor, daß die Arbeitsgruppen "Anregungen und Beschwerden" dem Betriebsrat vortragen können, von einer direkten Verhandlung der Arbeitsgruppe bzw. des Sprechers mit dem betrieblichen Vorgesetzten ist nicht die Rede (so Matthöfer-Entwurf). Aus der Formulierung des SPD-Entwurfs spricht

offenbar die Sorge, daß die Arbeitsgruppen bzw. deren Sprecher in Konkurrenz zum BR treten könnten, deshalb werden sie von vornherein zu Hilfsorganen des Betriebsrates gemacht. Das widerspricht aber dem Sinn der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, nämlich die Eigeninitiative der Arbeitsgruppe durch Möglichkeiten direkter Mitwirkung zu entfalten. Um das zu bewirken muß die Arbeitsgruppe direkt mit dem Vorgesetzten verhandeln können, denn mit ihm müssen ja auch die Konflikte durchgestanden werden.

Müßte der Betriebsrat die Verhandlungen mit dem Vorgesetzten führen, bedeutete das praktisch auch keine Entlastung der in Großbetrieben notorisch überlasteten Betriebsräte. Es bliebe nach unten hin, also in Richtung Arbeitsplatz alles beim bisherigen Zustand.

Selbstverständlich muß die Arbeitsgruppe mit dem Betriebsrat zusammenarbeiten. Um das zu gewährleisten, sollte die Konstituierung der Arbeitsgruppe und die Wahl des Sprechers unter der Verantwortung des Betriebsrates geschehen (so SPD-Entwurf, im Matthöfer-Entwurf nicht ausdrücklich vorgesehen). Der Betriebsrat hätte weiterhin dafür zu sorgen, daß die Interessen der Arbeitsgruppen mit den Interessen der Gesamtbelegschaft nicht in Widerstreit geraten.

8. (Modalitäten der Arbeitsgruppenbesprechungen)

Eine Arbeitsgruppenbesprechung wird nach Bedarf auf Verlangen der Arbeitnehmer oder des Vorgesetzten vom Arbeitsgruppensprecher im Einvernehmen mit dem Betriebsrat einberufen. Ein Mitglied des Betriebsrates hat jederzeit Zutritt zur Arbeitsgruppenbesprechung, der (oder die) Vorgesetzte(n) nur mit Zustimmung der Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppe müßte auch das Recht haben, Betriebsfachleute (aus Stabsstellen) z.B. für Arbeitsvorbereitung, Materialanlieferung, Reparaturen einzuladen. Wenn ein Viertel der Mitglieder der Arbeitsgruppe es verlangt, ist ein Vertreter der Gewerkschaft zur Arbeitsgruppenbesprechung hinzuzuziehen (entsprechend § 31 BVG). Ebenso kann der Vorgesetzte etwa ein Mitglied der Geschäftsleitung mitbringen. Die Tagesordnung wird vom Arbeitsgruppensprecher aufgestellt, wobei er die Wünsche der Kollegen (bzw. des Vorgesetzten) berücksichtigen muß. Die Arbeitsgruppenbesprechungen finden während der Arbeitszeit statt und werden bezahlt.

Die Arbeitsgruppe dürfte nicht erst nach erfolglosen Verhandlungen des Sprechers bzw. Betriebsrates mit dem Vorgesetzten einberufen werden (so Matthöfer-Entwurf § 56 b/2). Wenn die Arbeitsgruppenbesprechung der Willensbildung und Mitwirkung der Arbeitnehmer in Sachen Arbeitsplatz dienen soll, muß sie schon vor den Verhandlungen des Sprechers mit dem Vorgesetzten stattfinden.

9. (Das Recht der Arbeitsgruppe auf Information)

Die Arbeitsgruppe ist von beabsichtigten Maßnahmen der Betriebsleitung bzw. des Weisungsbefugten dann vorher zu unterrichten, wenn davon die Arbeitsgruppe unmittelbar betroffen wird. Diese Information muß so rechtzeitig erfolgen, daß die Arbeitsgruppe darüber beraten und dazu Stellung nehmen kann.

Das Informationsrecht der Arbeitsgruppe bezieht sich insbesondere auf

Einführung neuer Produktionsverfahren,
Einrichten neuer Arbeitsplätze,
Wechsel des Arbeitsplatzes,
Änderungen von Arbeitsplätzen und des Arbeitsablaufes,
Änderung der täglichen Sollmenge und der Bandgeschwindigkeit,
Änderung der Arbeitsteilung, der Materialanlieferung,
Änderung der Verdienstberechnung,
Ernennung neuer Vorarbeiter oder sonstiger Weisungsbefugter.

Information der Arbeitsgruppe ist nötig, weil so betriebsorganisatorische Vorgänge, die sonst undurchschaubar sind, durchsichtig werden. Vieles von dem, was angeblich Betriebsgeheimnis ist, müßte jedem Beteiligten zum besseren Verständnis seiner Arbeit in einem hocharbeitsteiligen Prozeß mitgeteilt werden. Durch Vorenthalten von nötigen Informationen wird die Belegschaft dumm gehalten und damit Pseudoautorität aufrechterhalten, die sachlich nicht begründet ist.

Müssen Maßnahmen vom Weisungsbefugten aus sachlichen Gründen rasch angeordnet und durchgeführt werden, so steht der Arbeitsgruppe das Recht zu, nachträglich die Gründe zu erfahren, weshalb diese Maßnahme ohne vorherige Information durchgeführt werden mußte.

10. (Das Recht der Arbeitsgruppe auf Anhörung) ("Betriebliche Öffentlichkeit")

Die Arbeitsgruppe hat in den unter 9) genannten Fällen auch das Recht auf Anhörung, ferner in Fragen der Lärm- und Schmutzbelästigung, ausstehender Reparaturen, Leisten von Überstunden u.a.m.

Der Informationsfluß vom Vorgesetzten zur Arbeitsgruppe muß ergänzt werden durch den gegenläufigen von der Arbeitsgruppe zum Vorgesetzten. Die Arbeitsgruppe weiß über viele Arbeitsvorgänge besser Bescheid als der Vorgesetzte, darum sollte er sich von der Arbeitsgruppe informieren lassen. Es gibt schon jetzt Vorgesetzte, die das wissen und entsprechend sich verhalten.

In Information und Anhörung, in der Diskussion technischer, arbeitsorganisatorischer und personeller Fragen wird die Basis für die "betriebliche Öffentlichkeit" hergestellt. (Der Begriff bei Fertsch-Röver FAZ 21.3.1969 oben zitierter Artikel). Aus naheliegenden Gründen ist die betriebliche Öffentlichkeit durch Betriebsversammlungen und Werkszeitungen nicht gewährleistet. Die Arbeitsgruppe müßte das Übungsfeld für die öffentliche Diskussion gesamtbetrieblicher Probleme in der Betriebsversammlung sein. Öffentlichkeit ist für die Verwirklichung demokratischer Grundrechte (siehe These 2) unerläßlich.

Öffentlichkeit in der Arbeitsgruppe wäre vor allem angebracht bei der Festlegung der übertariflichen Lohnzuschläge, die vom Vorgesetzten gern als Mittel einer unbefragbaren Lohnpolitik nach der Devise "Teile und Herrsche" gehandhabt werden.

11. (Konflikt Arbeitsgruppe - Vorgesetzter)

Betriebsleitung oder Weisungsbefugter können für ihre endgültige Entscheidung nicht an die Stellungnahme der Arbeitsgruppe gebunden werden. Trifft ein Vorgesetzter eine Entscheidung gegen den erklärten Willen der Arbeitsgruppe, so muß er das ihr gegenüber begründen.

Die Arbeitsgruppe hat das Recht, dagegen auch nachträglich noch den Betriebsrat anzurufen. Die Angelegenheit wird dann zwischen dem Betriebsrat und dem Arbeitgeber weiterverhandelt, eventuell vor die Einigungsstelle gebracht (§ 50 BVG) die dann endgültig entscheidet.

Es mag unbefriedigend erscheinen, daß der Vorgesetzte allein, unter Umständen gegen den Willen der Arbeitsgruppe, entscheiden kann; es wird aber durch den gegenwärtigen Stand der Produktionsweise erzwungen. Immerhin wird ein Vorgesetzter es sich überlegen, ob er etwa eine personelle Entscheidung, Ernennen eines Vorarbeiters o.ä., gegen den Willen der Arbeitsgruppe treffen wird. Er hätte sicher die Schwierigkeiten bei der Durchführung solcher Entscheidung vor Augen. "Die Institution der Arbeitsgruppe und des Arbeitsgruppensprechers wäre....eine permanent präsente immer mit allen notwendigen Informationen versehene Kontrolleninstanz, die bei jeder Art von Regelverstoß intervenieren könnte. Allein der Zwang, alle Entscheidungen möglicherweise vor der Arbeitsgruppe rechtfertigen zu müssen, würde Konsequenzen haben für das Verhalten der Vorgesetzten" (Schumann GM 228/1969)

12. (Das Initiativrecht der Arbeitsgruppe)

Das Initiativrecht der Arbeitsgruppe umfaßt die Verbesserungsvorschläge, die aus Arbeitsgruppenbesprechungen hervorgehen. Das betriebliche Vorschlagswesen müßte im Rahmen der "Mitbestimmung am Arbeitsplatz" ent-individualisiert werden und zugleich dem reinen Rentabilitätsdenken entzogen werden. Ideen entstehen ohnehin meistens aus Diskussionen. Anregungen in der Arbeitsgruppe würden das Mitdenken in dieser Hinsicht weit mehr anregen als das übliche "Briefkasten"system, das noch immer vom individuellen Erfinder-Ideal ausgeht. Als Verbesserungsvorschläge sind nicht nur solche technischen Veränderungen anzusehen (und zu prämiieren), die der Produktivitätssteigerung dienen, sondern ebenso solche, die im Bereich der Arbeitsorganisation eine geringere Belastung der Arbeitenden bewirken, die also im Interesse der Arbeitsgruppe selbst liegen. Verbesserungsvorschläge, die aus Arbeitsgruppenbesprechungen hervorgehen, sind einer Vorschlagskommission vorzulegen, die paritätisch aus Beauftragten der Betriebsleitung und Belegschaftsvertretern zusammengesetzt ist. Dieser Ausschuß verwaltet auch den Vergütungsfonds.

Über die Verwendung einer Vergütung für einen Vorschlag entscheidet die einreichende Arbeitsgruppe selbst. Selbstverständlich wird es auch Verbesserungsvorschläge geben, die von Einzelnen erdacht sind. Bei deren Beurteilung durch die Vorschlagskommission ist der Sprecher der betreffenden Arbeitsgruppe zu hören.

13. (Recht auf selbstständige Absprachen in der Arbeitsgruppe)
Eigeninitiative und freie Entfaltung der Persönlichkeit würde besonders dann ermöglicht, wenn im Rahmen der Weisungsbefugnis des Vorgesetzten die Arbeitsgruppe das Recht hat, selbstständige Absprachen zu treffen. In diesem Fall beschränkt sich das Weisungsrecht des Vorgesetzten auf das Festlegen der Aufgabe. Wie diese Arbeitsaufgabe durchzuführen ist, entscheidet die Arbeitsgruppe. Diese Entscheidungen müssen dem Vorgesetzten zur Kenntnis gebracht werden, und dieser hat selbstverständlich das Recht die ordnungsgemäße Durchführung der Aufgabe zu kontrollieren.

Zu solchen selbstständigen Entscheidungen der Arbeitsgruppe eignen sich solche Maßnahmen, die ohne personelle und technische Veränderungen möglich sind und nur die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe betreffen. Z.B. Fragen der Ordnung im gemeinsamen Arbeitsbereich, Sauberkeit, Übergabe bei Schichtwechsel, Abwechslung bei besonders belastenden Arbeiten. Benutzung gemeinsam zur Verfügung stehender Werkzeuge, Aufstellung des Schichtplanes, des Urlaubsplanes, der betriebsinternen Erholungspausen. Tatsächlich geschieht so etwas schon ständig unter der Hand. Es sollte bewußt gehandhabt werden und viel weiter verbreitet werden als man augenblicklich für möglich hält. Die Verantwortungsbereitschaft der Arbeitsgruppe würde wachsen, während sie durch ständiges Bevormunden durch den Vorgesetzten natürlich kaputt gemacht wird.

Die Kostenverantwortung der Arbeitsgruppe hinsichtlich technischer Anlagen und Produkte ist an vielen Plätzen erheblich. Diese Kostenverantwortung sollte entsprechend in der Arbeitsorganisation honoriert werden. Hier ist ein Umdenken nötig: Übernahme von Verantwortung ist für den Ausführenden nicht nur eine Pflicht, sondern müßte Rechte einschließen.

14. (Stufenvertretung in Großbetrieben)

Im Personalvertretungsgesetz ist für den "Geschäftsbereich mehrstufiger Verwaltungen" eine Stufenvertretung vorgesehen. Das Betriebsverfassungsgesetz kennt so etwas auch für Großbetriebe nicht. Großbetriebe sind aber tatsächlich so etwas wie "mehrstufige Verwaltungen" mit großem bürokratischem Apparat zwischen Geschäftsleitung und Arbeitsplatz. Insbesondere auf der mittleren Ebene wirken Abteilungsleiter bisweilen wie kleine Götter und binden durch ihre Entscheidungen nachgeordnete Stellen. Für sie gibt es aber bislang keine festen Gesprächspartner auf Arbeitnehmerseite, sie treffen also ihre Entscheidungen, ohne Argumente der Arbeitnehmer zu hören. Die Mitwirkung am Arbeitsplatz sowie die Mitbestimmung des Betriebsrates bzw. im Aufsichtsrat der Großbetriebe wird unzureichend und lückenhaft bleiben, solange der harten Mittelschicht des Managements auf Abteilungsebene nicht eine Arbeitnehmervertretung gegenübergestellt wird. Es ist daher zu überlegen, ob nicht in Großbetrieben auf Abteilungsebene eine Stufenvertretung zu errichten wäre. Diese Stufenvertretung könnte sich aus den Arbeitsgruppensprechern der Abteilung plus einigen Betriebsratsmitgliedern zusammensetzen.

15. (Schutz des Arbeitsgruppensprechers und Rechte der Gewerkschaft in der Arbeitsgruppe)

Wenn der Arbeitsgruppensprecher auch den Konfliktfall mit der Hierarchie durchstehen soll, muß er besondere Schutzrechte

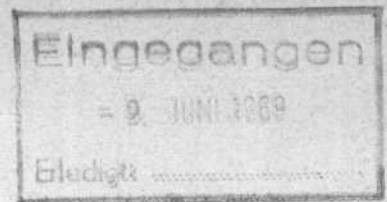
haben, die denen der Betriebsräte entsprechen (Matthöfer-Entwurf § 53 BVG). (Auch in den Strafvorschriften für Behinderung von BR-Tätigkeit § 78!)

Sollen diese Schutzrechte wie überhaupt die Institution der Arbeitsgruppe und des Arbeitsgruppensprechers im BVG verankert werden, so erheben Olaf Radke ("Sozialdemokrat 10/1968) und andere den naheliegenden Einwand, daß diese dann wie der Betriebsrat dem Disziplinierungsparagraphen 49 BVG mit der Verpflichtung zum Betriebsfrieden unterliegen und damit der Gewerkschaft rasch entfremdet werden können. Aus diesem Einwand sprechen bittere Erfahrungen und geringes Vertrauen in die Wirksamkeit gewerkschaftlicher Betriebsarbeit. Der Einwand würde sehr viel schwächer, wenn - wie vom DGB vorgeschlagen und vom SPD-Entwurf aufgenommen - der Passus vom "Betriebsfrieden" gestrichen würde und ein Zusatz zu § 49 BVG Gesetzeskraft erlangte: "Betriebsratsmitglieder, Jugendvertreter und Sondervertreter können im Betrieb als Gewerkschaftsmitglieder im Rahmen der Aufgaben ihrer Gewerkschaft tätig werden". ("Arbeitsgruppensprecher" wäre hier noch einzufügen). Da der Zusatz deutlich eine Anwendung von Art. 9 Grundgesetz darstellt, wäre Widerstand dagegen zu überwinden. Eine gesetzliche Regelung von Arbeitsgruppe und Arbeitsgruppensprecher wäre an die Gewerkschaft eine ständige Aufforderung zur Intensivierung ihrer Betriebsarbeit, die ohnehin nötig ist, wenn ihre Massenbasis wegen Einengung der Tarifpolitik durch Lohnleitlinien und durch übertarifliche Leistungen der Unternehmer nicht mehr und mehr zusammenschmelzen soll.

Sollte der unter Nr. 8 angeregte Zugang von Gewerkschaftsvertretern zur Arbeitsgruppenbesprechung realisiert werden, müßte die Gewerkschaft wahrscheinlich organisatorisch die Einsetzung von Betriebssekretären in Betracht ziehen.

Radke hat natürlich Recht, daß eine gesetzliche Regelung gewerkschaftliches Bewußtsein und gewerkschaftliche Stärke im Betrieb nicht ersetzen kann. Umgekehrt stimmt aber auch, daß die Unzulänglichkeiten des bisherigen BVG die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen auch vor den Arbeitsgerichten sehr erschwerte. Eine gesetzliche Verankerung der Rechte der Arbeitnehmervertretung einschließlich des Arbeitsgruppensprechers wird sich nach der bisherigen Entwicklung nicht vermeiden lassen. Daß entsprechende Bestimmungen in Tarifverträgen den gewerkschaftlichen Forderungen an den Gesetzgeber den nötigen Nachdruck verleihen würden, ist unbestritten.

30. Mai 1969



GOSSNER - HAUS

6503 Mainz-Kastel
Johannes-Gossner-Str. 14

30. Mai 1969

Liebe Freunde!

Auf dem Regionalkonvent Süd am 27.5.69 hatten wir beschlossen, für die Interessenten der UIM-Tagung in Wolfsburg "Mitbestimmung am Arbeitsplatz" eine Vorbesprechung am

5.6.69 um 14 Uhr im Gossner-Haus

zu halten. Beiliegend senden wir für Interessenten als Arbeitsgrundlage ein von Dr. Börsch und Dr. Müller zusammengestelltes Papier. Es ist eine Überarbeitung der von Herrn Krockert gemachten "Erwägungen und Vorschläge zum Arbeitsgruppenrecht zugunsten der Mitbestimmung am Arbeitsplatz". Hieran soll weiter gearbeitet werden. Wir haben noch einige Artikel zum Thema "Mitbestimmung am Arbeitsplatz" exzerpiert und legen diese Auszüge ebenfalls bei.

Für alle, die an der Tagung in Wolfsburg interessiert ist (19/20.6.) und am 5.6. nicht kommen kann, möge sich wegen Mitfahrgelegenheit an mich im Gossner-Haus wenden; auch dann, wenn er mit seinem eigenen Wagen fahren wird. Wir werden die Frage der Mitfahrmöglichkeit am 5.6.69 nachmittags besprechen.

Mit freundlichem Gruss

gez. Karl Scheld

Anlagen

Auszug aus: "Um die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb", von J. Gorlas in Werkhefte 11/67, Seite 346-349 zusammengestellt von Karl Scheld.

Kern- und Zielgedanke der betrieblichen Mitbestimmung:

Demokratisierung der Betriebsstruktur durch Formen der Kooperation.

Dies steht im Widerspruch zur Unternehmerseite: "Sachnotwendige, hierarchische Betriebsstruktur". Hierzu Dahrendorfs These: Der Betrieb funktioniert nur dann, wenn er straff von oben nach unten durchorganisiert ist. Dagegen die These von Thomas: Ein Betrieb, in dem die Arbeiter nur das täten, was sie der geltenden Ordnung nach verpflichtet sind, würde aufhören zu funktionieren. Dahrendorfs These hat die falsche Voraussetzung, dass jeder Vorgesetzte qua Vorgesetzte besser informiert ist, als der Untergebene: Auftretende Störungen im Betrieb werden oft gegen die Betriebsordnung am schnellsten auf der untersten Ebene beseitigt.

Das heisst, die Produktivität in Industriebetrieben wird oft durch Faktoren mitbestimmt, die der hierarchischen Betriebsstruktur gegenüberstehen.

Psychologische Erkenntnisse: Wenn die Arbeitnehmer mitbestimmen, d. h. nicht als "interessenlose Arbeitstiere", sondern als mündige Menschen behandelt werden, arbeiten sie lieber, schneller und sind weniger krank. (Also Steigerung der Leistung durch Mitbestimmung).

Bedingungen, die jede Form der Mitbestimmung der Arbeitnehmer erfüllen müssen:

1. "Der einzelne Arbeitnehmer darf nicht in irgendwelchen verantwortlichen Mitbestimmungsorganen wehr- und schutzlos ausgesetzt sein". Gewerkschaftsorganisationen und Mitbestimmungsorganisationen müssen getrennt sein.
2. Mitverantwortung der Arbeitnehmer muss auch heissen: Gewährung von Macht.
3. Bewusstsein des objektiven Interessengegensatzes zwischen Betriebsleitung und Belegschaft.

Eingegangen

- 9. JUNI 1969

Erliebt:

GOSSNER - HAUS
6503 Mainz-Kastel
Johannes-Gossner-Str. 14

Demokratisierung in der Wirtschaft

Zur gesellschaftlichen Diskussion um die Mitbestimmung

Auszug aus dem Redaktionsartikel in Evang. Kommentare 1/1969 S 3ff
Hans-Norbert Janowski - Zusammengestellt von H. D. Metzger, Schorndorf

Der Aufsatz führt in die Problematik ein, die sich in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Mitbestimmung (im folgenden M) ergeben hat. Die Positionen, von denen aus die Vertreter der Arbeitnehmer einerseits und die der Eigentümer argumentieren, werden in sachlicher Weise dargestellt und kritisiert. Besonderen Raum nehmen Darstellung und Kritik der EKD-Studie "Sozialethische Erwägungen zur Mitbestimmung in der Wirtschaft der BRD" (Furche-Verlag Hamburg 1960) ein.

Der DGB-Vorsitzende Rosenberg sieht in der M-Frage eine "politische und keine nur wirtschaftliche Frage, weil hier eine wesentliche Entscheidung über Inhalt und Zielsetzung unserer freien und demokratischen Gesellschaft bestimmt wird." (Gewerksch. Mon. H. 60, 193ff) Die Gewerkschaften fordern heute Ausweitung der paritätischen M für Unternehmen ab einer bestimmten Grösse.

Für das Kapital bedeutet dies den status confessionis; es leistet hartnäckigen Widerstand, wo die Forderung nach paritätischer Partnerschaft von Kapital und Arbeit in der Unternehmensleitung gefordert wird. In anderen Bereichen, etwa der betrieblichen Mitbestimmung, ist man eher zu Konzessionen bereit. Dort lassen sich Mitwirkungsmöglichkeiten und -institutionen schaffen.

Die Arbeitgeberseite befürchtet, dass durch die Einführung der paritätischen M die Interessenkonflikte nicht mehr zwischen den seitherigen Tarifpartnern ausgetragen werden, sondern in den Betrieb selbst verlegt werden. Dies aber würde dessen Beweglichkeit einschränken.

Die Gewerkschaften müssen demgegenüber klar machen: Es geht hier um Verwirklichung einer demokratisch orientierten Ordnung in der Arbeitswelt, die auf der Verantwortlichkeit mündiger "Industriebürger" basiert, und in der die wirtschaftliche Verfügungsmacht von allen Betroffenen und Beteiligten legitimiert wird und kontrolliert werden kann.

Gegenwärtig scheinen sich beide Partner als Interessengruppen zu behandeln; dies ist einer sachlichen Auseinandersetzung abträglich.

Die Stellungnahmen des Rates der EKD sowie auch die der Parteien versuchen eine Versachlichung der Auseinandersetzung dadurch zu erreichen, dass sie die Problematik in ihren Gesamtzusammenhang stellen und im Blick auf die Bedeutung für das allgemeine öffentliche Interesse der Gesellschaft erörtern.

A) Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung

M kann nur sichergestellt werden, wenn die Arbeitnehmer zweckentsprechend in den Willensbildungsorganen eines Unternehmens beteiligt sind. Dies erfordert den Ausbau besonderer Einrichtung und ggf. auch die Schaffung neuer Institutionen. (Vergl. DGB-Vorschläge für BVG 1967; DGB Gesetzentwurf für Ausdehnung des Montan-Mitbestimmungsgesetzes von 1951 auf andere Industriezweige 1960). Grenzen der Betriebsgrösse, ab der das Gesetz gelten soll: 2 Merkmale von folgenden müssen erfüllt sein:

1. 2000 Beschäftigte
2. 150 Mio Umsatz
3. 75 Mio Bilanzsumme.

Auf weitere Ausdehnung verzichteten die Gewerkschaften, da der Willensbildungsprozess in kleineren Unternehmen anders abläuft. Hier sollen die M-Rechte durch ein neues BVG garantiert werden: Beteiligung des Betriebsrates in sozialen und personellen Angelegenheiten. Ausdehnung einer M im wirtschaftlichen Bereich. Andere M-Formen werden nicht erwogen. Beachtenswert ist das gewerkschaftliche Interesse an der institutionellen Verankerung der M-Rechte. Andererseits offenbart ein solches Verfahren einen merkwürdigen Glauben an zentralistische Organisationsformen.

B) Argumente und Vorschläge der Arbeitgeber

Der Wirtschaftsrat der CDU gründete 1960 eine Aktionsgemeinschaft "Sicherheit durch Fortschritt". Ihr Ziel: Kampf gegen die M. M. wird als Fortschrittshemmend dargestellt, da sie die Beweglichkeit und Marktanpassungsfähigkeit des Unternehmens eindämme; "an die Stelle des Ausgleichs der Kräfte träte die Übermacht einer einzigen Gruppe, an die Stelle des unternehmerischen Wettbewerbs das Syndikat".

Dahinter steht die Furcht, die Gewerkschaften könnten durch zentrale Steuerung eine Planwirtschaft einführen. Ausserdem würde die Leistungsfähigkeit im Blick auf Konzentration und Konkurrenzfähigkeit gemindert werden. Inländisches und ausländisches Kapital würden sich zurückziehen.

Die Arbeitgeberseite schlägt ihrerseits vor: Mehr Bildung und Ausbildung mit dem Ziel, so den Arbeitnehmer in das Unternehmen zu "integrieren". Die soziale Sicherung des Arbeitnehmers soll verbessert werden. Der betriebliche Friede soll durch partnerschaftliche Zusammenarbeit von Betriebsrat und Arbeitgeber gewährleistet werden, wozu auch eine bessere Information der Arbeitnehmer über die sie betr. Angelegenheiten gehört. Der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand soll ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Hinter dem letzten Vorschlag steht die alte liberalistische Eigentumstheorie, nach der "Freiheit und Würde der Person... rechtlich im Eigentum verankert" sind. Der Unternehmer sieht sich so dem Kapitalgeber verpflichtet. Im kleinen Betrieb trifft Böhms These zu, dass die Prinzipien des (von der liberalistischen Eigentumstheorie her konzipierten) Privatrechts mit denen der Wirtschaftsdemokratie zusammentreffen. Beide Grössen sind inkommensurabel. Im Grossbetrieb lässt sich aber das Modell der nach den Regeln des Privatrechts konstruierten Wirtschaftsdemokratie nicht mehr halten. Hell-Breuning hat aufgezeigt, dass sich dort Eigentum (Kapital) und Verfügungsgewalt (Management) bereits getrennt haben. Für Hell-Breuning sind Kapital-Arbeit-Unternehmer die funktionalen Elemente einer Unternehmensverfassung.

Die Risikoverteilung jedoch ist ungleich: Die Anteilhaber sind von persönlicher Haftung befreit. Die Arbeitnehmer tragen zwar auch keine persönliche Haftung, tragen jedoch das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren.

C) Die sozialetischen Erwägungen der EKD-Studie

1. Gesellschaftliche Freiheit des Menschen ist nur möglich, wenn alle Beteiligten das Recht haben, ihre Interessen sachgemäss und wirksam vertreten zu lassen und zugleich die Möglichkeit haben, eigene Beiträge zum Betriebsgeschehen zu geben.
2. Die theologischen Gedanken werden als geschichtlich bedingte Konkretion der biblischen Botschaft gesehen. Keine naturrechtliche oder ordnungstheologische Argumentation. Begründung in der biblischen Berufung zur Weltgestaltung. Gesellschaftliche Strukturen werden als menschliche Aufgabe, nicht als göttliche Ordnungen verstanden. So kann die Studie alte Strukturen, wie den unternehmerischen Patriarchalismus als nicht mehr angemessen bezeichnen.

3. Die Arbeitsverhältnisse müssen menschengemäss gestaltet sein. Weisungsbefugnisse müssen dem technisch-rationalen Produktionsablauf gemäss geordnet werden. Beteiligung der Mitarbeiter im Umkreis ihrer unmittelbaren Einsichten und Verantwortungen an Überlegungen und Entscheidungen des Arbeitsablaufes.

Wesentliche Voraussetzung dafür ist die Einübung darein; sie muss integrierender Bestandteil eines umfassenden Bildungssystems werden. Möglichkeiten der Praktizierung im Betrieb müssen gegeben werden.

4. Die Studie gibt der wirtschaftlichen Aufgabe des Betriebes die Priorität vor anderen Gesichtspunkten, wie "einer dem Menschen gemässen Gestaltung der Arbeitsverhältnisse". Die wirtschaftliche Aufgabe des Betriebes wird als Produktion zum Wohle aller gesehen. Für den Krisenfall sind soziale Vorbeugungsmassnahmen zu treffen.

Das Gemeinwohl geht hier vor dem Einzelinteresse, und unter dieses Gemeinwohl wird die wirtschaftliche Aufgabe des Unternehmens subsumiert. So hat ein Unternehmen marktkonform zu sein; dies aber wird durch das am Gewinnstreben orientierte Kapital besser bewältigt, als durch soziales Interesse der Arbeitnehmer.

Zu fragen ist, ob Arbeitnehmer nicht ebenso an der Rentabilität ihres Betriebes interessiert sein können. Ausserdem ist zu fragen, ob die Marktwirtschaft durch die Marktstellung von Grossbetrieben und Oligopolen nicht selbst infrage gestellt wird.

5. Hinsichtlich der Entscheidungsbefugnisse stellt die Studie die Aufgabe der Unternehmer in den Mittelpunkt. Die Unternehmensleitung hat den Ausgleich der Interessen von Kapital und Arbeit zu besorgen. Vertreter beider Seiten müssen zu enger wirtschaftlicher und menschlicher Zusammenarbeit geführt werden. Die Leitung des Unternehmens muss von beiden Seiten legitimiert sein. Bildung von Arbeitnehmervertretungen, Beteiligung im Aufsichtsrat. Die gewerkschaftliche Arbeit wird positiv gewertet, da sie von einer Organisation mit umfassendem Überblick geleistet wird.

Für die Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat ist eine Drittelbeteiligung zu wenig. Mehrheiten sollten aber möglich sein, um das Unternehmen beweglich zu leiten, und um eine schnelle Marktanpassung zu gewährleisten.

D) Einzelne Modelle der Mitbestimmung

Die EKD-Studie lehnt die Übernahme des Montanmodells wegen der Zwitterstellung des Arbeitsdirektors ab. Ähnlich SPD und CDU, die eine schematische Ausweitung der Montan-M ablehnen. Die SPD bietet in 5 Gesetzentwürfen eine Alternative zur Montanregelung.

Die EKD-Studie sieht die Schaffung neuer Ordnungen für betrieblich Arbeitsgruppen und Abteilungen vor. Ferner: Information über den Arbeitsablauf, die Arbeitsaufgabe, über Planungen und Änderungen im Produktionsablauf, über Sicherheitsmassnahmen, Personalfragen.

Arbeitsgruppen sollen eigene Vorschläge machen dürfen, die dann nicht ohne Begründung abgelehnt werden können. Planmässige Entwicklung einer Personal- und Sozialpolitik.

Aufsichtsratsitze: EKD-Studie hat keine einheitliche Meinung. Die Mehrheit der Verfasser schlägt vor: Die Sitze, die nach dem BVG zur Mehrheit fehlen, sollen mit Leuten, die beiderseits das Vertrauen haben, besetzt werden.

Eine Minderheit schlägt Übernahme des Montanmodells vor.

Eine 2. Minderheit möchte lieber das BVG ausbauen, da bei zu starker Einengung des Kapitals das Funktionieren der freien Wirtschaft in Gefahr komme.

Die SPD schlägt Ausweitung der paritätischen M vor. Im Aufsichtsrat sollen 11 Sitze zu vergeben sein. 4 davon für das Kapital, 4 für die Arbeitnehmer, 3 für Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben (mit 2/3 Mehrheit von den übrigen 3 gewählt).

GOSSNER-HAUS, 6503 Mainz-Kastel, Johannes-Gossner-Str. 14

16. Mai 1969

Liebe Freunde!

Im Winterhalbjahr 1968/69 hatten unsere Gossner-Sonntage die Entwicklungspolitik zum Thema. Etwa 60 von Ihnen haben regelmäßig an den Sonntagen und in den Arbeitskreisen mitgearbeitet. Wir versprochen, Ihnen das schriftlich niedergelegte Ergebnis der Winterarbeit zugänglich zu machen. Wir fügen es bei als "Fragen an Bundestagskandidaten zur Entwicklungspolitik" und eine Ausarbeitung von Dr. Elmar Freund, jetzt Wiesbaden-Schierstein: "Fragen über den Umfang und die Struktur der öffentlichen und privaten Leistungen für die Entwicklungshilfe."

An den letzten Gossner-Sonntagen entstand der Plan für eine größere Veranstaltung in Mainz zur Frage der Entwicklungspolitik mit Minister Eppler. Pfarrer Ludwig Metzger von der Christuskirche in Mainz hat die Organisation dieser Veranstaltung übernommen und ist mit vielen Gruppen in Mainz, der Stadt und dem Minister im Gespräch. Sie werden aus der Presse und auf andere Weise Termin und Ort (Juni oder Juli in Mainz) der Veranstaltung erfahren. Bitte bringen Sie dann auch Bekannte mit.

Industriepfarrerin Christa Springe arbeitet z.Z. in dem Pastorenkurs in Nairobi/Kenya (Ost-Afrika) mit. 12 afrikanische Pastoren aus 10 Staaten sind für 5 Monate beisammen. Frau Springe wird im Juni und Juli nach Uganda, Tanzania und Süd-Afrika weiterreisen, um dort die Zentren der "Urban and Industrial-Mission" zu besuchen und bei Kurzseminaren mitzuhelfen. Sie wird im Gossner-Haus in Mainz-Kastel Mitte Juli zurückerwartet.

Missionsinspektor Fritz Weissinger wird noch in diesem Monat zum 4. Mal in diesem Jahr nach Biafra fliegen. Auf Sao Tomé hilft bei den Versorgungsflügen nach Biafra unser zukünftiger Geschäftsführer Herr Dietrich Michaelson aus Homburg/Saar. Nach Rückkehr im Juli wird er mit seiner Arbeit im Gossner-Haus beginnen.

Pfarrer Horst Krockert ist als Bundestagskandidat der SPD täglich mit der Vorbereitung der Bundestagswahl beschäftigt. Er muß in vielen Gruppen reden. Keine leichte Aufgabe, aber er hat Freude an ihr; das merkt man ihm an.

Benutzen Sie die an den Gossner-Sonntagen erarbeiteten "Fragen an Bundestagskandidaten zur Entwicklungspolitik", indem Sie die Bundestagskandidaten anschreiben oder anreden (in Versammlungen oder am Telefon), damit sie sich zum Thema der Entwicklungspolitik Gedanken machen und öffentlich äußern.

- 2 -

Haben Sie Vorschläge, für die Winterarbeit 1969/70?
Lassen Sie uns Ihre Gedanken wissen.

Mit herzlichen Grüßen aus dem Gossner-Haus bin ich

Ihr

Horst Symanowski

PS.: Diesem Rundbrief ist noch zusätzlich beigelegt:

- Teufel*
1. Sonderdruck aus der Zeitschrift "radius":
"9 Thesen zur Leistungsgesellschaft"
 2. Sonderdruck aus "Weg und Wahrheit":
"Eine neue Aufgabe - Mission in neuen Metropolen"
 3. Bericht über die Studienreise des XIII. Seminars
für Kirchlichen Dienst in der Industriegesell-
schaft nach Jugoslawien (April 1969)

INFORMATIONSBLATT

NR. 9

des Seminars für Kirchlichen Dienst
in der Industriegesellschaft
6503 Mainz-Kastel, Johannes-Gossner-
Str. 14

14. Mai 1969

15. MAI 1969

Freunde, wir haben Ihnen wieder Material und Nachrichten zu senden.

I. Material

1. Das Ergebnis unserer Winterarbeit an den Gossner-Sonntagen zum Thema Entwicklungspolitik legen wir als "Fragen an Bundestagskandidaten" vor. Sie sollen bei Wahlversammlungen, Telefongesprächen und Besuchen helfen, die Entwicklungspolitik in die Diskussion zu bringen. Es liegt auch die Ausarbeitung von Dr. Elmar Freund, Wiesbaden-Schierstein bei, einem langjährigen Mitarbeiter bei den Gossner-Sonntagen: "Fragen über den Umfang und die Struktur der öffentlichen und privaten Leistungen für die Entwicklungshilfe". Vielleicht können Sie diese Papiere auch in Ihrer Arbeit verwenden.
2. Das Seminar XIII hat einen zusammenfassenden Bericht über die Studienreise nach Jugoslawien erstellt. Heute kommen Gewerkschaften aus Zagreb für einige Tage nach Mainz. Wir werden unter ihnen einige Gesprächspartner aus Zagreb wiedersehen.
3. Das Missionsblatt, das wir beilegen, ist das vorletzte überhaupt. Es soll in die Missionszeitschrift "Wort in der Welt" eingehen.
4. Die Adressen-Liste vom Seminar XIII finden Sie in der Anlage. Siegfried Hock ist von Worms nach Amsterdam umgezogen. Seine Adresse lautet:
Amsterdam-Zuid, J.J. Viottastraat 44, Tel.: 003120-732522.
5. Die mit dem Informationsblatt Nr. 8 zugesandten Sonderdrucke aus dem "radius": "9 Thesen zur Leistungsgesellschaft" (25 Pf) und aus "Weg und Wahrheit": "Eine neue Aufgabe - Mission in neuen Metropolen" (10 Pf) können bei uns noch bestellt werden.
6. Das Ergebnis der aktivierenden Befragung im Stadtteil "Dicker Busch", Rüsselsheim, ist von den Seminarteilnehmern v. Bodelschwingh und Seippel auf 67 Schreibmaschinenseiten niedergelegt worden und kann für DM 2,50 + Porto bestellt werden. Es sind aber nur noch wenige Exemplare vorhanden.

II. Personen

1. Frau Springe hat in Nairobi einen guten Start gehabt. Sie wurde am Tag nach ihrer Ankunft der Jahresversammlung des Nationalen Christenrats und am darauffolgenden Tag dem Staatspräsident Kenyatta vorgestellt. So lernte sie am

Anfang die wichtigsten Leute aus Kirche und Staat kennen. Bei dieser Versammlung und im Seminar hat sie schon Gossner und sich selbst mit kurzen Reden einführen können. Jetzt beginnt für sie die Seminararbeit. Familie Riess traf sie wohlauf an. Ihre Adresse ist die gleiche wie die von Riess: NCKK (National Christian Council of Kenya) P.O. Box 5009, Nairobi.

2. Frau Gutknecht-Stöhr in Hamburg hat Ihnen den Konventsbeschuß mitgeteilt, daß alle Konventsfinanzen ab sofort von ihr verwaltet werden. Bitte ändern Sie Ihre Dauerüberweisungen. Ihr Konto lautet:

284 765 Dresdner Bank, Hamburg.

Spenden und Kollekten für die Gossner-Mission in Kastel gehen wie bisher auf die Konten

Postscheck Hannover	10 83 05
Commerz-Bank, Mainz-Kastel	38 03 590
Volksbank, Mainz-Kastel	4834

3. Herr Weissinger ist von seiner 3. Biafra-Reise zurück. Er hat sehr gute Farbdias mitgebracht. Von seinem Brief an den Bundeskanzler Kiesinger haben sie wohl in der Tagespresse gelesen. Herr Weissinger ist bereit, über die Lage in Biafra und die Aufgaben dort zu referieren, wenn Sie entsprechende Arbeitskreise (möglichst gemischt kath.-evang.) haben, ihn für eine Synode u.ä. einsetzen wollen. In diesem Monat wird er voraussichtlich noch einmal nach Biafra fliegen müssen. Unser zukünftiger Geschäftsführer, Dieter Michaelson, wird bis zum Juli in Sao Tomé bleiben und dort bei den Versorgungsflügen helfen.
4. Wer ist bereit für 3 Jahre nach Jinja am Nordufer des Victoriasees in Uganda zu gehen? Aufgabe: Dem afrikanischen Industriepastor, der jetzt den Kurs in Nairobi besucht, beim Aufbau einer Industriearbeit zu helfen. Entsprechende Erfahrung in der eigenen Arbeit und Kenntnis der engl. Sprache sind Voraussetzung. Frau Springe wird Jinja besuchen und an Ort und Stelle näheres erkunden.
5. Einladungen und Termine:
- a) Das Industriepraktikum für Studenten vom 13. August bis zum 11. Oktober hat noch freie Plätze. Machen Sie Studenten aufmerksam und geben Sie ihnen die Daten. Durchgeführt wird das Praktikum vom Amt für Industrie- und Sozialarbeit der EKN. Die Leitung hat Frau Springe.
- b) Das 14. Halbjahresseminar beginnt diesmal schon am 20. Oktober, endet dann auch entsprechend früher. Dieser Termin mußte wegen des veränderten Semesterbeginns und der früheren Einweisungen der Kirchenleitungen in Predigerseminare, Vikarstellen usw. gewählt werden.

- c) Die UIM-Gruppe des Konvents trifft sich am 19. und 20. Juni in Wolfsburg.
- d) Der Regionalkonvent Süd kommt am 27. Mai um 9 Uhr auf Einladung von Harry Machwitz im Gossner-Haus zusammen.

6. Stellenmarkt

- a) Werner Lichartz (31) in Kriftel sucht eine außerparochiale Tätigkeit in der Kirche, am liebsten als Industriepfarrer.
- b) Heinz-Dieter Metzger in Schorndorf / Württbg. (42) möchte auch in eine außerparochiale Arbeit wechseln.

Bitte lassen Sie uns eine Nachricht (vielleicht Durchschrift) über zweiseitige Verhandlungen zukommen.

Für heute herzliche Grüße aus dem Gossner-Haus

Ihr

Horst Symanowski

Fragen über den Umfang und die Struktur der öffentlichen und privaten Leistungen für die Entwicklungshilfe

1. Im Jahre 1966 machten die privaten und öffentlichen Nettoleistungen der Bundesrepublik Deutschland 738,2 Mio \$ oder 0,81 % des Volkseinkommens aus. Darin sind die öffentlichen Nettogleistungen in Höhe von 0,54 % des Volkseinkommens eingeschlossen. Die darin enthaltenen - fiktiv umgerechneten - echten "Zuschüsse" nehmen nach Angaben der OECD sogar nur 0,34 % des Volkseinkommens ein.

Die Bundesrepublik Deutschland nimmt mit ihren Leistungen zur Entwicklungshilfe im Jahre 1966 von den angeführten 15 OECD-Mitgliedsländern die achte Rangposition ein und liegt damit z.B. merklich hinter den öffentlichen "Zuschußleistungen" Großbritanniens (0,51 % des Volkseinkommens), Frankreichs (0,92 % des Volkseinkommens), Dänemarks (0,66 % des Volkseinkommens) oder Belgiens (0,60 % des Volkseinkommens).

Im Rahmen der Finanzplanung des Bundes für die Jahre 1968 bis 1972 sind die Leistungen für die Entwicklungshilfe mit folgenden Beträgen eingeplant:

a) Kapitalhilfeleistungen:

1 250,0 Mio DM 1968, 1 215,0 Mio DM 1969,
1 300,0 Mio DM 1970, 1 350,0 Mio DM 1971 und
1 500,0 Mio DM 1972.

b) Sonstige Leistungen für Entwicklungshilfe einschließlich humanitäre Hilfsmaßnahmen für Südvietnam:

825,3 Mio DM 1968, 1 000,5 Mio DM 1969,
1 133,0 Mio DM 1970, 1 209,0 Mio DM 1971 und
1 236,0 Mio DM 1972.

Die hier vorgesehenen Steigerungsquoten dürften nur in geringem Umfang zu einer grundlegenden Umstrukturierung des Bundeshaushalts zugunsten der Entwicklungshilfe führen. Im Vergleich zu dem außerordentlich hohen Bedarf der Entwicklungsländer, insbesondere an Kapitalhilfeleistungen zu günstigen Konditionen und an unentgeltlichen Zuschüssen dürften die projektierten Ausgaben nur als vergleichsweise gering angesehen werden.

2. Hinzu kommt, daß die finanziellen Bedingungen, unter denen die öffentlichen Kreditzusagen gewährt werden, (nach dem Stand von 1966) im internationalen Vergleich nicht besonders günstig abschneiden. Für 1966 lag die gewogene durchschnittliche Laufzeit der öffentlichen Kreditzusagen in den DAC-Mitgliedsstaaten auf bilateraler Grundlage bei 23,5 Jahren, die der Bundesrepublik Deutschland dagegen bei 21,2 Jahren. Der gewogene durchschnittliche Zinssatz der genannten Mitgliedsstaaten lag bei 3,1 %, in der BRD bei 3,3 %. Allerdings ist hervorzuheben, daß die Konditionen der bilateralen Kreditzusagen der öffentlichen Hand in der Bundesrepublik gegenüber 1965 eine beträchtliche Verbesserung erfahren haben und merklich näher an den durchschnittlichen internationalen Standard herangerückt sind. Andererseits zeigt der Bericht des Vorsitzenden des Ausschusses für Entwicklungshilfe der OECK,

daß die Kreditkonditionen in allen Mitgliedsländern der OECK hinter den wünschenswerten Bedingungen weit zurückbleiben. Eine weitere merkliche Ausweitung der unentgeltlichen Zuschußleistungen und der zinsgünstigen öffentlichen Darlehen mit langer Laufzeit müßte daher unbedingt angestrebt werden.

3. Die Zahl der aus öffentlichen Mitteln finanzierten Experten und Entwicklungshelfer der Bundesrepublik Deutschland liegt im internationalen Vergleich auffallend niedrig. Sie erreichte 1966 3.680 Personen (1965: 2.560 Personen) gegenüber 44.915 Personen in Frankreich, 17.424 Personen in Großbritannien oder 27.777 Personen in den USA. Da der Einsatz von Kapital vielfach von der vorbereitenden Arbeit der Experten und Entwicklungshelfer wesentlich abhängt, wäre eine Steigerung der entsprechenden Zahlen besonders dringlich. Dies sollte umso mehr angestrebt werden, als die Kosten dieser Art Hilfeleistung vergleichsweise gering liegen. Eine Steigerung der Zahl der Experten und Entwicklungshelfer dürfte z.T. davon abhängen, dass in verstärktem Maße flankierende arbeitsrechtliche und soziale Maßnahmen (verbesserter Arbeitsplatzschutz, ausreichende Versorgung usw.) für diese Personengruppe erreicht werden können.
4. Hinsichtlich der Wirtschaftsleistung der Entwicklungsländer sind - nach dem Stand von 1966 - die folgenden Gesichtspunkte hervorzuheben:
 - a) Die Gesamtwachstumsrate des BSP der Entwicklungsländer ist nach dem Rückgang von 1965 wieder gestiegen. Vorläufige Schätzungen für 52 Länder, die etwa 90 % der Bevölkerung sämtlicher Entwicklungsländer auf sich vereinigen, ergeben eine Gesamtwachstumsrate von 4,9 %, gegenüber 3,7 % im Jahre 1965 und 4,8 % in den Jahren 1960 bis 1966.
 - b) Die Bevölkerung wächst weiterhin mit einer jährlichen Steigerungsrate von rd. 2,5 %. Das durchschnittliche pro-Kopf-Einkommen stieg um 2,4 %, während die durchschnittliche Jahresrate im Zeitraum 1960 bis 1966 2,3 % betrug. Diese Wachstumsrate entspricht einem durchschnittlichen pro-Kopf-Betrag von etwa 5 US-\$ im Jahr.
 - c) Die Exporte der Entwicklungsländer, die für 1966 auf 41,7 Mrd. US-\$ geschätzt werden, erhöhten sich in laufenden Preisen um 7,3 % (1965: 6,2 %). Da jedoch die Ausfuhren der ganzen Welt 1966 erneut stärker stiegen (um 9,5 %) als die der Entwicklungsländer, verminderte sich deren Anteil an den Gesamtexporten auf 23,0 % (1960: 25,3 %).
 - d) Die Einfuhren der Entwicklungsländer stiegen um rd. 9 % und beliefen sich 1966 auf 47,2 Mrd. US-\$. Da sich die Einfuhrsumme der Entwicklungsländer etwas stärker erhöhte als ihre Exporterlöse wuchs das gesamte Zahlungsbilanzdefizit (einschliesslich Versicherungs- und Frachtleistungen für die Importe) von 4,4 Mrd. \$ im Jahre 1965 auf 5,5 Mrd. \$ im Jahre 1966 an.

- e) Die Terms of Trade veränderten sich etwas zu ungunsten der Entwicklungsländer. Während die Einfuhrpreise für das Gesamtjahr etwas über dem Niveau von 1965 lagen, zogen ihre Ausfuhrpreise etwas weniger an.
- f) Die Gold- und Devisenreserven der Entwicklungsländer (einschliesslich der Reservepositionen beim Internationalen Währungsfonds) erhöhten sich 1966 insgesamt um 435 Mio. US-\$. Am Jahresende beliefen sie sich auf 13,1 Mrd. US-\$. Damit war der absolute Höchststand seit Erstellung der ersten vergleichbaren Statistiken (im Jahre 1948) erreicht. Diese Reserven waren sehr ungleich auf die einzelnen Entwicklungsländer verteilt.
- g) Der Anstieg der Reserven steht in offensichtlichem Widerspruch zu der Zunahme des Handelsbilanzdefizits. Sofern kein systematischer Fehler in Statistiken vorliegt, findet sich die Erklärung hierfür vielleicht bei verschiedenen Posten der Zahlungsbilanz, u.a. bei den unsichtbaren Transaktionen oder den nicht erfaßten Kapitalbewegungen. Die Nettoverschuldung der Entwicklungsländer gegenüber dem Internationalen Währungsfonds stieg 1966 um 139 Mio. US-\$.
- h) Es zeigt sich wachsende Besorgnis über die sich rapide verschlechternde Ernährungslage, insbesondere in Indien, und die dadurch notwendig werdende Steigerung der Nahrungsmiteleinfuhr aus den gemäßigten Zonen.

Dr. E. Freund

ADRESSENLISTE DES SEMINARS XIII (STAND VOM 1. MAI 1969)

Barsnick, Hartmut	33 Braunschweig, Bernerstr. 1 Tel.: 332257
Brandt, Margret	1 Berlin 61, Gneisenastr. 46
von Bodelschwingh, Dietrich	46 Dortmund, Schliepstr. 11 Amt für Gemeindeaufbau des Ver- einigten Kirchenkreises Tel.: 0231 520124 und 520062
Fallet Marcel	CH 1202 Geneva/Schweiz, 51 rue Lamartine
Keller, Jan	KDYNE na Sumave/CSSR
Hofmann, Friedmer	614 Bensheim, Hauptstr. 54 (privat)
Liedtke, Gudrun	325 Hameln, Am Zeisigbusch 3 (privat) Tel.: 05151/3739
Marahrens, Erich	206 Osterholz-Scharmbeck, Kirchenstr. 9 (privat) Tel.: 04291 2786 ab November 1969 3055 Loccum ü. Wunstorf Predigerseminar
Möllerlökken, Ole-Andreas	2638 Faberg/Norwegen oder Oslo 1, Bjerregaardsgate 31 B
Sachse, Paul-Christoph	65 Mainz-Mombach, Am Stollhenn 6
Saha, Munte	Dozent Academie Theologia Djl. Djenderal Sudirman 6 <u>Bandjarmasin</u> oder Djl. Maj. Djend. S. Parman 27 F <u>Bandjarmasin</u>
Seippel, Albrecht-Sigbert	46 Dortmund-Kirchlinde, Hangeneystr. 111 Tel.: 0231/644 39
Sourek, Jan	Farni sbor Ceskobr. cirkve evangelicke Husova 525 HEJDEK o. Kar. Vary/CSSR
Wolf Albrecht	63 Mannheim-Käfertal, Unionstr.
Wohlfeil, Gerd	6103 Griesheim b. Darmstadt, Schülerstr. 6 Tel.: 06155/3192
Mukerjee, Rita	10, Waverley Mansions, 72/2 S.M.BANERJEE ROAD, Calcutta 14/Indien
Wilson, Douglas	6503 Mainz-Kastel, Johannes-Gossner-Str. 14

Fragen an Bundestagskandidaten zur Entwicklungspolitik

1. Angesichts der Situation in den Entwicklungsländern ist die Entwicklungshilfe der Industrienationen quantitativ und qualitativ unzureichend. Dies trifft auch für die Bundesrepublik als eine der größten Wirtschaftsmächte zu.

Im Jahre 1967 stellte die BRD 1,2 % des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe zur Verfügung. In dieser Zahl sind 0,59 % staatliche Mittel (Steuergelder) und 0,61 % private Investitionen und Kredite enthalten.

Bedenkt man, dass privatwirtschaftliche Hilfe verständlicherweise profitorientiert (hoher Zinssatz, rascher Kapitalrückfluß) ist, so muß gefragt werden, ob solche Geschäftsbeziehungen als Entwicklungshilfe überhaupt gelten können. Symptomatisch erscheint, dass im Jahre 1967 die relativ hohen 1,2 % des Bruttosozialproduktes hauptsächlich auf eine Verdopplung der privatwirtschaftlichen Kredite und Investitionen zurückgehen, womit weniger Entwicklungshilfe als vielmehr Konjunkturbelebung in einem Augenblick der Rezession in der BRD bewirkt werden sollte.

In gleicher Weise ist es problematisch, die aus Steuergeldern aufgewandten Mittel generell als Entwicklungshilfe zu bezeichnen. Die BRD steht nämlich mit 35 % im Anteil der Schenkungen bei ihren Entwicklungsleistungen weit hinter den anderen großen Industrienationen. Der Kapitalmarkt in den Entwicklungsländern ist aber kaum für einen so hohen Anteil an Kredithilfe eingerichtet, so daß die Verschuldung dieser Länder in der Regel dadurch nur weiter wächst. Dazu kommt, daß rund 30 % der bisherigen Entwicklungshilfe der BRD als Wiedergutmachung an Israel ging.

Kann man die 1,2 % des Bruttosozialproduktes nach dieser Aufschlüsselung wirklich noch als ausreichenden Entwicklungsbeitrag der BRD bezeichnen?

Wie ist es zu erklären, daß das Verteidigungsministerium jährlich insgesamt über einen rund 10 mal so hohen Betrag verfügt als das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, wo doch die Entwicklungshilfe oft als ein Instrument einer globalen Friedens- und Sicherheitspolitik bezeichnet wird?

Was werden Sie tun, um die derzeitige Quantität und Qualität der Entwicklungshilfe der BRD entscheidend zu verbessern?

2. Der wichtigste Motor für den wirtschaftlichen Aufschwung der Entwicklungsländer ist der Handel mit den reichen Industrienationen. Die gegenwärtig praktizierte Wirtschaftspolitik der Industrieländer trägt nicht viel dazu bei, die ökonomische Situation in den Ländern der "Dritten Welt" zu verbessern.

Der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel nimmt ständig ab: von 1950 bis 1966 ist er von 30 % auf 20 % zurückgegangen.

Die Preise für Rohprodukte aus den armen Nationen haben weiterhin eine sinkende Tendenz, die Preise für die Fertigwaren aus den reichen Nationen hingegen steigen. Die weltwirtschaftliche "Arbeitsteilung" hat deshalb eine zunehmende Verarmung der Entwicklungsländer zur Folge. Beispiel: 1964 kostete ein Jeep 14 Sack Kaffee; 1962 kostete ein Jeep 39 Sack Kaffee.

Ist unter solchen Bedingungen Entwicklungshilfe nicht ein "Faß ohne Boden"?

Welche Maßnahmen werden Sie im Bundestag unterstützen, um die Entwicklungsländer aus der Rolle der billigen Rohstofflieferanten der Industrieländer zu befreien und sie zu gleichwertigen Handelspartnern der Industrienationen werden zu lassen?

Sind Sie bereit, dafür einzutreten, daß die BRD ihre Zollschränken und Verbrauchssteuern (u.a. auf Genußmittel) weiter abbaut und den Entwicklungsländern auch in größerem Maße die Einfuhr von Halbfertig- und Fertigwaren ermöglicht?

Halten Sie die Tätigkeit der BRD in internationalen Organisationen (OECD, Welthandelskonferenz, EWG) für ausreichend, um den für Entwicklungsländer negativen freien Preisbildungsprozeß auf den Weltmärkten einzuschränken (z.B. durch internationale Rohstoffabkommen)?

3. In vielen Ländern (u.a. Lateinamerika, Sizilien, Vietnam) findet man Feudalstrukturen vor, in denen die dringend notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen sich nicht vollziehen können. Falsch orientierte Entwicklungspolitik trägt dazu bei, die entwicklungsfeindlichen Strukturen zu verfestigen.

Welche Entwicklungspolitik werden Sie deshalb gegenüber den Ländern vertreten, deren ungerechte Sozialstruktur den Fortschritt zugunsten weniger Reicher und auf Kosten vieler Armer und Hungernder bremst?

Halten Sie in diesem Zusammenhang die Verstärkung der multilateralen Entwicklungshilfe (Weltbank, EWG- und UNO-Entwicklungsfond) für einen gangbaren Weg, um wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten der Entwicklungsländer von den einzelnen Geberländern zu vermeiden und eine internationale Planung zu ermöglichen?

4. Die Haltung der deutschen Öffentlichkeit gegenüber der Entwicklungspolitik ist überwiegend sowohl durch Desinteresse als auch durch Ablehnung gekennzeichnet. Unwissen über die Verhältnisse in den Entwicklungsländern, Vorurteile gegenüber den dort lebenden Menschen und mangelnde Information darüber, warum die BRD Entwicklungspolitik treibt und welche Projekte sie unterstützt, sind mit die Ursachen dafür.

Was werden Sie tun, damit die deutsche Bevölkerung entwicklungspolitische Maßnahmen bejaht, anregt und unterstützt?

Bereiten Sie die Bevölkerung darauf vor, daß die notwendige Umorientierung des Welthandels auch bei uns zu einem einschneidenden Strukturwandel führen muß, oder überlassen Sie die betroffenen Branchen dem entwicklungsfeindlichen Wirtschaftsnationalismus?

Viele Gutwillige scheitern daran, daß die Möglichkeiten für ein Engagement Einzelner oder politischer Gruppen in den Entwicklungsländern kaum bekannt sind. Die hohe Anzahl von 30000 Entwicklungshelfern in Frankreich gegenüber von nur 3000 in der BRD ist symptomatisch für unsere Situation. Müßte hier nicht bessere Information geleistet werden? Und sollten nicht die rechtlichen Grundlagen von Wehrdienst und Entwicklungsdienst einander angeglichen werden?

(Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Mainz-Kastel,
Johannes-Gossner-Strasse 14)

Seminar für Kirchlichen Dienst
in der Industriegesellschaft

6503 Mainz-Kastel
Joh.-Gossner-Str. 14

21. Mai 1969
Mainz-Kastel, 23.4.1969

ELEMENTE EINER NEUEN GESELLSCHAFT: SOZIALISTISCHE DEMOKRATIE IN JUGOSLAWIEN

(Ergebnisse einer Studienfahrt nach Zagreb vom 15.4. bis 24.4.1969)

Jugoslawien versucht, mit dem System der Arbeiterselbstverwaltung eine Gesellschaft aufzubauen, die von allen "Produzenten" (d. h. allen arbeitenden Menschen) gemeinsam bestimmt wird. Dieses Experiment setzt die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Nationalisierung des Baugrundes voraus. Die Selbstverwaltung stellt den Versuch dar, an die Stelle der kapitalistischen Wirtschaftsform nicht einen bürokratischen Staatssozialismus zu setzen (den man für einige Jahre nach 1945 nach dem Moskauer Modell versucht hatte), sondern einen Arbeiterstaat, in dem die Verantwortung und Mitarbeit möglichst vieler Menschen organisatorisch gesichert und angeregt wird, um damit zugleich die Entwicklung der Produktionskräfte voranzutreiben.

Wir hatten Gelegenheit, uns über die Selbstverwaltung in den Bereichen des Betriebes, des Wohnens und der Kommune zu informieren.

I.

Die Arbeiter sind Besitzer des Betriebes. Der von ihnen gewählte Arbeiterrat ist das höchste Organ; er bestimmt die Wirtschaftspolitik des Betriebes und beruft und entlässt den Verwaltungsausschuss, den Direktor und die Kommissionen. Das Wahlsystem (jährliche Neuwahl der Hälfte des Arbeiterrates, nur einmalige Wiederwahl) ermöglicht, dass viele Arbeiter verantwortliche Funktionen in den Organen der Selbstverwaltung übernehmen. Voraussetzung hierfür ist eine gründliche Bildungsarbeit, die von Arbeiteruniversitäten, Gewerkschaften und dem Bund der Kommunisten durchgeführt wird.

Die Reichweite der Selbstbestimmung zeigt sich etwa darin, dass die Arbeiter im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen sowohl über die Aufteilung des Betriebseinkommens in Löhne, Investitionen und Fonds, als auch über die Arbeitsplatzbewertung entscheiden. Zur Entscheidung anstehende Pläne werden nicht nur vom Arbeiterrat, sondern auch von den einzelnen Arbeitsgruppen und der Betriebsversammlung diskutiert und korrigiert.

II.

Im Wohnbereich gibt es ein den ausserbetrieblichen Gegebenheiten angepasstes System der Selbstverwaltung, und zwar durch die Bildung von lokalen Selbstverwaltungs-Ausschüssen. Sie beraten und entscheiden über konkrete Projekte in ihrem Wohnbereich. Durch kommunale Subventionen und Eigenmittel werden sie in die Lage versetzt, kleinere Projekte selbst zu verwirklichen. Langfristige Pläne der Kommune können sie anregen, unterstützen oder ablehnen.

III.

Die Selbstverwaltungsorgane aus dem Arbeits- und Wohnbereich konstituieren die kommunale Selbstverwaltung. Die Bereiche Gesundheitswesen, Wirtschaft, Kultur/Ausbildung wählen aus sich heraus Abgeordnete in die drei entsprechenden Räte der Stadtversammlung; der vierte Rat zur allgemeinen Koordinierung setzt sich zusammen aus den gewählten Vertretern der Wohnbereiche.

IV.

Der Ausbau des Systems der Selbstverwaltung steht in Jugoslawien im Mittelpunkt der gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen. Unseres Erachtens sind folgende Intentionen als mögliche Elemente einer künftigen Gesellschaft besonders hervorzuheben:

- Obwohl die vordringlichste Aufgabe der Fortschritt in der Produktion ist, soll der wirtschaftliche Aufschwung des Landes zusammengehen mit einem umfassenden Demokratisierungsprozess.
- Obwohl der Wettbewerb zwischen einzelnen Betrieben als notwendiges Stimulans der Produktion beibehalten ist, scheint die individuelle Wettbewerbssituation überwunden zu sein durch solidarisches Verhalten der Arbeiter in den Betrieben.
- Obwohl der Lernprozess, der zur Selbstverwaltung führt, initiiert wird durch den Ansatz am Eigeninteresse des Einzelnen (am Lohn) lernt er gerade hier, die Situation der Arbeitskollegen mitzubedenken und wirtschaftliche und politische Prozesse zu durchschauen.
- Obwohl Gruppen- und Gemeinweseninteresse im Vordergrund stehen, besteht ein weitgehender Rechtsschutz für den Einzelnen.
- Bei diesem Versuch des Aufbaus einer humanen Gesellschaft wird die notwendige Kontrolle nicht ausgeübt durch eine verselbständigte Bürokratie, sondern durch die Organisierung von Eigenverantwortung, ständiger Diskussion und kollektiver Entscheidung auf verschiedenen Ebenen.
- Der Mensch wird nicht bei seinen Schwächen behaftet, sondern bei seinen positiven Möglichkeiten.

Die heutige Form der Selbstverwaltung will noch nicht die endgültige sozialistische Gesellschaftsordnung darstellen, sondern ist ein Leitgedanke, ein Weg, der in seinen Ausprägungen modifiziert und korrigiert werden kann und soll. Für uns ist bei diesem Versuch einer künftigen Gesellschaft die Frage offen geblieben, ob durch das System der Selbstverwaltung

- die Gefahr der Durchsetzung privatistischer Interessen völlig vermieden werden kann
- gefährliche Tendenzen einer immer mächtiger werdenden Technologie eingedämmt werden können
- nicht eine notwendige übergreifende Planung erschwert wird.

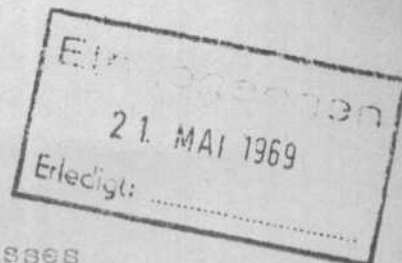
Ob das System der Arbeiterselbstverwaltung als Modell eines konsequenten Demokratisierungsprozesses jedoch durchgehalten werden kann, hängt wahrscheinlich nicht nur von der Perfektionierung des Systems in Jugoslawien selbst ab, sondern auch davon, ob ähnliche Prozesse auch in anderen Ländern in Gang kommen und so eine Isolierung vermieden wird.

1

PROTOKOLL des Gesprächs mit leitenden Mitarbeitern der städtischen Verkehrsbetriebe Zagreb, ZET (Zagrebački Električni Tramvaj), vom 1.4.69

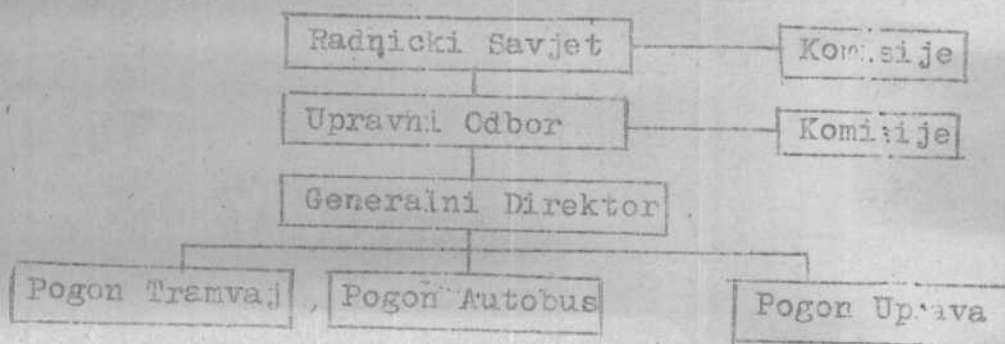
Gesprächspartner der Mainzer Gruppe waren:

Präsident des Arbeiterrates
2. Direktor des Unternehmens
Sekretär des Gewerkschaftsausschusses
Mitarbeiterin des Gewerkschaftsausschusses
Sekretär des Unternehmens
Präsident des Gewerkschaftsausschusses
Vertreterin der Gewerkschaftsverbinding



Der Betrieb in Zahlen: ca. 3500 Arbeiter
100% gewerkschaftl. organisiert
600 Mitglieder des BdKJ
159 Wagen
158 Straßenbahnen
168 Busse
75 km Verkehrsnetze
0.50 Dinar Stadttarif

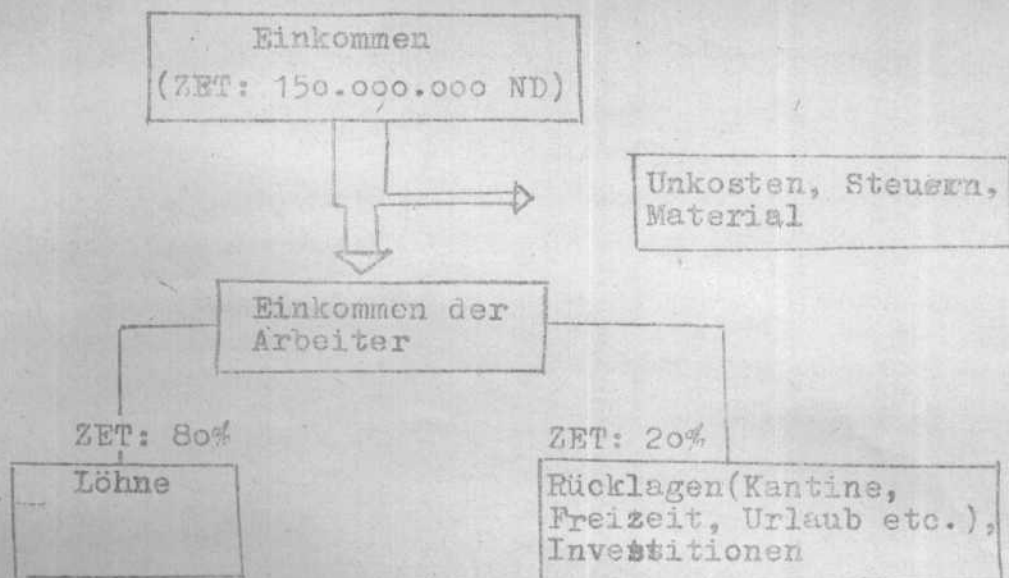
Am Beispiel des ZET-Betriebes wurde das Prinzip der Selbstverwaltung (SV) erklärt.
Oberstes Organ des Betriebes ist der Arbeiterrat (Bei ZET: 70; es werden jährlich 35 Mitglieder des Arbeiterrates für zwei Jahre in geheimer Wahl gewählt). Der Arbeiterrat wählt den Verwaltungsausschuss und den Generaldirektor.



Da die Gesamtgesellschaft die Betriebe den Arbeitern übertragen hat, ist es Pflicht der Arbeiter, an der SV teilzunehmen. Die Teilnahme an der SV ist nur möglich durch Teilnahme an gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten, die ihn zur SV befähigen..

Trotz der SV kommt es in Jugoslawien hin und wieder zu Streiks ("Arbeitsniederlegungen"), und zwar dort, wo Arbeiter nicht völlig an der Selbstverwaltung teilnehmen, d.h. wo Widersprüche zwischen den Arbeitern und den von ihnen gewählten Verwaltungsorganen auftreten.

Zum System der SV gehört die autonome Verwaltung der Betriebe, die selbständige Festsetzung des Budgets im Rahmen des erwirtschafteten Einkommens. Dadurch hat der Arbeiter Interesse am wirtschaftlichen Erfolg des Betriebes.



Es gibt im Betrieb verschiedene politische und gesellschaftliche Organisationen: Parteiorganisation
Gewerkschaftsorganisation
Jugendorganisation
Sportorganisation
Kulturgruppe
Frauengruppe
Technikerverband
Verband der Fahrer
etc.

Am wichtigsten sind a) die Gewerkschaftsorganisation und b) die Parteiorganisation.

a) Die Gewerkschaft will die Interessen der Arbeiter vertreten (dazu gehören auch technische, juristische und medizinische Hilfen und Dienste), die Arbeiter zur Teilnahme an der SV ausbilden, um eine Technokratie zu verhindern, die Entscheidungen im Betrieb beeinflussen (Vorschlagsrecht für Kandidaten zum Arbeiterrat, Vertreter in den Kommissionen etc.)

Da das Interesse an der SV durch die Verfügung der Arbeiter über das Einkommen geweckt wird und die Arbeiter manchmal dazu tendieren, höhere Einkommen auf Kosten der für die Planung notwendigen Rücklagen vorzuschlagen, sieht die Gewerkschaft eine ihrer Aufgaben darin, um Verständnis für Rücklagen zu werben. Außerdem will sie darauf achten, daß die SV nicht einen Betriebsegoismus begünstigt, sondern, daß bei Problemlösungen auch andere Interessen berücksichtigt werden.

b) die Rolle der Partei im Betrieb ist, organisatorisch gesehen, untergeordnet. Die Kommunisten haben in erster Linie in den Wohngebieten zu arbeiten, in den Betrieben führt die Gewerkschaft die Direktiven der Partei durch. Die besten Arbeiter (menschlich und professionell) sind Mitglieder der Partei: sie sind nicht gesellschaftlich privilegiert, haben aber viele Pflichten.

Die Verbindung zwischen Betrieb und Kommune wird dadurch hergestellt, daß der Betrieb (oder mehrere kleine Betriebe gemeinsam) einen Vertreter in die Stadtversammlung und in das Landesparlament entsendet; er gehört automatisch der Verkehrskommission an. Als gewählter Vertreter der Arbeiter hat er ihre Interessen zu vertreten (und kann theoretisch auch abberufen werden), in erster Linie muß er aber die Interessen der Kommune vertreten. Wenn z.B. die Arbeiter von ZET höhere Tarife festsetzen wollen, muß er ihnen die objektive Situation, d.h. auch die Nachteile der Stadt, die bei einer Tarifierhöhung den Vorteilen des Betriebes gegenüberstehen, schildern: für die Entscheidung ist dann nicht er, sondern die Versammlung verantwortlich.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen nicht die Funktionen der Gewerkschaft und Partei, sondern das Funktionieren der SV. Diese Organisationsform widerspricht den Formen des Staatssozialismus in den anderen osteuropäischen Ländern. In Jugoslawien ist man der Meinung, daß es für den Arbeiter im Prinzip kein Unterschied ist, ob er in einem kapitalistischen oder staatlichen Betrieb arbeitet. Die SV soll die anonyme Bürokratie und Technokratie begrenzen, durchsichtig und verfügbar machen und so die Arbeitswelt humanisieren.

H. Barsnick

Gespräch mit 8 Vertretern des Bundes des Kommunisten am 17. 4.

u.a. mit dem Vorsitzenden des Bundes von Kroatien Marinko Gruić, dem Prodekan der Fakultät für politische Wissenschaften Prof. Marusić und dem Sekretär für religiöse Fragen bei der Stadt Zagreb, Herrn Zerjan.

Das Gespräch bestand hauptsächlich aus z.T. vorbereiteten Monologen der oben genannten Personen, besonders durch den Vorsitzenden, der eine starke Persönlichkeit (Machtfigur) zu sein scheint.

Er hielt ein einführendes Referat:

Aufgabe sei es, den Arbeiter zum Hauptakteur innerhalb der Gesellschaft zu machen. Früher arbeiteten die einen, während die anderen - einige wenige - den Erfolg ernteten. Jetzt soll der, der an der Produktion teilnimmt, auch mitreden dürfen. Das ~~xxx~~ Ziel des Sozialismus ist eine humane Gesellschaft. Es geht also nicht um einen Kampf für bestimmte politische Ziele oder ~~für~~ für eine spezielle Staatsidee.

Dieses Ziel zu erreichen, ~~sah~~ in Jugoslawien besonders ^wschwierig, da noch vor 25 Jahren 3/4 der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig waren und noch bis zu 85% Analphabeten waren. Es war also nur eine sehr dünne Schicht vorhanden, die zur Mitarbeit an der Veränderung fähig war.

Mit dem Sieg über die inneren und äußeren Kräfte am Ende des Krieges begann der Prozess der Sozialisierung. Die Übernahme der politischen Macht konnte aber nur als Vorbedingung für die Verwirklichung des Wesens der sozialistischen Revolution in gesellschaftlicher, ökonomischer und sozialer Hinsicht verstanden werden.

Mittlerweile sind im Gesundheitswesen und in der Volkserziehung bes. große Verdienste zu verzeichnen, ebenso in der Industrialisierung.

Das Ganze wird als ein historischer Prozess verstanden, in dem das Element der Selbstverwaltung immer größere Bedeutung gewinnt, während Staat und Partei entsprechend zurücktreten.

Herr Gruić sprach von einem Absterben des Staates und einer Transformation der Rolle des Bundes der Kommunisten.

Absterben ist nicht im klassischen Sinne gemeint, sondern so, daß durch die Selbstverwaltung die Aufgaben des Staates reduziert und von den Betroffenen übernommen werden. Z.B. entscheidet in einer Fabrik nicht die Regierung oder die Partei über den Leiter, sondern das Kollektiv. Oder die Verteidigung - bisher durch die Streitkräfte Aufgabe des Staates - wird nun zur Angelegenheit der Bürger (Gründung von Volksbefreiungseinheiten, militärisch geschulte Jugendverbände etc. Das wird nicht als Militarisierung des Landes, sondern als Vergesellschaftlichung der Verteidigung des Landes verstanden). Der Werktätige soll selbst mitbestimmen, auch im Blick auf die Verteidigung. Dem Staat fällt hauptsächlich eine vermittelnde Rolle zu.

Die Transformation der Partei besteht zunächst ebenfalls in einem Machtabbau. ~~xxx~~ Zwei Stappen der Entwicklung:

- 1) Die Partei war eng mit dem Staat verknüpft, auch in der Machtausübung. Der Staat war Ausdruck der Parteimacht.
- 2) Die Partei trennt sich von der Staatsstruktur ab; z.B. verpflichten Beschlüsse des Zentralkomitees zu nichts. Sie gelten nur für den Bund der Kommunisten. Aber je mehr die Partei mit

ihrer Macht zurücktritt, umso mehr nimmt ihr ideeller Einfluß zu.

In diesem indirekten, ideellen Einfluß wird der Schwerpunkt der Arbeit der Kommunisten liegen, d.h. Vermittlung und Förderung der Entwicklungstendenzen in Richtung auf eine humane Gesellschaft, die durch den Gedanken der Selbstverwaltung bestimmt ist. Noch ist die Selbstverwaltung kein realer Zustand, noch gibt es Unterschiede in der Vorstellung, aber gerade deswegen ist die Partei notwendig, um diesen Prozess in Gang zu halten. Sie erreicht dies nur dadurch, daß die Verantwortung den Werktätigen möglichst weit überläßt, statt durch Parteibeschlüsse sie ihnen abzunehmen; d.h. die Partei muß sich selbst möglichst weit zurückhalten.

Interessant ist in diesem Zusammenhang folgende Äußerung: Mit der Veränderung der Produktionsverhältnisse sei noch nicht die Grundlage des Sozialismus gesichert. Es beginne ein Prozess, in dem Antagonismen neuer Art auftauchen, die weiterhin mit den Methoden des klassischen Arbeitskampfes, z.B. des Streikes, bewältigt werden müßten. Nun jedoch in der Vertauschung der Fronten: Verhärtete Formen des Sozialismus müßten von progressiven Kräften - etwa des Bundes der Kommunisten - überwunden werden; d.h. die kommunistische Idee muß von außen dauernd lebendig und flexibel gehalten werden.

Auf unsere Frage, ob sich die Selbstverwaltung nicht verselbstständigen und in lauter Einzelaktionen zerlaufen könne: Es gibt vereinzelte Fälle, wo sich die Selbstverwaltung vom Bund der Kommunisten getrennt hat. Jedoch hat man davon keine Angst. Es wird noch einige Zeit lang Widerstände von ehemals privilegierten Gruppen und alten Strukturen geben, aber die Mehrheit des Volkes vertritt die Richtlinien des Bundes der Kommunisten, bes. soweit es um die von ihr vertretenen Sozialismus und die territoriale Unabhängigkeit des Landes ~~angeht~~ betreffen. Der Bund unterstützt den Pluralismus der Meinungen, aber man möchte nicht, daß ein Pluralismus innerhalb der Partei zu verschiedenen Formen führt.

Ähnlich sagte es Prof. Marušić: Wir sind gegen das Monopol der Ideologie, da es zur Dogmatisierung führt. Wir sind nicht gegen ideologischen Pluralismus, lassen auch Positionen zu, die nicht marxistisch sind, denn wir glauben, daß intellektuelle Kritiker wichtiger sind als Epologisten. Unterschiedliche Meinungen sind für ein demokratisches Verhalten wichtig. Nur durch theoretische und ideologische Diskussion ist es möglich, Lösungen zu finden.

Aus den langatmigen Äußerungen über das Verhältnis Kirche-Staat: Es gibt 26 religiöse Verbände. Die kath. Kirche als stärkste Gruppe wird als eine reaktionäre Macht betrachtet, vor allem, da sie - mit wenigen Ausnahmen - in Kroatien Mitträger der Okkupanten war.

Seit ~~dem~~ Papst Johannes XXIII und dem Konzil hat sich das Verhältnis zum Vatikan verbessert.

Im Ganzen: Religion ist eine private Sache, ganz frei, wird nicht behindert, ist durch die Verfassung gesichert. Die Rolle der Kirche könnte positiv sein im Blick auf Aktivität für den Frieden, im Blick auf soziale und ethische Werte und auf dem Gebiet der sozialen Fragen.

(* die Verantwortl.)

Protokoll vom 18.4. 1969
Besuch im Urbanistischen Institut der Stadt Zagreb

Information über das Urbanistische Institut:

Das Institut ist selbständig, es ist kein Verwaltungsorgan, hat keine Exekutivgewalt, sondern liefert der Stadt die fachlichen Unterlagen. Es hat 50 Mitarbeiter, darunter 35 Fachleute (Architekten, Ingenieure für Tiefbau, Elektrotechniker, Fachleute für Infrastruktur, Geographen, Ökonomen, Juristen - ein Soziologe wird dringend gesucht), die gemeinsam ihren 6-köpfigen Verwaltungsrat wählen. Der Direktor gehört automatisch als 7. Mitglied dem Verwaltungsrat an. *Das Institut hat 1 Vertrag mit der Stadt.*

Der Stellvertretende Direktor des Urbanistischen Institutes unterrichtete uns über die Raumplanung der Stadt Zagreb.

1. Entwicklung der Stadt in der Vergangenheit:

Die Entwicklung der Stadt wurde durch die gute geopolitische Lage und die gute Verbindung mit der Welt gekennzeichnet. 1862 wurde durch den Bau der Eisenbahn die Verbindung mit Österreich und Triest enger. Es folgte bald darauf eine Zeit starker Industrialisierung, die ein schnelleres Wachstum der Stadt zur Folge hatte.

Zagreb hatte:	1862	30000	Einwohner
	1910	100000	"
	1931	200000	"
	1948	320000	"
	1961	460000	"
	Heute	580000	"

Die alte Stadt Zagreb entstand aus zwei am Berghang gelegenen Ortschaften, sodaß der Stadtkern am Berghang liegt. Jede Ausdehnung nach Norden war durch das Gebirge verhindert. Im 19. Jahrhundert bildete der Eisenbahndamm dann die Grenze nach Süden. Jenseits des der Eisenbahnlinie hörte die Verantwortung und das Interesse der bürgerlichen Stadtverwaltung auf. Dort siedelten sich im Laufe der Zeit die Arbeiter an. Diese Ausdehnung der Stadt nach Süden ging plan- und regellos vor sich, aber auch hier gab es eine letzte Grenze nach Süden hin: die wilde, oft über die Ufer tretende Sava. Die eigentlich Hauptausdehnungsrichtung Zagrebs aber war die Ost-west-Richtung.

Erst 1953 wurde eine Planung für die Stadt Zagreb unternommen, die vorsah, die Stadt südlich bis zur Sava regelmäßig zu erweitern. Da sich aber Zagreb sehr schnell vergrößert hat und zu einem wichtigen jugoslawischen Industriezentrum geworden ist, ist diese Planung rasch von der Entwicklung überholt worden.

Die Planung mußte neu ansetzen und stellte 1965 ein Entwicklungsprogramm auf.

2. Der neue Generalplan für Zagreb

Der Generalplan richtet sich auf ein Anwachsen der Stadt auf 1 Million Einwohner innerhalb der nächsten 30 Jahre ein.

Die Ost-West-Achse soll nicht mehr die Generalrichtung der Ausdehnung sein, die Sava nicht mehr südliche Stadtgrenze. Die Stadt soll sich nach Süden hin erweitern, der Fluß soll wegen der Hochwassergefahr mit Grünanlagen und Deichen versehen - ins Stadtbild einbezogen werden. Der Hauptbahnhof soll dem Personenverkehr vorbehalten bleiben, für den Güterverkehr ist ein neuer Rangierbahnhof außerhalb des Zentrums vorgesehen. Der Bahndamm soll gehoben werden wegen des Untergrundwassers.

3. Voraussetzung für vernünftige Planung

In den 50er Jahren erfolgte durch Gesetz eine Nationalisierung des Baugrundes in ganz Jugoslawien. Dieses Nationalisierungsgesetz schafft für die Raumplanung in Zagreb folgende Voraussetzungen: Eigentümer des gesamten Baugrundes ist die Stadt Zagreb, der bisherige Inhaber eines Grundstückes ist jetzt nur noch Benutzer. Er hat die Priorität, dort zu bauen, wenn das Gelände für 1-2 Familienhäuser vorgesehen ist. Sieht der Plan für das Gebiet Wohnblocks und Industriebauten vor, wird er entschädigt. Die Wohnblocks werden meist von Wohnungsbaugesellschaften gebaut, die die Wohnungen dann an Interessenten verkaufen. Oft kaufen Industriebetriebe diese Wohnungen für ihre Belegschaft und vermieten sie oder verkaufen sie ratenweise. Die Nationalisierung des Baugrundes erleichtert die Planung, die spätere Durchführung des Planes aber wird dadurch erschwert, daß die Rechte der Benutzer respektiert werden müssen, so daß es oft zu langen Prozessen kommt.

4. Stadtplanung und Selbstverwaltung

Das Institut ist keine Exekutive. Sie arbeitet die Planung aus und gibt der Stadt die fachlichen Informationen und Unterlagen. Die Planung wird veröffentlicht und diskutiert, überarbeitet und in verbesserter Form wieder vorgelegt bis er von der Stadt Zagreb genehmigt wird.

Der Generalplan für Zagreb wurde zunächst auch in kleinen Wahlereinheiten diskutiert und wurde schließlich genehmigt. Vorher wurden die Einwände gesammelt. Dieses Material wurde von Kommissionen diskutiert und systematisiert, die Hauptprobleme wurden festgestellt und der Plan wurde danach abgeändert (z.B. die Tangente).

Nachdem der Generalplan genehmigt war, ging man an die Ausarbeitung der Detailpläne. Auch sie wurden einen Monat für die Bevölkerung ausgelegt. Eine Revision der Pläne durch die Betroffenen ist möglich. Das Interesse an den Detailplänen ist stärker als das Interesse am Generalplan, weil die Menschen hier stärker ihr eigenes Interesse betroffen sehen.

Bei der Planung neuer, unbebauter Gebiete gibt es keine Bevölkerung zur Besprechung der Pläne, darum sind die Zagreber Stadträte hier stärker in die Diskussion eingeschaltet.

Sind die neuen Gebiete dann besiedelt, können die Einwohner teilweise noch Einfluß auf die Ausführung der Pläne nehmen (z.B. mehr Parkplätze).

Der Bund der Sozialisten gibt die Basis und das Forum für die Lösung gemeinsamer Probleme. Manchmal steht das Interesse der Stadt (Industriezone) gegen das Interesse einer Minderheit (150 Siedler).

Hinderlich ist die Selbstverwaltung bei Sanierungsplänen, wenn die schlechten Häuser abgerissen werden sollen. (Beispiel: Die Sanierung einer Siedlung mit schlechten Häusern und mangelhafter Kanalisation ist vorgesehen. Größere Wohndichte hieße bessere Kanalisierung).

Wenn die Erfahrungen der Bevölkerung aber zur Planung genutzt werden können wird eine bessere, humanere Planung möglich. Die letzte Entscheidung liegt bei der Stadt, die das gemeinsame Interesse zur Geltung bringt.

Gespräch mit Herrn Gerjan, 19.4. 12,00h im Klub der Selbstverwalter.

Zum Klub:

Träger: Gewerkschaftsverband der Stadt und 20 kleinere Industrieorganisationen.

Mitglieder: 50 Arbeiterräte mit 1500 Teilnehmern, kein einzelner, sd. kollektiver Beitritt.

Funktion: Er soll Basis (z.B. Räume) schaffen, wo die einzelnen Arbeiterräte der Unternehmen untereinander Kontakt aufnehmen können.

Der Klub wurde gegründet, weil die Arbeiterräte oft nur wirtschaftlich zusammenarbeiten, sie sollen aber auch persönlich in Kontakt zueinander kommen.

Aktivitäten: 1. Tribüne der Selbstverwalter:

Hier werden - teils als Folgen- Themen und Probleme der Selbstverwaltung erörtert.

2. Tribüne: hervorragende Bürger sprechen:

Vorträge und Gespräche mit Künstlern, Sportlern, Politikern. Hier sprechen einzelne Personen über ihre Arbeit und ihre Probleme.

3. Aktuelle Tribüne:

Konzerte, Theater, Diavorlesungen etc.

4. Tribüne für Film: besondere Filme.

5. Tribüne: Gastgeber ist eine Arbeiterorganisation:

Eine Organisation gibt einen Empfang, stellt sich vor und spricht über ihre eigenen Probleme.

Zusammenfassung der Diskussion:

Zur Frage: Wo holt sich der Arbeiterrat Rat?

Der Arbeiterrat muß seine normativen Akte selbst finden, das Gesetz steht nur als Rahmen zur Verfügung. Hilfe findet ein Ar. u.a. beim Klub. Dieser ist kein Bildungsorgan im klassischen Sinne wie evtl. das Institut für die Erforschung der Arbeiterselbstverwaltung. Aber in den Tribünen wird unter Heranziehung von Fachleuten fast jedes Problem der Arbeiterselbstverwaltung in Theorie und Praxis besprochen werden.

Zur Frage: Erfolg und Ziel des Klubs?

Von einem Erfolg kann heute noch nicht gesprochen werden, da der Klub erst drei Monate besteht. Erwünscht wird die aktive Teilnahme der Mitglieder. Leider kommen bis jetzt nur solche Leute, die es eigentlich nicht nötig haben. Keiner der eingetragenen Teilnehmer wird gezwungen, an den Veranstaltungen teil zu nehmen. Von einem Erfolg kann nur dann gesprochen werden, wenn die Arbeiter gern kommen, um Kontakt zu finden. Mit Hilfe solcher Kontakte sollen die Bestrebungen zur Humanisierung unterstützt werden.

Keine Erfolgsmessung an Zahlen. Ziel ist nicht eine allgemeine Bildung. Die Veranstaltungen sollen so gestaltet werden, daß der 'Zuhörer' aus der Konsumentenhaltung herausfindet.

Zur Frage: Humanisierung?

Die einzelnen Arbeiter und die einzelnen Arbeiterselbstverwaltungen stehen oft untereinander im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf. Dieser wirtschaftliche Kampf soll zumindest in der Freizeit überwunden werden. Hier soll zusammen gesprochen werden; besonders politische Themen können hier helfen.

Aber auch auf der unteren Ebene im Betrieb soll auf kulturellem Wege die Bestrebungen zur Humanisierung unterstützt werden.

Zur Frage des Verhältnisses von Produktion und Verwaltung.

Der Eindruck, daß die Produktion immer im Vordergrund stehe, ist richtig, da sie die Basis der gesamten Gesellschaft ist. Es besteht aber auf allen Ebenen Institutionen, wo Produktion und Verwaltung zusammenarbeiten.

PROTOKOLL vom Besuch der ARBEITERUNIVERSITÄT "Mosa Pijade"
in Zagreb am 21.4.1969.

(Gespräch mit Herrn , Prof. für Gesellschafts-
wissenschaften).

I. Zur ARBEITERUNIVERSITÄT.

Die Arbeiteruniversität (ArbUni) wurde 1953 im Zusammen-
hang mit der Einführung der Selbstverwaltung im Land ge-
gründet als deutlich wurde, daß der Erfolg dieses Systems
an erster Stelle von der Bildung der Arbeiter abhängt.
Von daher bestimmt sich ihr Ziel als Bildung derer, die
in der Produktion tätig sind, und zwar Bildung in zweier-
lei Hinsicht:

1. als weitere Fachausbildung
 2. als Ermöglichung der Teilnahme an der Selbstverwaltung.
- Da es für Techniker und Ingenieure genügend Fachschulen
gibt, sind die Teilnehmer vorwiegend Arbeiter, und zwar
8000 bis 10000 pro Jahr (seit Bestehen der ArbUni ca.
80000 Teilnehmer, d.h. fast alle Arbeiter der Stadt).

Der organisatorische Aufbau der ArbUni folgt der Struktur
der Zagreber Wirtschaft (ist also stark von dem der Volks-
universität unterschieden, denn die Volksuniversität ist
am Bürger orientiert und hat daher andere Schwerpunkte:
Gesundheitswesen, Schulwesen, Kultur im weitesten Sinne).

Es gibt verschiedene Zentren zur weiteren Fachausbildung:

- Zentrum für Elektroindustrie
- " " Städtebau
- " " chemische und Textilindustrie
- " " Metallindustrie
- " " Gastwirtschaft und Kommerz

und drei Zentren, die breiter orientiert sind:

Zentrum für Selbstverwaltung (nicht nach Wirtschafts-
branchen unterteilt)

Kulturzentrum

Fremdsprachenzentrum.

Alle diese Zentren arbeiten in Kursen, die je nach Bedarf
von 2 Tagen bis zu 10 Monaten dauern.

Daneben sind 4 Schulen vorhanden, die je 2 Jahre dauern.

1. Schule zur allgemeinen Ausbildung der Arbeiter
(Volksschulniveau)
2. Höhere Arbeiterschule, vor allem zur Vermittlung
gesellschaftlicher Kenntnisse für Arbeiter, die sich
besonders mit den Problemen der Arbeiterselbstver-
waltung befassen (entspricht Mittelschule/Gymnasium).
Es wird in Klassen mit 20-25 Teilnehmern gearbeitet.
Unterricht ist jeden Tag von 19.30 bis 20.30 Uhr,
besonderes Gewicht liegt auf den Fächern Ökonomie,
Soziologie, Philosophie, Ethik, aber auch Mathematik
Physik usw. werden gelehrt.
3. Höhere technische Schule, besonders zur Erhöhung der
Sicherheit bei der Arbeit. Das ist ein besonders vor-
dringliches Problem, da die Unfallquote wegen der